Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Horst Heiden
Der Angriff der Generale

Heinrich Hannover
Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt?

Sven G. Papcke, Bertrand Russell, Peter Weiss, U Thant
Zum Thema Vietnam

Prof. Dr. Grigori Tunkin, Moskau, Dr. Robert M. W. Kempner
Zwanzig Jahre nach Nürnberg

Dr. Helmut Lindemann
Das nachgeborene Militär

Dr. Peter Meier
Wie die Schweizer die Bundesrepublik sehen

Einzelheft 3,- DM XI. Jahrgang September 9 1966
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,- DM G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats August 1966 753

Kommentare und Berichte

Der Angriff der Generale (Horst Heiden) 756
Rhodesien und sein „Handelspartner" (Josef Oertgen) 759
Sozialkunde — konformistisch (Prof. Dr. Werner Hofmann) 761

Heinrich Hannover, Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt? — Zur innenpolitischen Bedeutung der Notstandsgesetze 765
Sven G. Papcke, Die Handlanger der Anarchie — Die Bundesrepublik und der Vietnam-Krieg 773
Vietnam und die Gefahr für den Weltfrieden (Hier spricht Bertrand Russell; Peter Weiss, Vietnam; Der Brief U Thants an die Mitgliedstaaten der UNO) 780
Prof. Dr. Grigori Tunkin, Moskau, Der Nürnberger Prozeß und das Völkerrecht 790
Dr. Robert M. W. Kempner, Zwanzig Jahre nach Nürnberg 797
Dr. Peter Meier, Zwischen Mißtrauen und Respekt — Wie die Schweizer die Bundesrepublik sehen 803
Dr. Helmut Lindemann, Das nachgeborene Militär 807
Arno Behrisch, Es geht um den sozialen Inhalt der Bundesrepublik 814
Sidney Lens, Chikago, Das Juan Bosch-Syndrom — Zur Lage in Guatemala 819

Fernseh-Spalte

Kinohelden à la Germany (E. H. Wahl) 828

Die politische Satire

Prognosen (Dietrich Kittner) 829

Bücher

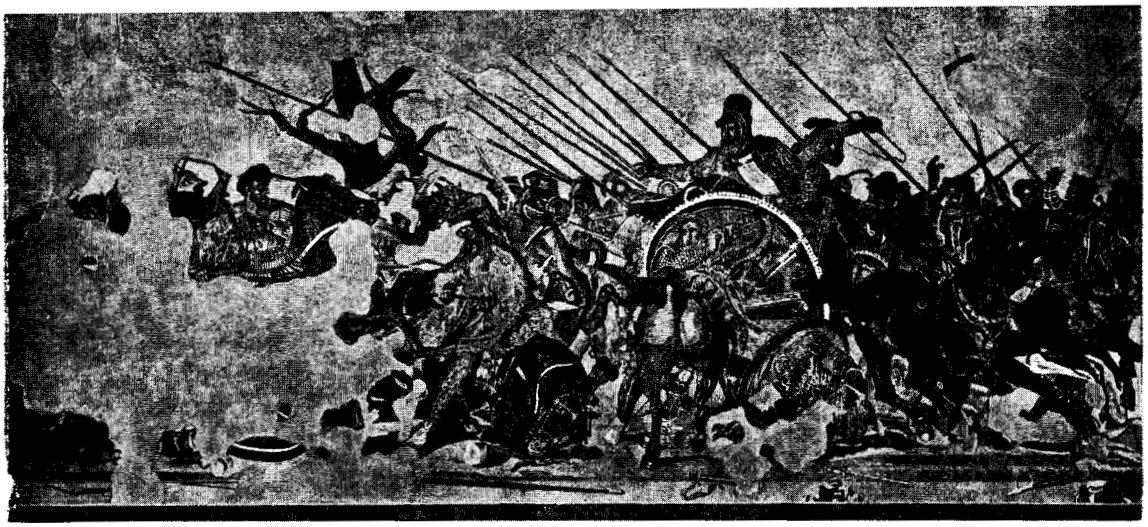
William S. Schlamm, Vom Elend der Literatur (Karlheinz Deschner) 830
Franz Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit (Prof. Dr. Wilmont Haacke) 834
Hans Henle, Der neue Nahe Osten (L. L. Matthias) 836
Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 837

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (IV) 839

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Genfer Predigt Dr. Martin Luther Kings 848
Kommentar des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer zum „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges . . ." 853



RECLAM VERLAG

Weber WELT-GESCHICHTE

Albrecht Weber, Weltgeschichte. 1400 Seiten mit 64 Tafeln sowie vielen Karten und Zeichnungen. Leinen DM 32,80

Weltgeschichte ist die Geschichte der Menschen, ihres Entstehens, ihrer Entfaltung, Taten und Werke. Sie zu erfahren, zu denken, zu wissen und auch zu beschreiben, war nie so nötig wie in unseren Tagen. Die Völker der Gegenwart, selbst die bisher ungeschichtlich am Rande lebenden Primitiven, sind durch die Weltkriege, durch Wirtschaft und Verkehr zusammengeschlossen worden. Wir beginnen, die Erde als ganze zu verstehen, und ahnen, daß nur eine gemeinsame Zukunft aller Völker noch möglich sein wird.

Das vorliegende Buch versucht, die Entwicklungen, die zu unserer Gegenwart geführt haben, einsichtig zu machen, die Wirkungszusammenhänge, die Kraftzentren, die Spannung zwischen ihnen, ihre Abhängigkeit, ihren Wechsel aufzuzeigen. Kultur- und Geistesgeschichte, Religionen, Kunst und Literatur sind reich behandelt, oft mit Zitierung der entscheidenden Texte.

Sachlichkeit der Darstellung verbindet sich dabei mit geistiger Durchdringung des Stoffes, die Fülle an Fakten, Namen, Daten, die weltgeschichtlich bedeutend wurden, mit einer ungewöhnlich lebendigen und dichten Sprache. Das Buch ist frei von tendenziösen Urteilen, das Gewordene selbst spricht und fordert Achtung. — Bildtafeln, oft mit einigen interpretierenden Sätzen, wollen das Wesen von Epochen exemplarisch erhellen. Zahlreiche Zeichnungen, Kartenskizzen und Tabellen im Text, Register und eine Bibliographie ergänzen die Darstellung und erleichtern die Benutzung.

Leseprobe

DER KAISER DER STEPPEN

Im Norden der chinesischen Mauer, in den endlosen Weiten der Steppen und Halbwüsten, befanden sich die Clans und Stämme der nomadischen Reiterhirten in ständiger Bewegung. Ihre losen Bindungen wechselten, zumal ihre Gemeinsamkeit in der Lebensweise der „bogenspannenden" und „filzzeltbewohnenden" Menschen bestand, nicht in Volkstum und Sprache. Man nimmt an, daß sogar skythisch-alanisches Blut eingeströmt sei; denn der Sippenname der Bordschigin, denen Tschingis Chan entstammte, bedeutet soviel wie die „Grauäugigen".

Aus dem Raume der innerasiatischen Steppen waren nacheinander Hunnen, Awaren, Ungarn und Türken ausgebrochen und hatten ein gewisses Vakuum hinterlassen. In dieser Leere an Macht stiegen seit 1150 mongolische Clans auf.

Die „Geheime Geschichte der Mongolen" leitet diesen Aufstieg aus dem Mythischen ab, aus der Vereinigung von Wolf und Hinde. Sie wurde wohl um 1240 im Auftrag des Großchans Ügetej verfaßt und hält, nahe am Ereignis, das Werden des mongolischen Weltreiches fest. Erst im 19. Jh. entdeckten der Russe Palladius, der Chinese Yeh Te-hui und der Franzose Pelliot diese wichtige Quelle wieder, der Deutsche Haenisch edierte 1935—41 den vollen mongolischen Text, von dem seit 1940 die deutsche Übersetzung vorliegt.

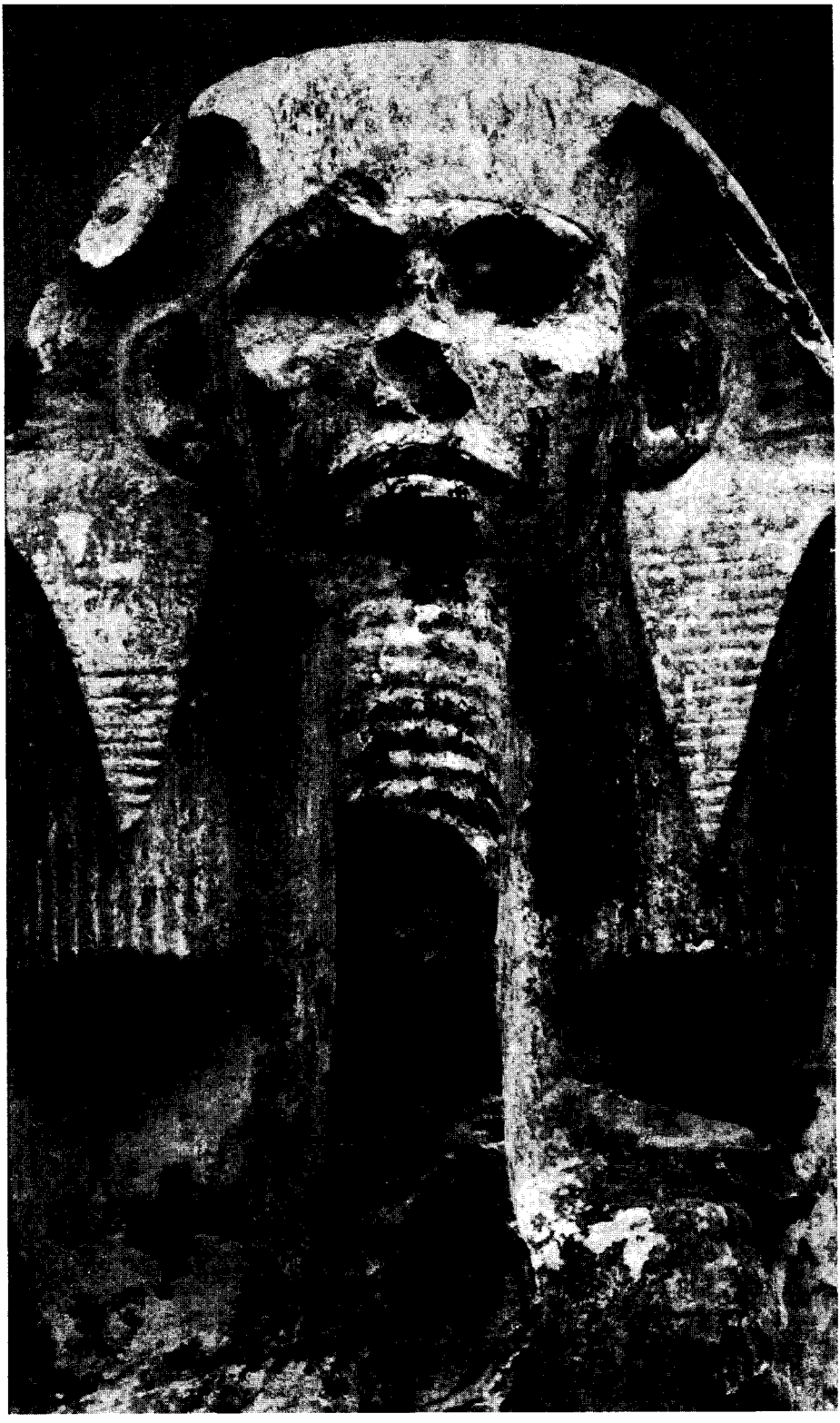
In wenigen Jahren warf der junge Mongolen-Chan die Nomaden des Umkreises nieder: die Tatar im Osten, die Taitschiut, im Westen die Kereit des Ongchan, noch weiter im Westen die Naiman. Er rottete jeweils die Häuptlings-Dynastie und den Adel aus, um die freien Reiter seiner Macht einzugliedern. Schließlich beseitigte er einen Rivalen aus den eigenen Reihen, Dschamouka. Zwischen der Chinesischen Mauer und der Waldzone bis an das muslimische Turan hatte Tschingis Chan seine Alleinherrschaft aufgerichtet. Die Idee des mongolischen Weltreichs war geboren. 1206 ließ sich Tschingis Chan auf einer großen Versammlung am Onon-Fluß nochmals feierlich wählen zum „Kaiser der Steppen" und entrollte die weiße Fahne mit den neun Roßschweifen.

Tschingis Chan war ein hervorragender Organisator. In der Heeresordnung führte er das Dezimalsystem durch, Zehner-, Hundert- und Tausendschaften, über deren 95 aus mongolischen Reitern er schließlich gebot. Er füllte die Einheiten, an deren Spitze er „Offiziere" stellte, zahlenmäßig auf und zerstörte damit bewußt die überkommene Stammesordnung. Die Zehntausendschaften kommandierten seine „Generäle". Das gewaltige Reiterheer, dem keine bewaffnete Macht Eurasiens gleichkam, lag fest in seiner Hand, Mittel seiner Politik. Es war an Beweglichkeit, aber auch an taktischer Führung allen anderen Heeren der Zeit weit überlegen. Ein „Generalstab" von 100 „Offizieren" arbeitete die Feldzugspläne von der Erkundung über Aufmarsch und Durchführung sorgfältig aus: Ziel war immer die Vernichtung durch Umfassung, wobei Reserven zurückgehalten wurden . . .

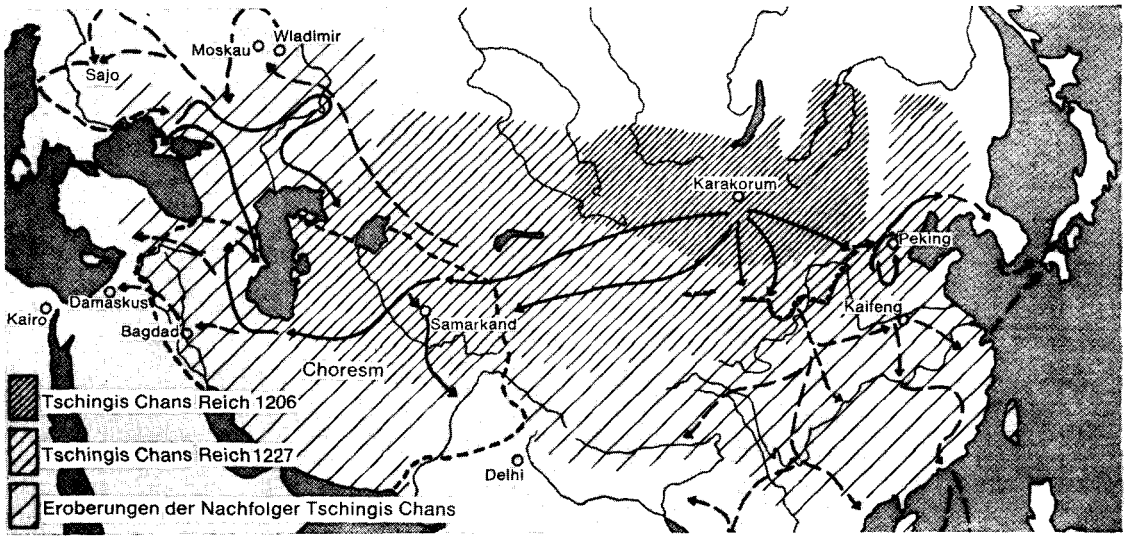
PHILIPP RECLAM JUN. STUTTGART

Zu beziehen durch Ihre Buchhandlung:

Printed in Germany. III/66. 120'



Unter den Stämmen der Mongolen traten einzelne Chane aus der Sippe der Bordschigin hervor. Von Khaidu kennen wir den Namen, sein Urenkel Khabul fiel 1147 in Nordchina ein und brach 27 Grenzstützpunkte. Chan Ambakhai wurde von den Chin hingerichtet (1161). Sein Neffe Yesugei spielte die Rolle eines Majordomus, im Bund mit Togrul, den die Chinesen Ongchan nannten, dem Herren der zum Teil nestorianisch christlichen Kereit, die westlich von den Mongolen saßen. Nach seinem Tode (1176) setzten feindliche Clans die Witwe Hoelun mit ihren Kindern in der Steppe aus, stahlen die Pferde, und Temudschin (1167–1227), der Älteste, stahl sie zurück. Unter den äußersten Entbehrungen und der Gefahr des Hungertodes wuchs er heran; hart, zäh, eis-



kalt beobachtend und blitzschnell entschlossen, faßte der athletisch gewachsene, hochgestirnte, langbärtige Temudschin, dessen blaugraue Wildkatzenaugen hervorstachen, menschliche Existenz als einen Kampf um Macht auf. In diesem unbedingten Willen beseitigte er ebenso seinen Halbbruder Bekter, wie er früh das Charisma des Herrschers auf andere ausstrahlte. Bortsche, ein Mongole, schloß sich ihm als erster freiwillig an. Der Ongchan der Kereit stützte Temudschin, dessen Anhang unter den Freien, der breiten Schicht der Reiterhirten zwischen Adel und Sklaven, wuchs. Älteste der Clans wählten ihn schließlich zum „Herzog" der Mongolen. Er nannte sich nunmehr Tschingis Chan.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | September 1966 | Heft 9

Chronik des Monats August 1966

1.—12. 8. — China. Das Zentralkomitee der KP Chinas tagt unter Vorsitz von Mao Tse-tung und faßt einen „Beschluß hinsichtlich der großen proletarischen Kulturrevolution". — Am 22. 8. demonstrieren in Peking in der Straße vor der sowjetischen Botschaft (die in „Straße des Kampfes gegen den Revisionismus" umbenannt wurde) Tausende von Mitgliedern der neugegrüdeten „Roten Garde". — Am 27. 8. übermittelt das Außenministerium der UdSSR eine Protestnote und bezeichnet die im Zusammenhang mit den Demonstrationen erfolgte Behinderung des sowjetischen Botschaftspersonals als eine „direkte Verletzung der Normen des Völkerrechts".

2.—3. 8. — Sowjetunion. Auf der konstituierenden Sitzung des am 12. Juni neugewählten Obersten Sowjets erläutert Ministerpräsident Kossygin die Ziele des laufenden Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft für die Jahre 1966 bis 1970. Im außenpolitischen Teil seiner Rede bezeichnet der Regierungschef eine gesamteuropäische Konferenz als „eine der am meisten versprechenden Formen" zur Prüfung und Lösung der anstehenden Probleme in Europa. Für „grundlegende Abrüstungsmaßnahmen" sei der gegenwärtige Zeitpunkt wegen des Vietnamkrieges „wenig günstig". Schon jetzt sollten jedoch Teilmaßnahmen (so ein Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und das Verbot aller Kernwaffenversuche) verwirklicht werden, „um wenigstens die weitere Anhäufung von Rüstungsmaterial zu stoppen". Kossygin nennt die Beziehungen zur Volksrepublik China unbefriedigend.

4. 8. — Kambodscha. Die Regierung erhebt „feierlichen und energischen Protest" gegen die wiederholte Bombardierung kambodschanischer Ortschaften in der Provinz Kompong Cham durch Flugzeuge der amerikanisch-südvietnamesischen Streitkräfte. Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission hätten den letzten der vier zwischen dem 31. Juli und dem 2. August mit Raketen geführten Angriffe in dem Dorf Anlong Trach beobachten können. In einer Note, die auch dem UN-Sicherheitsrat zugeht, wird dazu aufgefordert, „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher krimineller Handlungen gegen das unabhängige, neutrale und friedliche Kambodscha zu verhindern". — Am 12. 8. begründet die US-Mission in Saigon die Bombardierung von Zielen in Kambodscha mit der Feststellung,

die Ortschaften seien auf amerikanischen Karten als südvietnamesisches Gebiet eingezeichnet. — Am 13. 8. sagt Staatschef Prinz Sihanouk einen für den 30. August geplanten Besuch des amerikanischen Sonderbotschafters Averell Harriman ebenfalls aus Protest ab und erklärt, Gespräche mit den USA seien unmöglich, solange die Regierung in Washington sich nicht für die Aggression entschuldige und „die territoriale Integrität von Kambodscha mit seinen derzeitigen Grenzen einschließlich der Küsteninseln und Grenzdörfer" anerkenne.

5. 6. — Vietnam. US-Staatssekretär Rusk weigert sich vor der Presse in Washington, umlaufende Meldungen über amerikanische Pläne für Bodenoperationen in Nordvietnam eindeutig zu dementieren. — Am 6. 8. erhöht sich mit der Landung einer weiteren Brigade der 4. Infanteriedivision die Zahl der in Südvietnam stationierten US-Streitkräfte auf 290 000 Mann. — Am 18. 8. belegt die amerikanische Luftwaffe die Eisenbahnverbindung zwischen Nordvietnam und China im Tal des Roten Flusses mit Bomben.

5. 8. — Bundesverfassungsgericht. Der Erste Senat verwirft eine Verfassungsbeschwerde des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" gegen die Haft- und Durchsuchungsbefehle der Bundesanwaltschaft und die nächtliche Polizeiaktion in den Hamburger Redaktions- und Verlagsräumen im Oktober 1962. Die Entscheidung fällt mit 4 gegen 4 Stimmen und gilt daher (entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht) als ablehnend.

6. 8. — Spanien. Ein „Gericht für öffentliche Ordnung" verurteilt vier Personen, darunter einen Rechtsanwalt, wegen der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Gewerkschaftsorganisation zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen. Die Angeklagten hatten im Jahre 1965 am Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Amsterdam teilgenommen.

9.—13. 8. — Dänemark/Ungarn. Der dänische Außenminister Per Haekkerup und sein ungarischer Kollege Janos Peter befürworten nach Abschluß ihrer Gespräche in Budapest die Ausdehnung des Moskauer Teststop-Vertrages auch auf unterirdische Versuche und drücken ihre Besorgnis über eine „weitere Eskalation des Vietnamkrieges" aus, die „die internationale Spannung auf gefährliche Weise erhöhen würde". Auf eine entsprechende Frage antwortet Haekkerup vor der Presse, der Vietcong müsse als Verhandlungspartner akzeptiert werden. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es: „Hinsichtlich der deutschen Frage ist die Erkenntnis der Realitäten vom Standpunkt der europäischen Sicherheit aus betrachtet von großer Bedeutung."

10. 8. — Großbritannien. Premierminister Wilson nimmt im Zusammenhang mit dem vom Unterhaus verabschiedeten Wirtschafts- und Sparprogramm eine Kabinettsumbildung vor. Michael Stewart (bisher Außenminister) und George Brown (bisher Wirtschaftsminister) tauschten ihre Ressorts.

11. 8. — Malaysia. Der stellvertretende Ministerpräsident Tun Abdul Razak und der indonesische Außenminister Malik unterzeichnen ein Abkommen über die Beendigung der „Konfrontation" und die Wiederherstellung normaler Beziehungen. Über die Modalitäten heißt es in Artikel 1, die Regierung von Malaysia sei damit einverstanden, den Bewohnern ein zweites Referendum in Sabah und Sarawak zuzubilligen. Die Verteidigung der Insel Borneo soll einer gemeinsamen Kommission beider Länder übertragen werden.

18. 8. — Abrüstung. Die Vertreter der acht blockfreien Länder legen der Achtzehn-Staaten-Abrüstungskonferenz in Genf ein Memorandum über „sofortige Schritte" zur Einstellung aller Kernwaffenversuche vor, das u. a. vorsieht: 1) Verbot unterirdischer Versuche oberhalb einer bestimmten Sprengwirkung; 2) verstärkte Zusammenarbeit der nationalen seismographischen Beobachtungsstationen; 3) Berufung eines Gremiums unparteiischer Inspektoren und Wissenschaftler aus neutralen Ländern zur Feststellung und Bewertung verdächtiger Erderschütterungen. — Am 24. 8. vertagt sich die Konferenz bis Anfang nächsten Jahres.

19. 8. — Ostpolitik. Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt erklärt, der Abschluß von Kulturabkommen mit den osteuropäischen Ländern sei gegenwärtig nicht möglich. Keiner der angesprochenen

Staaten, darunter Ungarn und Rumänien, wolle die Forderung der Bundesregierung nach völkerrechtlicher Vertretung auch für Westberlin hinnehmen. An dieser Berlin-Klausel sei auch die Unterzeichnung eines neuen Vertrages mit der Sowjetunion bisher gescheitert.

22. 8. — Bundeswehr. Der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Werner Panitzki, wird von Bundesverteidigungsminister v. Hassel mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Grundlage der Entscheidung sind ein Demissionsschreiben vom 12. 8. und ein Interview, in dem Panitzki die Amtsführung des Ministeriums kritisiert und die Anschaffung des umstrittenen Starfighters als „eine politische Entscheidung" bezeichnet hatte. — Am 23. und 24. 8. bestätigt das Bundesverteidigungsministerium die Existenz von Rücktrittsgesuchen des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Heinz Trettner, und des Befehlshabers im Wehrbereich III, Generalleutnant Pape. Trettner begründet seinen Antrag mit einem Erlaß des Ministeriums über die Arbeit der Gewerkschaft ÖTV innerhalb der Streitkräfte, zu dessen Inkraftsetzung er nicht gehört worden sei. Zum neuen Generalinspekteur wird Generalleutnant Ulrich de Maizière ernannt, den Posten des Inspekteurs der Luftwaffe übernimmt General Steinhoff. — Am 26. 8. fordert das SPD-Präsidium nach einer Sitzung unter Vorsitz von Willy Brandt den Rücktritt von Verteidigungsminister v. Hassel. Notwendig sei außerdem eine parlamentarische Debatte über die Krise in der Bundeswehr. — Am 29. 8. kann ein „Spiegel"-Gespräch mit dem Luftwaffen-Brigadegeneral Krupinski zur Starfighter-Affäre wegen eines Einspruches des Bundesverteidigungsministers nicht erscheinen. Der Minister lehnt auf einer Pressekonferenz die in der Öffentlichkeit erhobene Forderung nach seiner Demission ab.

24. 8. — USA. Der Kongreß-Ausschuß für unamerikanisches Verhalten (Un-American Activities Committee) verabschiedet neue Staatsschutzbestimmungen, die u. a. Geldsammlungen und -spenden für Nordvietnam oder den Vietcong sowie die Behinderung von Truppen- und Munitionstransporten unter Strafe stellen und mit Zuchthausstrafen oder Geldbußen bedrohen. In den vorausgegangenen Verhandlungen innerhalb des Komitees war es zu Tumulten gekommen. Der Ausschußvorsitzende hatte zahlreiche Zuhörer und geladene Zeugen wegen „unziemlichen Benehmens" des Saales verwiesen. Die neuen Bestimmungen unterliegen noch der Zustimmung des Kongresses. — Am 29. 8. genehmigt die Armee-Kommission des Repräsentantenhauses mit 32 gegen 1 Stimme eine Vorlage, die den Präsidenten ermächtigt, rund 190 000 Reservisten einzuberufen.

25. 8. — Frankreich. Staatspräsident de Gaulle tritt eine ausgedehnte Asienreise an. In Djibouti, der Hauptstadt von Französisch-Somaliland und ersten Station der Reise, kommt es während der Anwesenheit des Generals zu Kundgebungen für die Unabhängigkeit der Kolonie. Polizei und Fremdenlegion gehen gegen die Demonstranten vor. Der Präsident trifft am 27. 8. zu Gesprächen mit Kaiser Haile Selassie in Addis Abeba ein und reist nach einem zweiten Aufenthalt in Djibouti am 30. 8. in die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh weiter. — Am 31. 8. trifft de Gaulle mit dem Vertreter Nordvietnams in Kambodscha zu einer längeren Unterredung zusammen.

26. 8. — Bundeshaushalt. Das Bundeskabinett setzt den Etat für 1967 auf 73,9 Mrd. DM fest. Der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums soll sich um 1,2 Mrd. auf 18,5 Mrd. DM erhöhen.

30. 8. — UNO. Albanien, Algerien, Guinea, Kambodscha, Kongo-Brazzaville, Kuba, Mali, Rumänien und Syrien beantragen in einem Schreiben an den Generalsekretär, die Frage der Teilnahme der VR China an den Arbeiten der Weltorganisation auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen.

31. 8. — NATO. Der Fraktionsführer der Demokraten, Senator Mansfield, bringt auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Fraktionsvorstandes im Senat den Entwurf einer Resolution ein, die Truppenreduzierungen der Vereinigten Staaten in Europa empfiehlt. In einer ausführlichen Begründung stellt der Senator fest, die Lage in Europa habe sich in den letzten Jahren wesentlich geändert. Es sei eine fühlbare Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West und ein Nachlassen der Spannungen festzustellen.

Kommentare und Berichte

Der Angriff der Generale

Die Unzufriedenheit der Bundeswehr-Kommandeure mit der politischen Führung in Bonn, die im Rücktritt dreier führender Generale einen recht dramatischen Ausdruck fand, ist keineswegs neuesten Datums. Bereits im Juli 1960 glaubte sich die militärische Spitze der Bundeswehr berechtigt, in einem scharf formulierten Memorandum Regierung und Parlament wegen ihrer militärpolitischen Versäumnisse zu rügen. In diesem unter der Bezeichnung Generalsdenkschrift bekanntgewordenen Manifest erhob die Generalität die Forderung nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr. Sie stellte fest, daß die Bundesrepublik einer „tödlichen Gefahr durch den Bolschewismus" ausgesetzt sei, und schlußfolgerte: „Die Verantwortung für die anvertrauten Soldaten zwingt die Truppenführer, in der heutigen Situation die für Schildstreitkräfte unentbehrliche atomare Bewaffnung zu fordern." Ein Gefälle in der Bewaffnung der NATO-Truppen lehnte man ab. Unmißverständlich heißt es: „Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte."

Diese Forderungen, die ganz ohne Zweifel einen Eingriff des Militärs in den Bereich der Politik darstellten, standen keineswegs im Widerspruch zu den Intentionen der Bonner Regierung. Vordringlichstes Ziel des damaligen Verteidigungsministers Strauß war — in völliger Übereinstimmung mit Kanzler und Kabinett — die schnellstmögliche atomare Aufwertung der Bundesrepublik. Diesem Plan jedoch stellten sich auf der politischen Ebene ernste Hindernisse entgegen, deren Ausmaß sich der Einsicht der Militärs offenbar entzog. Die Verbündeten Bonns waren aus einer Reihe guter Gründe nicht bereit, dem atomaren Ehrgeiz der Bundesregierung spürbar entgegenzukommen. Die amerikanische Regierung, deren Haltung in dieser Frage von ausschlaggebender Bedeutung war und ist, verweigerte die erhoffte Unterstützung. Die Generalität buchte diesen Fehlschlag als Versagen der politischen Führung. Sie hatte die Logik auf ihrer Seite, als sie darauf verwies, daß die militärpolitische Konzeption, die dem Aufbau der Bundeswehr zugrundelag, die atomare Bewaffnung der Streitkräfte verlangte. Die politische Führung widersprach dem im Prinzip nicht. Ihr mißfiel aus Gründen der Optik die ultimative Form, in der die Generale ihre Forderungen vorgetragen hatten. Hier wuchsen Spannungen, die sich in der Folgezeit weiter verschärfen.

Der von Strauß initiierte Ankauf des Starfighters, eines für den atomaren Einsatz konzipierten Waffensystems, glättete für einige Zeit die Gegensätze. Er erschien Regierung wie Bundeswehr gleichermaßen als Fortschritt auf das gemeinsam angesteuerte Ziel. Obwohl die Luftwaffenführung natürlich wußte, daß der Erwerb von 700 Maschinen des Doppelschall-Kampfflugzeugs die logistische Kapazität der Bundeswehr total überforderte, gab sie ihr Einverständnis in der Zuversicht, mit dieser Waffe der atomaren Aufrüstung ein wesentliches Stück näher gekommen zu sein. Das ändert nichts an der Behauptung Panitzkis, die Anschaffung des Starfighters sei eine politische Entscheidung gewesen — nur kam diese eben mit Zustimmung der Militärs und unter bewußter Zurückstellung fachlicher Bedenken zustande.

Der Starfighter jedoch wurde nicht nur in technischer Hinsicht ein katastrophaler Versager — auch politisch ging die

Rechnung nicht auf: Die USA verweigerten in der Folgezeit die Lieferung der atomaren Waffen, die dieses Waffensystem erst zum nuklearen Rückgrat der Bundeswehr hätten machen sollen. Statt dessen wurde dieses Flugzeug zur unerhörten materiellen und politischen Belastung. Die beispiellose Absturzserie offenbarte die Verantwortungslosigkeit, die den überdimensionierten Rüstungsplänen für die Luftwaffe zugrundelag. Militär und politische Führung versuchten und versuchen noch, sich gegenseitig dafür die Schuld zuzuschieben. Die internen Spannungen wuchsen weiter.

Trotz der inzwischen klar erkennbaren Veränderungen der militärischen Gesamtlage, trotz der Konsequenzen, die andere NATO-Staaten einschließlich der USA für ihre Strategie daraus zogen, verfolgten Bundeswehrführung und Bundesregierung weiterhin das Ziel der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Ein markantes Ereignis aus der Kette dieser nur selten an die Öffentlichkeit gelangten Bemühungen war das mit dem Minister koordinierte Eintreten des Genealinspekteurs Trettner für eine Atomminensperre entlang der bundesdeutschen Ostgrenze auf einer Geheimsitzung des Militärausschusses der NATO. Der Vorschlag wurde von Konferenzteilnehmern, die sein Scheitern wünschten, an die Presse gegeben. Im Verlaufe der sich daran anschließenden Auseinandersetzungen wurde bekannt, daß von Hassel und Trettner gemeinsam bereits im November 1964 diesen Plan der Stationierung atomarer Waffen an der Grenze zur DDR und CSSR in Washington unterbreitet hatten— ohne auf Verständnis und Unterstützung zu stoßen. Die heftige, durchweg ablehnende Reaktion, die dieser Plan nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit fand, ließ es von Hassel geraten erscheinen, einen Teil seiner im Grunde gar nicht teilbaren Verantwortung an die Bundeswehrspitze zu „delegieren". Wieder fühlten sich die Kommandeure im Stich gelassen. Insonderheit verschlechterte sich das Verhältnis Trettners zu seinem Dienstherren immer mehr.

Diese einzelnen Fehlschläge verdichteten sich in der Bundeswehr-Generalität zu dem durchaus zutreffenden Eindruck, daß die militärpolitische Gesamtkonzeption, die dem Ausbau der Bundeswehr zugrundelag, gescheitert war. Das zeigte sich besonders deutlich am Schicksal der sogenannten Vorwärtsverteidigung. Bundesregierung und Kommandospitze der Bundeswehr bemühten sich seit Jahren, ihre unter diesem Begriff zusammengefaßten militärischen Vorstellungen zur offiziellen strategischen Leitlinie der Allianz werden zu lassen. Das gelang formal: In die Verlautbarungen der NATO wurde der Begriff aufgenommen. Die Verbündeten weigerten sich jedoch, ihn mit dem von Bonn gewünschten Inhalt zu füllen. Vorwärtsverteidigung schließt nach Bonner Auffassung nämlich die Dislozierung atomarer Waffen am Eisernen Vorhang ein, und er setzt die Bereitschaft voraus, „in einem frühen Stadium eines erkennbaren Angriffs auf Europa" (von Hassel) diese Waffen auch einzusetzen. Das aber stellt einen prinzipiellen Angriff auf die von Washington vertretene strategische Konzeption der „abgestuften Abschreckung" dar. Die Amerikaner verhinderten unter dem Beifall und teilweise auf Drängen der anderen NATO-Staaten, daß diese Definition der Vorwärtsverteidigung, die die Bundesrepublik de facto zu einer Atommacht hätte werden lassen sollen, zur militärischen Wirklichkeit wurde. Das Scheitern der MLF und ähnlicher Pläne, die vor allem von der politischen Führung in Bonn als mögliche Wege zur Annäherung an den Status einer Atommacht betrachtet wurden, vergrößerte die Unzufriedenheit der maßgeblichsten Militärs mit der politischen Spitze des Verteidigungsministeriums. In den Kommandostäben der Bundeswehr wurde die Kritik an

den „Versagern in Bonn" lauter. Die Militärs machten ihnen die Unfähigkeit zum Vorwurf, die gemeinsamen strategischen Vorstellungen und Vorschläge bei den Verbündeten durchzusetzen.

Diese Unzufriedenheit steigerte sich in dem Maße, in dem die Militärpolitik der zudem durch schwere innere Zerwürfnisse geschwächten NATO immer mehr von den Bonner Wunschvorstellungen abwich. Denn selbstverständlich muß es sich auf die Führung einer Armee, die sich noch immer an den Doktrinen der härtesten Jahre des Kalten Krieges orientiert, sehr beunruhigend auswirken, wenn die Allianzpartner — einer nach dem anderen — auf einen den tatsächlichen weltpolitischen Verhältnissen entsprechenden Kurs einschwenken. Frankreich, Großbritannien, die skandinavischen Länder und in zunehmendem Maße auch die Vereinigten Staaten gehen davon aus, daß in Mitteleuropa kein kriegerischer Konflikt drohe. Umfangreiche Truppenreduzierungen dieser Staaten — die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte betreffend — stehen bevor. Frankreich hat seine Einheiten dem NATO-Oberbefehl entzogen. Der Bundesverteidigungsminister tut so, als ob all diese Maßnahmen nur von untergeordneter Bedeutung wären. Seinen Generalstäblern aber ist klar, daß diese Entwicklung der gesamten Bonner Militärpolitik den Boden entzieht. „Diese Armee hat keinen militärischen Auftrag", stellte Adelbert Weinstein, Wehrexperte der „Frankfurter Allgemeinen", lakonisch fest. In dem sich immer deutlicher offenbarenden Grundwiderspruch zwischen der Militärpolitik Bonns und den weltpolitischen Gegebenheiten (die von den NATO-Partnern zum Anlaß genommen werden, ihre Strategie zu reformieren), liegen die eigentlichen Ursachen der Krise, in der sich die Bundeswehr heute befindet. Der Rücktritt Trettners vor allem macht den vorrangig politischen Charakter der Vorgänge in und um die Bundeswehr deutlich.

Es wäre sicher verfehlt, in Minister von Hassel den Streiter wider die politisierenden Militärs, für den Primat der Politik sehen zu wollen. Tatsache ist, daß Hassel wie seine Vorgänger in völliger prinzipieller Übereinstimmung mit den Generalen eine Politik der Militarisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik getrieben hat, die zwangsläufig die Militärs ermuntern mußte, ihren Einfluß auf der politischen Ebene geltend zu machen. Und sicher ist auch, daß die Führung der Streitkräfte aus der gegenwärtigen Auseinandersetzung hinsichtlich der Ausweitung ihrer Kompetenzen — sei es in der Organisationsstruktur des Verteidigungsministeriums, sei es in ihrer „beratenden" Funktion für die Politiker — gestärkt und keineswegs geschwächt hervorgehen werden. Die Bedingungen, die die neuernannten Generale als Voraussetzung für die Annahme der Inspekteursposten nannten, kennzeichnen den unbestreitbaren Bodengewinn der Militärs auf eine für kritische Demokraten alarmierende Weise.

Jedoch wird das Revirement an der Spitze der Bundeswehr keinen Ausweg aus der Krise der Bonner Militärpolitik weisen. Das Instrumentarium der Personalpolitik, das von Regierung und Parlament jetzt mit hektischem Eifer nach geeigneten Gegenmitteln durchsucht wird, steht in einem grotesken Mißverhältnis zur Tragweite der Problematik. Selbst die allfällige Ablösung des Herrn von Hassel, dessen eklatante Führungsunfähigkeit seine eigenen Parteifreunde ernsthaft erzürnte, wäre allein kein Ansatz zur Lösung. So lange Regierung und Parlament — beklagenswerterweise noch immer mit Hilfe der sich ängstlich auf die Randerscheinungen der Krise konzentrierenden SPD-Fraktion — nur nach Leuten suchen, die eine schlechte Politik bes-

ser ausführen können, wird es keine Wendung zum Besseren geben. Diese kann sich nur aus dem klaren Auftrag der politischen Führung ergeben, die Bundeswehr zu einem echten Instrument der Sicherheit umzubilden, das nicht länger seine Aufgabe darin sieht, durch die Anhäufung eines riesigen Waffenarsenals eine erpresserische Politik gegen die Nachbarn im Osten militärisch zu stützen. Grenzsicherung mit modernen, keinesfalls aber atomaren Waffen wäre das reale Ziel der Bundeswehr. Die Generalstäbe wären fraglos in der Lage, seine Erfüllung zu garantieren. Die Bundeswehr darf nicht länger als Mittel der Drohung verstanden und ausgerüstet werden.

Horst Heiden

Das große Sonderheft der Zeitschrift **das kunstwerk** zeigt auf 140 Seiten die erregende Szene der Kunstmetropole New York. Brosch. 165 Abbild. **DM 12.-.** Durch jede Buchhandlung.

AGIS-VERLAG BADEN-BADEN

Rhodesien und sein „Handelspartner"

Jeden, auch den untersten Weg hat die britische Regierung ausprobiert, um zu einer Einigung mit dem Regime Smith in Rhodesien zu kommen. Die Verhandlungsmöglichkeiten waren längst erschöpft, als am 22. August erneut eine britische Delegation unter Führung von Unterstaatssekretär Duncan Watson in Rhodesien eintraf. Das hat Smith alsbald den Engländern zynisch klargemacht.

Ein Vorwand, den Verhandlungsfaden nicht abreißen zu lassen, war die Behauptung, schließlich respektiere die im Jahre 61 verabschiedete Verfassung Rhodesiens die Menschenrechte jedes Einwohners im juristischen Sinne, wenn auch nicht im Sinne der politischen Gleichberechtigung. Menschenrechte sind unteilbar. Und wo politisch die Allmacht einer Minderheit, die sich zudem rassenpolitisch begreift, mit Gewalt zementiert wird, da kann es auch um die zivilen Bürgerrechte der farbigen Mehrheit nicht gut bestellt sein. Nun hat Jan Smith selbst auf den Anschein verzichtet, als achteten die weißen Rhodesier die Menschenrechte. Er hat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das ohne Ausnahmezustand der Regierung nach Belieben die Verhaftung verdächtiger Personen gestattet. Damit sind die letzten formalen Schranken gefallen, die Rhodesien von der absoluten Willkürherrschaft noch trennten.

Dieses Gesetz kündigte Smith vier Tage nach dem Eintreffen der letzten — wohl nun wirklich allerletzten — britischen Verhandlungsdelegation an, der daraufhin nichts anderes übrigblieb als abzureisen. Die bis dahin geführten Verhandlungen waren geheim. Das Ergebnis liegt gleichwohl offen zutage. Gleichzeitig übrigens verfügte die Regierung Smith eine Erhöhung der Preise

für die von den Farmern an die Regierung abgelieferte Tabak- und Maisernte. Zu dieser Prämie hätte sich Smith kaum entschlossen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, einen großen Teil der Ernte im Ausland abzusetzen. Damit wurde den Engländern drastisch das Scheitern der Blockade bescheinigt. Die afrikanischen Mitglieder des Commonwealth, angeführt von Sambias Präsident Kaunda, haben nun Wilson vor eine deutliche Alternative gestellt. Sie verlangen, daß entweder das rhodesische Terrorregime mit Einsatz militärischer Mittel zu Fall gebracht wird oder daß die Vereinten Nationen angerufen werden, die volle Skala von Sanktionen gegen Rhodesien anzuwenden. Andernfalls drohen einige Länder mit dem Austritt aus dem Commonwealth. Mit Sicherheit darf man annehmen, daß Sambia diese Drohung verwirklichen wird, wenn Wilson weiterhin nichts Ernstliches gegen das Polizeiregime von Jan Smith unternimmt.

Die Kritik an Wilsons Halbherzigkeit in der Rhodesienfrage wächst auch in England. Nicht irgendein Hinterbänkler, sondern immerhin der stellvertretende Vorsitzende der Labour-Fraktion, Hamilton, hat die Bombardierung der Ölzufuhr nach Rhodesien gefordert. Wilson hingegen kündigte an, er werde die neun Düsenjäger und 500 Soldaten, die seinerzeit auf Ersuchen Präsident Kaundas nach Sambia verlegt worden waren, wieder abziehen. Der Unterhalt der Staffel komme auf die Dauer Großbritannien zu teuer. Kaunda hat dazu mit Bitterkeit angemerkt, Sambia könne die Düsenjäger entbehren. Sie seien nicht mehr als eine symbolische Geste gewesen, mit der England seine Untätigkeit habe verschleiern wollen.

Es könnte nun so aussehen, als suche man in England einen Prügelknaben, um das eigene bisherige Versagen zu rechtfertigen, wenn sich der Zorn in London im Zusammenhang mit dem Rhodesien-Problem in wachsendem Maße auf die Bundesrepublik richtet. Aber leider ist nicht zu bestreiten, daß der wirksamste Helfer, den Jan Smith in Europa fand, als England die Blokkade verfügte, die Bundesrepublik wurde und bis heute geblieben ist. Zwar schloß die Bundesregierung sich offiziell der Blockade gegen Rhodesien an. Doch das war nicht mehr als eine Geste gegenüber dem NATO-Verbündeten. Gleichzeitig nämlich wurde die deutsch - rhodesische Handelsgesellschaft gegründet, die seitdem, wie von englischer Seite behauptet, von eingeweihter deutscher Seite als „gewiß keine Übertreibung" bezeichnet wird, eine Verdreifachung des Handelsaustausches mit dem angeblich blockierten Rhodesien bewirkte. Das erfolgte zwar auf privatwirtschaftlichem Wege. Aber die Bundesregierung nahm daran nicht nur regen informativen Anteil, sondern Bundeskanzler Erhard ersuchte auch den CSU-Vorsitzenden Strauß, in seinem Auftrag in Salisbury politische Gespräche mit Jan Smith zu führen. Nach seiner Rückkehr von der Reise nach Rhodesien und der Südafrikanischen Union erstattete Strauß ganz offiziell Erhard darüber Bericht. Jan Smith erklärte offen, er habe seit Ausbruch der Krise mit keinem europäischen Politiker so „nützliche" Gespräche geführt, wie mit Strauß. Smith fügte hinzu: „Noch zwei solche Besuche, und ich bin über den Berg."

Der wichtigste Rohstoff, den Rhodesien in großen Mengen einführen muß, um die Blockade zu überstehen, ist Öl. Zu den Hauptöllieferanten gehört, auf dem Umweg über Südafrika, die Bundesrepublik. Nicht nur direkt. Es sollen auch griechische, türkische und Tanker anderer Länder gechartert worden sein, um im Auftrag der Bundesrepublik Öl für Rhodesien zu befördern. Desgleichen hat die Bundesrepublik einen weit höheren Anteil der Tabakernte Rhodesiens übernommen als vor der Blokkade. Von englischer Seite wird behauptet, die Bundesrepublik liefere auch in Amerika gekaufte Waffen nach

Rhodesien. Diese Waffen seien zum Teil als unentgeltliche Militärhilfe Rhodesien zur Verfügung gestellt worden, zum anderen Teil mit Geldern aus einer in England aufgenommenen Anleihe bezahlt worden, die Smith sich weigert, Großbritannien zurückzuzahlen. Wenn solche Gerüchte etwa Bundestagsabgeordneten bei Englandbesuchen zu Ohren gekommen sein sollten, so wäre es doch wohl an der Zeit, die Angelegenheit einmal parlamentarisch zu erörtern. Anläßlich der Nahost-Krise im vorigen Frühjahr wurde beispielsweise vom Deutschen Bundestag der Grundsatz aufgestellt und von der Bundesregierung akzeptiert, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu senden. Mit dieser Begründung wurde die Waffenlieferung an Israel, zu Recht, eingestellt. Sollte nun etwa für Rhodesien nicht gelten, was für Israel verfügt wurde? Oder betrachtet die Bundesregierung — und der Bundestag — Rhodesien nicht als Spannungsgebiet? Man täte in Bonn gut daran, die Dinge sich nicht soweit zuspitzen, die Gerüchte nicht so lange im Halbdunkel sich weiter ausbreiten zu lassen, bis mit der unausbleiblichen Verschärfung der Rhodesienkrise es eventuell zu offenen Auseinandersetzungen über den Gesamtkomplex vor den Vereinten Nationen kommt.

Freilich liegt den Freunden des Smith-Regimes in der Bundesrepublik, die auf so mannigfache Weise sich als dessen Bundesgenossen gegen den Bündnispartner England erweisen, noch mehr am Beifall und Wohlwollen der Apartheidsideologen in der Südafrikanischen Union. Die Bundesrepublik, auf dem Wege zur „souveränen Atommacht", bastelt an diversen Projekten in Südafrika. Südafrika aber verlangt die Rhodesienhilfe von der Bundesrepublik und kann, bei dem atomaren Ehrgeiz Bonns, Wilsons Rhodesien-Blockade mit deutschen Leistungen wirkungslos machen und so insgesamt die Position der Herrenmenschenpolitik in Afrika stärken.

Es könnte freilich sein, daß zum Beispiel Präsident Kaunda von Sambia nicht nur das Commonwealth verläßt aus Protest gegen das englische Desinteresse an einer Intervention oder an einer entschiedenen Anrufung der Vereinten Nationen, sondern daß er konsequent auch die Bundesrepublik vor der UNO anklagt. Die Dinge treiben Entwicklungen zu, bei denen nicht nur Wilson wird Farbe bekennen müssen.

Josef Oertgen

Sozialkunde — konformistisch

Es kam, wie es kommen mußte: Kaum war das Fach Sozial- und Gemeinschaftskunde in den Schulen der Bundesrepublik eingeführt und damit dem dringlichen Bedürfnis Rechnung getragen, den jungen Menschen die Orientierung in unserer Zeit zu erleichtern, da zeigte sich, welch treffliche Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Indoktrination der neue Unterrichtszweig bot. Viele Umstände kamen dem entgegen: die Neuheit des Faches, das ein Konglomerat aus Zeitgeschichte, Wirtschaftskunde, Staats- und Rechtskunde darstellt; die Schwierigkeit, den Stoff eines Lehrgebiets, das so sehr die bestehenden Hürden der akademischen Disziplinen überspringt, auch an den Stätten der Lehrerausbildung, den Hochschulen, in geeigneter Form zu vermitteln; die Hilflosigkeit und Standpunktlosigkeit vieler Lehrer, die ihre Tageskenntnisse nicht anders als jeder durchschnittliche Staatsbürger der Zeitung entnehmen müssen, ihre

notorische Ahnungslosigkeit besonders in ökonomischen Dingen, ihre Scheu, nach dem Schock der Entnazifizierung, der auch diesen Berufsstand getroffen hat, durch Stellungnahme zu Fragen der Gegenwart eine Blöße zu bieten. So ist das Fach Sozialkunde, bei redlichem Bemühen der Beteiligten, bis heute weithin ein Schauplatz des täppischsten Dilettantismus, der sachlichen und didaktischen Ratlosigkeit, des wahllosen Eklektizismus geblieben. In der Tat kann man von unseren Schullehrern schwerlich erwarten, daß sie, die unmittelbar mit einer noch vielfach frage- und angriffslustigen Jugend konfrontiert sind, sich aus Eigenem ein haltbares Weltbild erarbeiten und damit einen Kraftakt vollbringen, von dem sich auch unsere Hochschullehrer weithin dispensiert haben.

Gerade die mangelnde wissenschaftliche Durchbildung des neuen Faches aber hat dieses zu einem Tummelplatz alter und neuer gesellschaftlicher Vorurteile und Ideologien werden lassen. Hiervon legen beredtes Zeugnis die an unseren Unterrichtsstätten, von den Volksschulen bis zu den Gymnasien, verwandten Lehrbücher der Sozialkunde ab.

Natürlich gibt es hier sehr viel rein sachliche und nützliche Information zu leisten: über die Verfassung, den Staatsaufbau, die Verbände, über Grundelemente des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung, über internationale Einrichtungen, über die Tatsachen der Zeitgeschichte. Doch überall da, wo neuralgische Punkte der Gesellschaft berührt sind, verraten die Lehrbücher Tendenz. — Das beginnt schon bei einem noch recht unschuldigen Gegenstand wie der Familie. Besonderer Beliebtheit erfreut sich hier bei unseren Lehrbuchautoren das eheliche Güterrecht; wobei geschmackvollerweise unseren Heranwachsenden auch die Vermögensauseinandersetzung im Falle einer Ehescheidung nicht vorenthalten wird. Genüßlich ausgebreitet findet sich ferner das Erbrecht, dem zumeist mehr Raum in den Lehrbüchern gewidmet wird als etwa den Gewerkschaften. Nimmt man die unverkennbare Vorliebe unserer Autoren für die Behandlung von Polizei- und Gerichtsfällen hinzu, so wird etwas von dem unverwüstlichen kleinbürgerlichen Archetypus des deutschen Schulmeisters erkennbar, der sich hier bezeugt.

Was die Darbietung der Wirtschaftskunde angeht, so wird sich derjenige, der die Verhältnisse an unseren Hochschulen kennt, nicht wundern, wenn er in den Lehrbüchern der Sozialkunde den Abraum billigster ökonomischer Hochschulideologie wiederfindet. Da fehlt nicht die Lehre von den drei Produktionsfaktoren, Kapital, Arbeit und Boden, deren Träger in trautem Zusammenwirken rastlos die Vermehrung unserer Wohlfahrt besorgen und dafür ihr gerechtes Entgelt beziehen. Da fehlt es nicht an der frommen Mär von der Kapitalbildung durch „Sparen"; wobei die Selbstfinanzierung von Aktiengesellschaften und Riesenkonzernen, etwa auch aus stillen Rücklagen, auf die Verhältnisse eines kleinen Bauchladeninhabers mit Sparbuch zurückgebracht wird. Natürlich fehlt auch nicht die Idylle der Betriebsgemeinschaft, wo Arbeiter und Unternehmer Hand in Hand am großen Werke schaffen. In einem der Lehrbücher heißt es dazu beispielsweise: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer wissen genau, daß sie aufeinander angewiesen sind. Beide wollen, daß die Wirtschaft auf vollen Touren läuft, daß unser Geld seine Kaufkraft behält und daß im Betrieb ein angenehmes Klima herrscht. Beide leben in unserer modernen Gesellschaftsordnung in echter Partnerschaft. Diese verlangt von beiden Seiten Rücksichtnahme auf die wohlbegründeten Interessen des anderen... Es muß also darauf ankommen, den Arbeitnehmer zufriedenzustellen, dem Unternehmer die Freude an seinem Betrieb zu erhalten

[nicht auch seinen Gewinn? W. H.] und der Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Beide Sozialpartner stehen vor der Wahl, sich in einem „Klassenkampf" zu zerfleischen, durch Streik und Aussperrung ihren Willen durchzusetzen oder die „Karten auf den Tisch zu legen" [etwa durch Offenlegung der Geschäftsbücher? W. H.] und gemeinsam gerechte Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Streik und Aussperrung sind zwar in unserer sozialen Ordnung durchaus erlaubte Kampfmittel, aber sie schaden in jedem Falle der Wirtschaft und helfen den Feinden der Demokratie, denen an einer Störung des Betriebsfriedens gelegen ist." [1])

Die „soziale Frage" gehört der grauen Vorzeit des 19. Jahrhunderts an. Sie wird einzig gesehen in der Armut der Arbeitenden, die heute dem „gerechten Lohn", der Sozialversicherung und dem Arbeitsschutz, der Wohlfahrt und der Eigentumsbildung gewichen ist. („Gerechtigkeit" ist überhaupt das wiederkehrende Schlüsselwort, an das sich alle Erwartungen unserer lehrbuchschreibenden Biedermänner knüpfen.) Breiter Raum wird allemal den kirchlichen „Freunden der Arbeiterschaft" im 19. Jahrhundert, wie Adolf Kolping und Bischof Ketteler, und wohlwollenden Unternehmern wie Alfred Krupp und Ernst Abbé gewidmet. Gelegentlich erfährt man in diesem Zusammenhang beiläufig von einem gewissen Karl Marx, der sich allerdings in seinen finsteren Unterstellungen auf der ganzen Linie geirrt hat.

Heiliger Eifer aber erfaßt unsere Autoren, wenn es um die großen Fragen der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung geht. Hier wird in den Lehrbüchern sorgfältig alles vermieden, was unsere jungen Menschen beirren könnte. Die Verhältnisse sind eindeutig: Wenn unser Wirtschaftssystem gemeinhin als das einer „sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet wird, so steht außer Zweifel, daß es nichts anderes als eine solche sein kann. Überhaupt feiert in den Lehrbüchern der Sozialkunde die faktenschaffende Kraft des Wortes ihre Triumphe. Da heißt es etwa in fröhlicher Gewißheit unter der Überschrift „Wir leben in einem demokratischen Staat": „In einem demokratischen Staat bestimmen die Bürger, von wem sie regiert sein wollen. Wenn sie mit der Regierung nicht mehr zufrieden sind, können sie eine andere wählen. Die Bürger eines solchen Staates bestimmen auch, was für Gesetze gelten sollen. Wenn ein Gesetz nicht gut ist, können sie es außer Kraft setzen." [2]) Wie die Staatsbürger dies zuwege bringen, wird freilich nicht gesagt.

Wie sehr unterscheiden sich da von unseren Lehrbüchern der Sozialkunde vergleichbare Erzeugnisse anderer westlicher Länder mit einer gefestigteren parlamentarischen Denktradition: etwa Frankreichs, Englands, der USA! Hier findet sich auch dargestellt, welcher Gefährdung das Staatsleben von innen heraus unterliegt: etwa durch das Wirken von pressure groups; hier geht man gelegentlich bis zu der für deutsche Schulmeisterhirne ungeheuerlichen Aufforderung: die Staatsbürger sollten ihre Rechte, z. B. auf freie Versammlung, notfalls auch vor Übergriffen durch ein Staatsorgan wie die Polizei wahren. Hier werden die jungen Staatsbürger zu einem aktiven, initiativen und kritischen Verhalten gegenüber Gesellschaft und Staat ermutigt, während unsere Lehrbuchideologien den stillen Appell an den Geist der Zufriedenheit, des Gehorsams, der Wohlanständigkeit in sich schließen.

Gegenüber der Erscheinung des Nationalsozialismus bekunden die Lehrbü-

[1]) Heinz Beckert, Staatsbürger von morgen. Eine Gemeinschaftskunde für junge Menschen, Bad Homburg — Berlin — Zürich 1964, S. 92 f.

[2]) Renate Riemeck, Otto Seitzer, Miteinander — Füreinander. Ein Lese- und Arbeitsbuch zur Sozialkunde für hessische Schulen, Stuttgart o. J., S. 81.

cher das obligate Mißvergnügen. Eine Erklärung dafür, wie es zum Nationalsozialismus in Deutschland gekommen sein mag, wird nicht einmal versucht.

Volle Breitseiten hingegen feuern unsere Lehrbuchschreiber ab, wenn es um das Unglück der deutschen Teilung, um Kommunismus und Stacheldraht und um unsere Brüder und Schwestern geht. Hier fallen alle Rücksichten; hier gewinnen die Lehrbücher durchwegs reinen Pamphlet-Charakter. In der Wahllosigkeit ihrer Argumente arbeiten sie dabei der gegnerischen Propaganda direkt in die Hände. Da werden einige wohlausgewählte Preise zwischen den beiden deutschen Wirtschaftsräumen miteinander verglichen; daß es „im Osten" zwar Sputniks gebe, aber gelegentlich keine Gummiringe für Einmachgläser, wird als lehrbuchwürdige Tatsache angesehen.[3]) Wenn es den Kampf um die jungen Seelen unseres Nachwuchses gilt, kommt es auch auf handfeste Irrtümer nicht an, wie z. B.: daß es „drüben" nur eine Partei gebe.

Die Wahl der Mittel geistiger Beeinflussung wird dabei um so bedenkenloser, je niedriger die Schulstufe der Jugendlichen, an die man sich wendet — gilt es doch vor allem, unsere Volksschüler, die ganz überwiegend den arbeitenden Schichten angehören, vermittels des Unterrichts für ihr ganzes weiteres Leben gegen klassenkämpferische Einflüsterungen gefeit zu machen. Dazu erscheinen den Autoren gelegentlich auch Religion und Kirche als nützlich. Denn: „Ein gutes Verhältnis zwischen Staat und Kirche ist besonders in unseren Tagen nötig, in denen christlicher Glaube und Freiheit der Einzelpersönlichkeit ihre Bewährungsprobe in der Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus bestehen müssen. Staat und Kirche sind in diesem Ringen aufeinander angewiesen." [4])

Um gerecht zu sein: Nicht alle Lehrbücher der Sozialkunde sind von der hier geschilderten Art.[5]) Und vielfach sind an Problembewußtsein Schüler und Lehrer, jedenfalls an unseren Gymnasien, den Lehrbüchern durchaus überlegen. Die Gesamttendenz des gedruckten Unterrichtsmaterials aber ist nur allzu deutlich: Das Fach Sozial- und Gemeinschaftskunde wird als eine weitere Gelegenheit verstanden, unsere Jugend vermittels der allgemeinen Schulpflicht und des Beamtenverhältnisses der Lehrer an die herrschende Ideologie heranzuführen.

Wie sehr eine undifferenzierte, unkritische, problemlose Unterweisung solcher Art mittlerweile auch bei unseren Politikern Erwartungscharakter angenommen hat, zeigt der Ingrimm, den ein Lehrer auf sich ziehen kann, der im Sozialkundeunterricht — und sei es durch Ahnungslosigkeit — auf ein nicht konformes Literaturerzeugnis zurückgreift. Der Umstand, daß an einer Schule im Landkreis Marburg eine Lehrkraft den kritischen Aufsatz von Reinhard Opitz über die „Formierte Gesellschaft" den Schülern zur Lektüre empfahl, hat vor kurzem im Hessischen Landtag zu der Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU an den Kultusminister geführt, ob er solche „politische Hetze" dulden wolle. — Es kann bei dieser Lage der Dinge nicht wunder nehmen, wenn unsere Kulturnation, auch mit den Augen des Auslands gesehen, bereits als geistiges Flachland erscheint. Und wer heute den zunehmenden Konformismus unserer Menschen beweint, mag sich die Frage vorlegen, wieweit auch unseren Schulen die Rolle zugedacht ist, staatliche Brutstätten konformer Gesinnung zu sein.

Prof. Dr. Werner Hofmann

---

3) Vgl. Wolfgang Hilligen, Sehen — Beurteilen — Handeln. Teil 2, Lese- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung und Sozialkunde, Frankfurt, 7. Aufl. 1964, S. 106, 109.

4) H. Beckert, a. a. O., S. 38.

5) Das Buch von Dieter Claessens, Arno Klönne und Armin Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf — Köln 1965, stellt eine rühmliche Ausnahme dar.

Heinrich Hannover

Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt?

Zur innenpolitischen Bedeutung der Notstandsgesetze

Die geschichtlichen Erfahrungen der Weimarer Republik haben bei der Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland Pate gestanden. Sie scheinen in Vergessenheit geraten zu sein, seit die im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam am Werk sind, dem Grundgesetz eine sogenannte Notstandsverfassung aufzupfropfen. Unbeirrt von Protesten aus Kreisen der Intellektuellen und der Gewerkschaften hat der Bundestag schon im Sommer 1965 sieben Notstandsgesetze verabschiedet, von deren Existenz nach einer vom deutschen Fernsehen am 4. Juli 1966 veröffentlichten Umfrage 68 % der Bevölkerung noch nichts wissen. Sie werden es spätestens merken, wenn sie zu Diensten im Zivilschutzkorps oder in den Selbstschutzorganisationen einberufen werden, wenn sie Lebensmittelvorräte für 14 Tage, Ausrüstungsgegenstände zum Schutz gegen die Einwirkung radioaktiver Niederschläge und gegen chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel, Batterieempfänger für Rundfunkdurchsagen und Geräte zur Brandbekämpfung und zur Selbstbefreiung auf eigene Kosten anschaffen und aufbewahren müssen. Die innenpolitische Tragweite der Notstandsgesetze werden die meisten aber auch dann noch nicht begreifen. Wie schon einmal vor nunmehr 33 Jahren wird der Deutsche erst, wenn es zu spät ist, merken, daß die Demokratie endgültig abgeschafft worden ist. Es ist daher wichtig, daß vom Ausland her sich noch rechtzeitig warnende Stimmen erheben, die das Schweigen durchbrechen, das die Manager an den Hebeln der Macht in Deutschland über die Notstandsgesetze ausgebreitet haben.

Die Weimarer Republik ist an den konterrevolutionären Kräften gescheitert, denen die Sozialdemokraten von 1918 ihre alten Machtpositionen gelassen hatten. Es gab damals insbesondere vier Säulen der Konterrevolution:

1. Die Großindustrie, deren wirksame Kontrolle eine papierene Forderung der Arbeiterschaft blieb, obwohl die SPD nach dem verlorenen Krieg sowohl den moralischen Anspruch als auch die Macht besessen hätte, die Mitbestimmung, wenn nicht gar die Sozialisierung durchzuführen,

2. die Verwaltungsbürokratie,

3. die Justiz,

4. die Reichswehr,

alles Institutionen, in denen monarchistisch und antidemokratisch gesinnte Leute von gestern vorherrschten und von den naiven „Revolutionären" von 1918 in ihren Sesseln und Sätteln bestätigt wurden.

Auch die Bundesrepublik sah sich von vornherein der Schwierigkeit gegenüber, einen demokratischen Staat mit Menschen aufzubauen, von denen nur eine Minderheit Demokraten waren. Konnte die SPD sich in den Jahren der Weima-

rer Republik immerhin noch auf eine breite politisch bewußte und demokratisch gesinnte Arbeiterschaft stützen und ihre Verluste an Arbeiterwählern in den letzten Jahren der Republik durch Zuwachs aus der liberalen bürgerlichen Intelligenzschicht ausgleichen, so stand der SPD bei ihrem Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg ein solcher Unterbau demokratisch gesinnter Kräfte nicht mehr zur Verfügung. Zu gründlich hat der Terror der Nazis die sozialistische Arbeiterbewegung und die vor allem von Juden getragene demokratische bürgerliche Intelligenz ausgerottet. Die SPD hat allerdings die beiden Jahrzehnte, die seit Kriegsende verflossen sind, auch nicht genutzt, um politisches Bewußtsein in der Arbeiterschaft und dem liberalen Bürgertum wieder aufzubauen, sondern sie hat es vorgezogen, sich den aus den vergangenen Herrschaftssystemen überkommenen Gesinnungen der Mehrheit anzupassen. Die SPD und die hinter ihr stehenden Wählerschichten bilden daher heute — anders als in der Weimarer Republik — kein echtes demokratisches Gegengewicht mehr gegen die Institutionen, die schon damals der Hort reaktionärer Gesinnung waren:

1. eine durch fortschreitende Konzentration und durch Investitionen auf Kosten des Steuerzahlers immer mächtiger werdende Großindustrie, in der — trotz formaler „Mitbestimmung" in bestimmten Industriezweigen — weder die Arbeiterschaft, noch der Kleinaktionär etwas mitzureden hat;

2. eine mit alten Nazis durchsetzte, obrigkeitsstaatlich gesinnte Ministerial- und Verwaltungsbürokratie und

3. eine Bundeswehr, in der auch die nächste Generation im Geist von gestern und vorgestern erzogen wird.

(Die Justiz kann in dieser Untersuchung außer Betracht bleiben, da ihr im Rahmen der Notstandsgesetzgebung keine wesentlichen Funktionen zuwachsen.)

Hier sind also bereits hierarchisch strukturierte Machtkörper erhalten oder neu errichtet worden, die nach aller geschichtlichen Erfahrung sich nur solange in ein demokratisches System integrieren, als die demokratische Mehrheitsbildung ihren Interessen entspricht. Wie schon einmal in der deutschen Vergangenheit könnten sie in Versuchung geraten, ihre Machtpositionen gegen eine demokratische Mehrheitsbildung durch Außerkraftsetzung des rechtsstaatlichen Systems zu verteidigen. Aber merkwürdigerweise steht der Deutsche Bundestag im Begriff, Notstandsgesetze zu vollenden, die nicht etwa das Volk vor einer Wiederholung dieser Machtergreifung durch demokratisch nicht legitimierte Institutionen schützen sollen, sondern die umgekehrt gerade diesen Mächten, die schon einmal das Schicksal der Demokratie in Deutschland besiegelt haben, die politische Gewalt im Staate vertrauensvoll in den Schoß legen. Darüber hinaus werden noch weitere hierarchische Organisationen und Betriebsstrukturen geschaffen, in denen von oben eingesetzte Führer Befehlsgewalt über die gesamte Bevölkerung ausüben werden. Damit ist sichergestellt, daß sich der politische Wille von oben nach unten, und nicht etwa — wie es dem demokratischen Prinzip entsprechen würde — von unten nach oben durchsetzt. Der durch die Notstandsgesetze konzipierte totale Notstandsstaat setzt an die Spitze und in die Schlüsselpositionen dieser hierarchisch gegliederten Gesellschaft die Funktionäre der Institutionen, von denen allein von jeher eine Unterdrückung demokratischer Willensbildung drohte: die Manager des Großkapitals, die Verwaltungsbürokraten und die Militärs, sowie den Funktionärskörper der noch zu schaffenden Notstandsorganisationen (Zivilschutzkorps, Selbstschutzwarte).

Die Unterwerfung der Arbeiter und Angestellten unter das Diktat der Betriebsführung soll durch das geplante Zivildienstgesetz bewirkt werden. Dieses in der amtlichen Begründung des Regierungsentwurfs als „Gegenstück zum Wehrpflichtgesetz" bezeichnete Gesetz sieht eine Militarisierung der Arbeitsverhältnisse vor. Durch einen dem Einberufungsbescheid des Soldaten entsprechenden „Heranziehungsbescheid" sollen Männer von 18 bis 65 und Frauen von 18 bis 55 Jahren zum Zivildienst verpflichtet werden können, wenn die Bundesregierung feststellt, daß Dienstleistungen für lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben „den Umständen nach dringend erforderlich sind". An die Stelle des freien Arbeitsvertrages tritt in diesem Moment ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis, in dem es keine Kündigung und keine Arbeitsverweigerung gibt. Die Verpflichtung zu Zivildiensten entpuppt sich also bei näherer Betrachtung als ein ideales Mittel zur Unterdrückung von unerwünschten Lohnbewegungen und Streiks, da die Arbeitsverweigerung im Zivildienstverhältnis oder auch nur die Aufforderung dazu als strafbare Handlung gilt.

Ein getreues Vorbild für diese Regelung ist Hitlers Notdienstverordnung vom 15. 10. 1938, die von der Bundesregierung in der Begründung ihres Gesetzentwurfs auch in aller Unschuld zitiert wird. Aber abgesehen von dieser peinlichen Parallele hätte ein Blick auf die Geschichte die Abgeordneten, die bereit sind, dieser Entmachtung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zuzustimmen, darüber belehren müssen, daß es kein einziges historisches Beispiel dafür gibt, daß die Arbeiterschaft gegen die Demokratie gestreikt hätte. Aber es gibt historische Beispiele dafür, daß sie die Demokratie durch den Generalstreik gerettet hat (Kapp-Putsch 1920) oder hätte retten können (Papens Staatsstreich gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung, 20. Juli 1932, und Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933).

Die Regelung des geplanten Zivildienstgesetzes dürfte sich also kaum mit dem Argument rechtfertigen lassen, daß sie dem Schutze der Demokratie diene. Vielmehr liefert sie die gesamte arbeitende Bevölkerung den Interessen der privaten Konzerne aus. Da die Privatnützigkeit der Produktion auch im sogenannten Notstandsfall erhalten bleibt, kann es für die Manager der Großindustrie gar keinen bequemeren Weg zur Einfrierung der Löhne und zur Unterdrückung von Streiks geben als den des staatlich garantierten Arbeitsfriedens auf dem Wege über Zivildienstverpflichtungen der arbeitenden Bevölkerung. In Ludwig Erhard, der schon wiederholt die Forderung erhoben hat, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten müßten, haben sie ihren Vertrauensmann bereits in der richtigen Position, um die Arbeiter zu gegebener Zeit durch Beschluß der Bundesregierung in Zwangsarbeiter verwandeln zu lassen.

Über dieses Zivildienstgesetz ist im Bundestag noch keine Einigung erzielt worden. Die Bundesregierung hat deshalb lange Zeit den Standpunkt vertreten, daß dieses Gesetz nicht verfassungsändernd (nämlich gegen das Verbot der Zwangsarbeit verstoßend) sei und deshalb auch ohne die Stimmen der SPD beschlossen werden könne. Dafür bediente sie sich des Argumentes, daß es sich um „herkömmliche" Dienstleistungen handle, weil ganz ähnliche Regelungen — man höre und staune! — schon Adolf Hitler zur Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs getroffen habe. Der Hinweis auf entsprechende Verordnungen der Nazis war in der Tat entlarvend, wenngleich die SPD auch daraus weder propagandistisch noch erkenntnismäßig irgendeinen Nutzen gezogen hat. Trotzdem hat man sich jetzt anscheinend einen anderen Weg ausgedacht, um das Zivildienstgesetz

hinter dem Rücken einer wachsamen Öffentlichkeit zu verabschieden. Nach der bisher unwidersprochenen Behauptung des Professors Norden (DDR) soll der Text des Zivildienstgesetzentwurfs in der Form eines „Schubladengesetzes" dem in der Notstandsverfassung vorgesehenen „Notparlament" zur Beschlußfassung vorgelegt werden (in dem nach der augenblicklichen Konstellation die CDU/CSU die absolute Mehrheit haben würde).

Leider hat die SPD sich auch von ihrem ursprünglichen Entschluß abbringen lassen, über die Notstandsgesetze nur insgesamt, als „Paket", abzustimmen. So hat sie bereits den im Sommer 1965 verabschiedeten sieben Notstandsgesetzen im Bundestag zugestimmt, um im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl zu beweisen, daß sie eine „staatstragende" Partei ist. Neben den vier Sicherstellungsgesetzen (Wirtschafts-, Verkehrs-, Ernährungs- und Wassersicherstellungsgesetz), die die Bundesregierung zur Einführung der totalen Planwirtschaft im Verordnungswege ermächtigen, handelt es sich um das Zivilschutzkorps-, das Selbstschutz- und das Schutzbaugesetz. Diese Gesetze sind zum Teil (die Sicherstellungsgesetze) bereits in Kraft, zum Teil (die sogenannten Schutzgesetze) werden sie am 1. Januar 1967 oder 1968 in Kraft treten. Schon diese Gesetze werden die Umwandlung unserer Demokratie in einen Obrigkeitsstaat neofaschistischer Prägung einen großen Schritt weiterbringen.

Da ist zunächst das Zivilschutzkorpsgesetz, das der Bevölkerung die Last einer zweiten Armee auferlegen wird. Die Gesamtstärke des aufzubauenden Zivilschutzkorps: 200 000 Mann. Jährlich sollen 45 000 Mann für die Aufgaben des Zivilschutzkorps (Bekämpfung der Gefahren und Schäden, die der Zivilbevölkerung durch Angriffswaffen drohen) ausgebildet werden. Das geht in Deutschland natürlich nicht ohne eine vollständige Führerhierarchie, die vom „Truppführer" bis zum „Oberbereichsführer" 17 Ränge durchläuft. Die höheren Ränge sofort zu besetzen, ist in einem Land, in dem es bis 1945 eine Fülle hierarchisch strukturierter Organisationen gegeben hat, natürlich kein Problem.

Liefert das Zivilschutzkorpsgesetz nur einen begrenzten Teil der Bevölkerung (Wehrpflichtige der zum Grundwehrdienst aufgerufenen Jahrgänge, „ungediente" Wehrpflichtige der sogenannten weißen Jahrgänge) der Befehlsgewalt von oben eingesetzter Führer aus, so betrifft das Selbstschutzgesetz die gesamte männliche und weibliche Bevölkerung ohne altersmäßige Begrenzung. Zu den gesetzlichen Selbstschutzpflichten gehört die Anschaffung einer sogenannten Selbstschutzausrüstung, einer Geräteausstattung für Gebäude und eines Lebensmittelvorrates, die Vorbereitung der Verdunkelung und der Entrümpelung; alles dem deutschen Volk wohlbekannte Maßnahmen, die schon im letzten Krieg kaum einen anderen Sinn als den hatten, die Menschen seelisch auf den Krieg vorzubereiten und ihnen ein falsches Sicherheitsgefühl zu geben. Dieselbe Funktion erfüllen die Verpflichtungen zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen, Wiederholungslehrgängen und Übungen. Auch die Teilnahme am Betriebsselbstschutz und an entsprechender Ausbildung ist zur Pflicht gemacht, sowie die Teilnahme an sogenannten Selbstschutzzügen. Es ist geplant, 33 Millionen Menschen (das ist etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik) im sogenannten Selbstschutz auszubilden. Wem fällt da nicht die Warnung ein, die deutsche Wissenschaftler schon 1962 ausgesprochen haben: „Schließlich bieten ‚Zivilschutzerfordernisse' Anlaß, die Bevölkerung bis zum Hauswart herab vollständig zu organisieren und zu Übungen einzuberufen. Eine solche Bevölkerung ist für staatliche Propaganda und Gängelung in fast idealer Form empfänglich.

Die beste Absicht einer zum Kampf um die Freiheit entschlossenen demokratischen Regierung kann nicht verhindern, daß eine solche ‚Erfassung' und Durchorganisierung der Bevölkerung untergeordneten Stellen Macht verleiht, die bestimmten Eigengesetzlichkeiten folgt."

Das Funktionärskorps der Selbstschutzorganisation wird so aussehen:

1 000 000 Selbstschutzwarte

80 000 Leiter von Selbstschutzblocks

6 200 Leiter von Selbstschutzbezirken

6 200 Selbstschutzzugführer

111 600 Selbstschutzpflichtige in Selbstschutzzügen

180 000 Gehilfen

In 500 Selbstschutzschulen in Groß- und Mittelstädten und in 425 fahrbaren Ausbildungsstätten für die Landkreise werden sie der Bevölkerung die nötige Luftschutzideologie für den nächsten Krieg beibringen, ohne die eine Regierung, die den Krieg als mögliches Risiko ihrer Politik einkalkuliert, nicht einen Tag länger im Amt bleiben könnte.

Schon diese vom Bundestag mit den Stimmen der meisten SPD-Abgeordneten verabschiedeten Notstandsgesetze stellen die politische Entmündigung des Volkes sicher. Der einzelne Staatsbürger wird sich schon in Kürze von verschiedenen Obrigkeiten erfaßt sehen, die ihm das Nachdenken über den Sinn solcher „Verteidigungsvorbereitungen" abnehmen oder abgewöhnen. Der Raum für eine selbständige politische Bewußtseinsbildung, insbesondere der jüngeren Generation, wird hoffnungslos eingeengt werden; die Generation der Väter wird ihre Ideologie — sorgsam in Freiheitsparolen verpackt — mit gelindem Zwang weitervererben.

Auch die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik werden schon durch die bereits beschlossenen Notstandsgesetze eine entscheidende Veränderung erfahren. Unbelehrt durch die Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazizeit hat das Parlament die Übertragung praktisch unbegrenzter Staatsgewalt auf Organisationen gebilligt, die — teils notwendig (Militär), teils unnötig (Zivil- und Selbstschutzorganisationen) — nach dem „Führerprinzip" aufgebaut sind. In dieser Selbstentmachtung des Parlaments zugunsten demokratisch nicht legitimierter (nämlich: nicht gewählter, sondern von oben eingesetzter) Funktionärskörper liegt der Keim zu Antiparlamentarismus und Antiparteienressentiment, die schon einmal die faschistische Machtübernahme vorbereitet haben. Der Deutsche Bundestag steht im Begriff, sich in geradezu selbstmörderischer Weise überflüssig zu machen und das demokratisch-parlamentarische System ein zweites Mal zu diskreditieren. Schon heute bietet der Bundestag das traurige Schauspiel eines Parlaments, das es für gute Staatsgesinnung hält, eine nach Millionen zählende oppositionelle Wählergruppe (Gewerkschaften!) einfach nicht mehr zu repräsentieren. Das Parlament selbst weist damit der Opposition den Weg des außerparlamentarischen Kampfes, während es seine eigenen Machtpositionen gegenüber den demokratisch nicht legitimierten Mächten (Großkapital, Militär, Bürokratien, Zivilschutz- und Selbstschutzorganisationen) kampflos räumt. Die Notstandsgesetze selbst werden in einer Krise die Bürgerkriegssituation

herbeiführen helfen, die in einer funktionierenden Demokratie über das Parlament und den freien Meinungskampf abgeleitet werden kann.

Die Positionen der Staatsgewalt in einer Bürgerkriegssituation werden nun durch das noch zu beschließende Notstandsverfassungsgesetz abgesteckt. Getreu obrigkeitsstaatlicher Tradition und blind für die Lehren der Weimarer Republik sieht man im Militär die zuverlässigste Stütze der Staatsgewalt, in der organisierten Arbeiterschaft aber den potentiellen Staatsfeind. Nach Artikel 91 des Entwurfs soll die Bundesregierung das Recht erhalten, das Militär als Polizei einzusetzen, soweit es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung erforderlich ist. Es ist bereits von kompetenter Seite ausgesprochen worden, daß als „Gefahr" in diesem Sinne jedenfalls ein Streik zu gelten habe, bei dem die Mitwirkung östlicher Agenten vorliege (und wo kann die nicht behauptet werden!). Wenn in Artikel 91 Abs. 6 des Entwurfs Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen auf gewerkschaftlicher Basis geführt werden, ausdrücklich von den nach diesem Artikel möglichen Unterdrückungsmaßnahmen ausgenommen werden, so heißt der Umkehrschluß: politische Streiks oder gewerkschaftlich nicht genehmigte Streiks können vom Militär zusammengeschossen werden. Und gerade der politische Streik sollte in einem Lande, das ihn als geeignetes Mittel zur Erhaltung der Demokratie kennengelernt (Kapp-Putsch) und versäumt hat (Papen-Putsch, Hitlers Machtergreifung), heilig gehalten werden.

Der nicht-politische Streik aber, den Art. 91 Abs. 6 des Entwurfs von der Anwendung polizeilicher und militärischer Gewalt ausnimmt, läßt sich wesentlich geräuschloser über das Zivildienstgesetz unterdrücken, indem die streikenden Arbeiter oder die Funktionäre der Gewerkschaften zu Zivildienstleistungen verpflichtet und wegen Zivildienstverweigerung bestraft werden. Die Entmachtung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften ist also lückenlos gesichert.

Während Artikel 91 des Entwurfs eine Generalklausel zur polizeilichen und militärischen Gewaltanwendung gegen die Arbeiterschaft ist, enthalten die Artikel 115 a ff. des Entwurfs der Notstandsverfassung Bestimmungen über Sondervollmachten der Bundesregierung und des sogenannten Notparlaments — eines gemäß Artikel 53 a zu bildenden Ausschusses aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrats —, die im „Zustand der äußeren Gefahr" in Kraft treten sollen. Ein „Zustand der äußeren Gefahr" soll dann gegeben sein, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird „oder ein solcher Angriff droht". Ob diese leicht interpretierbare Voraussetzung vorliegt, kann unter ebenso leicht interpretierbaren Voraussetzungen der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers bestimmen, mindestens aber das Notparlament mit seiner CDU/CSU-Mehrheit, wenn dem „sofortigen" Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder er nicht beschlußfähig ist und die Lage „unabweisbar ein sofortiges Handeln" erfordert. Die Feststellung, daß ein „Zustand der äußeren Gefahr" eingetreten sei, hat zur Folge, daß z. B. Vereinigungen, „die die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder deren Beziehungen zu einem verbündeten Staat gefährden", verboten werden können (da wird die Stunde der Kampagne für Abrüstung, der Kriegsdienstverweigerer-Verbände und bestimmter Studentengruppen, wenn nicht gar der Gewerkschaften schlagen!). Die Polizei (oder das im Notstandsfall mit polizeilichen Funktionen auszustattende Militär) soll das Recht erhalten, während des „Zustandes der äußeren Gefahr" aus eigener Machtvoll-

kommenheit Personen bis zu einer Woche lang festzuhalten, ohne sie einem Richter vorführen zu müssen (das könnte vielleicht gerade reichen, um die paar wachsamen Demokraten, die seit 1945 nachgewachsen sind, für die Dauer eines Atomkrieges einzusperren; sollte er länger dauern, könnte man sie jeweils nach einer Woche formell entlassen und gleich wieder einfangen, wie in Verwoerds Südafrika, das laut Franz Josef Strauß ähnliche Probleme hat wie die Bundesrepublik, schon längst mit Erfolg praktiziert).

Eine der wichtigsten Sondervollmachten der Bundesregierung im „Zustand der äußeren Gefahr" ist dem historischen Muster des Papenschen Staatsstreichs vom 20. Juli 1932 genau nachgebildet. Nach Artikel 115 d Abs. 3 b kann sie den Landesregierungen und den Landesbehörden Weisungen in allen die Abwehr der Gefahr betreffenden Angelegenheiten erteilen und diese Befugnis auf von ihr zu bestimmende Behörden oder auf Beauftragte übertragen. Da ist die Einsetzung eines Staatskommissars, wie ihn Papen damals der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung vor die Nase gesetzt hat, getreulich kopiert. Die Sozialdemokraten sollten einmal nachlesen, wie Papen damals seine Maßnahmen begründet hat; die Einführung des Faschismus mit der antikommunistischen Masche ist von beklemmender Aktualität.

„Eine während des Zustandes der äußeren Gefahr endende Wahlperiode des Bundestages verlängert sich bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des Zustandes der äußeren Gefahr", heißt es in Artikel 115 h des Notstandsverfassungsentwurfs. Das ist die Klausel, mit der die CDU/CSU eines Tages Erhards gegenüber protestierenden Bergarbeitern ausgesprochenes Wort wahrmachen wird, er werde dafür sorgen, daß dieses Gesindel nie an die Macht komme. Da eine Aufhebung „des Zustandes der äußeren Gefahr" nach Artikel 115 m nur von einer Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erzwungen werden kann, könnte sich nach dieser Regelung eine Regierung, die das Vertrauen des Volkes verloren hat, noch jahrelang an der Macht halten und mit dem Knüppel des Militärs und der Polizei regieren.

Wir erleben in Deutschland den geradezu unheimlichen Vorgang einer Wiederholung der Geschichte der Weimarer Republik. Die gleichen hierarchisch strukturierten Machtkörper, an denen damals die Demokratie gescheitert ist, lassen sich von einem naiv gutgläubigen Parlament als Inhaber praktisch unbegrenzter Staatsgewalt legalisieren. Das Mittel zur totalen Beherrschung des Volkes ist die schon in der Nazizeit erprobte Organisierung und Erfassung der gesamten Bevölkerung, die eine Beherrschung der politischen Bewußtseinsbildung durch Leute von gestern sicherstellt. Auch die Ablenkung sozialer und innenpolitischer Probleme auf einen äußeren „Feind" kann auf erprobte Vorbilder zurückgreifen. Und auch Erhards Parole von der „formierten Gesellschaft" sollte uns an die von Hitler propagierte „Gemeinwohl"-Ideologie erinnern. In der Reichstagssitzung vom 23. März 1933, in der Hitler sich von den demokratischen Parteien (mit Ausnahme der SPD) das berüchtigte Ermächtigungsgesetz bewilligen ließ, sprach Hitler beispielsweise von der „Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt", und forderte eine „Frontbildung unseres Volkes". Auch Hitler behauptete, in Wahrnehmung der Interessen des ganzen deutschen Volkes zu handeln, wie dies die politischen Interessenvertreter des Großkapitals seit jeher getan haben. Reinhard Opitz hat kürzlich in einer Analyse des von Erhard propagierten Begriffs der „formierten Gesellschaft" nachgewiesen, daß das „Ge-

meinwohl", dem sich Parlamente, Parteien, Länderregierungen, Gemeinden, Gewerkschaften und alle übrigen Gruppen der Gesellschaft unterordnen sollen, in seinem Inhalt identisch ist mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken. Der „Notstand", für den die Notstandsgesetze angeblich da sein sollen, ist nicht der Notstand, an den der kleine Mann denkt und in dem auch seine Interessen eine Einschränkung der politischen und sozialen Freiheit fordern könnten, es ist, so wollen wir hoffen, nicht einmal der Krieg, zu dem heute vernünftigerweise kein Volk mehr seiner Regierung eine Blankovollmacht erteilen könnte; sondern der „Notstand", für den in Deutschland Notstandsgesetze gemacht werden, ist da, wenn eines Tages die als „Gemeinwohl" getarnten Interessen der Großindustrie durch die demokratische Mehrheitsbildung des Volkes gefährdet werden sollten.

Diese Gesetze sind noch das Werk der Generation, die im obrigkeitsstaatlichen Geiste aufgewachsen und für den Faschismus mitverantwortlich ist. In Deutschland ist inzwischen eine Generation herangewachsen, die sich bewußt vom Ungeist des Faschismus abgesetzt hat und nicht verstehen kann, daß die Vätergeneration die Aufhebung der parlamentarischen Demokratie, die Vertreibung der Demokraten und die Ermordung der Juden geduldet hat. Aber wenn es eine historische Schuld ist, der Abschaffung der Demokratie in einem Land tatenlos zuzuschauen, dann steht diese „schuldlose Generation" im Begriff, selbst schuldig zu werden. Ohne bewußte politische Orientierung, ständig den antikommunistischen Gemeinwohlparolen sämtlicher Bundestagsparteien ausgesetzt, läßt sie sich in die Fesseln eines neuen totalitären Systems schlagen, in dem der einzelne nur noch ausführender Funktionär einer den Interessen der Großindustrie dienstbaren Staatsgewalt ist. Sie verabscheut den Faschismus und den Kommunismus — beide versteht sie als Inbegriff der Unfreiheit —, aber nur wenige ahnen, daß die Unfreiheit im eigenen Land vor der Tür steht und daß sie wiederum, wie schon 1933, über das Parlament „auf legalem Wege" eingeführt werden soll. Wenn die Jungen der Vätergeneration vorwerfen, daß sie 1933 geschlafen habe, so können die Väter sich damit verteidigen, daß man damals nicht habe voraussehen können, was kommen werde, da die Entwicklung des Hitler-Faschismus tatsächlich ohne historisches Vorbild war. Die Generation, die morgen ihren Söhnen für ihr Verhalten von heute wird Rechenschaft geben müssen, wird sich nicht darauf berufen können, keine historischen Vorbilder gekannt zu haben.

Sven G. Papcke

Die Handlanger der Anarchie

Die Bundesrepublik und der Vietnam-Krieg[1])

I

Die Verniedlichungen des „örtlichen Konfliktes" sind abgelebt. Sie haben ihre Chargenrolle vorzüglich gespielt. Die ominöse Weltmeinung brütet im allgemeinen auf dem „full scale war" in Vietnam — nur noch ab und zu von moralischen Blähungen geschüttelt. Die „Moral" aber war in der Politik schon immer eine quantité négligeable. Über eine linde Mokanz, daß die USA, wie es scheint, das Erbe des Faschismus in ihrer Interventionspolitik angetreten hätten, kommt sie nicht mehr hinaus. Man fühlt sich betreten. Daher rationalisiert man in einem salto heroale das kriegerische Geschehen, dessen Wesen durch die propagandistische Brille des „Kampfes um die Freiheit" gütig verschwimmt. Die Zinnen der „Freiheit", die die Amerikaner erstürmen, sollen auch zu unserer Bastion gehören. In Einklang mit diesem Unsinn vermengen die ganz eifrigen deutschen „Kriegniks" (à la „Vietniks", wie die Kriegsgegner in den Staaten beschimpft werden!) mir nichts dir nichts Berlin und Vietnam[2]). Widersprüche, wie sie von schlechtriechenden Studenten und näßlichen Pintschern geäußert wurden, werden in einer antikommunistischen Freiheitshysterie ertränkt! Wer „dagegen" ist, schmarotzt bloß, will sich nicht für Ideale opfern. „Unsere Freiheit aber kostet etwas!"

Aber auch in Deutschland bleibt die überstolpernde Begeisterung für den Krieg isoliert. Bisher jedenfalls. Zumeist herrscht „wolkig" vor. Nur die Gewöhnung ist allgemein! Die Nachricht, daß die USA bis Ende 1966 über 400 000 Mann in die Venen des Krieges schütten wollen, fand sich noch hinter dem Feuilleton.

Dies Vertrautwerden, das besonders in der Bundesrepublik den Krieg in den Eisschrank des Selbstverständlichen lagert, war beabsichtigt. Auch Arsen verträgt man in kleinen Dosen! Die Gewöhnung ist das Ergebnis einer analytischen Sterilität. Die Berichterstatter vermögen nicht hinter die Maske des scheinbar schicksalhaften Kampfes in Vietnam zu blicken. Aber nicht etwa, weil sie tränenblind sind! Ihre Ohnmacht hat politische Gründe. So überwiegt gemeinhin die informierte — dadurch auch chloroformierte Deskription der Zustände. Es finden sich nur fötale Ansätze zu einer politischen, nie zu einer sozial-gesellschaftlichen Analyse der Situation in Südvietnam. Die Schilderungen des äußeren Ablaufes von Thilo Bode bis Dönhoff, die Bücher von Stockhausen bis Halberstamm[3]) kon-

---

1) Text eines Vortrages, der am 14. 6. 1966 an der Universität Hamburg vor dem Arbeitskreis „Lynx" der Richard-Dehmel-Gesellschaft gehalten wurde.

2) Vgl. etwa den Artikel von Horst Eliseit, Bonn drückt sich um Vietnam, Welt am Sonntag, 9. 1. 1966, S. 4. Dies ist nur ein Beispiel aus einer Legion nicht ganz so prononcierter Artikel. Für Eliseit (WamS, 6. 3. 1966, S. 4) sind die Professoren, die gegen den Krieg protestieren, „ahnungslos", die Studenten „unreife Eierwerfer" und die Künstler, die sich dem Protest anschlossen, „großsprecherische Kabarettclowns".

3) Es liegen auch einige Bücher vor, die tiefer fragen. Vgl. etwa W. G. Burchett, Partisanen contra Generale, Düsseldorf; G. Schütze, Der schmutzige Krieg, München/Wien 1959; N. Kien, Le Sud-Vietnam depuis Dien-Bien-Phu, Paris 1963; Jean Chesneaux, Le Viet-Nam, Paris; vgl. auch die vorzügliche Arbeit von Heinz Abosch, Der endlose Krieg, Sonderdruck aus Heft 1—2/1966 der Halbmonatszeitschrift „Stimme der Gemeinde".

struieren einen anschaulichen dialektischen Kopfsprung des politisch-sozialen Unverständnisses. Die Verfasser erkennen nicht den Moloch der sozialen Problematik. Sie vermögen den kapitalistischen Freiheitsbegriff auch auf dem Kriegspfad nicht zu perforieren! Überwältigt von der ungeheuren Maschinisation des Leviathan — huldigen sie ihm. Hilflos vor der Walze der Gewalt, die auch sie bedrückt, beklagen sie die Uneinsichtigkeit der Vietnamesen, sich gegen die „Erlösung" zu wehren. Sie legitimieren notgedrungen die Gewalt als sinnvoll. Wenn man keine Alternativen mehr erkennt — formiert man sich. Nicht etwa nur deshalb, weil ihre Zeilen sonst in der rechtsdrallen Presse der Bundesrepublik unterdrückt würden. Im Ideologiennetz der herrschenden Klasse gefangen, sind auch sie politisch außerstande, eine soziale Analyse der wirklichen Gründe des Krieges zu erstellen. „Die Ideen der Herrschenden", darüber meditierte schon Marx, „sind zumeist die herrschenden Ideen."

Überfliegt man das Spektrum der in Deutschland veröffentlichten Darstellungen, Reportagen, Kommentare, könnte man bei einigem bösen Willen an eine Springer-flutartige Verdummungskampagne glauben. Dabei ließe sich von den bewußten Entstellungen absehen, wie sie in den rechtsradikalen Blättern [4]) oder in der „Welt am Sonntag" [5]) und in der „Bildzeitung" getätigt werden. Außer in linksliberalen Zeitschriften, die kaum das Gewölbe der öffentlichen Meinung anreichern, finden sich nicht zwei Artikel, die etwa das Sakrileg begingen, den industriellen Kapitalismus auf eine mögliche Kriegslüsternheit hin abzuklopfen. Kurz vor seiner Ermordung im Jahre 1914 sagte Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie der Sturm den Regen." In den vorliegenden Berichten aber erscheinen die Amerikaner, Bibeln am Helm, Kirchengüter bergend und Kleinkinder rettend [6]), nur als getarnte Abgesandte des Roten Kreuzes. Krieg...? Nie gehört! Befreiung an der ganzen Front! Bei recht intensivem Hinsehen erschaut man in dieser Kinderwelt der Berichte eine demokratische Rettungsaktion zur Bergung der Freiheit eines von einem brutalen Antichristen zusammengeknüppelten Völkchens. Das aber kann man doch mit Fug als „moralisch" ansehen! Oder? Um zusammenhängend berichten zu können, müssen sich die Berichte auf die Seite der amerikanischen Argumente schlagen. Johnson hat sie der deutschen Ideologie mundgerecht vorgekaut. Er tönte am 7. April 1963: „The first reality is: that the communists have attacked the South! Their object is total conquest!" Wir sind also alle gefährdet! Um flatterhafte Gewissen über die Notwendigkeit einer Napalmbefreiung zu beruhigen, erschöpfen sich viele Nachrichter in naiven Vorschlägen, wie die wilde Guerrillakriegerei im Einzelfall zu mildern sei! Aber: grundsätzlicher, „undemokratischer" Zweifel wird durch Freiheitsinjektionen betäubt. Auch hier bietet Johnson jedem etwas. „This is not just a jungle war. But a struggle for freedom on every front of human activity!" Johnsons These vom 23. 6. 1964 ist so hehr, daß man sie sich nur erschauernd auf der Zunge zergehen lassen kann. Aufgerufen, dürfen wir endlich wieder dem Er-

---

4) Die Haltung der rechtsradikalen Blätter zum Vietnamkrieg ist durchaus zwiespältig. Nicht etwa aus moralischen Gründen. Sondern weil die Amerikaner durch ihr Engagement in Asien die Gefahr in Europa übersähen; außerdem, konfrontiert mit China, wären sie bereit, sich über die Köpfe der Deutschen mit der UdSSR zu verständigen. Vgl. etwa den Artikel in „Soldat im Volk" (Nr. 7, Juli 1965, S. 1) von Gerhard Baumann, Kämpfen für Vietnam?

5) Neben Eliseit, von Studnitz u. a. ist es vor allem der krankhafte Hetzer W. S. Schlamm, der das Image der WamS extremisiert! Vgl. etwa seine Artikel vom 6. 3. 1966, S. 5; vom 3. 4. 1966; und vom 22. 5. 1966, Seite 5, Darf man noch siegen?

6) Es wäre eine eigene Untersuchung wert, die propagandistische Geschicklichkeit der deutschen Zeitungen (vor allem der „Bild", „Welt", „Welt am Sonntag" und des „Hamburger Abendblattes" ff.) aufzuweisen, durch Placierung und Auswahl der Bilder die Amerikaner als verhinderte Engel darzustellen (s. „Welt", 23. 4. 1966, S. 7).

OPPOSITION IN DEUTSCHLAND
VOLTAIRE

Ein politischer Verlag aus Berlin

DEUTSCHLAND

Allgemein — Bernt Engelmann

DEUTSCHLAND REPORT

292 Seiten mit 150 Abbildungen und Karten im Text, ausführliche Dokumentation zu jedem Kapitel im Anhang. Leinen DM 24,80

Justiz — Lutz Lehmann

LEGAL & OPPORTUN

Politische Justiz in der Bundesrepublik
364 Seiten, Leinen DM 24,80

Wirtschaft — Bernt Engelmann

UNTERNEHMEN OHNE UNTERNEHMER

Die gemeinwirtschaftliche Gruppe in der Bundesrepublik
ca. 250 Seiten, 32 Abbildungen, davon 8 farbig, Zeichnungen und Statistiken im Text, Leinen DM 14,50

BRD-DDR — Hans Apel

SPALTUNG

Deutschland zwischen Vernunft und Vernichtung
ca. 400 Seiten, Leinen DM 27,—

Grenzen — Edmund Meclewski

POLENS WESTGEBIETE

Ein polnischer Beitrag zur Oder-Neiße-Grenze
(in Vorbereitung)

VOLTAIRE VERLAG GMBH
1000 Berlin 15
Bregenzer Straße 4 · Telefon 8 81 45 94

halt abendländischer Werte dienen. Leider vorerst nur mit Geld. Aber wir waren nie zersetzte Materialisten. Uns gelten höhere Werte. Tun wir deshalb nicht eigentlich noch viel zu wenig? Das fragt konsequenterweise „Die Welt" [7]). Die Thesen von der kommunistischen Aggression, die Verneinung, daß in Südvietnam ein Bürgerkrieg herrscht, die Enthüllungen, daß China sich mit Dr. Mabusewürdigen Weltunterjochungsplänen auf dem Marsch befindet, das wird farbig kolportiert [8]). Alles wird irrational mit „Freiheit" verklebt. „Sinn" und „Wert" auf jeder Seite. Auch „der liebe Gott" ist auf dem rechten Flügel. Die „Gartenlaube" auf Reisen in Südvietnam: in der „Welt", in „Christ und Welt", im „Sonntagsblatt", in der „Zeit", in der SZ, in der FAZ, im „Spiegel" — und so fort [9]). „Es gibt kein Zurück" — formuliert Herbert von Borch die allgemeine Meinung [10]). Und die Einsichten von Lothar Ruehl [11]), daß die Begriffe der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität in Südvietnam landesfremd seien, werden nur dazu umgemünzt, Reformen vorzuschlagen, auf die die südvietnamesische Bevölkerung seit 1956 „geduldig" wartet. Ruehl aber schließt befriedigt seinen Artikel, indem er großzügig die Forderung nach mit der Errichtung von notwendigen Reformen verwechselt. Nachdem so das soziale Unbehagen ertränkt ist, folgert auch er: es gibt keine Lösung. Der Krieg muß bis zur Errichtung der „Freiheit" durchgestanden werden. Das Bild, das die Berichte zeichnen, bietet unbewußt eine klassische Analyse der politischen Vorstellungen hierzulande.

An der Leine der berufenen Kommentatoren, tanzt auch die deutsche öffentliche Meinung im amerikanischen Argumentenreigen! Dieser Bärentanz der Unverständigkeit wird in der Bundesrepublik durch liebe Mythen brauner Bemalung, die sich dem Demozillin gegenüber als resistent erwiesen, angefeuert. Man frönt noch immer dem „Genius des Krieges", wie Scheler sich auszudrücken beliebte [12]). Seit Hegel, bezeichnenderweise in seiner „Philosophie des Rechts" [13]), orakelte: Kriege seien notwendig, damit die Minderwertigen ausgemerzt würden, damit die Seelen der Völker nicht verfaulen..., hangen wir treu dem „Tiefsinn" der Nationalisierung der Gewalt an. Das schimmert durch viele Berichte und Meinungen. Auch ein scheinökonomisches Argument west fort. Kriege seien notwendig, so meint man, damit die Wirtschaft angeheizt wird, damit unser Wohlstand dauert. Schon Bismarck hat uns ja bewiesen, so steht es stolz in allen Schulbüchern, daß Moral in der politischen Handlung nichts zu suchen hat. Bloß keine Sentimentalitäten! Wir bleiben Realpolitiker, auch wenn noch nicht einmal für alle Europäer, geschweige denn für nahezu 80 % der Erdbevölkerung die soziale Existenzfrage gelöst ist. Weniger als 10 % der Erdbevölkerung teilt sich noch immer über 80 % des Reichtums dieser Welt. Diese Realpolitik besteht notgedrun-

---

7) Vgl. etwa „Welt", 16. 7. 1964, S. 4; vgl. den zitierten Artikel von Eliseit (WamS, 9. 1. 1966, S. 4): Bonn drückt sich um Vietnam!

8) Vgl. etwa „Welt", 27. 5. 1966, S. 2 (H. Barth: Ohne militärischen Sieg bleibt nur die politische Niederlage); „Zeit", 6. 9. 1963 (K. Schwarz: Washingtons „bitterer" Reis in Vietnam); FAZ, 4. 8. 1964, S. 1 (Glosse „Größenwahn", u. a.) ff.

9) Auch der „Spiegel" kritisiert „nur"; auch er bleibt in machtpolitischen Erwägungen hängen. So fragt etwa Augstein niedlich in seinem Bericht: „Der Leviathan in Aktion. Nutzen und Moral des Krieges in Vietnam" (— ein toller Titel! —): „Handeln die Guerillas moralisch, denen jedes Mittel recht scheint, den Sieg zu erringen?" („Spiegel" 49, 1965, S. 26).

10) Vgl. „Welt", 12. 9. 1964.

11) Vgl. „Welt", 19. 6. 1965; „Welt", 9. 6. 1965, S. 3.

12) Max Scheler: Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg. Leipzig 1915 (vgl. dazu Hermann Lübbe, Politische Philosophie in Deutschland, Stuttgart 1963, 4. Teil, bes. S. 221 ff.).

13) Philosophie des Rechts, §§ 324—329 (1821). Nicht zuletzt dieser Ausführungen wegen, hat man versucht, Hegel zum direkten Ahn des Faschismus zu machen. (Vgl. neuerdings Ernst Topitsch in „Monat" 2, 13. Juni 1966, S. 36—51!) Topitsch's Darstellung ist ziemlich dünn; man merkt die politische Absicht, die auch Popper und Russel verführt: Mit Hilfe der hegelianischen politischen Entgleisungen den dialektischen Rationalismus zu diskreditieren. Dann kann man auch leicht die Erben des Rationalismus, etwa Marx, verdammen! Vgl. dazu Herbert Marcuse: Vernunft und Revolution, Neuwied 1962.

gen in der Gewalt als politischer ultima ratio. Darüber ist sie sich durchaus im klaren. Darin besteht ja ihre Realität! Denn — wenn man den „Unterentwickelten", den modernen „miserables", nicht solidarisch hilft, wenn man ihre soziale Revolution, wie in Vietnam, durch Terror zu verhindern sucht, wenn man durch den Neokolonialismus ihre Befreiung stört [14]), werden sich diese Völker ihrerseits ihr Recht in der Gewalt suchen müssen! Montesquieu [15]) schrieb zutreffend: „Seulement le pouvoir peut arrêter le pouvoir!" Dadurch aber fühlt sich die „Realpolitik" ihrerseits wieder bedroht. Diesmal von anderen Rassen. Das belebt nicht nur in der Bundesrepublik rassistische Endmoränen. Schon während der Kongokrise, jetzt aber noch offensichtlicher mendelt sich eine makabre Solidarität des weißen Mannes aus. Die „Farbigen" werden eindeutig zu anmaßend. Principiis obsta! Man schalte eine zukünftige Gefahr möglichst rechtzeitig aus!

II

Oberhalb der Sockenhalter der öffentlichen Meinung aber, im Bereich der politischen Macht trägt das offiziöse Deutschland jetzt offen „oben ohne". Hier wird das Eintreten für den Vietnamkrieg immer eindeutiger. Man tappt genüßlich im Dunkel einer Gewaltpolitik, die ein willkommenes Dessert der seit 1947 von Adenauer und der Industrie aufgetischten Politik der Stärke ist. Wie für die Bundeswehr, heißt es auch für die Bonner Politik à la americaine schwärmerisch: „Der (politische) Wehrdienst gipfelt in der Bereitschaft, für die Freiheit... notfalls sein Leben einzusetzen. Hier hören oberflächliche Gedanken auf. Hier gelten der Ernst der Wahrhaftigkeit und die Ehrfurcht vor dem Schöpfer!" So kann man, wie die „Information für die Truppe" [16]) es empfiehlt, auch Politik machen. Der Vietnamkrieg ist in Bonn kein Faktum, das man aus Unvermögen, seine soziale Problematik zu erkennen, den Freiheitsbegriff der Amerikaner kritisch zu durchleuchten, ohnmächtig akzeptiert. Hier ist der Krieg politisch äußerst genehm. Der Krieg gibt Bonn die entschwindende Möglichkeit zurück, zu versuchen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges doch noch zu revidieren [17]). Um dieses Ziel zu treffen, liegt die Bundesrepublik seit ihrer Schöpfung auf Kollisionskurs [18]). Nur aus diesem Grunde trat sie die Rechtsnachfolge des Dritten Reiches an. In dem Begriff der „Grenzen von 1937" und in den Forderungen nach „Selbstbestimmung" findet die neue Revisionspolitik ihre politische „Legitimation". Nach seiner Wiederwahl, Anfang Juli 1964, hat Bundespräsident Lübke das deutsche Programm eindeutig zusammengefaßt: „Es kommt jetzt darauf an, alle unsere Kräfte... und unseren Willen zusammenzufassen, damit wir mit der Hilfe unserer Freunde in aller Welt unser höchstes nationales Ziel erreichen. Hoher Preis ist hohen Einsatz wert... Unsere Verbündeten... spüren, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit härter ist und seine Forderungen unnachgiebiger vertritt!" [19])

---

14) Vgl. zum Neokolonialismus etwa Nkrumah: „Der Kampf der Dritten Welt gegen den Neokolonialismus" (in „Marxistische Blätter" Nr. II/1966, S. 7—12).

15) Vgl. L'Esprit des Lois, Buch XI, 6.

16) Nr. IX/1963, S. 550.

17) Vgl. den vorzüglichen Artikel von Immanuel Geiss in „Werkhefte", München, Nr. XI/1966, S. 335 ff.): Deutschlands Stellung in der Welt — zwanzig Jahre danach!

18) Vgl. etwa Peter Nau: Revanchismus — Ja oder Nein?, Frankfurt am Main 1965.

19) Die Absicht, die Lübkes Bild der Zusammenballung nationaler Macht unterliegt, besteht darin, den „befreundeten" Nationen zu drohen, daß wir stark genug wären, Alleingänge zu unternehmen. Darüberhinaus soll ihnen mit einer nationalen Extremisierung gedroht werden, wenn sie sich nicht für uns einsetzen. Klassisch drückt diese Absicht ein Artikel von Heinz Barth („Welt", 2. 4. 1966, S. 2) aus: Die Deutschen — wie die Amerikaner sie sehen!

Gott sei Dank hat ja die Bundesrepublik, wie Strauß es strahlend betonte, diesmal die richtigen Verbündeten. Der Krieg in Vietnam erlaubt es Bonn, sich weiterhin einzunebeln, die Krise seiner Stärkepolitik zu kaschieren, die in Hinblick auf die Wiedervereinigung, auf das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, zu Israel, aber auch in den Plänen eines 1933 à la Bonn offen am Tag liegt. Diese Revisionspolitik, die aus der gesellschaftlichen Restauration des bürgerlich-industriellen Autoritarismus nach 1945 resultiert (Adorno), war unter der Ägide von Kennedy [20]) im Schornstein einer politischen Weltkoexistenz verraucht, die durch die apokalyptische Bedrohung durch die A-Bomben erzwungen wurde. Bonn schien sich fügen zu müssen. Um innenpolitischen Schwierigkeiten vorzubeugen, wurden formierte Gesellschaftsphantasien und Notstandsorgien in Szene gesetzt. Aber der direkte Konflikt mit dem Kommunismus wurde nur aus dem eisigen Raum der traditionellen Politik in den schutzlosen Unterleib der Dritten Welt verlagert. Hier haust er seitdem um zu kühner. Da dort noch keine markierten Einflußsphären vorlagen, ließ sich hier möglicherweise der verspielte Boden für den Kapitalismus zurückgewinnen. Der daraus entbrennende Kampf zwischen dem notwendigen sozialen Fortschritt und dem status quo der Ausbeutung gab den unermüdlichen Durchhaltepropheten in Bonn nach einer Durststrecke recht. Schröder forderte die USA kernig auf: fest zu bleiben. Die Staaten ihrerseits verlangen energisch von den Bundesdeutschen: mitzumachen! Wenn Bonn dieses Ansinnen bisher weitgehend ablehnte, hat das nur machiavellistische Gründe. Das westdeutsche Volk würde ein Engagement in Vietnam schlukken. Darüber lassen die Kalten Krieger in Bonn keine Haare. Spielen aber keine moralischen Erwägungen für das Zaudern eine Rolle: warum befinden sich dann noch keine „Germans at the front"? Eine politische Keuschheit macht Bonn noch begehrenswerter. Es bekommt weitere Zugeständnisse. Vielleicht wird die Bundesrepublik doch noch zum Hilfssheriff des großen amerikanischen Bruders erhoben!? Dann darf es auch mit Atombomben spielen. O, welche Würde!

III

Die politischen Ziele des Kampfes machen deutlich, daß der Krieg in Vietnam endgültig den Kinderschuhen moralischer Deklamationen entwachsen ist. Die Bejammerung wird zu Mimikry. Es ist jetzt hohe Zeit für eine praktische Kritik, die zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer Reformation der gesellschaftlichen Zustände verhilft, die den Krieg in Vietnam hervorriefen — und die die Kriegsführung in den USA erlauben. Die Selbstentfremdung der Menschen im Krieg ist nicht primär ein „ideelles" Bewußtseinsphänomen. Das gaukelt nur die literarische Kritik vor. Sie ist eine gesellschaftliche Realität. Das Leiden ist banal wirklich.

Es kommt darauf an, die soziale Problematik darzulegen, um die „Logik des Krieges" als ideologisch zu brandmarken. Dazu muß auch dieser Krieg als Etappe in einer scheinbar ungebremsten Refaschisierung der Politik der westlichen Länder nach 1946 erkannt werden. Horkheimer hat das treffend dargelegt. Der „demokratische Idealismus", mit dessen Hilfe der Krieg in Vietnam verkauft wird,

[20]) Es muß hier angemerkt werden, daß auch Kennedy die sozialen Revolutionen in den Entwicklungsländern gründlich mißverstand. Man kann sagen: auch er war nur ein Millionär. Seine Kuba-, seine Südamerikapolitik beweisen das eindeutig. Er war zwar für Reformen. Aber wenn die traditionellen Herrschaftsschichten die Reformen nicht durchführten, unterstütze er sie doch, um den status quo zu erhalten. Er formulierte am 22. 11. 1963 die noch heute herrschende Wächterideologie der Amerikaner: „Wir Amerikaner . . . sind die Wächter auf den Wällen der Freiheit in der Welt!" Johnson ist nur ein Erbe Kennedys.

ist direkt für diesen Prozeß verantwortlich. Es zeigt sich, daß angesichts des unaufhaltsamen sozialen Fortschrittes in der unterentwickelten Welt die kapitalistischen „Ideologen" ihre Felle fortschwimmen sehen, vor allem: wenn dieser Fortschritt seinen politischen Überbau in einer sozialen Revolution findet, die scheinbar den Freiheitsbegriff der westlichen Welt, der sich bei näherem Zusehen als Freizügigkeitsbegriff offenbart, zu den Akten legt. Dieser Freizügigkeitsbegriff, der „freizügig" die kapitalistische Privatisierung der amerikanischen Politik gestattet, der durch aufgebauschte repräsentative Riten ein hohles demokratisches Selbstbewußtsein füttert, zeigt jetzt unter dem Stress der sozialen Revolutionen, die die Massen von der elementaren Sorge um das nackte Leben befreien müssen, ehe eine politische Freiheit denkbar ist, seine Kehrseite. Die politische Demokratie, in der der Untertan letztlich manipuliertes Werkzeug der ihm eingeimpften Verwechslung von ökonomischer und politischer Entscheidungsfreiheit bleibt, führt gegen die soziale Revolutionalität einen Krieg, der den status quo der Unterdrückung und der Profitmache des Menschen durch den Menschen erhalten soll. Besonders ironisch wird dieser als Kampf „für die Freiheit" ausgegebene Krieg, wenn es den Obertanen gelingt, den Hörigen vorzumachen, sie kämpften tatsächlich für ihre Belange. Diesen Zustand könnte man als einen „demokratischen Faschismus" bezeichnen. C. W. Mills formulierte schon 1962: „Das heutige Amerika ist... eine formale politische Demokratie... (Es hat) aber keine demokratische Gesellschaftsform!" [21]) Mills schlußfolgert, daß die USA direkt in einen großen Krieg steuerten, wenn sie weiterhin versuchen sollten, einen unhaltbaren sozialen status quo zu konservieren [22]), nur weil die Überwindung des unmenschlichen Zustandes nicht auf dem amerikanischen Weg der politischen Revolution vollzogen würde. Die USA meinen noch immer verbissen, die Welt befände sich noch im Jahre 1776, als sie sich „befreiten". Sie glauben naiv, man könne auch die Probleme des Zwanzigsten Jahrhunderts mit Jefferson'schen Glücksformeln glätten. Das Wesen der Revolutionen hat sich aber grundlegend verändert. Heute entspringt der Impuls zur Revolution der Notwendigkeit, die das Elend des Hungers schafft, und nicht mehr der behäbigen Entrüstung Boston'scher oder Girondistischer Krämer, die sich durch feudale Eingriffe in ihrem gottgewollten Profit geschmälert sahen.

Das Wesen dieses „demokratischen Faschismus", der nach innen täuscht und nach außen eine Kanonenbootpolitik führt, ist die Gewalt, der Terror, die Meinungsformierung. Perfiderweise aber eine Gewalt, die durch Wahlriten demokratisch legitimiert scheint. Sie bleibt deswegen von sich bis zur Existenzvernichtung überzeugt. Diese Art der politisch selbstlegitimierten Verblendung ist eminent gefährlich. Besonders im heutigen Zeitalter der Weltinnenpolitik. Die daraus folgende Tyrannei der politischen Selbstgerechtigkeit, die vor allem Marx tiefsinnig durchschaute [23]), hat St. Just einmal scharf analysiert: „Das meistunterdrückte von allen Völkern wird das Volk, das im Namen seiner eigenen Rechte unterdrückt wird und unterdrückt. Dort wird das Verbrechen zur Religion." [24])

Die deutschen Handlanger sind bloß gelehrige Schüler des kapitalistischen Leviathan. Auch sie segeln eisern in die Anarchie, die durch die Diktatur des Notstandes nach innen abgestützt werden soll. Die Motive, warum die USA in Viet-

21) C. W. Mills: Die amerikanische Elite, Hamburg 1962, S. 306.

22) C. W. Mills: Politik ohne Verantwortung, München 1963, S. 119.

23) Diese Behauptung war für die Spießbürger der Dehmel-Gesellschaft zu starker Tobak. Während sie bisher den Vortrag leidlich ertragen hatten, schien es ihnen doch zu unwahrscheinlich, daß Marx etwas Politisches erkannt hatte. Sie zischten und kicherten.

24) Zitiert bei R. L. Bruckberger: Amerika — Die Revolution des Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1960, S. 84. (Dieses Buch stellt übrigens die naivste Deutung Amerikas dar, die existieren dürfte.)

nam einen „rechtmäßigen" Krieg führen, gleichen denen aufs Haar, warum die deutsche Politik und Publizistik unter der Flagge eines Kreuzzuges für die „unteilbare Freiheit" die Amerikaner in ihrer Aggression unterstützen. Nur die politischen Rücksichten differieren.

Darf ich verschämt literarisch schließen? Schon 1793 hat der von Schiller verhöhnte Gottfried August Bürger in einem politischen Poem [25]) die Dialektik der Kriegsmatadoren aufgeblättert, die Hegel rüstig in der oben zitierten „Philosophie des Rechts" [26]) beschrieb: „Glückliche Kriege (sollen) innere Unruhen verhindern und die innere Staatsmacht befestigen!" Bürger schrieb: „Sie nennens Streit fürs Vaterland, / in welchen sie dich treiben. / O Volk, wie lange wirst du blind / beim Spiel der Gaukler bleiben? / Sie selber sind das Vaterland — / und wolln es gerne bleiben!"

Vietnam und die Gefahr für den Weltfrieden

Die Situation in Vietnam, die sich von Tag zu Tag weiter zuspitzt, hat einen Punkt erreicht, an dem die Escalation der eingesetzten Mittel und die Ausweitung der Kriegshandlungen durch die USA die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören. Die Ministerpräsidentin Indiens, Frau Indira Gandhi, und der französische Staatspräsident, General de Gaulle, haben neben anderen warnend ihre Stimme erhoben, um der Weltöffentlichkeit die äußerst bedrohliche Lage bewußt zu machen und den amerikanischen Präsidenten zur Vernunft zu mahnen. Lyndon B. Johnson und seine Berater sind aber bislang uneinsichtig geblieben und scheinen zur Ausdehnung des Krieges entschlossen.

Um der Empörung der friedlichen Welt Ausdruck zu geben, hat der englische Philosoph und Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell zur Bildung eines internationalen Tribunals aufgerufen, vor dem Präsident Johnson, Außenminister Dean Rusk und Verteidigungsminister Robert McNamara als Kriegsverbrecher angeklagt werden sollen. Der französische Philosoph Jean Paul Sartre, der ehemalige mexikanische Staatspräsident Lazaro Cardenas, der in Schweden lebende deutsche Schriftsteller Peter Weiss, der brasilianische Wissenschaftler und Vorsitzende des UN-Ausschusses für Ernährung, Prof. Josue de Castro, und der in London lebende polnische Schriftsteller Isaak Deutscher haben unter anderen zugesagt, an diesem Tribunal im November 1966 in Paris mitzuwirken.

Drei wichtige Texte, die wir an dieser Stelle veröffentlichen, charakterisieren den Ernst der Lage: Lord Russell wandte sich am 24. Mai 1966 über den Sender des Vietkong an die in Vietnam kämpfenden amerikanischen Soldaten. Peter Weiss veröffentlichte seinen Artikel in der Stockholmer Zeitung "Dagens Nyheter" am 2. August 1966. Am bedeutsamsten aber ist das Rücktrittsschreiben des Generalsekretärs der UNO, U Thant, vom 1. September 1966, in dem er die Vergeblichkeit der Bemühungen der Weltorganisation um die Erhaltung und Sicherung des Friedens beklagt und mit Worten höchsten Ernstes, bei aller Zurückhaltung deutlich genug, vor der akuten Gefahr eines Weltkrieges warnt. Das Scheitern seiner Bemühungen um den Frieden in Vietnam, die ergebnislose Unterbrechung der Genfer Abrüstungskonferenz, die schon dicht vor einem Erfolg zu stehen schien, und viele andere Anzeichen einer wachsenden Spannung haben dem Manne im Zentrum der weltpolitischen Entwicklung die Gewißheit gegeben, daß wir dicht vor einer möglichen Katastrophe stehen. Die Ankündigung seines Rückritts ist ein äußerstes Alarmsignal.

D. Red.

---

25) Das Gedicht trägt den Titel: Für wen, du gutes deutsches Volk . . .!, Bürgers Gedichte in 2 Teilen, Ed. E. Consentius, Teil II, S. 151.
26) Vgl. Anm. 13), § 324.

Hier spricht Bertrand Russell . . .

Hier spricht Bertrand Russell. Ich wende mich über das Radio der FNL-Streitkräfte Südvietnams an Euch, um Euch zu sagen, wie sehr Eure Regierung das Recht verletzt, wenn sie Euch ausschickt um ein Land zu besetzen, dessen Bevölkerung auch im Haß gegen die Angreifer aus den Vereinigten Staaten einig ist. Es ist nicht sehr schwer zu verstehen, warum die Vietnamesen die Amerikaner hassen; das vietnamesische Volk hat seit über 25 Jahren gekämpft, um seine Unabhängigkeit zu sichern. Zuerst kämpften die Vietnamesen gegen die sehr grausamen Japaner, später gegen die Franzosen, welche Guillotinen in den Dörfern Vietnams errichtet hatten und alle jene enthaupteten, welche verdächtig waren, gegen die fremde Besatzung zu sein. Wenige unter Euch werden wissen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mehr als 80 Prozent der Kosten des französischen Krieges bezahlte und Frankreich mit allen modernen Waffen belieferte, um ihm in seiner teuflischen Aufgabe beizustehen, das vietnamesische Volk zu töten und zu unterjochen.

Als die Vereinigten Staaten begannen, in Südvietnam zu intervenieren, gaben sie zuerst den Vorwand, sie würden bloß einer Regierung in Saigon helfen, die Subversion von außen niederzuschlagen. Doch Ihr amerikanischen Soldaten habt ja gesehen, welche Sorte von Regierungen in Saigon existiert. Sie sind alle brutal, korrupt, diktatorisch, und das ganze Volk ist ihnen gleichgültig. Warum sind diese Regierungen fähig, eine nach der andern in Saigon zu bestehen. trotz der Tatsache, daß Studenten, Frauen, Dörfler, ja überhaupt jedermann das Leben riskiert, um sie zu stürzen? Die einzige Antwort ist die, daß die Vereinigten Staaten ihre enormen militärischen Machtmittel benützen, um dem vietnamesischen Volk Puppenregierungen vorzusetzen, die das Volk nicht repräsentieren.

Laßt uns nun zusammen überlegen, weshalb die Regierung der Vereinigten Staaten dies tut. Die Entschuldigung, daß sie die Vietnamesen gegen den Vietcong oder gegen die Nordvietnamesen beschützt, wird Euch allen als Lüge erscheinen. Vietnam ist ein Land. Selbst die Genfer Verträge anerkennen, daß es ein Land ist. Nord- und Südvietnam bilden nicht nur fast dasselbe Volk, sondern viele Frauen und Kinder von Männern im Norden leben im Süden, und viele von denen, welche im Süden leben, wurden im Norden geboren. Ihr wißt vielleicht nicht, daß zwischen 1954 und 1960 mehr Vietnamesen starben als seit 1960. Denkt einmal darüber nach. Der Vietcong hat die Waffen nicht vor 1960 ergriffen, und es sind mehr Vietnamesen in den sechs Jahren zuvor umgekommen als in der Zeit, seit der die Nationale Befreiungsfront kämpft. Der Grund dafür ist sehr einfach zu erkennen. Die Regierung von Ngo Dinh Diem tötete, folterte, kerkerte ein und verstümmelte Hunderte und Tausende von Vietnamesen, und sie konnte dies allein nur dank der militärischen Unterstützung und Führung der Vereinigten Staaten tun. Kann jemand die Brutalität von Ngo Dinh Diem vergessen, der buddhistische Priester dazu trieb, sich selbst aus Protest zu verbrennen? Es sollte klar sein, daß die Nationale Befreiungsfront, die Ihr als Vietcong bezeichnet, zu den Waffen griff, um das Volk gegen die Tyrannei zu verteidigen, die noch brutaler als die japanische Okkupation war, denn es kamen mehr Vietnamesen unter Diem um als unter den Japanern. Dafür trägt die Regierung der Vereinigten Staaten die Verantwortung.

1950 schrieb die New York Times in einem Editorial: „Indo-China ist einen langen Kampf wert. Im Norden gibt es exportierbares Zinn, Wolfram, Mangan, Kohle, Bauholz und Reis; Kautschuk, Tee, Pfeffer und Felle. Sogar schon vor dem Zweiten Weltkrieg trug Indo-China ungefähr für 300 Millionen Dollar jährliche Dividenden ein."

Ein Jahr später sagte ein Sprecher des US-Staatsdepartementes: „Wir haben nur teilweise die südost-asiatischen Ressourcen ausgebeutet. Trotzdem trägt Südost-Asien 90 Prozent Profit ein. Vom Rohgummi der ganzen Welt hat es 60 Prozent. Vom Zinn 80 Prozent. Es gibt beträchtliche Mengen von Zucker, Kokos-Nußöl, Kaffee, Tabak, Sisal, von Früchten, Gewürzen, frischen Trauben und Gummi, Petroleum, Eisen und Bauxit."

Und als die Franzosen 1953 in Vietnam mit amerikanischer Rückendeckung kämpften, sagte Präsident Eisenhower: „Nun laßt uns uns Indo-Chinas annehmen. Wenn uns Indo-China verloren geht, würde das von uns so sehr geschätzte Zinn und Wolfram verloren gehen. Wir versuchen auf teuerste Weise etwas sehr Schlimmes zu verhindern, nämlich

den Verlust der Möglichkeit, das zu erhalten, was wir von den Schätzen Indo-Chinas und Südost-Asiens wünschen."

So könnt Ihr die Gründe begreifen, warum Ihr amerikanischen Soldaten Euch in Vietnam befindet, um das Volk zu unterjochen, das sich von ökonomischer Ausbeutung und ausländischer Militärherrschaft zu befreien sucht. Ihr seid ausgesandt worden, den Reichtum einiger weniger in den Vereinigten Staaten zu beschützen. Wißt Ihr, daß die USA zu 60 Prozent die Ressourcen der Welt kontrollieren, aber nur 6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, und daß heute einer von drei Amerikanern in Armut lebt? Wißt Ihr, daß die USA über 3300 Militärbasen in der ganzen Welt besitzen und daß fast alle gegen die Bevölkerung des Landes benützt werden, in dem die Basis steht? Die Vereinigten Staaten haben eine ökonomische Weltmacht errichtet, die von der Dominikanischen Republik über den Kongo bis nach Vietnam reicht. Könnt Ihr Euch vorstellen, daß Ihr für Cao Ky stimmt? Wenn eine fremde Macht die Vereinigten Staaten besetzte, um die amerikanischen Rohstoffe auszubeuten, und wenn eine Verräter-Regierung durch Gewalt eingesetzt wäre, würdet Ihr dann den Eindruck haben, es sei Eure Regierung? Noch mehr: Weil das vietnamesische Volk dieses Schicksal trägt und einen solchen Mut beweist, daß die größte Militärmacht der Welt es unmöglich unterjochen kann, werdet Ihr amerikanische Soldaten dazu ausgebildet, alle modernen Waffen anzuwenden. Eure Luftwaffe fliegt pro Woche 650 Einsätze gegen den Norden, und die in Südvietnam abgeworfene Tonnage der Bomben ist größer als die, welche während des Zweiten Weltkrieges und des Koreakrieges abgeworfen wurde. Ihr wendet Napalm an, das alles verbrennt, was es erfaßt; Ihr wendet Phosphor an, und dies setzt sich wie eine Säure an alle Menschen, die unterwegs sind; Ihr wendet Splitterbomben und die „faulen Hunde" an, welche Frauen und Kinder ohne Unterschied zerfetzen; Ihr wendet chemische Gifte an, die Blindheit verursachen, das zentrale Nervensystem angreifen und lähmen; Ihr wendet Giftgase an, welche auf der Waffenliste des Zweiten Weltkrieges aufgeführt waren, und andere Gase, die so tödlich wirken, daß Soldaten mit Gasmasken durch die eigenen Gase getötet werden. Wenn Ihr vom Kampf zurückkehrt, fragt Ihr Euch, welches Volk dies ist, das Ihr tötet? Wieviele Frauen und Kinder starben durch Euch heute? Wie könnt Ihr den Gedanken ertragen, daß dies von Tag zu Tag, von Woche zu Woche zunimmt? Ich frage Euch dies, weil Ihr die Verantwortung tragt und weil bei Euch die Wahl liegt, wie weit dieser kriminelle Krieg fortzuführen ist.

Als England im achtzehnten Jahrhundert die Vereinigten Staaten besetzte, kämpften die amerikanischen Farmer mit den Mistgabeln in der Hand, so wehrlos und so sehr waren sie in Wut. Sie kämpften acht Jahre lang, und sie besiegten das britische Empire im eigenen Land. Wißt Ihr, daß heute in den USA mehrere Millionen arm leben? Wißt Ihr, daß die Arbeitslosen sehr zahlreich sind? Ihr werdet dazu mißbraucht, einige Industrielle zu bereichern, deren Profite vom Ausbeuten der natürlichen Reserven fremder Länder herrühren. Darum erhebt sich die Welt gegen diesen brutalen Krieg, der von der Regierung der Vereinigten Staaten unternommen wird. Ihr wißt, daß die Genfer Konventionen Gas, chemische Kampfstoffe, Folter und Verstümmelung verbieten, und nun seht Ihr, daß amerikanische Spezialeinheiten in Techniken eingeübt werden, welche in Auschwitz und andern Konzentrationslagern angewandt wurden. Don Duncan hat die Tatsache bekannt gemacht, daß Filme über die Nazi-Torturen zur Instruktion amerikanischer Soldaten vorgeführt wurden. Und Ihr wißt ja von Eurer täglichen Erfahrung, was mit Dörflern geschieht, welche verdächtigt werden, Vietcong zu sein. Ihr wißt ebenso, daß die strategischen Dörfer Konzentrationslager sind, in denen Zwangsarbeit, Folter und Aushungerungen an der Tagesordnung sind. Wegen dieser Taten haßte die ganze Welt die Nazis. Diese Dinge führten zum Gerichtshof von Nürnberg, in dessen Folge die führenden Nazis als Kriegsverbrecher gehängt wurden. Ich weiß, daß die meisten von Euch nicht nach Vietnam kamen, weil sie es wünschten, sondern weil sie geschickt wurden. Ich weiß auch, daß man den meisten erzählt hat, daß Ihr ein hilfloses Volk gegen einen starken Nachbarn verteidigen müßt. Aber man hat Euch angelogen, und niemand weiß dies besser als Ihr selbst.

Ihr müßt nicht meinen, Ihr seid allein. Kreuz und quer durch das amerikanische Volk gibt es eine Opposition gegen diesen Krieg. Wenn 100 000 Menschen in New York City

zusammenkommen und demonstrieren und Zehntausende in andern Städten der Vereinigten Staaten, so sollte es klar sein, daß das amerikanische Volk diesen Krieg durchschaut hat und ihn deshalb beenden möchte. Warum war Eure Regierung nicht einmal fähig, eine Kriegserklärung abzugeben? Hast Du zugeschaut, wenn ein Offizier an die Geschlechtsorgane von Frauen und Kindern Elektroden zur Folter angehängt hat? Bist Du einer von jenen, der aus Furcht oder Nervosität den Drücker eines automatischen Gewehres und Hunderte von Kugeln in einem Augenblick losgelassen hat, so daß — bevor Du es bemerkt hast, was geschieht —, Frauen und Kinder tot vor Dir liegen?

Zusammen mit berühmten Persönlichkeiten der ganzen Welt, mit Nobelpreisträgern, Schriftstellern, Philosophen und Mathematikern bilde ich ein Gericht für die Kriegsverbrechen, um in feierlicher Weise über die Untaten Urteil zu sprechen, welche von der Regierung der Vereinigten Staaten gegen das vietnamesische Volk begangen werden. Ich erinnere Dich an Deine Teilnahme an diesem barbarischen und kriminellen Krieg, ich bitte Dich, das Gericht für Kriegsverbrechen über die Wahrheit dieses Krieges zu informieren und Deine eigenen Erfahrungen bekannt zu machen. Ich spreche zu Dir als Mensch; erinnere Dich Deiner Menschlichkeit und vergiß den Rest. Wenn Du dazu fähig bist, erweisest Du der Menschheit einen großen Dienst. Wenn nicht, so erlaubst Du Deiner Regierung, daß weiterhin Dein Land beschmutzt und sein Name von allen anständigen Völkern der Erde gehaßt wird.

Schließt Euch uns an, Amerikaner, Engländer, West-Europäer, Lateinamerikaner, Asiaten, Afrikaner, Völker aus allen Landstrichen der Erde, um jene in den Vereinigten Staaten in die Enge zu treiben, welche für das Leiden und die Schrecken verantwortlich sind, die Ihr amerikanischen Soldaten gesehen habt und für die Ihr deshalb mitverantwortlich bleibt. Weigert Euch, in diesem ungerechten Krieg zu kämpfen. Verlangt, daß Ihr irgendwohin geschickt werdet, nur nicht nach Vietnam. Gebt zu verstehen, daß Ihr Eure Opposition gegen diesen Krieg und auch dessen Methoden publik macht. Es gibt zuviele Menschen, die Euch unterstützen, wenn gegen Euch Repressalien angewendet würden. Ihr habt keinen Grund, Eure Entscheidung aufzuschieben. Der Moment, es zu versuchen, ist immer da. Nur ist es jetzt höchste Zeit.

Die Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939-1944

Bearbeitet von Burkhart Schneider in Zusammenarbeit mit Pierre Blet und Angelo Martini

XLVI und 381 Seiten, ausführliches Register, Leinen DM 48.-

Die Veröffentlichung von 124 persönlichen Briefen Pius' XII., die durch einen geheimen Kanal an die Nuntiatur in Berlin gingen und von da an die Bischöfe weitervermittelt wurden - das ist ein zeitgeschichtliches Ereignis ersten Ranges.
Die Briefe geben unmittelbaren Aufschluß über die Überlegungen des Papstes in jenen schwierigen Jahren, über die Bemühungen des Heiligen Stuhles um Beendigung oder wenigstens Begrenzung und Humanisierung des Krieges, über die Maßnahmen zur Hilfe für Unterdrückte, Verfolgte und Gefangene.

Bitte Sonderprospekt anfordern!

MATTHIAS-GRÜNEWALD-VERLAG · 65 MAINZ · POSTFACH 847

Peter Weiss

Vietnam

1. Durch hervorragende technische Leistungen auf dem Gebiet der Raumschiffahrt lenkt die USA von ihren großen destruktiven Handlungen ab. Millionen Dollar stehen zur Verfügung, um der Welt einen einzigartigen Zirkusakt vorzuführen. Trommelwirbel, atemlose Stille, dann hören wir die Stimmen der beiden Männer im Geschoß, das die Erde umkreist. Ruhige, überlegene Stimmen. Das Bodenpersonal, eine Armee von Wissenschaftlern, sorgt für den Eindruck genialer Planung, Präzision und unbegrenzter Kraftreserven. Das Blasorchester auf dem Flugzeugträger schmettert bei der Landung fröhliche Klänge zum Fernsehsatelliten empor. Alles ist geprägt von Freude und vom Geist der Kameradschaft und des Fortschritts. Millionen Menschen an den Fernsehschirmen bewundern dieses Land, das dazu berufen scheint, die Welt zum Frieden und zur Verbrüderung zu führen.

2. Offenheit und Gastfreundschaft findet der Besucher, der nach Amerika kommt, er findet eine stimulierende Fülle vitaler Ideen. Und er findet Menschen, die ihre ganze Kraft gegen die Schauspiele der Macht einsetzen, die sich in diesem reichen Land entwickeln. Sie wissen, auf wessen Kosten diese Schauspiele aufgeführt werden. Sie wissen, zu wessen Vernichtung sie abgesehen sind. Diese Menschen sind im Senat zu finden, in den Universitäten und Schulen, in den Redaktionen vieler Zeitschriften und Zeitungen, in den Betrieben und auf der Straße. Täglich lassen sie von sich hören, mit Kundgebungen und Protestmärschen, mit der Verweigerung des Kriegsdienstes. Wenn von einem demokratischen, progressiven Amerika die Rede ist, so sind sie gemeint. Doch sie sind eine Minderheit. So wie die internationale Unterstützung, die ihnen zukommt, von einer Minderheit ausgeht.

3. Schon der französische Kolonialisationskrieg in Indochina wurde zu 78 Prozent von Amerika finanziert. Eisenhower sandte der Garnison von Dien Bien Phu ein Telegramm, in dem er die Vorkämpfer der westlichen Zivilisation für ihre Tapferkeit und Ausdauer rühmte. Als das asiatische Volk über die Träger der modernen Waffen siegte und Vietnam durch internationalen Druck im Abkommen von Genf 1954 zu einer Teilung des Landes verurteilt wurde, schloß die amerikanische Regierung sich dem Vertrag nicht an. Eisenhower sah, daß die im Vertrag garantierte Wahl, die zwei Jahre später stattfinden sollte, nur zu einer Wiedervereinigung des Landes führen konnte und zu einem überwältigenden Sieg der um Unabhängigkeit kämpfenden Kräfte. In ihrem Schrecken vor einer kommunistischen Ausbreitung unterstützte die amerikanische Regierung Diems reaktionäres Regime und gab ihm alle Garantien für seine Aktionen gegen die Bevölkerung und Widerstandsbewegung.

4. Diem besuchte New York, und in einer Messe, die zu seinen Ehren in der St. Patricks Cathedral abgehalten wurde, nannte Bischof Flannery ihn einen gottesfürchtigen Antikommunisten, einen hervorragenden Staatsmann und den Erretter Vietnams. Bürgermeister Wagner äußerte in seiner Begrüßungsrede, Diem werde in die Geschichte eingehen als eine der großen Figuren des 20. Jahrhunderts. Kardinal Spellman, einer der größten Gönner Diems, überreichte ihm persönlich einen Scheck der amerikanischen Katholiken, während Fachmänner aus der Polizeischule der Michigan State University nach Saigon kamen, um Diem beim Aufbau seiner Palastwache behilflich zu sein. Auf ihren grünen

Mützen trugen sie das Emblem DE OPPRESSO LIBER. Was Diem unter Freiheit verstand, wurde nun mit Hilfe amerikanischen Geldes und amerikanischer Waffen verwirklicht. In seinem Kreuzzug gegen das, was die kommunistische Aggression genannt wurde, tortierte und mordete er Tausende von Verdächtigen und warf Zehntausende in Gefängnisse und Konzentrationslager. Um die Bevölkerung aus dem Einflußbereich der Guerillakämpfer zu ziehen, begann er mit einem großangelegten Plan der Umsiedlung. Die Menschen wurden aus ihrem natürlichen Milieu gerissen, oft mitten in der Ernte, ihre Häuser wurden niedergebrannt, Familien wurden zersplittert, sie durften nichts als ein Bündel mitbringen, als sie in die neuen befestigten Anlagen zogen. Hier hatten sie fortan zu leben hinter dreifachen Palisaden, Wassergräben, Stacheldraht und Wachtürmen. Neun Millionen Menschen sollten von diesem Plan erfaßt werden, eine Zahl, die der Menge der Juden entspricht, die von Hitler überwältigt wurden. Mitte 1963 waren über sieben Millionen Menschen, 65 Prozent der Bevölkerung Südvietnams, in die strategischen Dörfer verfrachtet worden, deren Modell die Engländer in Malaya entwickelt hatten. Die Bewohner dürfen nur tagsüber zur Feldarbeit das Lager verlassen. Sie werden von Soldaten und Hunden bewacht. Beim Ausmarsch und Einmarsch werden ihre Kleider visitiert. An den Türen ihrer Hütten sind die Listen der Insassen mit dazugehörigen Fotos befestigt. Ihre Identitätskarten sind mit Fingerabdruck gezeichnet.

5. 1957 gab Diem bekannt, daß er sich nicht an das Genfer Abkommen halten könne. Freie Wahlen können erst stattfinden, sagte er, wenn das Volk, das jetzt noch der Propaganda des Feindes unterworfen ist, selbständig zu denken gelernt hat. Er unterstrich gleichzeitig, daß dieses primitive, geteilte, vom Schrecken beherrschte Land nur von einer effektiven Militärmacht zur Ordnung geführt werden könne. Eisenhower beeilte sich, Diem mitzuteilen, daß die USA ihm in verstärktem Maße bei seinem humanitären Einsatz helfen würden. Als Kennedy 1961 seine Regierung antrat, waren die USA schon tief im „größten Geheimkrieg der Geschichte" engagiert. Auch er versicherte Diem seines Beistandes im Kampf gegen die grausamen kommunistischen Angreifer. Im November 1962 schrieb die „New York Herald Tribune": Noch nie waren so viele militärische Fachmänner an einem Krieg beteiligt, ohne daß die Öffentlichkeit darüber informiert worden wäre. Es ist ein Krieg ohne offizielle Bekanntgebung der Anzahl der eingesetzten Truppen und der Menge der Ausrüstung und des investierten Geldes. Erst Johnson faßte zusammen, um was es ging. Die meisten freiheitsliebenden Länder Asiens, so predigte er, können sich nicht allein gegen die Macht und die gierigen Ambitionen des Kommunismus wehren. Diese Länder müssen wir beschützen. Wenn wir uns aus Vietnam zurückziehen, so würde in der Zukunft kein Land mehr Amerikas Versprechungen vertrauen können. Wir müssen den Freunden, die um unsere Hilfe ansuchten, zur Seite stehen und den Feind, der auch unsere Sicherheit bedroht, zurückschlagen.

6. Erst gegen Ende der 50er Jahre, als Diems Terror den Höhepunkt erreicht hatte, gingen die Guerillagruppen zum Gegenangriff über. 1960 wurde die Organisation der Nationalen Befreiungsfront gebildet. Zum Zeitpunkt der kompakten amerikanischen Einmischung war das Land zum großen Teil politisch von den Widerstandskämpfern beherrscht, und die Mehrzahl der Bevölkerung stand auf ihrer Seite. Tausende von Soldaten dersertierten monatlich aus der Regierungsarmee. Der Haß gegen das Diem-Regime wurde immer umfassender. Als in den von der CIA unterstützten Machtkämpfen der Generale Diem gestürzt wurde, ergab sich nicht die von den Amerikanern erhoffte größere Gefügigkeit des Volkes. Die Bevölkerung war ihrer Rechte beraubt. Der Vertrag von Genf war außer Kraft gesetzt. Die zwei Milliarden Dollar, die zwischen 1955 und 1962 von Amerika einflossen, kamen nicht der versprochenen Bodenreform zugute, sondern der Regierungsclique, der Armee, den Privatunternehmen und dem Schwarzen Markt. Der Krieg, der sich über das ganze Land ausbreitete, forderte für jeden getöteten „Vietcong"-Soldaten das Leben zahlreicher Zivilisten.

7. Daß der Nationalen Befreiungsfront Hilfe aus Nordvietnam zukommt, ist eine selbstverständliche Tatsache. Nordvietnam ist ein Teil des gemeinsamen Landes, dessen südliche Zone von einer Regierung beherrscht wird, die sich gegen den Willen der Bevölke-

rung etabliert hat. In der brutalsten Weise versucht diese Regierung, sich zu behaupten. Daß der Kampf mit Hilfe Nordvietnams fortgesetzt wird, zeigt nur den Lebenswillen, die Zähigkeit und den Mut dieses bewundernswerten Volkes, das sich mit einem Minimum von technischer Ausrüstung gegen eine Super-Militärmacht zu behaupten weiß.

8. Während das Wachstum des Landes durch chemische Mittel vernichtet wird und Menschen und Tiere den giftigen Stoffen und Brandbomben zum Opfer fallen, bringt der Krieg den Vereinigten Staaten von Amerika einen großen ökonomischen Aufschwung. Die Industrien verzeichnen rekordartige Gewinne. Die Arbeitslosigkeit ist durch die Anstellungsmöglichkeiten in den Rüstungsbetrieben verringert worden. Wie Hitler Bewunderung in den Augen der Welt weckte durch den Bau von Autobahnen, von Metallindustrien, chemischen Werken und Waffenfabriken, so steht ein großer Teil der USA und der westlichen Welt hinter Johnsons Politik, weil sie den Aufschwung und den wachsenden Lebensstandard zu sichern scheint. Der Krieg in Vietnam ist fern. Er richtet sich gegen Menschen einer anderen Rasse. Noch sind in Amerikas Bevölkerung von 193 Millionen die 4200 toten Soldaten eine geringe Anzahl. Die 26 000 Verwundeten werden nicht gerechnet. Noch überwiegt das von der Presse, dem Fernsehen und der Erziehung unaufhörlich eingeprägte Bild der gerechten, freiheitlichen Demokratie. Doch täglich kommen Meldungen über die Umerziehung amerikanischer Soldaten. Langsam beginnen sie zu zweifeln an der Freiheit und Humanität, die sie unter ihrer Fahne in fremde Länder bringen. Und anstatt weiter auf einen vermeintlichen Feind zu schießen, stellen sie sich dem Militärgericht und den schweren Gefängnisstrafen.

9. Für die amerikanische Kriegsführung ist es an der Zeit, einen Sieg herbeizuführen. Doch in der ideologischen Verblindung wird immer noch außer Acht gelassen, wer der eigentliche Gegner in diesem unerklärten Krieg ist. Die Verantwortung für den Krieg wird Nordvietnam und dem asiatischen Kommunismus zugeschrieben. Die Volksbewegung der Nationalen Befreiungsfront gilt als nichtexistent. Damit wird die Möglichkeit der Friedensverhandlung mit dem einzig legalen Partner abgewiesen. Die Städte Nordvietnams geraten in die Beschußzone. Die Deiche, Dammanlagen und Kanäle im Delta des Roten Flusses, einem der dicht besiedeltsten Flecken der Erde, werden bedroht. Die Generale drängen zur Anwendung von Waffen, die den Feind in die Knie zwingen. 250 Millionen Napalmbomben sind in den chemischen Industrien Amerikas produziert worden. Ein Teil davon kam in Kongo und Angola zur Anwendung. Der Rest wird in Hunderten von Flugeinsätzen täglich auf Hütten, Ställe, Depots, Krankenhäuser, Schulen und alles, was einen Menschen verbergen kann, abgeworfen. 638 000 Tonnen Explosivbomben sind nach einem Bericht des Pentagons dieses Jahr für Vietnam vorgesehen. 700 000 Hektar Saatfelder wurden im vergangenen Jahr durch Giftstoffe zerstört. Über die Hälfte aller Tiere in diesen Gebieten kam dabei um. Viele Kinder, Alte und Kranke starben unter unmittelbarer Einwirkung der Gifte. Hunderttausende erlitten schwere gesundheitliche Schäden. Schwangeren Frauen starb die Leibesfrucht. Stillenden Müttern versiegte die Milch. Bei diesen Angriffen nimmt das Land des Überflusses einem Land des Hungers nicht nur die letzten Ernährungsreserven: Es bestimmt durch die systematische Entlaubung der Wälder, durch Vergiftung der Pflanzungen auch die folgenden Generationen zur Notlage.

10. Seit 1965 benutzen die amerikanischen Truppen und ihre Verbündeten offiziell Tränen- und Brechgase in täglicher Routine. Großangriffe in Gasmasken werden gegen den gelähmten Feind geführt. Höhlen, Tunnelanlagen, Schutzkeller werden mit Gas ausgeräuchert. Neue effektive Maschinen zur Gasausschleuderung werden von amerikanischen Produzenten angeboten. Die Gebrauchsanweisungen entsprechen dem Erfindungsgeist, den deutsche Fabrikanten einmal der Errichtung von Vergasungs- und Verbrennungskammern widmeten. 125 Millionen Dollar stehen in diesem Jahr amerikanischen Laboratorien für Forschungszwecke in chemischer und bakteriologischer Kriegsführung zur Verfügung. Vietnam bildet ein Versuchsfeld für alle Arten von Gift- und Brandstoffen. Unter der zynischen Erklärung, daß es sich hierbei um eine Schonung des Gegners handele, werden neue Mittel zur umfassenden Menschenausrottung erprobt. Brigadegeneral Jaquard Rothschild, ehemaliges Mitglied des Army Corps Research and Development Command, fordert in der Zeitschrift „Science and Mechanics", April 1966, die Anwendung von Senf-

und anderen Kampfgasen, die den Tod oder die Außerstandsetzung des Feindes zur Folge haben und somit den Frieden sichern und künftige Kriege ausschließen. Warum, fragt er, sollen nur Bomben und andere Explosivstoffe benutzt werden, die in unzureichendem Maße töten und das Feuer auf die eigenen Truppen nicht genügend eindämmen. Wenn Rothschild, der seinem Namen nach zu denen gehört, die von Hitler zur Vernichtung verurteilt wurden, jetzt in einem schrecklichen Kreislauf der Geschichte ein anderes Volk dem Genocid ausliefern will, so macht er sich zum Sprecher für eine Tendenz, die sich gegenwärtig im rapiden Ansteigen befindet.

11. Seit dem Kampf, der gegen Hitlers Faschismus und um die ökonomische Machtstellung in der Welt geführt wurde, sind jedes Jahr in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika unzählige Menschen, die sich dem System des „Freien Unternehmertums" und der kolonialistischen Ausbeutung widersetzen, von der Polizei und dem Militär der Machthabenden unschädlich gemacht worden. Die Besitztümer der reichen Nationen sind verpestet von Aasgeruch. Der Fortschritt, von dem ihre Staatsmänner mit tränenerstickter Stimme sprechen, wird mehr und mehr zu einem Fortschritt in der Eliminierung von Menschenleben. Amerika, dieses Land, das so viele wahre Demokraten beherbergt, steht heute vor den Völkern, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben, als Weiterführer der Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek. Die Neutralen sehen zu, lassen von Zeit zu Zeit ihre Proteste hören, suchen aber weiterhin nach versöhnlichen Aspekten, wollen es sich mit dem großen Handelspartner nicht verderben. Die Arbeiter in den westlichen Ländern mit ihren riesigen Gewerkschaftsorganisationen schweigen! Während sie damit beschäftigt sind, die Normen der Bürgerlichkeit zu übernehmen, vergessen sie, daß die proletarischen Arbeiter Afrikas und Lateinamerikas weiterhin in den unwürdigsten Zuständen leben und daß sie in Südostasien zu Hunderttausenden massakriert werden. Sie schweigen, und sie sind doch die einzigen, die mit einer gemeinsamen Kundgebung das Gemetzel verhindern könnten. Die Appelle der Studenten, Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller waren bisher von begrenzter Wirkung.

Doch wenn Millionen Arbeiter endlich das Wort ergriffen und mit dem Nachdruck aller ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel das sofortige Aufhören der amerikanischen Kriegshandlungen forderten, so würde es Johnson und seiner Regierung schwerfallen, das Morden fortzusetzen.

Der Brief U Thants an die Mitgliedsstaaten der UNO

Wie die Mitgliedsstaaten wissen, endet mein Mandat als Generalsekretär der UNO am 3. November 1966. Während der letzten Monate habe ich einen Meinungsaustausch mit einer Anzahl von Mitgliedsstaaten gehabt und mich in einzelnen Fällen mit den Staats- oder Regierungschefs selbst besprochen. Ich halte es nunmehr für angemessen und für die Regierungen der Mitgliedsstaaten für nützlich, daß ich meine Entscheidung — was mich betrifft — bekannt mache. An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß ich zunächst zum Generalsekretär der UNO ad interim für die Restdauer des Mandats von Dag Hammarskjöld vom 3. November 1961 bis 10. April 1963 nominiert wurde. Im November 1962, als die Frage der Verlängerung meines Mandates untersucht wurde, haben mich zahlreiche Mitglieder des Sicherheitsrates, wie er damals zusammengesetzt war, aufgefordert, ein neues Mandat über 5 Jahre vom Datum des Erlöschens des früheren Mandates an zu übernehmen, ein Mandat, das am 10. April 1968 erloschen wäre. Ich habe er-

klärt, ein Mandat von 5 Jahren ab dem 3. November 1961, dem Datum meiner Nominierung als Generalsekretär ad interim, bis zum 3. November 1966. Diese Haltung war von zwei Erwägungen inspiriert. Die eine war, die bereits etablierte Praxis zu verstärken, nach der die normale Dauer des Mandates des Generalsekretärs 5 Jahre beträgt; die andere war, daß ich zögerte, mich zur Ausübung der Funktionen des Generalsekretärs für mehr als 5 Jahre zu verpflichten. Ich möchte nunmehr kurz gewisse Probleme erwähnen, mit denen die Organisation seit dem Augenblick, in dem ich zum ersten Male für meinen jetzigen Posten nominiert wurde, sich zu befassen hatte. Obwohl ich diese Anmerkungen jetzt mache, möchte ich doch durchaus keine Verbindung zwischen ihnen und den verschiedenartigen Überlegungen persönlicher, amtlicher oder politischer Art herstellen, die, wie ich das bei mehr als einer Gelegenheit erläutert habe, meinen Beschluß beeinflußt haben. Die Mitgliedstaaten der Organisation erinnern sich vielleicht, daß ich am 30. November 1962, als ich die Verlängerung meines Mandates bis zum 3. November 1966 annahm, in Wiederholung dessen, was ich bereits früher gesagt hatte, erklärte, daß meine Entscheidung, die Funktionen des Generalsekretärs für eine längere Frist zu übernehmen, vor allem durch mehrere Erwägungen beherrscht wurde, darunter die Aussicht auf eine schnelle Regelung des Kongo-Problems, die Aussicht auf die Stabilität der Weltorganisation in ihrer Funktion als mächtige Kraft zugunsten des Friedens und die Aussicht darauf, daß ich selbst eine bescheidene Rolle bei der Schaffung einer der Entspannung günstigen Atmosphäre übernehmen könnte. Wenn ich die Arbeit der UNO während der letzten 58 Monate erwäge, glaube ich sagen zu dürfen, daß einiger Fortschritt bei einigen dieser Fragen erreicht wurde. Insbesondere existiert, wenngleich die finanzielle Solvenz der Organisation noch nicht gesichert ist, doch zu diesem Thema nicht mehr das gleiche Gefühl der Krise und der Angst. Ich hoffe daher, daß entsprechend den früher getroffenen Entscheidungen des Sonderkomitees für Unternehmungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Vollversammlung und angesichts der jüngsten Berichte des ad hoc-Komitees von Experten für die Untersuchung der Finanzen der UNO und ihrer Sonderorganisationen in Kürze wesentliche freiwillige Zuwendungen erfolgen werden, die die Gesamtsolvenz der Organisation dergestalt sichern, daß sie mit Vertrauen den umfangreichen Aufgaben entgegensehen kann, die sie erwarten. Jedoch stellt sich die Frage der Solvenz der Organisation nicht allein auf dem finanziellen Gebiet. Das Fehlen neuer Ideen und neuer Initiativen und das Erlahmen des Willens, Mittel zur Verstärkung und Ausweitung einer wahren internationalen Zusammenarbeit zu finden, dürfte noch sehr viel ernsthaftere Konsequenzen zeitigen. Was eine der wichtigsten Tätigkeiten der Organisation angeht, jene, die der Aufrechterhaltung des Friedens dient, wurde das Versprechen, das die Nützlichkeit und der Erfolg jener umfangreichen Operationen abgab, die wir während dieser letzten Jahre unternommen haben, nicht verwirklicht, da sich immer noch keine Einigung über die grundlegenden Prinzipien ergeben hat. Meiner Meinung nach ist es wesentlich, daß in Übereinstimmung mit der Charta die UNO instand gesetzt wird, auf diesem Gebiet selbst wirksam tätig zu werden. Die Errichtung des Friedens selbst ist eine nicht weniger bedeutsame Aufgabe. In diesem Zusammenhang kann man sagen, daß, wenn das Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen, welches zu Beginn große Hoffnungen erregte, seine bescheidenen Ziele nicht erreicht hat, es jedoch die Anstrengungen der UNO angeregt hat, sich wirksamere Mittel zu verschaffen — das Programm der UN für die Entwicklung, welches aus der Fusion früherer Programme entstand, die Konferenz der UN für Handel und Entwicklung und die Organisation der UN für die industrielle Entwicklung —, die es ihr erlauben, gewisse Grundprobleme der Entwicklung anzugehen. Was nun die innere Situation der Organisation angeht, kann ich sagen, daß ich mich während all dieser Monate dafür verwendet habe, das Sekretariat in Wahrheit international zu machen, sowohl hinsichtlich seines Charakters wie seines Aussehens, und dafür, es zu einem kräftigeren und wirksameren Instrument im Dienste der Regierungen der Mitgliedstaaten zu machen. Ich bin der Ansicht, daß das Sekretariat angesichts seiner Beschränkungen sich seiner Aufgabe gut entledigt hat und daß es nach neuerlichen Verbesserungen seiner Organisation fähig sein wird, sie noch besser zu bewältigen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Unterstützung, die meine Kollegen im Sekretariat mir gewährt haben, meinen Dank abstatten. Ich bin meinen Freunden und Kollegen aus den Delegationen wegen ihrer Zusammenarbeit und ihrer niemals mangelnden Höflichkeit zutiefst verpflichtet. Die im Laufe dieser 58 Monate errungenen

Fortschritte sind zu einem großen Ausmaß ihrem Beistand und ihrem freundschaftlichen Rat zu verdanken. Die Mitglieder der Organisationen wissen ohne jeden Zweifel von der andauernden Sorge, die ich um den Frieden habe. Während der 58 Monate, in denen ich die Funktionen des Generalsekretärs ausgeübt habe, sind die Hoffnungen und Erwartungen oftmals gewachsen und geschwunden. Die Weltlage erscheint mir außerordentlich ernst. Die Lage der Dinge in Südostasien ist bereits jetzt Grund für eine schwere Beunruhigung und wird wohl zu einer Quelle noch größerer Angst, nicht allein für die unmittelbar beteiligten Parteien und für die großen Mächte, sondern auch für die anderen Mitglieder der Organisation. Sie ist für mich selbst das Motiv äußerster Unruhe. Die Grausamkeit dieses Krieges und die Leiden, die er dem vietnamesischen Volk bereits verursacht hat, sind ein ständiger Vorwurf gegen das Gewissen der Menschheit. Heute wie schon seit vielen Monaten scheint es mir, daß der Druck der Ereignisse unerbittlich zu einem Großbrand führen muß, während die Anstrengungen zur Entspannung dieser Lage verheerend langsam sind. Meiner Meinung nach wohnen wir einer Wiederholung des tragischen Irrtums bei, der darin besteht, sich bei einer illusorischen Suche nach dem Frieden wieder auf die Macht und die militärischen Mittel zu verlassen. Ich bin überzeugt, daß der Frieden in Südostasien nur errungen werden kann, wenn die Grundsätze aus Genf von 1954 und damit in Wahrheit die in der Charta der UN ausgesprochenen Grundsätze respektiert werden. Auch in anderen Weltgegenden erkennt man die Zeichen einer wachsenden Spannung. Wenngleich man in der Lage in Europa gewisse Zeichen der Besserung feststellen konnte, hat sich der Zustand der Dinge in vielen anderen Gegenden der Welt verschlechtert. Das wachsende Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft, auf das hinzuweisen ich nie aufgehört habe — zuletzt noch in einer Erklärung an den Wirtschafts- und Sozialrat — kann nur die gegenwärtigen und manifesten Gefahren vergrößern. Ich muß auch bekennen, daß ich ein Gefühl der Unzufriedenheit hege, weil ich feststellen muß, daß die Zusammensetzung der Organisation immer noch nicht universal ist. Ich glaube, ich bin mit diesem Gefühl nicht allein. Zahlreiche Probleme, mit denen die Welt sich befaßt sieht, seien es regionale oder weltweite, werden durch diese Tatsache schwieriger zu bereinigen, wie z. B. das Fehlen von Fortschritt auf so wichtigen Gebieten wie dem der Abrüstung beweist. So kommt es, daß vor allem aufgrund der internationalen Lage und von Umständen, die sich dem Zugriff der Organisation entziehen, die Regierungen der Mitgliedstaaten keinerlei entscheidenden Fortschritt bei jener abgestimmten Aktion verzeichnen dürfen, die unerläßlich ist, damit die Organisation wirksam der Sache des Friedens dienen und in entscheidender Weise zur wirtschaftlichen Entwicklung der armen Weltgegenden beitragen könnte. Nun zur Frage meiner eigenen Absichten für die Zukunft. Ich bin zutiefst bewegt und gerührt durch die zahlreichen liebenswürdigen Vorschläge hinsichtlich meiner Arbeit, die von den Staats- und Regierungschefs und auch sowohl offiziös wie persönlich von Seiten meiner Freunde und Kollegen gekommen sind. Wenn ich es nicht für möglich gehalten habe, ihren dringenden Wünschen entsprechend mich zur Erfüllung eines weiteren Mandates bereit zu erklären, so nicht deswegen, weil ich ihren Gefühlen gefühllos gegenüberstünde, oder weil ich ihnen nicht dankbar dafür wäre. Ich bin der Ansicht, wie ich das häufig in der Vergangenheit gesagt habe, daß der Generalsekretär der UNO normalerweise nicht mehr als ein Mandat übernehmen sollte. Ich habe darüberhinaus wissen lassen, daß ich nicht glaube, daß wer auch immer für diese oder jene Aufgabe unersetzbar wäre. Unter diesen Umständen wird, so hoffe ich, jene Schlußfolgerung, die ich gezogen habe, von allen meinen Freunden und Kollegen verstanden werden: ich habe beschlossen, mich nicht für ein zweites Mandat als Generalsekretär zur Verfügung zu stellen und dem Sicherheitsrat die volle Freiheit zu lassen, jene Empfehlung zu formulieren, die er betreffend den nächsten Generalsekretär an die Vollversammlung richten wird. Ich bin sicher, die Tatsache, daß ich mich nicht für ein zweites Mandat als Generalsekretär zur Verfügung stellen wollte, wird von jenen, die mich kennen, nicht falsch ausgelegt werden. Ich habe einen unwandelbaren und unerschütterlichen Glauben an die UNO und an ihren letztendlichen Erfolg. Trotz der Schwierigkeiten, mit denen sich die Organisation befaßt sieht, glaube und hoffe ich, daß die Welt in ihren Anstrengungen fortfahren wird, die UNO zu einem unentbehrlichen Instrument bei der Errichtung einer friedlichen und gerechten Weltordnung zu machen. Ich verpflichte mich, zur Erfüllung dieser Aufgabe meine persönliche Unterstützung, meine unbeschränkte Hingabe beizutragen.

Prof. Dr. Grigori Tunkin, Moskau

Der Nürnberger Prozeß und das Völkerrecht

Als am 8. August 1945 durch ein Abkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR die Bildung eines Internationalen Militärgerichtshofs „zur Aburteilung solcher Kriegsverbrecher, für deren Verbrechen ein geographisch bestimmter Tatort nicht vorhanden ist", beschlossen wurde, als am 20. November 1945 dieser Gerichtshof die Verhandlung gegen die Hauptschuldigen des Hitlerstaates eröffnete, und als schließlich am 30. September und 1. Oktober 1946 das Urteil gegen sie verkündet wurde, empfand die Weltöffentlichkeit dies als den Anbruch einer neuen Ära des Völkerrechts, als einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Bildung einer internationalen überstaatlichen Rechtsordnung. Viele dieser Hoffnungen sind seitdem verflogen, nicht alle Staatsmänner erinnern sich mehr gern der Verpflichtung und Verantwortung, die hier ein für allemal statuiert und ihnen auferlegt wurde. Eine in überholten Denkweisen befangene Jurisprudenz ist gar bereit, die völkerrechtliche Geltung des Nürnberger Statuts ad usum delphini zu bezweifeln. Zwanzig Jahre nach einer befreienden Tat internationaler Rechtssetzung scheint nicht mehr viel von ihren Wirkungen übrig geblieben zu sein.

Völkerrechtliche Neuerungen haben es naturgemäß immer schwerer, sich im Bewußtsein einzubürgern, als einfache Satzungen innerstaatlichen Rechts; erstens brauchen sie — zum Glück! — nicht so häufig angewandt zu werden, und zweitens beruhen sie bis zu einem gewissen Grade auf dem Konsens der Staaten, die sich ihnen zu unterwerfen haben und die wohl von Fall zu Fall geneigt sein mögen, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Im historischen Prozeß zwischenstaatlicher Beziehungen jedoch wird schließlich der Druck einer Weltöffentlichkeit siegen, deren Interesse an der beständigen Ausweitung einer internationalen Rechts- und Friedensordnung evident ist. Darum kommt den Anfängen völkerrechtlicher Institutionalisierung, auch wenn sie Rückschlägen ausgesetzt sind, große Bedeutung zu. Nur wer die Anfänge nicht vergißt, hat Aussicht auf die Zukunft.

Entscheidend ist der Artikel 6 des Statuts für den Internationalen Militärgerichtshof. In ihm werden drei Gruppen von Verbrechen genannt, für die eine strafrechtliche Verantwortlichkeit besteht: Verbrechen gegen den Frieden; Kriegsverbrechen; Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und am wichtigsten ist vielleicht die Aufnahme der Vorbereitung eines Angriffskrieges und der Verschwörung zu einer solchen Vorbereitung in die Gruppe der Verbrechen gegen den Frieden. Denn dadurch wird statuiert, daß Politik nicht außerhalb der Regeln und Gesetze einer internationalen Rechtsordnung steht und sich nicht zynisch über diese hinwegsetzen darf. Künftighin ist nicht nur das Führen von Kriegen, sondern auch die Vorbereitung dazu ein völkerrechtlicher Straftatbestand. Das römische Prinzip „si vis pacem, para bellum" (wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor) gilt nicht mehr. Denn wir wissen heute, daß die Vorbereitung eines Krieges zu den auslösenden Faktoren gehört, die seinen Eintritt fördern. Die Festsetzung der Verbrechen gegen den Frieden als eines Straftatbestandes und der individu-

ellen Verantwortlichkeit der Politiker sind gewiß die wichtigsten Fortschritte, die durch die Nürnberger Prozesse im Völkerrecht erreicht wurden. Das Urteil vom 30. September/1. Oktober 1946 schafft einen Präzedenzfall, dessen Verbindlichkeit nicht wegdiskutiert werden kann. Die nachfolgenden Aufsätze des Mitglieds der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen Prof. Dr. G. Tunkin und eines der ehemaligen US-Hauptankläger beim Internationalen Militärgerichtshof, Rechtsanwalt Dr. R. M. W. Kempner, die auf Bitten der Redaktion geschrieben wurden, beleuchten die zwei Aspekte der Ächtung des Aggressionskrieges und der individuellen Verantwortlichkeit, der erste unter völkerrechtlichen, der zweite unter rechtspolitischen Gesichtspunkten.

D. Red.

Seitdem der Nürnberger Militärgerichtshof das historische Urteil über die nazistischen Hauptkriegsverbrecher gefällt hat, ebbt in der internationalen völkerrechtlichen Literatur die Diskussion darüber nicht ab, inwiefern Statut und Urteil des Nürnberger Tribunals auf bereits vorhandenen völkerrechtlichen Normen fußten und inwiefern sie diese Normen weiter entwickelten.

Es ist allgemein bekannt, daß das Urteil von Nürnberg sowohl von den Völkern wie auch von zahlreichen Juristen vollinhaltlich gebilligt wurde.

Je weiter jedoch der Zweite Weltkrieg in die Vergangenheit entrückte, desto lauter wurden die Stimmen derjenigen, die behaupteten, für die Bildung des Nürnberger Militärgerichtshofes habe es keine völkerrechtlichen Gründe gegeben und die Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher sei nichts anderes als Rache der Sieger gewesen.

Ich bin weit davon entfernt, alle Anhänger dieser Konzeption für Leute zu halten, die bestrebt sind, neuen Kräften der Aggression freie Hand zu lassen. Man kann jedoch nicht umhin, auf den Umstand zu verweisen, daß, objektiv gesehen, diese Konzeption zu der Verneinung der völkerrechtlichen Verantwortung Hitlerdeutschlands für den Aggressionskrieg, zur Ablehnung der strafrechtlichen Verantwortung der hitlerschen Verbrecher und folglich zur Rechtfertigung der Revanchepolitik führt, wie sie heute von gewissen Kreisen in Westdeutschland verfolgt wird. Diese Kreise fordern übrigens für die Zukunft für jeden Aggressor volle Straflosigkeit.

Bezeichnenderweise fand diese Konzeption gerade in der Bundesrepublik Deutschland — und zwar sowohl in der völkerrechtlichen Fachliteratur wie auch in politischen Kreisen — besonders große Verbreitung.

Ein bezeichnender Wesenszug der Debatte, die Anfang 1965 im Bundestag in Fragen der Verjährungsfrist für hitlersche Kriegsverbrecher abgehalten wurde, bestand meines Erachtens darin, daß alle Redner vom Fehlen völkerrechtlicher Bestimmungen über die Ahndung von Kriegsverbrechen ausgingen. Die Frage der Bestrafung der hitlerschen Kriegsverbrecher wurde als interne Angelegenheit der Bundesrepublik betrachtet und die von ihnen begangenen Untaten konventionellen Verbrechen gleichgesetzt. Der ehemalige Justizminister Bucher, der mit großer Beharrlichkeit auf der Einstellung der weiteren Verfolgung der hitlerschen Kriegsverbrecher bestand, rechtfertigte seinen Standpunkt durch verfassungsmäßige Erwägungen. Aber auch diejenigen, die für die weitere Verfolgung dieser

Verbrecher eintraten, behandelten diese Frage lediglich vom Standpunkt des Strafrechts der Bundesrepublik.

Die Anstrengungen vieler westdeutscher Völkerrechtler zielen darauf ab, das Nürnberger Urteil als ganzes oder wenigstens in seinen wichtigsten Leitsätzen zu erschüttern.

So gibt zwar Professor F. Berber von der Universität München in seinem dreibändigen Lehrbuch für Völkerrecht zu, daß der Nürnberger Militärgerichtshof das Recht hatte, die Nazi-Führer für Kriegsverbrechen und bis zu einem bestimmten Grade auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuurteilen, streitet jedoch dem Statut des Militärgerichtshofes sowie seinem Urteil in bezug auf Verbrechen gegen den Frieden jeden Anspruch auf Legalität ab (F. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, II. Band, München und Berlin 1962, S. 254—257). Berber behauptet ferner, der Nürnberger Militärgerichtshof sei lediglich legitimiert gewesen, als Gerichtssenat der Besatzungsmächte aufzutreten und in dieser Eigenschaft über Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen des Besatzungsrechtes, wie es vom Völkerrecht festgelegt ist, zu verhandeln (ebenda S. 254—255).

Was die Verbrechen gegen den Frieden anbelangt, so gibt Prof. Berber zu, daß zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ein völkerrechtliches Prinzip bestand, welches Aggressionskriege verbot. Er meint jedoch, daß eine Verletzung dieses Prinzips laut Völkerrecht lediglich die internationale Verantwortung der Staaten, nicht aber die strafrechtliche Verfolgung einzelner Personen voraussetzte (ebenda S. 258). Prof. Berber schreibt, das Völkerrecht habe derartige Verbrechen weder vor 1945 gekannt, noch kenne es sie jetzt. Was wirklich stattfand, sei nichts anderes als Liquidierung der Führer eines besiegten Staates durch die Siegermächte gewesen, wobei das Strafmaß durch Rachegefühle bestimmt worden sei. Abschließend macht Berber die ungeheuere Erklärung, daß wenn die strafrechtliche Verantwortung für Verbrechen gegen den Frieden tatsächlich eine völkerrechtliche Norm geworden wäre, dies weder einen Fortschritt bedeuten würde noch zur Verhütung von Kriegen beitragen könnte. Ich berief mich hier nur deshalb auf die Äußerungen Prof. Berbers, weil in seinem Lehrbuch faktisch all die Argumente wiederholt werden, die schon früher von anderen westdeutschen Autoren geäußert wurden, namentlich von G. Dahm (Völkerrecht, 1961) und A. Knieriem (The Nurnberg Trials, Chicago 1959).

Schaut man sich die Argumente der Fürsprecher dieser Konzeption etwas aufmerksamer an, so merkt man sogleich, daß sie auf dem sogenannten klassischen Völkerrecht fußen, d. h. auf völkerrechtlichen Auffassungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Andererseits berufen sich einige bürgerliche Autoren, die einen extrem entgegengesetzten Standpunkt vertreten, um die Rechtmäßigkeit des Nürnberger Gerichtshofs zu begründen, ebenfalls auf das alte Völkerrecht. So stellt Professor G. Schwarzenberger von der Londoner Universität fest, daß die vier Mächte das volle Recht hatten, gegen die deutschen und japanischen Kriegsverbrecher Maßnahmen zu ergreifen, über die sie sich geeinigt hatten (G. Schwarzenberger, The Frontiers of International Law, London 1962, S. 204). Einen ähnlichen Standpunkt vertritt R. Rie im American Journal of International Law (Nr. 47/1953, S. 516 bis 517). Er führt zur Begründung dieser Behauptung folgendes an: „Bei der Wahr-

nehmung der Mitregentschaft über Deutschland waren die Besatzungsmächte durch landläufige Regeln der Kriegsführung, die sich auf Deutschland beziehen konnten, nicht gebunden. Es stand ihnen vielmehr frei, sich über beliebige zusätzliche Rechtsgrundsätze zu einigen, deren Anwendung ihnen wünschenswert erschien" (ebenda, S. 204). Schwarzenberger geht auf diese Weise vom sogenannten Siegerrecht aus. Kein Wunder, daß er zum Schluß seiner Ausführungen meint, die Wirkung dieser Neueinführung bestehe darin, daß in einem beliebigen großen Krieg der Zukunft der Strick um den Hals des Unterlegenen sich noch enger zuziehen werde.

Um die hier aufgeworfene Frage richtig zu beantworten, darf man daran nicht vom Standpunkt des Völkerrechts herangehen, wie es vor rund fünfzig Jahren bestand, sondern man muß sich vielmehr auf das Völkerrecht aus der Periode des Zweiten Weltkrieges stützen.

Das menschliche Bewußtsein hinkt häufig hinter der Realität her. Die Menschen handeln in jedem einzelnen Fall bewußt und zielstrebig. Aber sie begehen ihre Handlungen innerhalb der Gesellschaft, in der ein kompliziertes Netz von zusammenwirkenden Einflüssen funktioniert. Deshalb sehen die Ergebnisse dieser Handlungen nicht immer so aus, wie sie den Handelnden vorschwebten. Was das Gesamtergebnis der Handlungen der Menschen und Staaten anbelangt, so wird es von den Menschen fast immer erst nach Verstreichen einer gewissen Zeitspanne mehr oder weniger richtig erkannt. Das bezieht sich auch auf das Völkerrecht. Die gewaltigen Wandlungen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Gebiet des Völkerrechts vollzogen haben, sind immer noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß ins Bewußtsein zahlreicher Juristen gedrungen.

Zu den wichtigsten Änderungen auf dem Gebiet des Völkerrechts, die sich nach dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution in Rußland vollzogen hatten, gehörte das Aufkommen eines Prinzips, welches die Führung von Aggressionskriegen untersagte. Dieses Prinzip wurde zunächst in bilaterale Verträge — namentlich die von der Sowjetunion abgeschlossenen — aufgenommen, dann im Pariser Pakt von 1928 verankert und galt vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts. Es fand seine weitere Entwicklung in der UNO-Charta, die sich keineswegs auf das Verbot von Aggressionskriegen beschränkt, sondern darüber hinaus auch Gewaltdrohung und Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines beliebigen Staates untersagt (Punkt 4, Art. 2 der UNO-Charta).

Das Aufkommen des Grundsatzes, welches die Führung von Aggressionskriegen verbot und sich später in ein grundsätzliches Verbot der Gewaltandrohung und der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen verwandelte, bedeutete einen Umbruch auf dem Gebiet des Völkerrechts. Auf diese Weise mußte auch die Institution der völkerrechtlichen Verantwortung für die Führung von Aggressionskriegen grundlegenden Änderungen unterzogen werden.

Die Beseitigung des „Rechtes der Staaten, Kriege zu führen", führte auch zum Ableben des „Siegerrechts", das dem unbeschränkten Recht des Staates auf Gewaltanwendung direkt entsprang.

Für die Entwicklung des Völkerrechtes in den letzten fünfzig Jahren ist eine Verstärkung der Maßnahmen kennzeichnend, die auf die Vorbeugung von Aggres-

sionskriegen und der Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen abzielen, sowie die Festsetzung strenger Sanktionen gegen Aggressionsstaaten und einzelne Personen, die die Schuld an der Aggression tragen.

Zum Unterschied vom alten Völkerrecht ist jetzt der Aggressor nicht einfach eine der Parteien in der bewaffneten Auseinandersetzung. Der Aggressor ist vielmehr ein Rechtsbrecher, und sein Vorgehen stellt von Anfang an ein schweres Delikt dar, woraus für ihn keinerlei Rechte entspringen können. Unabhängig von den Resultaten der bewaffneten Auseinandersetzung, handelt es sich bei den Aktionen des Aggressors um ein Verbrechen, wo für sowohl der Angreiferstaat die Verantwortung trägt, wie auch die an der Aggression Schuldigen strafrechtlich belangt werden müssen.

Die Aggression ist ein überaus schweres Verbrechen, weil sie in der heutigen Zeit für die ganze Menschheit unübersehbare Folgen haben kann. Daher die Schwere der Verantwortung für einen derartigen Rechtsbruch.

An Stelle des „Siegerrechtes" ist im modernen Völkerrecht die Verantwortung des Angreifers getreten.

Das Völkerrecht konnte sich in seiner Entwicklung unmöglich allein mit dem Verbot von Aggressionskriegen und der Bestimmung über die Verantwortung des Angreiferstaates zufriedengeben. Wie es im Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes heißt, werden Verbrechen wider das Völkerrecht von Menschen und nicht von abstrakten Kategorien begangen, so daß den Bestimmungen des Völkerrechts nur durch Bestrafung einzelner Personen, die derartige Verbrechen begangen haben, Genüge getan werden kann.[1]) Die Feststellung, daß der Aggressionskrieg ein Verbrechen ist, bildete einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung des Völkerrechtes. Was den Staat anbelangt, so wurde damit der besonders gefährliche Charakter eines derartigen Rechtsbruchs sowie die besondere Verantwortung für diesen Rechtsbruch hervorgehoben. Für die an Aggressionskriegen schuldigen Personen wurde strafrechtliche Ahndung vorgesehen. Die Formel, wonach der Aggressionskrieg ein Verbrechen ist, ging in das Völkerrecht neben der Formel vom Verbot der Aggressionskriege ein.

In diesem Zusammenhang kann man nicht umhin, hervorzuheben, daß der Sowjetstaat gleich nach seiner Errichtung die Frage nach dem verbrecherischen Charakter der Aggressionskriege aufwarf. Im Dekret über den Frieden vom 26. Oktober (8. November) 1917, dem ersten Dekret des Sowjetstaates, wurde feierlich verkündet, daß der Aggressionskrieg „das schwerste Verbrechen gegen die Menschheit" sei (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 1, Moskau 1957, S. 12-russ.). Seitdem wurde die Auffassung, wonach der Aggressionskrieg ein Verbrechen ist, allmählich in das Völkerrecht eingebürgert und fand weitreichende Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit.

Die einzelnen Abschnitte bei der Einbürgerung dieser völkerrechtlichen Norm sind durch eine Anzahl von Dokumenten markiert. Am 2. Oktober 1924 nahm der Völkerbund in seiner Vollversammlung das sogenannte Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten an, das den Verweis enthielt, daß der Aggressionskrieg „ein internationales Verbrechen ist". Der Internationale Militärgerichtshof stellte in seinem Urteilsspruch fest, daß dieses Protokoll, obwohl es niemals ratifiziert wurde, von führenden Staatsmännern der

Welt unterzeichnet wurde, die die überwiegende Mehrheit der zivilisierten Staaten und Völker repräsentierten, und als überzeugender Beweis der Absicht gewertet werden kann, den Aggressionskrieg als internationales Verbrechen zu brandmarken.

Am 24. September 1927 verabschiedete der Völkerbund eine Deklaration über Aggressionskriege, worin wiederum unterstrichen wurde, daß ein Aggressionskrieg „ein internationales Verbrechen darstellt".

Natürlich waren die Entschließungen des Völkerbundes für die Staaten nicht bindend und folglich auch keine direkte Quelle des Völkerrechts. Dennoch können Entscheidungen internationaler Organisationen (vor allem solcher Universal-Organisationen wie früher der Völkerbund und jetzt die UNO), die in Einklang mit ihren Statuten angenommen wurden und für Staaten beider Systeme akzeptabel sind, im Prozeß der Herausbildung der üblichen völkerrechtlichen Normen eine wichtige Rolle spielen. (Ausführlicher darüber siehe bei G. I. Tunkin, Das Völkerrecht der Gegenwart, Berlin 1963, S. 102—112).

Spricht man vom Werden der Norm „Aggressionskrieg ist ein Verbrechen", so darf man die Deklaration von Havanna vom 18. Februar 1928 nicht vergessen, die von den amerikanischen Staaten angenommen wurde und die Feststellung enthielt, daß „ein Aggressionskrieg ein internationales Verbrechen gegen das Menschengeschlecht darstellt" (Papers Relating to Foreign Relations of the United States. Department of State Publications 1839, 1928, S. 13).

Ich möchte auch auf zahlreiche Entschließungen der gesellschaftlichen Organisationen — solcher wie Interparlamentarische Union, Internationale Vereinigung für Strafrecht, Allgemeiner Friedenskongreß in Athen 1927 u. a. — verweisen, worin die Überzeugung geäußert wurde, daß ein Aggressionskrieg ein strafrechtliches Delikt darstellt, und Personen, die an der Entfesselung und an der Führung von Aggressionskriegen schuldig sind, strafrechtlich verfolgt werden müssen. (Ausführlicher darüber bei A. I. Poltorak, Nürnberger Prozeß. Rechtliche Hauptprobleme, Moskau 1966, S. 95—96-russ.)

Wie bereits im Jahre 1927 der Allgemeine Friedenskongreß in Athen feststellte, ist „Krieg ein Unglück, welches sowohl für die kriegführenden Länder wie auch für die materiellen und sittlichen Interessen der ganzen Welt eine ungeheure Gefahr heraufbeschwört." (Zitiert nach dem Buch von A. N. Trainin, Verteidigung des Friedens und das Strafrecht, Moskau 1937, S. 130). Deshalb setzte das völkerrechtliche Verbot von Aggressionskriegen schon an und für sich voraus, daß es sich dabei um ein Verbrechen handelte. Der Brian-Kellogg-Pakt markierte zweifellos eine wichtige Etappe in der Ermittlung der Tatsache, daß ein Aggressionskrieg sowohl rechtswidrig wie auch verbrecherisch ist.

Zugleich darf man Verbrechen gegen den Frieden nicht losgelöst von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachten, wie sie von den Hitlerleuten begangen wurden und in ihrer Ungeheuerlichkeit alles übertrafen, was sich ein normaler Mensch überhaupt vorstellen kann. Ich möchte hier auf die strafrechtliche Verfolgung von Personen nicht eingehen, die sich derartiger Verbrechen schuldig gemacht haben, weil selbst die Gegner des Nürnberger Militärgerichtshofes gerade in diesem Teil die Rechtmäßigkeit seines Urteils im allgemeinen nicht abstreiten, obwohl die erwähnten Verbrechen weit über den in

Konventionen über Gesetze der Kriegsführung umrissenen Rahmen hinausgingen. Wie der sowjetische Forscher A. I. Poltorak feststellt, ist sowohl für die Kriegsverbrechen wie auch für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Hitlerleute die Tatsache kennzeichnend, daß es sich dabei keineswegs um einzelne Ausschreitungen handelte, sondern um Unternehmungen von großem Ausmaß, die vom Staat organisiert worden waren. Es waren Verbrechen, die geplant und im voraus als straffrei erklärt wurden. Diese Delikte gehörten zu den Mitteln der Vorbereitung, der Entfesselung und der Führung von Aggressionskriegen (A. I. Poltorak, Nürnberger Prozeß, S. 155—158-russ.).

Die im Statut des Nürnberger Militärgerichtshofes vorgesehenen Delikte bildeten einen Komplex von Verbrechen gegen die Menschheit, die, wie Prof. A. N. Trainin verweist, als „Anschlag gegen die Grundlagen der Existenz und der fortschrittlichen Entwicklung der Völker" betrachtet werden können (A. I. Trainin, Schutz des Friedens und die Bekämpfung der Verbrechen gegen die Menschheit, Moskau 1956, S 24-russ.).

In ihrer Gesamtheit zeigen die erwähnten internationalen Erscheinungen, daß zu Beginn des Zweiten Weltkriegs im Völkerrecht bereits Normen zustandekommen waren, die den Aggressionskrieg untersagten und ihn als internationales Verbrechen mit allen daraus resultierenden Folgen betrachteten.

Man darf an völkerrechtliche Erscheinungen das Maß des nationalen Rechtes nicht anlegen. Gerade das ist aber für die Kritiker des Nürnberger Prozesses kennzeichnend. Man muß der Spezifik des Völkerrechts Rechnung tragen. Der bekannte chilenische Völkerrechtler A. Alvarez schrieb vom Nürnberger Prozeß und dem dort angewandten Recht: „Dieses Recht unterschied sich vom Augenblick seines Entstehens an grundlegend vom nationalen Strafrecht. Es stand in Widerspruch zum Grundsatz des nationalen Strafrechts nullum crimen sine lege. Auf dem Nürnberger Prozeß wurden gegen die Angeklagten Strafen verhängt, die zuvor nicht festgelegt worden waren" (A. Alvarez, Droit International Nouveau, Paris 1959, S. 564—565).

In der einstimmig gefaßten Resolution der UNO-Vollversammlung vom 11. Dezember 1946 bestätigten die UNO-Mitgliedsländer (das waren praktisch alle damals existierenden Staaten mit Ausnahme der Kriegsverbündeten der Aggressoren), daß die Grundsätze, die im Statut des Nürnberger Militärgerichtshofes dargelegt wurden und im Urteil des Militärgerichtshofes ihren Niederschlag fanden, „Prinzipien des Völkerrechtes sind".

Prof. Berber mit seinen Überlegungen, wonach die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 11. Dezember 1946 keinen bindenden Charakter habe und deshalb null und nichtig sei (F. Berber a. a. O. II. Band, S. 255) schießt zweifellos über das Ziel hinaus. Kein Mensch behauptet, daß die Resolution der UNO-Vollversammlung den Prinzipien von Nürnberg bindenden Charakter verliehen habe. Aus dieser Resolution ist vielmehr ersichtlich, daß man schon bei ihrer Abfassung davon ausging, daß diese Prinzipien bereits zu den völkerrechtlichen Normen gehörten. Die Resolution stellte lediglich diese Tatsache fest und verkündete, daß die Staaten, von denen sie beschlossen wurde, in diesen Prinzipien einen Grundsatz des Völkerrechtes erblickten.

Der Nürnberger Militärgerichtshof, sein Statut und sein Urteil fußten mithin auf dem geltenden Völkerrecht und stellten eine Verkörperung und gleichzeitig die Weiterentwicklung seiner Bestimmungen dar.

Die von einigen Autoren ins Treffen geführte These, der Nürnberger Militärgerichtshof könnte nur als Besatzungsgericht funktionieren, das Abkommen vom 8. August 1945 über die Bildung dieses Gerichtshofes sowie sein Statut gingen Deutschland nichts an und seien für dieses Land res inter alios acta, basiert auf dem alten Völkerrecht und läßt die auf diesem Gebiet im Laufe der letzten fünfzig Jahre stattgefundenen Veränderungen völlig außer Acht.

Natürlich werden völkerrechtliche Normen aufgrund von Abkommen zwischen den Staaten geschaffen und weiterentwickelt. Das Londoner Abkommen und das Statut des Nürnberger Militärgerichtshofes wurden von den vier Großmächten im Namen der Vereinten Nationen formuliert. Die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen akzeptierten diese Dokumente durch formellen Anschluß, stillschweigende Zustimmung oder schließlich durch Annahme der Resolution der Vollversammlung vom 11. Dezember 1946. Daß die Zustimmung Deutschlands in diesem Fall überflüssig war, geht schon aus den neuen völkerrechtlichen Grundsätzen hervor, wonach dem Angreiferstaat kein Recht zusteht, in internationalen Angelegenheiten als gleichberechtigter Partner anderer Staaten aufzutreten, wo er doch das Objekt internationaler Sanktionen ist.

Es erübrigt sich wohl, besonders darauf hinzuweisen, daß der Frage der völkerrechtlichen Prinzipien, die im Statut und im Urteil des Nürnberger Tribunals ihren Niederschlag fanden, vom Standpunkt der Gewährleistung des Friedens eine sehr große Bedeutung zukommt. Es geht hier nicht um Prinzipien ad hoc, sondern um Prinzipien, die in das Völkerrecht aufgenommen wurden und auch in Zukunft anwendbar sind. Wie der bekannte amerikanische Jurist und derzeitiges Mitglied des Internationalen Gerichtshofs Ph. Jessup feststellte, verpflichtete früher das Völkerrecht die Staaten dazu, Personen zurückzuhalten, während heute der Druck in Form von Strafandrohung auf Personen ausgeübt wird, damit sie den Staat zurückhalten (Philip C. Jessup, A Modern Law of Nations, New York 1948, S. 163).

Der Nürnberger Prozeß bildete einen ernsthafte Warnung für alle Liebhaber von Kriegsabenteuern. Deshalb fanden die völkerrechtlichen Grundsätze von Nürnberg die vorbehaltlose Zustimmung und die konsequente Unterstützung der Völker.

Dr. Robert M.W. Kempner

Zwanzig Jahre nach Nürnberg

„Nachdem ich mich von meinen früheren Vorstellungen freigemacht habe, ist es mein tiefstes Bedürfnis, mich bei Ihnen für das, was ich Ihnen und Ihrer Familie angetan habe, zu entschuldigen und mein tiefstes Bedauern auszusprechen." Mit

diesen Worten bat 1966 im Tarnopol-Prozeß vor dem Stuttgarter Schwurgericht gegen zehn ehemalige SS-Angehörige der angeklagte frühere SS-Sturmbannführer Hermann Müller unter Tränen den 53jährigen Zeugen Dr. Jakob Wolf Gilsohn aus Israel um Verzeihung. Gilsohn's Eltern sind wahrscheinlich bei einer von Müller geleiteten sogenannten Aussiedlungsaktion in den Gaskammern von Belzec umgekommen. Weinend und mit kaum vernehmbarer Stimme fuhr Müller fort: „Ich bin mir meiner Schuld bewußt und bitte, meine Reue symbolisch für alle Opfer anzunehmen." Dr. Gilsohn, der in Ostgalizien selbst unter der SS schwer gelitten und viele Angehörige verloren hatte, antwortete: „Ich verzeihe Herrn Müller für meine Eltern."

Die Feigheit der Angeklagten

Dieser Vorfall in einem Prozeß gegen SS-Massenmörder und deren Henkersknechte steht in der Prozeßgeschichte der letzten Jahre fast einzigartig da. Mit wenigen Ausnahmen haben bei den alliierten Gerichten in Nürnberg und danach vor deutschen Gerichten die nationalsozialistischen Angeklagten, beginnend mit den höchsten Mord-Funktionären des Dritten Reiches bis hinab zum letzten SS-Mörder, eine feige Lügentaktik zu ihrer Verteidigung angewandt. Entweder waren sie zur Zeit des Mordes angeblich gerade auf Urlaub; wenn ihnen dies als Lüge nachgewiesen wurde, dann folgte die längst meist als unglaubwürdig festgestellte Ausrede, sie hätten aufgrund eines unausweichlichen Befehls gezwungen gehandelt; wenn vielen dann weiter nachgewiesen wurde, daß sie aus schierer Mordlust Menschen umgebracht hatten, dann kam die weitere „Entschuldigung", sie seien durch irgendeinen Vorgang, etwa durch Alkohol oder Familienstreitigkeiten, so aufgeregt gewesen, daß sie ihrer Sinne bei der Tat nicht mächtig gewesen seien.

Im Gegensatz dazu hat sich während der letzten zwanzig Jahre einwandfrei herausgestellt, daß die meisten Angeklagten genau wußten, was sie taten, daß sie ihrer NS-Pflicht mit Freuden nachkamen. Auch die Befehlsgeber wußten genau, daß die physische Vernichtung der Juden, kriegsgefangenen Russen, Zigeuner, katholischen Priester, Sozialdemokraten, Kommunisten und anderer wirklicher oder vermeintlicher Gegner des NS-Staates zu ihrer „Zuständigkeit" gehörte. Außerhalb des Gerichts, unter vier Augen, geben viele dieser Mörder ihre Schandtaten auch unumwunden zu. Sie haben jedoch Angst vor Femeakten ihrer Gesinnungsgenossen und Mittäter, falls sie geständig sind. Sie fühlen sich oft aber auch dadurch gehandicaped, daß in der Gerichtspraxis der geständige und sogar reuige Mörder meist schwerer bestraft wird, besonders vor deutschen Schwurgerichten (aus drei Berufsrichtern und sechs Laienrichtern zusammengesetzt) als solche Täter, die bis zum letzten Augenblick leugnen. Denn dadurch werden die Laienrichter oft doch unsicher gemacht und kommen unbewußt zu einem milderen Strafmaß.

Die vom Rechtsstandpunkt teilweise oft zu milden Strafen der deutschen Gerichte gegen Massenmörder haben leider einen beachtenswerten psychologischen Grund. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, daß die Nürnberger Urteile seinerzeit in vielen Fällen zu milde ausgefallen sind, besonders gegen die SS-Mörder, aber auch gegen hohe Funktionäre der Ministerien, die am Schalthebel der Mordmaschinerie saßen. Während der letzten zwanzig Jahre sind nämlich außerhalb Deutschlands und in Deutschland selbst so viele neue belastende Dokumente und Zeugen gefunden worden, daß man mit Sicherheit sagen kann: Wäre dieses Beweismaterial

schon in Nürnberg der Anklagebehörde und den Gerichten bekannt geworden, so hätten die Gerichte weit schwerere Strafen verhängt, und die „Kleinen" könnten sich heute nicht mehr darauf berufen, daß die „Großen" so milde weggekommen seien.

Was wußten Hitlers Generale?

In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß in den Prozessen wegen verbrecherischer Akte von gewissen Generalen gegenüber Kriegsgefangenen, Geiseln und gegen die Zivlbevölkerung häufig davon ausgegangen wurde, die Angeklagten hätten nichts von den Massenmorden der SS gegen die Zivilbevölkerung gewußt und es hätte kaum eine Zusammenarbeit mit der SS gegeben. Heute wissen wir, daß Himmler in einer bis vor kurzem unbekannten Rede in Posen am 25. Januar 1944 vor mehr als zweihundert Generalen und Admiralen über die Vernichtung der Juden und die „Endlösung" ganz offen und unter Beifall referierte. Dies ist eine bisher fast völlig unbekannte Tatsache, vor deren Verbreitung Scheu besteht. Es gibt nicht nur für diese Rede Zeugen, die nicht hervorzutreten wagen, sondern auch Himmlers Notiz über diese Rede vor den Frontgeneralen, datiert vom 26. Januar 1944.

Alte und junge Generation

Die Schandtaten, die in den Nürnberger Prozessen aufgedeckt wurden, werden heute im wesentlichen in Deutschland nur noch vor rechtsradikaler Seite bestritten. Deren politische Linie gegenüber den Massenverbrechern ist etwa die gleiche, wie sie vor Hitlers „Machtantritt" der „Völkische Beobachter" und „Der Angriff" gegen jeden hatte, der rechtsradikale Mörder mit dem richtigen Namen kennzeichnete.

Die Prozesse vor deutschen Gerichten während der letzten zwei Dekaden haben in Deutschland besonders bei der mittleren und bei der älteren Generation immerhin die Wirkung gehabt, daß weite Kreise die Fluchwürdigkeit des Hitler-Regimes nunmehr anerkennen. Wenn sie sich aufgrund der Prozeßberichte in die damalige Zeit zurückversetzen, dann fühlen sie sich heute weit besser informiert, als sie es noch vor zehn Jahren waren.

Im Gegensatz zu anderen Berichten habe ich aber gerade während meiner Vorträge in Deutschland vor der jüngeren Generation gelegentlich gefunden, daß diese für Zweifel an der Fluchwürdigkeit des Hitler-Regimes weit anfälliger ist als die ältere. Manche Angehörige der jungen Generation wollen nicht glauben, was im deutschen Namen angerichtet wurde, weil sie eine Verantwortung in moralischer Hinsicht für das Erbe ihrer Eltern scheuen. Eine Ausnahme hiervon machen solche Gruppen, die an Versöhnungsreisen nach Israel teilnehmen und auch sonst liberalen Gedankengängen mehr zugänglich sind als die anderen. Hieraus erklärt sich, daß der Widerwille gegen die Fortführung der Prozesse gegen nationalsozialistische Massenmörder geradezu im Verhältnis zu der Vergrößerung des Anteils der Unbelasteten an der Gesamtbevölkerung wächst.

Die Verhinderung frühzeitiger Prozesse

Der späte Beginn der Prozesse wird oft als Argument gegen die Durchführung herausgestellt. Dabei verschleiert man die Gründe für diese Verspätung. Wenn auch in den ersten Nachkriegsjahren die deutsche Justiz durch hemmende Bestim-

mungen der Besatzungsmächte beschränkt war, so trifft dies für die letzten zwölf Jahre keineswegs mehr zu. Dokumentensammlungen waren seit vielen Jahren erreichbar. Große Mengen von wichtigem Material aus Nürnberg waren durch deutsche Überleitungskommissare den deutschen Gerichten seit 1949 zur Verfügung gestellt. Aber es bestand in dem ersten Teil der fünfziger Jahre einfach kein politisches Klima für NS-Prozesse. Die Mörder des Regimes, ihre Freunde und Helfershelfer hatten durch geschickte, mit Geld gespickte Propaganda verstanden, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Anklagen eigentlich gar nicht stichhaltig seien, es handele sich um Racheakte der Sieger etc. Auf diesen Schwindel sind sogar gutgläubige, durchaus demokratische Politiker hereingefallen und haben sich dann für die Begnadigung von Massenmördern bei den Alliierten eingesetzt. Vielfach wurde dabei mit dem völlig irreführenden, aber trotzdem erfolgreichen Argument gearbeitet, man könne eine Einordnung der Bundesrepublik in das westliche militärische Bündnissystem nicht erwarten, so lange noch Kriegsverbrecher in Gefängnissen säßen. Dabei haben die Wehrpflicht der deutschen Bundesbürger und die politische Einordnung in militärische Vereinbarungen wirklich nichts damit zu tun, ob ein paar hundert Massenmörder ihre ohnehin nicht allzu harten Strafen verbüßen oder nicht. Der beste Beweis ist, daß Prozesse, die in den letzten zehn Jahren stattfanden, für militärische oder politische Entscheidungen in der Bundesrepublik nicht mehr die mindeste Bedeutung haben.

Propaganda zugunsten von Massenmördern

Für die politische Beurteilung der Bundesrepublik im Ausland sind die Prozesse von großem positiven Wert. Gerade sie können mehr als alle Reden und Goodwill-Propaganda zeigen, daß man es mit der Säuberung ernst meint. So hat man allmählich eingesehen, daß die Eliminierung von verbrecherischen Typen aus dem politischen Leben, die mit den Nürnberger Prozessen begann, auch weiter durchgeführt werden muß. Dabei messe ich der Höhe der Strafen gar nicht die entscheidende Bedeutung zu. Es ist viel wichtiger, daß die Verbrecher das Damokles-Schwert eines möglichen Strafprozesses über sich fürchten und sich deshalb weniger dreist und frech hervorwagen, als sie das sonst tun würden. Mancher Politiker der drei großen Parteien oder Beamter der Bundesrepublik wäre schon längst politisch von neonazistischen oder anderen rechtsradikalen Kreisen „erledigt" worden und hätte sein Amt verloren, wenn die aggressiven und dynamischen überlebenden ehemaligen NS- und SS-Angehörigen freie Bahn gehabt hätten. Die politisch Vernünftigen, die deshalb gegen eine allzu frühe Verjährung und für die weitere Durchführung der Prozesse eingetreten sind, haben sich daher um das Wohl der Bundesrepublik und um ihr Ansehen in der Welt aufs höchste verdient gemacht. Trotzdem werden sie wahrscheinlich ebenso wenig Dank ernten wie diejenigen, die gleich nach dem Kriege durch die strafrechtliche Reinigung der verbrecherischen Institutionen des Dritten Reiches überhaupt erst den Weg zur Entwicklung der neuen deutschen Demokratie ermöglicht haben. Um deren Wachstum sicherzustellen, war der Kampf um die Verlängerung der Verjährungsfrist, den ich zunächst mit nur wenigen Bundesgenossen begann, notwendig.

Juristische und personelle Probleme

Die weitere Durchführung der Prozesse stellt den Justizbehörden der Bundesrepublik riesige juristische und politische Aufgaben. Trotz mancher Hindernisse ist es politisch durchaus möglich, die Prozesse gegen die SS-Henker aus den Einsatzgruppen im Osten und aus den Konzentrationslagern durchzuführen. Niemand

wollte mit den eigentlichen „Schlächtern" zu tun gehabt haben, die im Osten hinter der Front Wehrlose hingemetzelt oder dies in Massenvernichtungsstätten wie Auschwitz, Belzec, Treblinka, Sobibor, Tarnopol und anderwärts getan haben. Auch bei den noch kommenden Prozessen, z. B. in Hamburg wegen der Massenmorde im Warschauer Ghetto oder in Riga und in anderen Einsatzgruppenprozessen werden keine politischen Schwierigkeiten entstehen. Doch werden solche bei den Verfahren gegen „hochgestellte" Mörder auftauchen.

Aber auch die juristischen Schwierigkeiten werden in den kommenden Untersuchungen wachsen. Von rechtsradikaler Seite wird laufend versucht, Zeugen der Anklage in gemeinster verbrecherischer Weise durch Drohungen einzuschüchtern. Weil, wie in allen Prozessen der Welt, auch in diesen gelegentlich unglaubwürdige Belastungszeugen auftreten, versucht man die 99 % der glaubwürdigen Zeugen durch ein Trommelfeuer der Verleumdung zu bedrohen. Rechtsradikale Spitzel in der Maske von Zuhörern oder angeblichen Reportern versuchen, außergerichtliche Äußerungen der Zeugen aufzufangen, ihr Privatleben zu belauschen und ähnliches. Es wird deshalb nicht genügen, daß die ausländischen Zeugen, wie dies z. B. in Frankfurt im Auschwitz-Prozeß geschah, amtlich von Sozialarbeiterinnen betreut werden. Es muß auch strafrechtlich gegen die Spitzel und Spione und ihre Pressefreunde vorgegangen werden, die solche Zeugen von der Abgabe einer wahren belastenden Aussage durch Drohungen abhalten wollen.

Auch sollte die fremdenpolizeiliche Behandlung dieser Gäste, die als Zeugen der deutschen Justiz und ihrem Ansehen dienen, besonders zuvorkommend sein. In diesem Zusammenhang ist es auch bemerkenswert, daß objektive Verteidiger von gewisser Seite belästigt werden, wenn sie nicht die Standard-Argumente der SS und ihrer Nachfolgeschaft im Gerichtssaal vorbringen.

Ein anderes wichtiges Problem ist der Personalmangel in der Justiz. Die Zahl der jungen Juristen, die Richter und Staatsanwälte werden wollen, ist, u. U. schon wegen der verhältnismäßig niedrigen Gehälter, gering. Und jetzt sollen sie noch die besondere Verantwortung von Mordanklagen und die Belastung mit schaurigen Ereignissen auf sich nehmen, die manchen jungen Staatsanwalt noch im Traum verfolgen. Da gehen die jungen Juristen lieber zur Industrie oder Anwaltschaft. Im Moment läßt sich noch nicht übersehen, wie dieses Personalproblem, das immer schwerwiegender wird, gelöst werden soll, wenn sich nicht genügend junge Juristen finden, die die strafrechtliche Liquidierung der Vergangenheit als patriotische Tat betrachten, was sie in Wirklichkeit auch ist.

Die Bestrafung der Mord-Ingenieure ist nötig

Rechtlich und politisch schwierige Prozesse gegen die höheren Ränge haben — abgesehen von den Nürnberger Prozessen — bisher kaum stattgefunden, sondern stehen noch bevor. So schwebt in München das Verfahren gegen hohe SS-Führer wegen der Liquidierung der holländischen Juden, unter ihnen der Anne Franks, und der sogenannten katholischen Nichtarier. Dazu gehören die Nonne Edith Stein und die Mönche und Nonnen aus der Familie Loeb, die aus einer rheinisch-jüdischen Familie stammten und im Sommer 1942 aus holländischen Klöstern nach Auschwitz deportiert wurden.

In Frankfurt ist eine umfangreiche Anklage gegen Diplomaten aus dem Ribbentrop'schen Auswärtigen Amt wegen der Verfolgung der bulgarischen Juden und

anderer Juden vom Balkan erhoben worden. Dagegen hat man bisher noch nicht gehört, daß im Rheinland anhängige Verfahren gegen weitere hohe Ministerialbeamte aus dem Auswärtigen Amt und aus dem Reichsverkehrsministerium weitergekommen seien. Dabei ist seit mehr als zehn Jahren bekannt, welche Rolle z. B. das Reichsverkehrsministerium bei der Stellung der Eisenbahnzüge zur Massenvernichtung in Treblinka, Auschwitz und an anderen Orten gespielt hat.

Weitere Verfahren schweben in Stuttgart wegen Vernichtung von unschuldigen Italienern in Boves, in der Nähe von Cuneo und der Vernichtung von Juden in dieser Gegend. Die Voruntersuchung gegen drei höhere SS-Offiziere, von denen nicht ein einziger in Haft genommen wurde, ist im Gange. Ein nicht weniger wichtiges Verfahren wird in Niedersachsen gegen hohe SS-Offiziere wegen Vernichtung von griechischen Juden geführt, die Ende des Krieges nach Italien geflüchtet waren und in der Nähe des Lago Maggiore umgebracht worden sind.

In all diesen Verfahren handelt es sich nicht um die „unteren Henker" und „Schlächter", sondern um höhere Befehlsgeber. Sie werden vielfach mit dem harmlos klingenden Wort „Schreibtischmörder" bezeichnet. In Wirklichkeit waren diese für Ermordungen zuständigen Beamten oder SS-Offiziere die wichtigsten Ingenieure der Todesmaschinerie.

Schonung der Mord-„Richter" des Dritten Reiches

In gewisse Verbrechenssphären ist die Justiz bisher überhaupt noch nicht mit Anklagen eingedrungen. Wegen der Mordtaten gegen fast viertausend katholische Priester ist bis jetzt nur in zwei bis drei Fällen ein Hauptverfahren eröffnet worden. Weitere Fälle sind noch im Ermittlungsstadium im Berliner Verfahren gegen das Reichssicherheitshauptamt. Die „anti-katholischen" Referenten der RSHA sind jedoch auf freiem Fuß.

In dem soeben erschienenen Buch von Benedicta Maria Kempner „Priester vor Hitlers Tribunalen" (Verlag Rütten und Loening, München) sind zahlreiche Fälle aufgezeigt, in denen Richter und Staatsanwälte beim Volksgerichtshof unter der Maske der richterlichen Robe objektiv Mordtaten begangen haben, wie der Bundesgerichtshof in Karlsruhe im Falle einer Denunziantin in einem solchen Prozeß öffentlich erklärt hat. Zur Zeit schweben Verfahren gegen zwei weitere Denunzianten, die für Justizmorde gegen Priester mit verantwortlich waren. Gegen die Mörder der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, die an Ort und Stelle über den Haufen geknallt oder „abgeurteilt" wurden, oder die „juristischen" Mörder von Kriegsgefangenen, die wegen kleiner Unregelmäßigkeiten zum Tode „verurteilt" wurden, ist bisher noch nicht durch Anklagen vorgegangen worden. Die Untersuchungen in diesen Fällen ziehen sich seit Jahren hin. Es ist zu hoffen, daß nicht etwa gewisse politische Kreise solchen Generalstaatsanwälten in den Arm fallen, die endlich gegen „juristische Mörder" Anklage erheben wollen.

Richter als Mörder?

Immerhin wurde zum ersten Mal in der deutschen Rechtsgeschichte eine Voruntersuchung wegen Verdachts des Mordes etc. in Berlin gegen einen richterlichen Beisitzer des Volksgerichtshofes eröffnet, der — teilweise zusammen mit Roland Freisler — an Dutzenden von unmenschlichen Todesurteilen mitgewirkt hat. Leider ist es ein dunkles Vorzeichen, daß das Münchener Oberlandesgericht

einmal erklärt hat, einem in der Wolle gefärbten nationalsozialistischen Richter könne man schwerlich sein Unrechtsbewußtsein nachweisen. Vielleicht sollte Freisler daraufhin wieder auf der Erde auftauchen!

Trotzdem: Zwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, im November 1938, wurden bereits die Synagogen in Deutschland verbrannt. Es ist ein gutes Zeichen, daß zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Bundesrepublik weiter die Verfolgung der NS-Mörder betreibt. Eine energische Verfolgung wird ihr Ansehen in der Rechtsgeschichte und der Weltpolitik heben, denn ein Staat, der Mörder nicht verfolgt, zerstört sein eigenes Image in der Völkergemeinschaft.

Dr. Peter Meier

Zwischen Mißtrauen und Respekt

Wie die Schweizer die Bundesrepublik sehen

Deutschland ist, als Folge des begonnenen und verlorenen Weltkrieges, durch Mauer und Stacheldraht geteilt. Das mag für die Betroffenen hart sein, es ist aber gerecht. — Die Bundesrepublik imponiert durch ihre wirtschaftliche Leistung beim Wiederaufbau des zerstörten Landes und durch die politische Stabilität, Altbundeskanzler Adenauer und sein Nachfolger Ludwig Erhard werden bewundert, von vielen sogar verehrt. — Die DDR, man schreibt sie selbst im Lager ihrer schärfsten Gegner ohne Gänsefüßchen, stößt auf wenig Gegenliebe, Ausdrücken wie SBZ oder gar Mitteldeutschland, der offiziellen Bonner Sprachregelung, steht man aber verständnislos gegenüber: Warum Mittel- und nicht Ostdeutschland? Ach so, die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, Danzig, Königsberg, Breslau, das Sudetenland? Aber das gehört heute doch alles zu Polen, zur Tschechoslowakei oder zur Sowjetunion! — Die Wiederbewaffnung, der Aufbau der Bundeswehr erregten zuerst zwar einige Bedenken, dann aber, als die deutschen Truppen in die NATO integriert wurden, Genugtuung über den dadurch erzielten Zuwachs an militärischer Sicherheit des Westens. — Die öffentliche Meinung reagiert mehr als allergisch auf alle Anzeichen einer „unbewältigten Vergangenheit", auf Erscheinungen des Neonazismus, auf milde Gerichtsurteile für SS-Schergen, KZ-Wächter oder Kriegsverbrecher; als Bonn die entsprechenden Vergehen verjähren lassen wollte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und der kleinste Erfolg der NPD führt in der Schweizer Presse zu aufgeregten Kommentaren, besorgten Leitartikeln und bösen Leserbriefen. — Für Westberlin empfindet man beinahe grenzenlose Sympathien, während gleichzeitig die „Berliner Schnauze" tief verhaßt ist. — Protzende Neureiche oder lautstarke Touristen werden unwillig in die Schranken gewiesen, die Härte der DM indessen macht tiefen

Eindruck. Die Deutschen überhaupt sind nach wie vor unbeliebt, der Bundesrepublik und ihren führenden Staatsmännern dagegen zollt man Respekt. Wenn jedoch eine große Zeitung objektiv über die Fußballweltmeisterschaften in Großbritannien berichtet und dabei auch die Leistungen der deutschen Mannschaft unvoreingenommen würdigt, bezichtigen sie entrüstete Abonnenten, „schwabenfreundlich", ja sogar nazistisch gesinnt zu sein...

Nicht etwa im fernen Afrika oder Asien, sondern in der benachbarten Schweiz, einem Land also, das aus eigener Anschauung wissen sollte, wie es heute im Norden seiner Grenzen aussieht, beurteilt man die Deutschen als Volk und die Bundesrepublik als Staat dermaßen widerspruchsvoll, um nicht zu sagen schizophren. Wie kommen die Eidgenossen zu einer solchen Optik, die sowohl den Freund wie den Feind der Bundesrepublik befremden und verwirren muß?

Hier überlagern sich in der öffentlichen Meinung der Schweiz die verschiedensten Tendenzen und Motive. Da wirkt einmal die gerade bei der einfachen Bevölkerung tiefsitzende Aversion gegen die Großmannssucht des Dritten Reiches nach, eine Abneigung, die sich um so ungehemmter auslebt, als die Schweiz selber in jenen tausend Jahren mit ihrer engherzigen Emigranten- und Flüchtlingspolitik keineswegs als Hort der Humanität sich darstellte und auch in der politisch-militärischen Führungsschicht da und dort eilfertiges Anpassertum zutage trat (vgl. dazu das hervorragende Buch von Alice Meyer, „Anpassung und Widerstand"); schlechtes Gewissen mischt sich also mit berechtigtem Abscheu über die Untaten des NS-Staates. Unvergessen sind und bleiben auch jene verbalen Aggressionen gegen die rundum vom Faschismus eingeschlossene, in einer Igelstellung verharrende Schweiz zwischen 1939 und 45, als wir nie wußten, ob die Achsenmächte sich doch noch entschließen würden, unser Land anzugreifen und zu besetzen. Die damalige, übervorsichtige Politik der Schweizer Regierung, des Bundesrats, erklärt sich, mindestens zum Teil, aus solchen Erwägungen. Die Presse indessen, die letzte einigermaßen freie in deutscher Sprache, leistete, nach anfänglichem Schwanken und Zögern, ziemlich geschlossen und oft in couragierter Form entschiedenen Widerstand gegen die NS-Barbarei. Andrerseits entwickelte die Eidgenossenschaft als Reaktion auf die Blut- und Boden-Mythologie Rosenbergs selber eine Art völkischen Heimatstils, der sich gegen alles Fremde, Unschweizerische hermetisch abkapselte und seine „ewigen Werte" aus einer heroisierten nationalen Vergangenheit schöpfte. Diese Mentalität wirkt heute noch bei der älteren und mittleren Generation nach und verunmöglicht vielen Schweizern, die die Zeit von 1933 bis 1945 bewußt miterlebt haben, eine unbefangene Haltung gegenüber allem Deutschen.

Was aber die Nachkriegsentwicklung angeht, verstand es Konrad Adenauer, mindestens in seinen ersten Regierungsjahren, das verscherzte Vertrauen teilweise zurückzugewinnen. Der in hohem Alter stehende Kanzler der einsamen Entschlüsse machte auf den für patriarchalische Würde nicht unempfänglichen Eidgenossen aus zwei Gründen tiefen Eindruck: Einmal glaubte man ihm sein Bekenntnis zu Europa, seine Absage an den Nationalismus; im Verein mit de Gasperi und Schumann leuchtete er als Dreigestirn am Himmel des christlichen Abendlandes und strahlte ein mildes Licht aus, das den Schweizern wohl gefiel — obwohl sie selber keinerlei Lust verspürten, sich an der Integration Europas zu beteiligen. Zum zweiten überzeugte der „Alte", wie man ihn auch bei uns nicht ohne Zuneigung nannte, durch seinen „klaren antikommunistischen Kurs". Dazu muß man wissen, daß die Schweiz neben der Bundesrepublik und dem Amerika

MacCarthys wohl das Land in der Welt war, in dem der Antikommunismus seine skurrilsten Blüten trieb, ja der „Kalte Krieg" wird in diesem neutralen, keinem Militärblock angehörenden Kleinstaat heute noch mit einer Hingabe ausgefochten, wie man sie neuerdings sonst eigentlich nur noch in Westdeutschland findet, nicht aber bei den Angelsachsen oder Franzosen. Allerdings hat sich in dieser Hinsicht während der letzten Jahre, zumal seit Kennedys Auftreten, auch in Helvetien einiges geändert. Zu Adenauers Zeiten war es aber durchaus noch so, daß man in der Schweiz weitherum meinte, hier habe ein deutscher Politiker von Format das Gebot der Stunde richtig erkannt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Daß der „Alte" dabei die innenpolitische Atmosphäre in der Bundesrepublik durch sein autoritäres Regiment wie durch seine primitive Verteufelung der SPD aufs schlimmste vergiftete, übersah man großzügig...

Der Adenauer-Kult, zu dem vor allem die „Neue Zürcher Zeitung" durch ihre Deutschland-Berichterstattung beigetragen hat, erlebte seine erste Erschütterung, als der Bundeskanzler im Jahre 1959 sein frivoles Spiel um die Nachfolge des in der Schweiz hochgeachteten Bundespräsidenten Theodor Heuss anzettelte, und brach anläßlich der „Spiegel"-Affäre mehr oder weniger zusammen; denn diese „Nacht-und-Nebel-Aktion" weckte Erinnerungen an die NS-Zeit und aktivierte damit das oben skizzierte Unbehagen. Nun übertrugen die Schweizer ihre Gunst auf Ludwig Erhard, dessen füllige Gestalt als Inkarnation deutschen Fleißes und deutscher Tüchtigkeit, mit einem Wort: des Wirtschaftswunders galt. Ökonomische Leistungen rufen bei den gerade in Gelddingen sehr realistisch denkenden Schweizern Bewunderung hervor. Jetzt freilich scheint auch für Erhards Prestige in der Eidgenossenschaft die Götterdämmerung angebrochen zu sein, obwohl der „Volkskanzler" heute in der Schweiz immer noch populärer sein dürfte als hierzulande. Trotzdem sieht man jetzt auch bei uns die Schwäche und Entschlußlosigkeit seines Regierungsstils, wird man seiner vielen Reden, denen keine Taten folgen, nachgerade überdrüssig. Bedeutet das eine grundlegende Verdunkelung in dem Bild, das sich die Schweizer von ihrem nördlichen Nachbarn machen?

So weit würde ich nicht gehen. Auch die Tatsache, daß jüngst Professor Norden und der Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, in die Schweiz einreisen durften, solle nicht überschätzt werden: Eine Anerkennung der DDR durch Bern steht deswegen noch lange nicht vor der Tür. Da die Schweiz mit Bonn diplomatische Beziehungen unterhält, anerkennt sie den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für ganz Deutschland. Das hindert die schweizerische Öffentlichkeit freilich keineswegs daran, nicht an eine absehbare Möglichkeit zur Wiedervereinigung zu glauben. Im Grunde ihres Herzens sind die meisten Eidgenossen mit der Teilung Deutschlands ganz zufrieden, betrachten sie sie doch als „verdiente Strafe" für den entfesselten und verlorenen Weltkrieg. Auch Schweizer Politiker und Diplomaten geben im vertraulichen Gespräch offen zu, daß sie nicht nur die Chancen für eine Wiedervereinigung als minimal betrachten und mit der Oder-Neiße-Grenze als einer feststehenden Tatsache rechnen, sondern auch, daß sie den Alleinvertretungsanspruch Bonns für völkerrechtlich fragwürdig und politisch irreal halten. Daraus aber die Schlußfolgerung zu ziehen, den Westdeutschen eine Anerkennung der DDR zu empfehlen, diesen Schritt verhindert wiederum der Antikommunismus der Schweizer im allgemeinen und ihre weitverbreitete Abneigung gegen Ulbricht im besonderen. In der Frage der Oder-Neiße-Grenze und des „verlorenen" Sudetenlandes hingegen besteht die beinahe einhellige Meinung, hier handle es sich um Kriegsfolgen, die nicht rückgängig gemacht werden können, um Fakten, die endlich anerkannt werden sollten. Auch

der Gedanke, daß die Bundesrepublik in irgendeiner Weise, und sei sie noch so indirekt, Zugang zu A-Waffen erhalten sollte, bereitet vielen Schweizern Unbehagen. Andererseits hält man aber ebenso weitherum eine starke Bundeswehr (unter sanfter NATO-Kontrolle) für eine gute Sache, weil dadurch auch die militärische Sicherheit der Schweiz mitgarantiert werde.

Man sieht, das Bild ist komplex und nuancenreich und läßt sich mit rein rationalen Kriterien kaum restlos erfassen: Zu viele Emotionen sind da im Spiel, zuviel Erinnerung an die Vergangenheit und zuviel Sorge um eine Zukunft, in der Deutschland, am Ende gar ein wiedervereinigtes, in Europa von neuem eine entscheidende Rolle spielen könnte. Ohne die Bedeutung dieses Prozesses überschätzen oder gar dramatisieren zu wollen, läßt sich immerhin feststellen, daß die Beurteilung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik in letzter Zeit doch wohl etwas kritischer geworden ist als früher. Medien wie die Basler „National-Zeitung" (linksliberal) oder der unabhängige Zürcher „Tages-Anzeiger", die auflagenstärkste Tageszeitung der Schweiz, verfolgen in ihrer Deutschlandberichterstattung seit Jahren einen Kurs, der sich mit den Kernpositionen der offiziellen Bonner Politik nicht mehr deckt, ja diesen oft diametral widerspricht (vgl. z. B. den Leitartikel „Deutschland wohin?" in der „National-Zeitung" vom 8. Juli 1966). Auch einzelne kleinere Blätter wie etwa der Berner „Bund" oder die Luzerner „Neusten Nachrichten" sehen die Lage nicht mehr so problemarm wie in Adenauers Tagen. Andererseits bleibt aber das einflußreichste Organ der Schweizer Presse, die „Neue Zürcher Zeitung", weiterhin dem Bonner Regierungskurs verpflichtet, ja oft vertritt die Deutschland- und Berlinberichterstattung dieses Weltblattes Ansichten, deren Orthodoxie die meisten deutschen Meinungsäußerungen erheblich übertrifft. So nahm die „NZZ" beispielsweise von Anfang an entschieden gegen die „Politik der kleinen Schritte" und die Passierscheinvereinbarungen Stellung, da sie in diesen Dingen eine „Schmälerung der westlichen Rechtspositionen und eine Aufwertung Pankows" sah. Um diesen Tatbestand richtig beurteilen zu können, muß man vielleicht in Erinnerung rufen, daß die „NZZ" allen Entspannungsbemühungen recht skeptisch gegenübersteht und etwa die Politik Kennedys eher besorgt als begeistert kommentierte. Ähnliches gilt auch für ein Blatt wie die „Basler Nachrichten", während die Zürcher „Weltwoche" zwar mit Rücksicht auf ihre zahlreichen Leser in der Bundesrepublik deutsche Themen breit behandelt, nicht aber aus einer einheitlichen Perspektive, es sei denn, man betrachte gewisse Sympathien für die „deutschen Gaullisten" und Franz Josef Strauß schon als eine klare politische Richtung. „Die Tat", die sich früher in sehr pointiert-kritischer Weise mit der Deutschlandfrage auseinanderzusetzen pflegte, beschränkt sich heute auf gelegentliche, in größeren Abständen erscheinende Kommentare aus der Feder ihres Deutschlandredaktors Fritz René Allemann, eines Autors, dem man ja auch in deutschen Blättern und der „Weltwoche" oft begegnet. In der französischen Schweiz schließlich sieht man die deutschen Angelegenheiten seit je etwas anders, vor allem undramatischer als im deutschsprachigen Landesteil, dessen Bewohner natürlich an Wohl und Wehe der Deutschen mehr interessiert sind als die Romands. Fernsehen und Radio berichten über die Bundesrepublik im allgemeinen recht unprofiliert; das hängt aber weniger mit dem Thema als solchem zusammen als mit der Tatsache, daß die schweizerischen Rundfunkanstalten generell kaum je einen eigenen Standpunkt vertreten, sondern ihre Aufgabe darin sehen, ihr Publikum wertneutral zu informieren. So erfährt der Deutsch-Schweizer Fernsehzuschauer in der Regel kritische Äußerungen über die Bundesrepublik aus Sendungen wie „Panorama", „Report" und „Monitor" oder aus Höfers „Frühschop-

pen", alles Programme, die in der deutschen Schweiz von weiten Kreisen beachtet werden, da bei uns fast überall das Erste Deutsche Fernsehen empfangen werden kann.

*

Ein Fazit zu ziehen, fällt aus Gründen schwer, die aus dem bisher Gesagten ersichtlich sein sollten: Zu kontrovers bietet sich das Bild dar, zu krontrastreich und zu sehr von Sentiments und Ressentiments gefärbt. Beliebt sind die Deutschen in der Schweiz nicht, ihr westlicher Teilstaat wird aber, mit Einschränkungen und Vorbehalten, geachtet, weniger seines demokratischen Gepräges wegen, dessen Glaubwürdigkeit immer wieder angezweifelt wird, sondern um seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner politischen Stabilität willen, die man vor dem Hintergrund der krisenreichen Weimarer Republik besonders zu schätzen weiß. Doch das Mißtrauen sitzt immer noch tief, und daß es durch die Ostpropaganda gegen die Bundesrepublik nicht zusätzlich geschürt wird, hängt vor allem damit zusammen, daß das Mißtrauen gegen den Kommunismus vielleicht noch tiefer sitzt. Namen wie Globke, Oberländer oder Krüger haben aber dem Ansehen der Bundesrepublik in der Schweiz sehr geschadet, und manches milde Gerichtsurteil gegen NS-Verbrecher sowie jede Aktivität rechtsradikaler Kreise verstärken diese negative Wirkung. Im ganzen überwiegt indessen das Positive — wie lange noch, bleibe dahingestellt. Der Mahnruf, den Karl Jaspers in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?" erhoben hat, ließ vor kurzem viele Schweizer aufhorchen, obwohl ihnen die Problematik der geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung ein Buch mit sieben Siegeln ist und sie auch die Interna der Bonner Parteienoligarchie kaum kennen; der erste Teil der Schrift aber, der sich mit der fehlenden radikalen Absage an den Geist und die Politik des Dritten Reiches befaßt, wird gerade in der Schweiz verständnisvolle Leser und viel Zustimmung finden.

Dr. Helmut Lindemann

Das nachgeborene Militär

Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und des Verlages veröffentlichen wir im nachfolgenden das vierzehnte Kapitel aus Helmut Lindemanns neuem Buch „Das antiquierte Grundgesetz — Plädoyer für eine zeitgemäße Verfassung" (Christian Wegner Verlag, Hamburg 1966, 286 Seiten, 19,80 DM), das zur diesjährigen Buchmesse erscheint. Aktuelle Ereignisse bewogen uns zum Abdruck des Militärkapitels, wenngleich es den eigentlichen Problemkern des Buches nur mittelbar berührt. — Lindemann konzipiert verfassungspolitische Leitlinien für einen Sozial- und Bildungsstaat mit mehr Rechten und Pflichten für den einzel-

nen, mit Volksbegehren, Wahlpflicht und effektiver Gewaltenteilung — einen Staat, der die Freiheit aller Bürger „in möglichst gleichem Maße" festlegt, „und es liegt auf der Hand, daß dieser Vorgang zu Lasten derer gehen muß, die vorher auf Kosten anderer Mitbürger ein Übermaß an Freiheit genossen haben". Lindemann nennt seinen Verfassungs-Entwurf „für den Staat von morgen" eine „realistische Utopie" in der „Nachfolge von Thomas Morus". Weil die „demokratische Verspätung Deutschlands eine Tatsache ist, deren Bedeutung man kaum überschätzen kann", will Lindemann ein Verfassungsgerüst vorlegen, das der „Wirklichkeit des Atomzeitalters" gerecht werden und der „illusionären Träumerei vom nationalen Machtstaat" ein Ende setzen soll. Dem zu erwartenden Einwand, daß nicht das Grundgesetz von 1949 mit seinen rechtsstaatlichen, demokratischen, parlamentarischen, friedens- und sozialstaatlichen Postulaten einer kontinuierlichen Entwicklung zu Demokratie und Friedenspolitik im Wege stehe, begegnet Lindemann allerdings nicht ausführlich genug. In seinem geschichtlichen Abriß und in seiner Kritik an der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik kommt der Autor zwar auf die traditionell rückwärtsgewandten Kräfte zu sprechen, ohne sich jedoch mit dem verhängnisvoll großen Einfluß ihrer modernen Repräsentanten und den vor allem daraus resultierenden Verfassungsmanipulationen in den vergangenen siebzehn Jahren näher zu beschäftigen. Lindemann nennt wohl nicht zuletzt auch deshalb seine verfassungspolitischen Vorschläge eine „realistische Utopie". Sein kühner Plan ließe sich nur durch eine Veränderung des politischen Kräfteparallelogramms zugunsten derer verwirklichen, die zunächst einmal die innen- und außenpolitischen Prinzipien der Verfassung von 1949 zur Leitlinie der bundesdeutschen Innen- und Außenpolitik machen wollen. Die insgesamt bemerkenswerten Anregungen dürften deshalb besonders bei all denen Beachtung finden, die die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik und deren adäquaten außenpolitischen Kurs mit Sorge betrachten. Wir werden noch des öfteren auf Lindemanns Buch zurückkommen.

D. Red.

Die Bundeswehr gehört nicht nur der Verfassungswirklichkeit an. Sie ist vielmehr nachträglich in das Grundgesetz eingebaut worden, was nicht ohne beträchtliche Schwierigkeiten und Kämpfe möglich war. Es ging dabei vor allem um zwei Dinge. Einmal gab es grundsätzliche Gegner jeder Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, unter denen Dr. Gustav Heinemann, der erste Bundesinnenminister, vielleicht der prominenteste und jedenfalls der konsequenteste war: er schied aus Gewissensgründen 1950 aus seinem Amt. Nachdem allen Widerständen zum Trotz die Wiederbewaffnung beschlossen worden war, ging es vor allem darum, den Vorrang der zivilen Gewalt eindeutig zu sichern und jede eigenständige Politik der Bundeswehr zu verhindern, wie es sie in der Weimarer Republik zu deren Schaden gegeben hatte.

Der Vorrang der zivilen Gewalt ist das Problem des Militarismus. Das Problem ist uralt und tritt in vielen Ländern auf. Schon Plato sagt in seinem Dialog über den Staat, man müsse „sorgfältig darauf achten, daß unsere Truppen infolge ihrer größeren Stärke unseren Bürgern nicht über den Kopf wachsen und sie tyrannisieren, statt ihre Freunde und Verbündeten zu sein". Diese Gefahr ist überall dort, wo ein Staat es für nötig hält, ein stehendes Heer zu unterhalten, ein damit verbundenes — wenn man so will: ein notwendiges — Übel. Wichtig ist zunächst, daß man das Übel als solches erkennt, und ferner die Einsicht, woraus es zu

erklären ist. Eine angemessene Einordnung des Militärs in die verfassungsmäßige Ordnung setzt voraus, daß man sich über die immanente Unvereinbarkeit ziviler und militärischer Existenz klar ist. Der bedeutende englische Nationalökonom und Publizist Walter Bagehot hat das im vorigen Jahrhundert sehr anschaulich dargelegt: „Der Militärdienst richtet das Denken des Menschen viel zu stark auf ein bestimmtes Handeln und viel zu wenig auf reifliches Überlegen. Das Leben ist kein planmäßiger Feldzug, sondern eine unregelmäßige Leistung, und seine Haupttriebfedern sind nicht offenkundige Willensentscheidungen, sondern verborgene und zum Teil unwillkürliche Eingebungen. Die Gefahr der militärischen Moral liegt in der Überbetonung der Disziplin und damit der Vorstellung der sittlichen Kraft des Willens in seiner armseligsten Form. Militärische Tüchtigkeit kann zwar die Axt führen, um den Baum zu fällen, aber sie weiß nichts von der ruhigen Kraft, die den Wald wachsen läßt." [1])

Daher ist es, zumal seit der Einführung von Massenheeren im 19. Jahrhundert, ein wichtiges Problem der Verfassungspolitik in den demokratischen Ländern gewesen, die Unterordnung des Militärs unter die zivilen politischen Instanzen sicherzustellen. Die angelsächsischen Länder sind insoweit bahnbrechend und beispielhaft gewesen, was teilweise darauf beruhen dürfte, daß dort die Wehrpflicht erst sehr spät eingeführt wurde, so daß man sich vornehmlich mit dem Problem eines stehenden Heeres auseinanderzusetzen hatte. „Ein stehendes Heer ist eine gefährliche, wenn auch notwendige Einrichtung. Zumindest verursacht es Schwierigkeiten. Auf jeden Fall aber ist es eine Sache, bei der Umsicht und Vorsicht geboten erscheint." [2]) Solche Umsicht und Vorsicht ist eine Errungenschaft der letzten zweihundert Jahre. Bis dahin waren die oberste politische und die höchste militärische Autorität durchweg in der Person des Monarchen vereinigt gewesen. Erst unter dem Einfluß von politischen Denkern wie Montesquieu und Jefferson und im Gefolge der Revolutionen in Amerika und Frankreich kam es zu der grundlegenden Machtverschiebung. „Der gewaltige Faktor der neuen Zeit ist die Tatsache, daß das riesige stehende Heer — der strenge Hüter des Gesetzes — der Zivilgewalt untersteht und nur sehr wenig politischen Einfluß besitzt. Einen solchen Einfluß kann es höchstens indirekt ausüben. So beständig diese Situation in den Ländern der westlichen Zivilisation durchweg auch scheint, so bildet sie doch eine höchst erfreuliche Ausnahme in der Geschichte der Menschheit, wenn sie nicht überhaupt ohne jede Parallele ist." [3])

Heute sind wir wohl geneigt, ein solches Urteil eher zu optimistisch zu finden; denn der Einfluß der Streitkräfte kann sich natürlich auch dann geltend machen, wenn das Militär formell der Zivilgewalt unterstellt ist. Das ist etwa dann der Fall, wenn ein führender Repräsentant der Streitkräfte in eine politische Schlüsselstellung einrückt. Das kann auf revolutionärem Wege geschehen, beispielsweise in Spanien, oder auf halb revolutionärem Wege wie in Frankreich, wo das Versagen der Vierten Republik General de Gaulle ins höchste Staatsamt brachte. Es kann aber auch völlig legal erfolgen, wie 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten oder wie 1952 durch die Wahl General Eisenhowers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Das Merkwürdige bei Eisenhower war übrigens, daß er immerhin so stark in der amerikanischen Tradition stand, daß er sich noch 1948 mit folgender Begründung einer Kandidatur versagt hatte: „Es ist meine Überzeugung, daß die notwendige und weise Unterordnung des Militärs

1) Walter Bagehot, Physics and Politics. London 1859.
2) Edward M. Earle, The Federalist. New York o. J.
3) Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse. 1950.

unter die Zivilgewalt am besten gewährleistet und daß ferner das amerikanische Volk insoweit eher beruhigt ist, wenn alle Berufssoldaten nicht nach hohen politischen Ämtern streben, sofern dafür keine zwingenden Gründe vorliegen." [4])

Mit dem letzten Nachsatz hatte er sich jedoch ein Hintertürchen offengelassen, durch das er dann 1952 ins Weiße Haus gelangt ist. Man muß aber feststellen, daß Eisenhower, der einer der schwächsten Präsidenten der amerikanischen Geschichte war, als Staatsoberhaupt niemals eine Machtverschiebung zugunsten des Militärs angestrebt hat.

In Deutschland hat es eine traditionelle Unterordnung der militärischen Gewalt unter die zivile Autorität nie gegeben. Dafür gibt es historische, aber auch ideologische Gründe. „Der Einfluß zivilistischen Denkens auf die Politik ist in Deutschland im 19. wie im 20. Jahrhundert wesentlich gehemmt worden durch die Meinung, daß der Geist des deutschen Volkes und der Charakter der deutschen Kultur anders geartet seien als der Geist und die Kultur der westeuropäischen Länder, so daß sich der Deutsche um seiner Seele willen davor hüten müsse, die politischen Formen seines Landes an die des Westens anzugleichen." [5])

So abwegig es nun ist zu meinen, daß sich der Geist des deutschen Volkes grundlegend vom Geist der westeuropäischen Völker unterscheide, so wenig kann man übersehen, daß sich die politische Geschichte der Deutschen in der Tat von der Geschichte Frankreichs oder Englands, aber auch Schwedens oder Dänemarks grundlegend unterscheidet. Der Entschluß, den preußischen Staat zu schaffen, der dann anderthalb Jahrhunderte später zum Deutschen Reich erweitert wurde, war ein Entschluß gegen die natürlichen Gegebenheiten territorialer Gliederung und praktisch-wirtschaftlichen Zusammenhanges. Weil dieser Entschluß nur mit Hilfe einer starken Armee durchzusetzen und immer wieder zu bestätigen war, kam es schließlich zu dem Zustand, den Mirabeau mit dem Satz kennzeichnete, Preußen sei kein Staat, der eine Armee hat, sondern vielmehr eine Armee, die einen Staat besitzt. „In Preußen war die Armee kein Akzidens, sondern die Substanz des Staates selbst, das konstituierende Element der Gesellschaft." [6])

In diesem Zeichen hat sich die preußisch-deutsche Geschichte entwickelt. Es liegt auf der Hand, daß solche Entwicklung demokratischen Strömungen wenig Raum bot. Zudem war „der auf diese Weise geschaffene preußische Staat ein Meisterstück bewußter Planung", aber „nichtsdestoweniger ein künstliches Gebilde, eines natürlichen Wachsens oder einer selbständigen Entwicklung unfähig." [7]) Die Künstlichkeit zeigte sich, als Preußens Staat und Heer unter dem Ansturm der Französischen Revolution und des Eroberers Napoleon überraschend schnell zusammenbrachen. Dieser Zusammenbruch rief die preußischen Reformer auf den Plan. Sie unternahmen den ersten Versuch, eine Demokratie in Deutschland zu schaffen — eine Demokratie in dem Sinne, daß sich möglichst das ganze Volk mit dem Staate identifizierte. Männer wie Humboldt, Freiherr vom Stein und Wilhelm von Boyen gerieten sehr bald in Gegensatz zu den preußischen Junkern, die zumal den Reichsfreiherrn als „Jakobiner" fürchteten und bekämpften. Das war zwar absurd, mag aber verständlich erscheinen, wenn man folgenden Ausspruch

4) In einem Brief an den Herausgeber des „Manchester Evening Leader". Zitiert nach Louis Smith, Militär- und Zivilgewalt in Amerika. Köln 1954.

5) Karl Buchheim, Leidensgeschichte des zivilen Geistes oder Die Demokratie in Deutschland. München 1951.

6) Ebendort.

7) Gordon A. Craig, Die preußische Armee 1640—1945. Staat im Staate. Düsseldorf 1960.

des großen Wahlpreußen liest: „Wir erwarten ganz vergebens, daß der Gemeingeist der Engländer, Franzosen und anderer bei uns erwachen werde, wenn wir nicht dem Militär die Schranken anweisen, welche es in allen Ländern, wo Gemeingeist herrscht, nicht überschreiten darf." [8])

Hier ist nicht der Ort, das leidvolle Wechselspiel zwischen ziviler und militärischer Gewalt in Deutschland im einzelnen darzustellen. Man muß diese Geschichte jedoch kennen, um die psychologischen Schwierigkeiten richtig abzuschätzen, denen nach zwei verlorenen Weltkriegen die abermalige Wiederaufrüstung in Westdeutschland begegnen mußte. Nicht daß große Schwierigkeiten auftraten, ist merkwürdig, sondern daß sie nicht größer waren und daß sie so leicht überwunden werden konnten. Schließlich gab es noch genug Deutsche, die das unheilvolle Wirken Ludendorffs erlebt hatten. Manchem war wohl auch noch der Ausspruch des Generals von Seeckt im Ohr, der in den zwanziger Jahren als Chef der Reichswehr gesagt hatte: „Das Heer dient dem Staat, nur dem Staat; denn es ist der Staat." [9]) Diese beinahe mystische Formulierung verhüllte Seeckts Anspruch, daß er allein, gestützt auf das Heer, der deutschen Politik die entscheidenden Impulse geben wollte. Es war derselbe Mann, der es im November 1923, als Hitler und Ludendorff in München putschten, wagen konnte, Stresemann ins Gesicht zu sagen: „Herr Reichskanzler, es ist unmöglich, unter Ihnen den Kampf fortzuführen. Sie haben nicht das Vertrauen der Truppe." [10])

Wer alle diese Dinge nicht vergessen hatte, mußte nach dem Zusammenbruch von 1945 den Wunsch hegen, daß in Deutschland niemals wieder eine starke Militärmacht entstände, die abermals das politisch-gesellschaftliche Klima bestimmen und der Demokratie die Lebensluft abschnüren könnte. Der Parlamentarische Rat brauchte für diesen Fall noch keine Vorkehrungen im Grundgesetz zu treffen. Damals rechnete noch kaum jemand mit der Möglichkeit, daß in der Bundesrepublik wieder stärkere Streitkräfte aufgestellt oder gar die Wehrpflicht eingeführt würde. Auch der Umstand, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht in das Grundgesetz aufgenommen wurde, darf nicht als Beweis dafür angesehen werden, daß der Parlamentarische Rat bereits mit der Wiederaufrüstung gerechnet habe.[11]) Andererseits dürfte es schwierig sein, insoweit von einer einheitlichen Haltung des Parlamentarischen Rates zu sprechen. Man weiß aus späteren Äußerungen von Theodor Heuss, daß dieser vielleicht zivilistischste aller maßgeblichen deutschen Politiker in diesem Jahrhundert gleichwohl aus einer Art liberal-demokratischer Konsequenz die allgemeine Wehrpflicht bejaht hat — freilich nicht als Wert an sich, sondern vornehmlich als Alternative zu einem Berufsheer, dessen verhängnisvolle Wirkung auf die Demokratie in Deutschland er aus eigener Anschauung kannte. (Wenn schließlich die Entscheidung für die Wehrpflicht und gegen ein Berufsheer fiel, so war also auch hier wieder die Angst vor einer Wiederholung der Vergangenheit größer als die Bereitschaft, sich sachlichen Notwendigkeiten der Gegenwart zu beugen, die aus Gründen des technischen Fortschritts und andern Rücksichten ein länger dienendes Berufsheer erfordern. Allerdings hat auch die Überlegung mitgesprochen, daß sich vermutlich nicht genügend Freiwillige gefunden hätten, um die Wiederaufrüstung in dem gewaltigen Rahmen, den man anstrebte, zu ermöglichen.)

---

8) Zitiert nach Gordon A. Craig a. a. O. S. 11.

9) Hans von Seeckt, Heer im Staat. In: Gedanken eines Soldaten. 1928.

10) Zitiert nach Gordon A. Craig a. a. O. S. 454.

11) Näheres dazu bei Hermann von Mangold/Friedrich Klein, Das Bonner Grundgesetz. 2. Auflage. Berlin 1957/1964. S. 232 ff.

Es dürfte jedoch richtig sein zu sagen, daß der Parlamentarische Rat andere Sorgen hatte als die Überlegung, wie gegebenenfalls das Verhältnis von militärischer und ziviler Gewalt zu ordnen wäre. Daher blieb, als es dann 1954 tatsächlich zur Aufstellung der Bundeswehr kam, diese Aufgabe dem Bundestag überlassen, der sich ihr unterziehen mußte, ohne daß er sich insoweit auf ein Mandat der wahlmündigen Bürger stützen konnte.

Die Art und Weise, wie die Bundeswehr dann in das darauf nicht vorbereitete und angelegte Grundgesetz eingebaut worden ist, verdient zwar in mancher Hinsicht kritisiert zu werden, hat aber jedenfalls für die eindeutige Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt gesorgt. Es kann nicht zu einer ähnlichen Entwicklung wie in der Weimarer Republik kommen, wo sich die Reichswehr nach 1925 des besonderen Wohlwollens des zum Reichspräsidenten gewählten Feldmarschalls erfreute und von diesem fast als eine Art persönliche Hausmacht angesehen wurde. Der Bundespräsident ist auch insoweit auf eine überwiegend repräsentative Rolle und auf formelle Befugnisse beschränkt worden; daß ihm die Verkündigung des Verteidigungsfalles obliegt, entspricht seinem Recht zur Verkündigung des Gesetzgebungsnotstandes. Problematisch ist vor allem die Regelung der Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte. Sie liegt im Frieden beim Bundesverteidigungsminister und geht mit der Verkündigung des Verteidigungsfalles auf den Bundeskanzler über. Die Regelung für Friedenszeiten ist nicht unbedenklich. Zwar wäre es nicht tunlich gewesen, die Kommandogewalt auch im Frieden dem Bundeskanzler zu geben, der damit eine viel zu große Machtfülle erhalten hätte. Andererseits wird durch die nun getroffene Regelung die Kontrollfunktion des Bundestages über die Bundeswehr bedenklich eingeengt, da der Verteidigungminister nötigenfalls nur über den Sturz der ganzen Regierung aus dem Amt entfernt werden kann; dieser wiederum ist aber nur auf dem erschwerten Weg über das konstruktive Mißtrauensvotum zu erreichen. Die seinerzeit von verschiedenen Seiten erhobene Forderung, daß man den Bundesverteidigungsminister dem Bundestag gegenüber persönlich verantwortlich machen und gegenüber ihm ein für den Bundeskanzler verbindliches Mißtrauensvotum einführen solle, ist leider nicht erfüllt worden. Zwar hätte der Verteidigungsminister damit eine Sonderstellung gegenüber seinen Kabinettskollegen erhalten, doch wäre eine solche Sonderstellung im Rückblick auf die deutsche Geschichte, die sonst bei der Abfassung des Grundgesetzes eine so überragende Rolle gespielt hat, wohl zu rechtfertigen gewesen.

Wie schwierig es immerhin war und ist, in Deutschland die Einordnung des Militärs in ein demokratisches Gefüge zu erreichen, lehren die bisherigen Erfahrungen mit der Institution des Wehrbeauftragten. Obwohl die beiden ersten Inhaber des Amtes ehemalige hohe Offiziere waren, die nicht in den Verdacht kommen konnten, eine Animosität gegen das Militär als solches zu besitzen, ist es nicht gelungen, daß Mißtrauen eines großen Teils der Offiziere zu zerstreuen. Andererseits hat aber auch das Parlament, als dessen Organ der Wehrbeauftragte um eine demokratische Entwicklung der Bundeswehr besorgt sein soll, noch nicht die richtige Einstellung zu diesem Amt gewonnen.

Das eigentliche Problem der nachgeborenen Bundeswehr liegt aber in der inneren Widersprüchlichkeit dieser Institution selber. „Der westdeutsche Staat ist dadurch definiert, daß er ein Territorialstaat ist, dem es verwehrt ist, sich noch als Nationalstaat verstehen zu können. Dieser Territorialstaat hat eine Armee, die sich als Trägerin nationalstaatlicher Tradition versteht und einem übernationalen

Kommando unterstellt ist. Die Bundeswehr steht deshalb nach ihrer militärischen Funktion und ihrem Selbstbewußtsein im Widerspruch zu der Struktur des Staates, dem sie dient." [12]) Dieser Widerspruch ist eine Folge des Umstandes, daß Bundeskanzler Adenauer die Bereitschaft seiner Regierung zur Wiederaufrüstung als Mittel seiner auf Rehabilitierung der Bundesrepublik und auf ihre Eingliederung in das westliche Staaten- und Bündnissystem gerichteten Politik betrieb, ohne die Folgen zu bedenken, welche die Wiederaufrüstung für die innere Lage des westdeutschen Staates wie auch für die psychologische Situation der Bundeswehr haben mußte. Ein großer Teil der Schwierigkeiten im sogenannten inneren Gefüge der Bundeswehr hat hier seine Wurzeln. Es muß nicht unbedingt so sein, „daß in jeder Demokratie die Streitkräfte vor der Alternative stehen, ob sie sich primär als Instrument der politischen Organe oder als „Orden" einschätzen." [13]) In einer richtigen Demokratie kann diese Frage kaum an die Streitkräfte insgesamt, sondern höchstens als Versuchung an einige militärische Führer herantreten. Dagegen muß sich diese Alternative in einem Staate stellen, der eben erst angefangen hat, eine Demokratie zu werden, der belastet ist mit einer Vergangenheit, in welcher das Militär immer wieder gegen die zivile Gewalt die lebenswichtigen Entscheidungen zu usurpieren versucht hat, und der sich zudem in der besonderen Situation des westdeutschen Teilstaates befindet. Gerade diesen letzten Punkt kann man in seiner Bedeutung kaum überschätzen.

„Das Bewußtsein, das die Bundeswehr bisher trägt, ist... in einem doppelten Sinne ein falsches Bewußtsein. Es lebt in der Illusion, die Bundeswehr sei noch die Trägerin der nationalen Tradition der alten Armee, obwohl doch kein Zweifel sein kann, daß ihre Einheiten zur Waffe greifen würden, wenn der Befehl gegeben würde, gegen Einheiten der Nationalen Volksarmee zu kämpfen, die sich bekanntlich auf die gleiche Tradition beruft." [14])

Nun sind aber die Probleme, von denen die Bundeswehr und damit die Bundesrepublik überhaupt steht, weder institutionell noch verfassungspolitisch zu lösen. Man könnte die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit im Bereich des Militärischen verändern, ohne damit die Risiken zu vermindern, die unser Staat durch die unbedachte, überstürzte und viel zu umfangreiche Aufrüstung eingegangen ist. „Der Glaube an die deutsche Überlegenheit, erschüttert zwar, aber noch nicht ganz verschwunden, stand Pate bei der Gründung der Bundeswehr. Genauer gesagt, der Glaube an die unerschütterliche Regenerationskraft einer kriegerischen Moral in Deutschland." [15]) Hier aber lag der fundamentale Irrtum derjenigen Politiker und Soldaten, die für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in diesem Tempo und in diesem Umfang verantwortlich waren. Beflügelt von dem allenthalben wehenden Geist der Restauration, erlagen sie dem Irrwahn, man könne in Deutschland allen Ereignissen der letzten vierzig Jahre zum Trotz eine nach Hunderttausenden zählende Streitmacht aufbauen, ohne dadurch entweder die neue Republik oder die neue Bundeswehr oder gar beide zu gefährden. Sie erlagen diesem Irrtum, weil sie die Änderungen nicht wahrnahmen, die sich in der Gesellschaft vollzogen hatten. So kam es, wie es kommen mußte. „Die bewaffnete Macht, die so lange Mittelpunkt der Gesellschaft gewesen war, wurde zum Außenseiter. Das Bewußtwerden dieser Tatsache, daß nämlich die soldatische Mo-

12) Georg Picht, Bundeswehr und Politik. In: Die Verantwortung des Geistes. Freiburg i. Br. 1965. S. 361.
13) Th. Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1963. S. 23.
14) Ebendort S. 362 f.
15) Conrad Ahlers, Fallex und Baudissin — Die Traumata der Bundeswehr. In: Zwanzig Jahre danach — Eine deutsche Bilanz 1945—1965. München 1965. S. 293.

ral im deutschen Volk verflogen ist, ist die Hauptursache dafür, daß die Moral des deutschen Soldaten gebrochen wurde." [16])

Damit wird hinreichend deutlich, daß wir es hier in der Tat nicht mit Mißständen zu tun haben, denen der Verfassungsgesetzgeber steuern kann. Allenfalls kann er die Stellung des Wehrbeauftragten weiter stärken, indem man diesem nicht nur aufgibt, die Grundrechte zu schützen, sondern ihn ausdrücklich dazu bestellt, das Parlament viel eingehender über die Lage der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu unterrichten als bisher. Es ist ja nachgerade Bestandteil der schwierigen Lage der Bundeswehr, daß das Parlament sich viel zu wenig um die Folgen seines eigenen Tuns gekümmert hat.

Im übrigen haben wir es hier aber nicht mit der Staatsverfassung zu tun, sondern mit der Geistes- und Seelenverfassung von Soldaten und Zivilisten. Es gilt also das gesellschaftliche Bewußtsein bezüglich der Bundeswehr als eines Faktors der Verfassungswirklichkeit zu verändern. „Nur das sich in der öffentlichen Meinung immer neu realisierende Bewußtsein vermag den Schutz von Freiheit und Recht zu übernehmen. Dieses Bewußtsein entsteht nur dort, wo in einem Klima der sozialen Gerechtigkeit die Möglichkeiten einer Bildung angeboten werden, die den Anforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden kann." [17])

Arno Behrisch

Es geht um den sozialen Inhalt der Bundesrepublik

Die Wirtschaft der Bundesrepublik sieht sich vor ernste Probleme gestellt. Die Ursache ist, daß man bei uns in der militärischen Macht die einzige Form der Stärke gesehen hat. Jetzt zeigt es sich, daß die ebenso übereilte wie übersteigerte Aufrüstung auf Kosten der Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft vorangetrieben wurde. Was als Sicherheit für Deutschland gedacht war, hat dazu geführt, daß alle anderen Sicherheit vor der Bundesrepublik suchen. Mit eherner Konsequenz hat die Entwicklung eine Feststellung bestätigt, die Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" getroffen hatte: „Die deutsche Frage ist nicht eine politische Frage an andere, sondern eine soziale Frage an uns selbst. Sie verlangt von uns nicht nationale Gesinnung, sondern soziale Aktivität."

16) Ebendort S. 294.
17) G. Picht a. a. O. S. 378.

Als wir 1945 von den Siegern die Demokratie verordnet bekamen, entbrannte zwischen den beiden Führern der größten Parteien, dem Christ-Demokraten Konrad Adenauer und dem Sozialdemokraten Kurt Schumacher, sogleich ein Streit. Adenauer sprach vom Wiederaufbau Deutschlands, Schumacher forderte den Neubau. Das war mehr als nur ein Streit um Worte. Es ging darum, mit welchem Inhalt der Begriff des „demokratischen Staatswesens" in der Bundesrepublik erfüllt werden sollte.

Dabei zeigte sich Konrad Adenauer vom Anbeginn als ein Musterschüler Talleyrands: „Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen." So, wie er in der Frage der Wiederbewaffnung auf zwei Schultern trug, so hat er durch seine Personalpolitik den Mitläufern aller Systeme die Möglichkeit gegeben, eine Demokratie auf Widerruf zu zimmern. Trotz der alliierten Gesetze zur Befreiung vom Nazismus und trotz aller im Ansatz bemerkenswerten Programme und Deklarationen der CDU-Gründerkreise blieb Adenauers Praxis bewußt weit hinter einer Einsicht des Reichsfreiherrn vom Stein zurück: „Die neue Staatsverwaltung kann nur durch die Entfernung der Mitglieder der alten Zutrauen erlangen, da diese in der öffentlichen Meinung sehr tief gesunken und zum Teil mit Verachtung gebrandmarkt sind. Die Ursachen und die Menschen, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht, werden uns ganz hineinstoßen, und sie werden Lagen und Verhältnisse veranlassen, wo dem redlichen Staatsbeamten nichts übrig bleibt, als seine Stellung mit unverdienter Schande bedeckt zu verlassen." Genau so kam es.

Doch nicht genug damit. Mit Adenauers und der Besatzer tätiger Hilfe hat sich das Großkapital auf allen möglichen Wegen und Umwegen die entscheidenden Machtzentren in diesem Staat erschlichen, hat ihn in vieler Hinsicht zum Instrument des eigenen Gewinnstrebens gemacht und durch neue monopolistische Herrschaftsstrukturen die Demokratie deformiert. Mit berechtigtem Zorn — aber leider ohne genügend Konsequenz — hat Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unlängst gesagt: „Mit dem Aufbau einer neuen Wirtschaft kamen auch sie zurück, die Herren Wirtschaftsführer. Sie hatten nichts von ihrer Arroganz eingebüßt — sie hatten nichts gelernt ... Immer mehr drängen sich jene in den Vordergrund, die genau wie vor 1933 die Wirtschaft als ihr privates Jagdrevier und den Staat als ihren Lakaien betrachten."

„Die sozialen Einrichtungen des heutigen Europa nahmen ihren Anfang von einer Eigentumsverteilung, die nicht das Ergebnis einer gerechten Teilung oder der Aneignung durch Erwerbstätigkeit, sondern von Eroberung und Gewalttätigkeit war", hatte schon John Stuart Mill gelehrt. Die Enzyklika „Quadrogesimo anno" versuchte dieser Einsicht gerecht zu werden: „Indem jedoch die Staatsgewalt das Sondereigentum auf die Erfordernisse des Gemeinwohls abstimmt, erweist sie den Eigentümern keine Feindseligkeit, sondern einen Freundschaftsdienst, und sie verhütet auf diese Weise, daß die Einrichtung des Sondereigentums — zur Erleichterung des menschlichen Daseins bestimmt — zu unerträglichen Unzuträglichkeiten führt und so sich selbst das Grab gräbt." Man messe die Wirklichkeit in der Bundesrepublik an diesen nach wie vor gültigen Maximen und behaupte dann noch, wir lebten in einer Demokratie!

Während der Amtszeit des New-Deal-Präsidenten F. D. Roosevelt hatte man in Amerika einzusehen begonnen, daß formales Funktionieren demokratischer Einrichtungen und Unternehmerfreiheit nicht genügen, um der demokratischen

Gesellschaft Bestand zu geben. Der Soziologe Alfred Weber hatte die moderne Massendemokratie als einen Prozeß immerwährender Integration in Politik und Wirtschaft dargestellt, der aus Wirtschaftsuntertanen Wirtschaftsbürger macht, die Mitarbeiter und Mitgestalter werden müssen, wenn endlich eine Übereinstimmung zwischen Mensch und Ordnung erreicht werden soll. Nehru erklärte: „Die Freiheit ist nicht vollständig ohne soziale und wirtschaftliche Freiheit". Und John F. Kennedy knüpfte an Roosevelts Neuverteilung der Chancen an, als er das Ziel wies: „Unsere Mission ist es, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, die auf Freiheit und Gerechtigkeit fußt, wo der Mensch der Herr seiner Geschicke, wo der Staat Diener seiner Bürger ist."

Es ist nicht uninteressant, daß mitten im Zweiten Weltkrieg der Liberale William Beveridge einer Regierungskommission den Auftrag erteilte, Vorschläge für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Englands nach dem Kriege zu machen. Die Regierung Attlee hat einige dieser Gedanken dann verwirklicht. Bei uns blieb diese Aufgabe einem im Exil lebenden Dichter überlassen. Thomas Mann sagte im Hinblick auf die deutsche Aufgabe nach dem Kriege: „Demokratie ist der menschliche Ausgleich zwischen einem logischen Gegensatz, die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit, der individuellen Werte und der Anforderungen der Gesellschaft. Dieser Ausgleich ist niemals vollendet und endgültig erreicht, er bleibt eine immer aufs neue zu lösende Aufgabe der Humanität. Und wir fühlen, daß heute in der Verbindung von Freiheit und Gleichheit das Schwergewicht sich nach der Seite der Gleichheit und der ökonomischen Gerechtigkeit, vom Individuellen also nach der Seite des Sozialen verlagert. Die soziale Demokratie ist heute an der Tagesordnung."

Das war letztlich auch der Sinn des Wirtschafts- und Sozialprogramms, das sich die CDU 1947 in Ahlen gab. Es begann mit dem Satz: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden." Deshalb dürfe Inhalt und Ziel der notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung in Deutschland „nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben" sein. Eine gemeinwirtschaftliche Ordnung solle die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht verhindern, Grundstoff- und Schlüsselindustrien vergesellschaften, den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrag der Arbeit sichern; denn die „deutsche Wirtschaft hat weder in erster Linie dem Wohle einer bestimmten Schicht noch dem Auslande" zu dienen, sondern dem gesamten Volke.

Heute sind die einst so gesprächigen Herren der CDU still geworden, sobald die Rede auf das Ahlener Programm kommt. In den letzten zehn Jahren hat sich das Nationaleinkommen verdoppelt, gleichzeitig aber hat sich das Vermögen der Millionäre verachtfacht. Wir zählen in der Bundesrepublik 11 000 Vermögensmillionäre und 100 Multimillionäre. Ein Prozent der Bevölkerung in diesem Lande ist reicher als die übrigen 99 Prozent. Der Jesuitenpater Professor von Nell-Breuning hatte wohl u. a. diese Tatsache im Auge, als er schrieb: „Vermögenszusammenballung in den Händen derer, die schon früher vermögend waren, ist ein Skandal ... demokratische Mitbestimmung aller ist kein Sozialismus, sondern Demokratie."

Was im Ahlener Programm stand, stützte sich auf die Einsichten weitsichtiger Männer. Nach Oswald von Nell-Breuning „anerkennt der Papst die Tatsache der Klassenlage in der kapitalistischen Gesellschaft, die Widersinnigkeit dieses Zu-

standes, die Notwendigkeit, ihm abzuhelfen im Wege der Klassenauseinandersetzung". Und er fügte in einer Rede im Frankfurter Gewerkschaftshaus hinzu: „Wenn die Gewerkschaften heute ihren Anspruch angemeldet haben, bei unserem deutschen Wiederaufbau und beim Aufbau eines neuen Europa mitzuwirken, so wissen sie: es geht dabei nicht um einseitige Belange der Arbeiterschaft, sondern es geht darum, Deutschland und Europa so aufzubauen, daß alle darin zu ihrem Recht kommen."

Diejenigen, die die Bundesrepublik bisher regiert haben, stützen sich auf Ansichten von vorgestern. Generaldirektor Hermann Reusch sprach für seine ganze Gilde, als er sagte, die Mitbestimmung sei „das Ergebnis einer brutalen Erpressung der Gewerkschaften zu einer Zeit noch nicht gefestigter Staatsgewalt". Das ist die Denkart der Leute, die zugleich anklingen lassen, auch das Grundgesetz sei das Ergebnis des Druckes der Sieger. Sie wollen, das zeigen die von eben diesen Kreisen gepriesenen Notstandsgesetze und das Konzept der Formierten Gesellschaft des Herrn Erhard, zurück zum Betriebskasernenhof des weiland Robert Ley. Darum ist es, wie Oswald von Nell-Breuning sagt, „notwendig, uns die Frage vorzulegen und eine ehrliche Antwort darauf zu geben, ob das, was wir in den Verfassungsurkunden lesen, mit den Tatsachen, mit dem wirklichen Leben dieser demokratischen Gebilde übereinstimmt ... Dieser Konflikt zwischen der geschriebenen Verfassung und der wirklichen Verfassung ist jedenfalls eine der großen Fragwürdigkeiten unserer heutigen Demokratie."

Verfassungsurkunde und Verfassungswirklichkeit stimmen nicht überein. Und was schlimmer ist, die Regierenden weigern sich hartnäckig, zur Verminderung der unwürdigen Diskrepanz etwas zu tun. Am 21. Mai 1951 wurde das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer verabschiedet, am 11. Oktober 1952 das Betriebsverfassungsgesetz. Seither liegen genug Erfahrungen vor, um diese Gesetze zu verbessern und auszuweiten. Prof. Dahrendorf schreibt: „Zu politischen Verfassungen gehören bestimmte soziale Strukturen in dem Sinne, daß die Verfassung nicht wirksam werden kann, ohne daß die sozialen Strukturen gegeben sind." Nichts geschieht in diesem Lande im Sinne dieser Erkenntnis. Wir haben ein Schulsystem, das auf Klassenunterschieden fußt und in dem zahllose Begabungen verkümmern. Die Wirtschaft wird nach einem Konzept Erhards praktiziert: „Mir sind die Hechte lieber als die Karpfen." Auf allen Gebieten des Lebens werden in diesem Lande veraltete Karten und unbrauchbare Kompasse verwendet. Es ist Wirklichkeit geworden, wovon Nell-Breuning mahnend sprach: „Wenn ein System in den Verdacht gerät, dem Vorteil einer bestimmten Gruppe zu dienen, verliert es vor der Geschichte seine Legitimation."

Gewiß, keine militärische Katastrophe kann demokratische Überzeugung hervorbringen. Eine veränderte politische Einstellung ist das Ergebnis eines Denkprozesses, der allerdings aus einer militärischen Niederlage hervorgehen kann. Man kann Demokratie nicht aus dem Boden stampfen, sondern nur ihr Wachstum bewußt fördern. Das gilt noch mehr für die Umformung der formal-politischen Demokratie zu einer tatsächlich-wirtschaftlich-sozialen. Gerade weil dieser Wachstumsprozeß so langwierig und so leicht zu stören oder gar zu verhindern ist, gehören an die Spitze des demokratischen Staatswesens Frauen und Männer, die den Nachweis erbracht haben, daß sie den Willen und die Fähigkeit haben, den Prozeß der Demokratisierung voranzutreiben. Unsere Regierenden aber wollen und können ihn nur hindern, stoppen und sogar rückgängig machen, soweit er überhaupt schon vollzogen ist. Sie leben von der politischen Denkfaulheit.

Trägheit des politischen Denkens ist in der faschistischen Diktatur eine Tugend, in der Demokratie führt sie zur Fäulnis.

Wenn wir die Bonner Politik bewerten im Hinblick auf die Würde des Menschen und auf die Lebensform der Mehrheit der Staatsbürger, dann ist das Ergebnis niederschmetternd. Die Arbeit hat nicht ihre grundlegende soziale Funktion erhalten, nämlich ein Beitrag des einzelnen zur Erhaltung und zum Fortschritt der Gesellschaft zu sein und den einzelnen in die Gesellschaft einzuordnen; sie blieb, was sie war: ein Mittel zum Zweck des Profits weniger Mitglieder der Gesellschaft. Zu den wenigen zu gehören, die an diesem Profit teilhaben, d. h. Reichtum zu erwerben, blieb Maßstab des Lebenserfolgs. Die Gier nach dem Geld verbirgt sich nur dürftig hinter den Götzen Produktivität und Umsatz. Eine entwürdigende Auffassung von der Arbeit und dem Leben herrscht bei uns. Wobei festgehalten werden muß: Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der Herrschenden.

Es kann im Hinblick auf die gegenwärtige Krach- und Krisensituation in der Bundesrepublik keinem Zweifel unterliegen, daß uns ein schädlich-schändliches Schauspiel erspart geblieben wäre, wenn die CDU an ihrem Ahlener Programm festgehalten und es zum Regierungsprogramm gemacht hätte. Umso mehr, als im gleichen Jahre der SPD-Vorsitzende Schumacher in Nürnberg eine Rede hielt, die heute geradezu prophetisch wirkt. Er sagte: „Wir stehen vor einer einmaligen Chance, die Cliquenüberreste der großkapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Diese Cliquen haben den Ruin Deutschlands und die Zerschlagung Europas herbeigeführt, und diese Cliquen sind in ihrem Denken nicht mehr korrigierbar. Man muß zu diesen Klassen ja oder nein sagen, und wir sagen nein zu ihnen, weil wir zum Sozialismus, zum Frieden und zur Demokratie ja sagen. Der Kapitalismus benützt die Demokratie nur als Tarnung und will sie letzten Endes aus der Welt schaffen."

Weil diese Erkenntnis noch immer stimmt und weil für die CDU die Demokratie zur Tarnung geworden ist, dürfte für die SPD die Stunde der Einkehr und Umkehr gekommen sein. Sie hat in ihrem Godesberger Programm den Sozialismus zu einer „dauernden Aufgabe" erklärt. Sie erstrebt „eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung". Sie will „Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus formen". Sie betrachtet die Usurpation von Staatsgewalt durch die führenden Männer der Großwirtschaft, wie wir sie erleben, als „eine Herausforderung an alle". Die SPD sieht es als die „größte und dringendste Aufgabe an, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern". Sie will „die Vorrechte der herrschenden Klassen beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand bringen". Schließlich stellt das Godesberger Programm der SPD fest, daß „die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben, vor den Aufgaben unserer Zeit versagen".

Und darum ist es Zeit, daß im Bundestag endlich ein Sozialdemokrat das Wort ergreift und im Sinne von August Bebel etwa spricht: Die Götterdämmerung der CDU-Herrschaft ist im Anzuge. Sie sind schon dabei, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben. Der Phrasen sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehn! Ihre ganze Gesetzgebung geht darauf aus, Privilegien einer kleinen Minderheit zu schützen. Sie häufen Schulden auf Schulden und Steuern auf Steuern, um einen überflüssigen, menschen- und länderverwüstenden Militärapparat zu gestalten. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die Politik jedes Staates auf die Verständigung und Versöhnung der Völker gerichtet sein

muß, daß der Wettstreit nicht länger darin bestehen darf, wer die besten Mordwerkzeuge und die größten Armeen besitzt, sondern wer für Kultur und Fortschritt der Menschheit das meiste leistet. Denn die ins Unerträgliche und Maßlose sich steigernden Rüstungen sind eine Schmach für unser Zeitalter. Unser Ziel ist die demokratische Organisation des Staates. Wir wollen die höchste Hebung der körperlichen, geistigen und politischen Bildung des Volkes. Wir wollen ein Staatswesen, das auf der Höhe der Kultur steht, in dem jedem Staatsbürger die Möglichkeit gegeben wird, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Und schließlich: verwechseln Sie doch nicht das Vaterland mit den Gesetzen und Institutionen, die Sie in Ihrem Interesse geschaffen haben. Wir sind nicht am Ende der Entwicklung. Sie können nicht behaupten: hier stehen wir am Ende, und etwas Besseres gibt es nicht. Nein, wir sind entschlossen, darüber hinaus und vorwärts zu gehen. Darum werden wir uns mit allen Mitteln gegen jede Einschränkung unserer Menschen- und Bürgerrechte wehren. Wenn das, was wir für unser Recht, für das Recht des Volkes halten, uns nicht bewilligt wird, so werden wir es uns gegen Ihren Willen nehmen. An diesem Standpunkt muß meines Erachtens eine politische Partei, wenn sie eine vernünftige Partei sein will, festhalten. Denn wir sind Deutsche wie Sie, und wir handeln an diesem Land mit ebensoviel Liebe wie Sie. Aber wir sind der Meinung, daß die Zustände in diesem Lande nicht die rechten sind. Und darum sind wir entschlossen, sie im Interesse der Mehrheit des Volkes zu ändern!

Sidney Lens, Chikago

Das Juan-Bosch-Syndrom

Zur Lage in Guatemala

Guatemala City. Das Witzwort, das im vergangenen März die Runde durch die Stadt machte, nachdem einer zwölfjährigen Herrschaft der Rechten durch die Wahlen ein Ende gesetzt worden war, hieß: Julius Caesar hat sowohl Gott wie Michelangelo besiegt.

Die Ironie war, daß keiner der Namen wirklich zu den Kandidaten paßte. Oberst Juan de Dios (Johannes von Gott) Aguillar de Leon, der Regierungskandidat, war kein „Gott", weder symbolisch noch buchstäblich. Er war der Repräsentant der atavistischen Militärregierung, die nach einer oligarchischen Vergangenheit ausgerichtet war. Oberst Miguel Angelo Ponciano von der extremen Rechten, der Nationalen Befreiungsbewegung (MLN), war dem großen Künstler so unähnlich wie der Mann im Mond, denn er war der Sprecher der Partei, die damals im Jahre 1954 von der Central Intelligence Agency bezahlt wurde, um die Linksregierung des Jacobo Arbenz zu stürzen. Der Sieger schließlich, Julio Cesar Mendez Montenegro von der Revolutionspartei (PR), war kein Julius

Caesar, denn sein Verhältnis zu militärischen Dingen war so ziemlich gleich Null. Diese unpassenden Namen sind eine Erinnerung an die zwölf Jahre, als die Vereinigten Staaten und ihre örtlichen Verbündeten so gutklingende, aber unzutreffende Begriffe wie „Demokratie" und „freie Welt" benützten, um dahinter ihre Blößen zu verbergen.

Julio Cesars Einführung als Präsident am 1. Juli enthüllte, obwohl von den Vereinigten Staaten wärmstens begrüßt, in der Tat den Bankrott der amerikanischen Politik seit 1954. Vor zwölf Jahren leitete der Außenminister John Foster Dulles die Operation des Oberst Carlos Castillo Armas zusammen mit der CIA ein und vertrieb Arbenz aus seinem Amt, um „der kommunistischen Gefahr ein Ende zu setzen". Auf den Trümmern des Alten versprachen Castillo und Dulles eine Musterdemokratie zu bauen. Damals brachte Senator Lyndon B. Johnson eine Entschließung im Senat ein, die dieses große Ereignis pries. Als Castillo 1957 ermordet wurde, gab Dulles einem anderen Rechten, Miguel Ydigoras Fuentes, seinen Segen, der sich ebenfalls verpflichtete, den Deich gegen die Linken zu halten und die gute Gesellschaft für das Volk von Guatemala zu errichten. Es funktionierte nicht. Zum Zeitpunkt der geplanten Wahlen von 1963 war schon offensichtlich, daß fast jedermann Amerikas „sicheren" Freund Ydigoras schlagen konnte. Als Juan Jose Arevalo, der von 1945 bis 1951 demokratischer Präsident gewesen war, drohte, ihm im Wahlkampf entgegenzutreten, machten die guten alten antikommunistischen Obersten einen überstürzten Staatsstreich und hoben den Verteidigungsminister, Oberst Enrique Peralta Azurdia, auf den Schild. Auch das wurde von den US-Behörden als notwendige „Stabilisierungsmaßnahme" akzeptiert; diesmal vom Kennedy-Regime. Die Hurra-Rufe waren nicht allzu laut, weil Militärregierungen dem amerikanischen Volk nicht sehr schmecken. Als ich aber im Jahre 1963 einen hohen amerikanischen Diplomaten fragte, wie er das Peralta-Regime billigen könne, sagte er mir klipp und klar, daß Guatemala für die Demokratie noch nicht reif sei. Er meinte, daß man zuerst fünfzehn Jahre einer gemäßigten Diktatur hinnehmen müsse, bevor ein gangbarer Weg für eine liberale Ordnung der Dinge frei sei.

Die fünfzehn Jahre sind noch lange nicht vorbei, die Vereinigten Staaten begrüßen aber nun Julio Cesar, der zusammen mit seinem toten Bruder Mario Mendez Montenegro ein Kampfgenosse Arevalos war, als dieser 1944 die abscheuliche Diktatur des Jorge Unico stürzte. Natürlich hat sich Julio Cesar seit diesen Tagen gemäßigt und sein verstorbener Bruder, der Parteichef der PR, der angeblich Selbstmord beging, wahrscheinlich aber von der Armee ermordet wurde, noch mehr. Es ist jedoch bemerkenswert, daß die Mendez-Sippe der Arevalo-Schicht der guatemaltekischen Politik näher steht als den von den USA in diesen zwölf nutzlosen Jahren unterstützten Führern der Rechten.

Wie also ist der Meinungsumschwung bei Onkel Sam zu erklären? Vielleicht dadurch, daß gewisse guatemaltekische Geschäftskreise diesmal das Lager der Rechten im Stich ließen? Die Antwort liegt in der Dominikanischen Republik und in einem 24 Jahre alten jungen Mann mit Namen Luis Augusto Turcios Lima. Die dominikanische Revolution vom 24. bis 28. April 1965 überzeugte augenscheinlich das State Department, daß militaristische und rechtsgerichtete Kräfte unter gewissen Umständen schwankende Schilfrohre sind, auf die man sich nicht stützen kann. Und der junge Turcios unterstrich das auf dramatische Weise. Zwischen beiden stehend, versöhnte sich Washington mit der Notwendigkeit einer Änderung — wenn sie nicht zu weit geht und nicht zu rasch fortschreitet.

Turcios, ein gutaussehender schwarzäugiger Armee-Leutnant, der seine Grundausbildung bei den Amerikanern in Fort Benning, Georgia, erhielt, war einer der Führer der Revolte junger Offiziere im November 1960. Nachdem die Revolte zusammengebrochen war, wurden viele ihrer Kämpfer durch gute Jobs wieder in den Regierungspferch zurückgelockt. Aber Turcios und sein ehemaliger Vorgesetzter, Marco Antonio Yon Sosa — mit Spitznamen „El Chino", weil er einen chinesischen Blutsanteil hat —, gingen in die Berge, um von dort aus Partisanenkrieg zu führen. Ihre Ziele waren damals ein unklarer Nationalismus, bald aber begannen sie, den Marxismus zu studieren und sich zu einer umfassenderen Politik zu bekehren.

Vor drei Jahren kam es nun, wie das oft zu geschehen pflegt, zu einer Trennung über ideologische Fragen. Turcios näherte sich einem Standard-Kommunismus — in einer Mischung der politischen Linien von Moskau, China und Kuba —, und Yon Sosa wandte sich dem Trotzkismus zu. Yon Sosas Stern sank seitdem, besonders nachdem Fidel Castro ihn auf dem Kongreß der Drei Kontinente in Havana angegriffen und Turcios begünstigt hatte. Seine Gefolgschaft ist auf ungefähr 50 alte Kämpfer zusammengeschmolzen. Turcios aber bekam vor kurzem einen beträchtlichen Zulauf und wurde zu einer Art charismatischem Führer, wie Castro, als er noch in den Bergen Kubas kämpfte. Durch eine erfolgreiche Kombination von Überfällen, Entführungen und einer außerordentlich wirksamen Propaganda hat er sowohl die guatemaltekische Regierung wie auch die US-Behörden gezwungen, von ihm Kenntnis zu nehmen. Unter den Bedingungen des Guerilla-Krieges wird er vielleicht nicht allzu lange überleben, aber es gibt hier niemanden, der Turcios nicht ernst nehmen würde.

Dafür kann man zwei Gründe nennen. Einmal und vor allem die Wirtschaft Guatemalas, die Wasser auf die Mühlen der Guerillas ist. Oberflächlich gesehen, ist sie in einer Aufwärtsentwicklung. Peralta kam zur Macht, als der Preis für Kaffee, das Hauptexportprodukt, und für Baumwolle anzog. Die Ergebnisse sind an den Häusern der Mittelklasse in den Vororten der Hauptstadt und an einigen Erhöhungen der Minimal-Löhne der Arbeiter zu spüren. Offizielle Statistiken — Zyniker nennen sie „offizielle Fiktivstatistiken" — zeigen ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 7,2 % im Jahre 1965. Das Bruttosozialprodukt, das auf einer neuen und günstigeren Basis geschätzt wurde, verzeichnet seit 1963 einen Anstieg von ungefähr 700 Millionen $ auf 1,3 Milliarden $. In Wirklichkeit war das tatsächliche Wachstum laut amerikanischen Experten fünf Prozent im Jahre 1965, und das tatsächliche Bruttosozialprodukt belief sich nur auf 900 Millionen $.

Aber auch das bedeutet noch, daß der Durchschnitt des guatemaltekischen Lebensstandards im letzten Jahr um fast zwei Prozent stieg — der Bevölkerungszuwachs betrug 3,1 Prozent, das Sozialprodukt wuchs um 5 Prozent. Wenn damit auch nicht die von der „Allianz für den Fortschritt" gesteckten Ziele erreicht wurden, so sind das immer noch bessere Ergebnisse als in anderen lateinamerikanischen Staaten. Dazu kommt noch, daß der von den fünf zentralamerikanischen Staaten geschaffene Gemeinsame Markt anscheinend so halbwegs funktioniert und für 135 Millionen $ ungehinderten Handelsaustausch zwischen diesen Zwergstaaten sorgt. Der Anteil Guatemalas beträgt 34 Millionen $ und hilft vermutlich der industriellen Eigenproduktion auf die Beine — was ein weiterer Faktor auf der Plus-Seite ist.

Aber diese Aufzählung von statistischen Angaben kann sehr täuschen, denn es gibt nicht e i n Guatemala, sondern zwei, — wie das bei allen anderen latein-

amerikanischen Nationen der Fall ist. Das Guatemala, das von der Geldwirtschaft lebt, 1,3 Millionen von ungefähr vier und einer halben Million, hat bestimmt sein Los verbessert. Aber die anderen zwei Drittel der Bevölkerung — davon ein großer Teil Indianer — vegetieren dahin, ihnen geht es nicht besser als vor ein oder zwei Jahren, vielleicht haben sie sich sogar verschlechtert. Sie leben immer noch am Rande des Existenzminimums und arbeiten auf den fincas für 70 Cent am Tag und in Coban sogar für bloße 14 Cent. Die meisten sind nicht Eigentümer ihres Landes und müssen entweder ihre Ernte mit dem Grundherrn fünfzig zu fünfzig Prozent teilen, oder aber sie arbeiten für unvorstellbar niedrige Löhne in den Plantagen.

Statistiken sind unzuverlässig, aber ein guatemaltekischer Wirtschaftswissenschaftler schätzt, daß 75 Prozent der Bauern nur 13 Prozent des Landes bearbeiten, während 22 Grundherren 14 Prozent des Ackerlandes besitzen und weitere 1900 die restlichen drei Fünftel. Auf einer Musterplantage, die ich in der Nähe von Antigua — einem berühmten Touristenziel — besuchte, verdienen die 200 Saison-Arbeiter ungefähr 70 Cent am Tag dafür, daß sie 100 Pfund Kaffee pflücken. Nebenan, auf der finca Margarita, wurden am Tag schon 10 Cent weniger — also 60 Cent — gezahlt, und das war mitten im Wirtschaftszentrum des Landes, nur 28 Meilen von Guatemala City entfernt. Im Hinterland liegen die Dinge viel schlechter.

Die unglücklichen Bauern arbeiten auf großen Farmen, wo zwei Drittel oder drei Viertel des Landes ungenützt bleiben. In der Retana-Musterplantage war dieser Prozentsatz noch höher: sechs Siebentel. Der Bauer aber besitzt gewöhnlich kein Land. Wenn er sich entschließt, einfach auf diesem ungenützten Land zu siedeln, wird er zumeist mit Sack und Pack vertrieben oder manchmal auch ins Gefängnis geworfen. Ein mir befreundeter Rechtsanwalt arbeitete gerade an einem Fall von fünfzehn solchen Siedlerfamilien in der westlichen Region des Landes, als ich ihn in seinem Büro besuchte. In einem anderen Fall, wo er versuchte, für 130 Familien, die vor vier Jahren von einem Stück Land vertrieben worden waren, einen Rechtstitel zu erhalten, war seinen Bemühungen bis heute kein Erfolg beschieden. Es gibt natürlich ein Gesetz, das den Grundherrn bezüglich des ungenützten Landes besteuert, um ihn zu zwingen, entweder zu kultivieren oder zu verkaufen. Aber zu keiner Zeit wurde es auch nur teilweise durchgeführt, es blieb ein völlig toter Buchstabe.

Verschlimmernd wirkt zusätzlich, daß die wenigen Waren, wie Salz und Textilien, die der Bauer in den örtlichen Läden kauft — und zwar auf Kredit, weil er wirkliches Geld nur selten in die Hand bekommt — im Preis gestiegen, während die Güter, die er an die Stadt verkauft, so ziemlich gleich geblieben sind. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Der guatemaltekische Wirtschaftswissenschaftler, mit dem ich sprach, schätzt, daß vor ein paar Jahren 80 Prozent des Volkseinkommens an 25 Prozent der Bevölkerung gingen. Heute, so sagt er, sind es zwanzig Prozent, ein Hinweis auf die untragbare Einkommensverteilung. Die Steuerreform, ein Mittel der „Allianz für den Fortschritt" zur Heilung solcher Situationen, verpuffte ins Leere — nur 8 Millionen $ Einkommensteuer gehen jährlich ein —, die Reichen, besonders die Grundbesitzer, finden Möglichkeiten, ihr auszuweichen.

So hat also Turcios mehr als genug Rohmaterial, aus dem er seine bewaffneten Streitkräfte der Rebellion (FAR) bilden kann. Dazu kommt, daß er selbst einen

Wagemut und eine Vorstellungskraft bewiesen hat, die man selten in diesen Gegenden findet. Obwohl ein Preis von 25 000 $ auf seinen Kopf ausgesetzt ist, wird er zum Beispiel oft in der Hauptstadt gesehen. Ein junger Freund von mir, den ich seit seiner Kindheit kenne und der mit Turcios zur Schule ging, sprach mit ihm vor ein paar Wochen nur drei Häuserblocks von der 6. Avenue und 12. Straße — dem Kurfürstendamm von Guatemala City — entfernt.

Ebenso kühn, wenn auch nach dem traditionellen Kodex vielleicht nicht bewundernswert, war die Entführung von sieben reichen Leuten seit Ende 1965. Alle diese Männer wurden innerhalb der Stadtgrenzen ergriffen, einer nur zwei Blocks von einer Polizeistation entfernt. Alle erzählten, daß sie zwischen 300 000 und 500 000$ Lösegeld bezahlt haben. Andere — wieviel, weiß man nicht, man schätzt, gegen zwanzig — haben beträchtliche Summen hinterlegt, sobald sie einen Brief von der FAR bekamen, der ihnen im Weigerungsfall mit der Entführung drohte. Das meiste Geld wird anscheinend zum Kauf von Waffen verwendet. Für anderes kauft man Heilmittel und Nahrungsmittel, die Turcios an die Dörfer in seinem Machtgebiet — ungefähr die Hälfte des kleinen Staats von Zacapa und Teile zweier Nachbarstaaten — verteilt. Auch das hilft, das Bild vom „edlen Räuber" glänzen zu lassen, auf das er so großen Wert legt.

Dramatischer wahrscheinlich als sogar diese Lösegeld-Aktionen waren drei politische Entführungen. Gerade ein paar Tage vor den Wahlen am 6. März gelang es der Peralta-Regierung, 28 Führer der Linken, einschließlich Victor Manuel Gutierrez, den Chef der moskautreuen Kommunisten, zu fangen. Als sich die Regierung weigerte, diese Männer der Öffentlichkeit vorzuführen — man nimmt an, daß sie alle hingerichtet wurden — entführte Turcios' FAR den Präsidenten des Obersten Gerichts, Romeo Augusto de Leon, und den Informationsminister, Baltasar Morales Cruz. Ein weiterer, Hector Menendez de la Riva, der erste Vizepräsident des Kongresses, wurde gefangen, behauptet aber, um zwei Uhr morgens entkommen zu sein, als die Wachen nicht aufpaßten. Die FAR betont, daß er für einen der ihren, der in der Hauptstadt gefangen saß, ausgetauscht wurde. Wie immer die Wahrheit gewesen sein mag, für die Wirksamkeit Turcios' zeugte, daß Menendez kurz darauf zur „Erholung" in die Vereinigten Staaten abreiste — ebenso wie eine Anzahl anderer Familien, die ebenfalls Angst hatten, ergriffen zu werden. Die anderen beiden Würdenträger waren zu der Zeit, als Sr. Mendez Montenegro Präsident wurde, noch immer gefangen.

Der junge Turcios bereitet sich augenscheinlich auf einen langen Kampf vor und verläßt sich mehr auf die politische Aktivität als auf die militärischen Maßnahmen. Hin und wieder kommt es zu kleinen Scharmützeln mit der Armee — unlängst legte er zum Beispiel einen Hinterhalt, in den drei Lastwagen mit fünfzehn Soldaten gerieten, von denen zwölf getötet, zwei verwundet und einer freigelassen wurde, den Turcios persönlich kannte. Lastwagen mit Benzinladungen wurden ein paar Tage hintereinander auf der Hauptverbindungsstraße beschossen. Aber der Guerilla-Führer legt mehr Nachdruck auf die Gewinnung der Bauern und der Intellektuellen als auf Waffentaten. Vor kurzem ging eines seiner Flugblätter, das all jenen, die Männer, Studenten und Arbeiterführer der guatemaltekischen Linken getötet hatten, Rache ankündigte, in einem großen Hospital von Hand zu Hand. Ein anderes Flugblatt, das die Verantwortung für eine Entführung zurückwies und damit die Rechte beschuldigte, machte in der Universität die Runde. Ich bekam in den ersten Tagen meines Aufenthaltes in der Stadt Abschriften beider Flugblätter (und eine hektographierte Darstellung von Yon Sosa).

Unter den Studenten findet Turcios ziemlich große und offene Unterstützung. Das ist nicht nur in sich selbst von Bedeutung, sondern auch, weil 56 Prozent der Bevölkerung unter zwanzig Jahre alt sind. Viele Berufstätige, von denen die meisten für Mendez Montenegro stimmten, kaufen „Marken" für 1 und 5 $ als Zeichen ihrer Solidarität mit dem Guerilla-Führer.

Diese Leute haben keine großen wirtschaftlichen Sorgen, aber sie haben genug von der Diktatur, vom „Belagerungszustand" und von der Stagnation. Niemand hat es genau mitgezählt, aber man darf grob schätzen, daß die drei Rechtsregime seit 1954 die Hälfte bis zwei Drittel ihrer Zeit mit dem „Belagerungszustand" regiert haben. Ein solcher „Belagerungszustand" — die Aufhebung selbst des Anscheins der Bürgerrechte — existierte gerade, als der neue Präsident installiert wurde. Die Intellektuellen sympathisieren ebenfalls mit dem unglücklicheren Teil der Gesellschaft. Sie sehen, daß zum Beispiel die Gewerkschaften mit weniger als ein Viertel der Mitgliederzahl, die sie unter Arbenz hatten, kaum mehr vorankommen. Seit 1961 durften sie nicht einen einzigen Streik ausrufen. Die Land-„reform" war eine Farce. Unter Arbenz wurden 85 000 Landanteile den landlosen Bauern gegeben; Castillo gab sie alle den Plantagenbesitzern zurück, und unter den drei Rechtsregierungen wurde praktisch nichts getan, um den Status der Bauern zu ändern. Es ist deshalb verständlich, daß mehr als 3000 Städter direkt oder indirekt mit der FAR liiert sind und ihr Geld, Zeit und Intelligenz zur Verfügung stellen. Sogar die Polizei ist, nach US-Quellen, sehr durchsetzt mit Turcios-Anhängern, womit teilweise der Erfolg seiner Wagestücke in den Städten erklärt werden kann.

Es wäre falsch, zu sagen, daß die Guerillas kurz vor der Machtübernahme stehen. Sie selbst weisen darauf hin, daß sie sich erst in der „ersten Operationsphase" befinden. Aber sie scheinen bereit, durchzuhalten und nicht nur die guatemaltekische Oligarchie, sondern auch die Vereinigten Staaten, die sie für ihren Hauptfeind ansehen, zu bekämpfen. Als Turcios von einem ausländischen Journalisten gefragt wurde, ob er nicht wegen einer amerikanischen „Intervention" „besorgt" sei, so wie das in der Dominikanischen Republik geschehen sei, antwortete er: „Sie wird sicher kommen ... Aber wie das heroische Volk von Vietnam sind wir bereit, auch den letzten Blutstropfen herzugeben."

Vor diesem Hintergrund der Stagnation und der Unruhe im Volke wurde es in diesem Jahr immer klarer, daß sich Änderungen nur unter der Gefahr, eine Explosion auszulösen, verschieben lassen. Ein 70jähriger Geschäftsmann, der alle drei Rechtsregierungen unterstützt hatte, rief beim Anhören einer Rede Oberst Peraltas im Fernsehen im Hause eines amerikanischen Freundes aus: „Wir können diese Art Leute nicht mehr länger schlucken, wenn wir überleben wollen." Peraltas Unfähigkeit wurde nicht nur durch seine Reden bewiesen, sondern auch durch die Tatsache, daß er von seiner „guten Arbeit" überzeugt war, als er ehrlichen Wahlen zustimmte.

Die Abstimmung vom 6. März erbrachte insofern kein faires Ergebnis, als nicht nur Arevalo — der sich immer noch im Exil befindet — und die Kommunisten, sondern sogar die Christlichsozialen und andere Gruppen links von der Mitte ausgeschlossen waren. Der Wahlvorgang selbst jedoch zeigte bemerkenswert wenig betrügerische Machinationen, und Julio Cesar war in der Lage, mit 43,8 Prozent der Stimmen zu siegen. Auf Grund eines Aufrufes der Christlichsozialen — die damals noch nicht als legale Partei zugelassen waren —

haben mindestens 13 Prozent der Wähler weiße Stimmzettel abgegeben. Peraltas Kandidat „Gott" Aguillar bekam nur 32 Prozent, trotz der Tatsache, daß viele Plantagenbesitzer ihre Bauern aufmarschieren ließen, um ihm ihre Stimmen zu geben.

Der Sieg Julio Cesars war deshalb für alle Fortschrittlichen im Lande und im Ausland ermutigend. Wenn er freie Hand hat, kann er vielleicht einige der Übel Guatemalas heilen. Selbst die FAR gibt zu, daß er ein ehrlicher Mann ist, der gerne etwas tun möchte. Unglücklicherweise hat er jedoch mit mehr Schwierigkeiten zu rechnen als ein Seiltänzer auf einem schlaffen Seil. Die „kommunistische Bedrohung", die die CIA 1954 ein für alle Mal „zerstört" hatte, taucht düster am Horizont auf, vielleicht ebenso groß, wie sie 1954 war. Die Stimmung für die Linke wird unvermeidlich im gleichen Maße wachsen, wie die Demokratie zurückkehrt. Jedermann erwartet, daß die Christlichsozialen und ihre Gewerkschaften — eine „dritte Kraft", die sowohl gegen Washington wie gegen Moskau ist — beträchtliche Fortschritte machen. Die Arbeiterorganisationen werden zwar nicht die Rekordhöhe von 106 000 Mitgliedern erreichen wie vor zwölf Jahren, als Arbenz sie offen ermutigte, aber sie werden ihre gegenwärtige Mitgliederzahl verdoppeln oder verdreifachen und sich beträchtlich militanter zeigen. Der Kommunismus und die Linke ganz allgemein — einschließlich der Revolutionären Demokratischen Union (URD) — werden in einem solchen Milieu unvermeidlich gut gedeihen. Während Präsident Mendez versuchen muß, die Trümmer aufzuklauben — die Handelslücke von 30 oder 40 Millionen $ im Jahr, 90 Millionen $ Auslandsschulden, 75 Prozent Analphabeten (ein höherer Prozentsatz als vor drei Jahren), die verzögerte Bodenreform, der Mangel an Vorräten und Kreditmöglichkeiten für die Landgebiete —, werden die Neutralisten und Radikalen ihre Ernte einbringen.

Wenn das alle Sorgen wären, denen Julio Cesar gegenübersteht, dann könnte er ruhig schlafen. Er ist aber Gefangener dieser ewigen Blockierung der lateinamerikanischen Politik — die man das Juan-Bosch-Syndrom nennen könnte: Wenn er nicht genügend Reformen einführt, wird er von der Linken bedrängt werden, vor allen Dingen aber von Turcios Guerillas; tut er es jedoch, dann muß er sicher mit Militärverschwörungen von rechts rechnen, die ihn beseitigen wollen. Tatsächlich war es sehr zweifelhaft, ob er am 1. Juli überhaupt würde installiert werden können. Wochenlang hielten sich die Gerüchte von einem bevorstehenden Staatsstreich der unzufriedenen Obersten. Der gewählte Präsident mußte sich zuerst zu Verhandlungen mit dieser Oberschicht bereit finden. Unter den Bedingungen dieser Abmachung — die der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde — durfte der Präsident den Verteidigungsminister und den Generalstabschef nur aus einer Liste wählen, die ihm von der Armee vorgelegt wurde. Er mußte auch zustimmen, daß Beförderungen und Degradierungen allein Sache der Militärs seien und daß das Militärbudget mindestens auf dem gegenwärtigen Stand verbleibt. Das waren demütigende Bedingungen, ohne sie aber wäre Mendez Montenegro nicht zur Macht gekommen. Faktisch wurde er gezwungen, den Militärs einen Knüttel zu geben, mit dem man ihn in Reih und Glied halten kann. Und er tat dies, obwohl er bereits seine programmatischen Segel eingezogen hatte, damit man ihn nicht als linkes Ungeheuer würde bezeichnen können.

Präsident Mendez' Wahlprogramm war so gemäßigt, daß es sogar einem Thomas Mann gefiel. (Hoher Beamter im State Departement, verantwortlich für lateinamerikanische Angelegenheiten, d. Übers.) Zum Beispiel schlug er in der Schlüs-

selfrage der Bodenreform laut Angaben eines seiner Parteisprecher nur vor, ungefähr 20 000 landlose Familien im ersten Jahr auf freiem Regierungsland anzusiedeln. Die Plantagenbesitzer können ruhig schlafen, denn Mendez versprach, ihr Land nicht anzutasten, weder das Land, das sie heute kultivieren, noch die riesigen Landstrecken, die sie ungenützt lassen. Möglicherweise bleibt selbst dieses bescheidene Programm bloße Rhetorik, weil nach Auffassung örtlicher amerikanischer Experten dazu viel mehr Geld benötigt wird, als die guatemaltekische Regierung heute besitzt. Sie schätzen, daß es rund 5000 bis 6000 $ kosten würde, nur eine einzige Familie in so weit entfernten Gegegen wie Peten anzusiedeln. 20 000 Familien, das sind 100 Millionen $ — das ist fast ebensoviel wie das jährliche Gesamtbudget aller Haushaltsposten.

So aber ist die Lage nach zwölf Jahren Herrschaft der Armee derart, daß sogar das schon die Offizierskaste in Schrecken versetzt. Im Wahlkampf haben viele dieser Männer Julio Cesar als erklärten Kommunisten bezeichnet, und von ihrer engen Sicht her glaubten sie das zweifellos. Viele von ihnen sind immer noch darüber erzürnt, daß Peralta einen so „gefährlichen Mann" an die Macht gelassen hat. Obgleich 200 der überalterten Angehörigen dieser Kaste wahrscheinlich in der nächsten Zeit in Pension gehen werden, gibt es immer noch genügend, um eine Kette unaufhörlicher Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Was sie, abgesehen von einem Staatsstreich, tun können, ist, den Anti-Guerilla-Krieg so hochzutreiben, daß das Militärbudget verdoppelt und verdreifacht wird, so daß auf der anderen Seite für die Reformen kein Geld bleibt. Obwohl Mendez zweifelsohne vorziehen würde, das Guerilla-Problem politisch zu lösen, kann es sein, daß die Armee ihm dies nicht gestattet und daß sie aufgrund ihres halbautonomen Status damit auch durchdringt.

Der antikommunistische Virus hat in der Tat Guatemala zu einem kranken Land gemacht. „Wegen der nächsten vier Jahre haben wir keine Angst", hörte man einen Geschäftsmann sagen, „die einzige Sache, die Sorgen macht, ist, ob Julio Cesar nicht das Tor für einen neuen Jacobo Arbenz und den Kommunismus im Jahre 1970 öffnet." Solche Leute sind davon überzeugt, daß Julio Cesar selbst während seiner vierjährigen Amtszeit wenig tun kann, um ihre Vorrechte zu zerstören. Sie glauben, daß sie — zumindest eine Zeitlang — mit beiden Seiten fertig werden. Das Problem ist aber, daß es auch noch die Militärs gibt, die nicht ganz so „tolerant" sind und die, wenn Präsident Mendez ein kleines bißchen zu weit geht, mit Gewalt auf die Vergangenheit anstatt auf die Zukunft setzen könnten.

Inzwischen wartet hinter den Kulissen aber nicht nur die Armee, sondern auch Turcios (und vielleicht Yon Sosa).

Die Guerillas haben in der Zeit zwischen der Wahl und der Installierung des Präsidenten absichtlich ihre Aktivität verringert. Sie warten darauf, daß die Massen und die Intelligenz unzufrieden werden. „Denken Sie daran", sagte Turcios einem mexikanischen Korrespondenten in der Sierra de las Minas, „daß das Volk von Guatemala des Blutvergießens und der Diktatur überdrüssig ist. Es will eine Änderung, die den Frieden bringt. Deshalb hat es für Mendez gestimmt und nicht, weil es glaubt, daß er die Dinge ändern würde ... Unter den Guerillas gibt es nicht den leisesten Zweifel, welchen Weg wir einschlagen müssen, weil es nur einen Weg gibt — nicht den der Wahlen, sondern den der Waffen ... Es ist absurd zu denken, daß ein Kandidat der Revolutionären Partei ernannt werden könnte, ohne daß er Kompromisse und Zugeständnisse macht."

So ist also die Position von Sr. Mendez alles andere als beneidenswert — sie ist ähnlich der Lage, der sich jeder ehrliche Fortschrittliche in Lateinamerika gegenübersieht, nur daß sie hier noch schärfer zu Tage tritt. Wenn er sich nach links wendet, kann er einen Teil der Anhängerschaft Turcios' für sich gewinnen, er wird aber gleichzeitig den Zorn der Geschäftsleute, der Oligarchen, der Vereinigten Staaten — die hier 150 Millionen $ investiert haben — und der „militanten" Militaristen herausfordern. Die MLN insbesondere wird den Topf am Kochen halten. Ein paar Wochen vor dem Amtsantritt des Präsidenten hat sie angeblich Bomben vor drei zentralamerikanische Botschaftsgebäude geworfen, um sie auf die Gefahr „kommunistischer Terroristen" aufmerksam zu machen, und sie könnte eigene Entführungen in Szene setzen, um die Armee zu schärferen Maßnahmen gegen Turcios zu zwingen. Ein Advokat, der am 24. Juni verschleppt wurde, soll angeblich von der MLN entführt worden sein, um den Linken und Mendez Schwierigkeiten zu bereiten. Die Guerillas, die in solchen Sachen zumeist bei der Wahrheit bleiben, leugnen, den Mann gefangen zu haben, und betonen, daß er für sie persona grata sei.

Andererseits, wenn das Tempo der Reform nicht schnell genug ist, werden die FAR und ihre Anhänger an der Universität rascher anwachsen als in der Vergangenheit.

Nach welcher Richtung der Weg auch führen mag, für Julio Cesar wird er dornig sein.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Fernseh-Spalte

KINOHELDEN A LA GERMANY

Das Zweite Deutsche Fernsehen hat in den letzten drei Jahren eine geradezu überwältigende Fülle internationaler Spitzenfilme gezeigt, die größtenteils — wegen ihrer Qualität und Thematik — von keinem deutschen Verleih angekauft werden. Ohne die Initiative des ZDF wüßten wir, das kann ohne Übertreibung behauptet werden, von der im besten Sinne des Wortes avantgardistischen Filmproduktion der osteuropäischen Staaten — vor allem Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei — ebensowenig wie von vielen Meisterwerken der Filmgeschichte. Wenige Tage nach der Aufführung beim Cannes-Festival sahen wir Pasolinis kritischen marxistischen Thesenfilm „Große Vögel — kleine Vögel", der möglicherweise nie in unsere Kinos gelangen wird. Warum, so fragt man sich, werden daneben Machwerke präsentiert, die eben nicht — was verständlich wäre — ein oberflächliches Unterhaltungsbedürfnis befriedigen sollen, sondern mit dem Anspruch einer gewissen Problematik kokettieren. Ich denke an „Spion für Deutschland" und „Der Stern von Afrika", beide charakteristisch für zwei ideelle Komponenten, die sich durch die gesamte Produktion des restaurativen bundesdeutschen Nachkriegsfilms ziehen: Erstens Krieg als aufregendes Männerabenteuer. Zweitens Krieg als Schicksal, in dem man sich — so gut es geht — zu bewähren hat.

Weder in Klinglers „Spion für Deutschland" noch in Weidenmanns „Stern von Afrika" gibt es so etwas wie die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Es ist immer nur von Deutschland die Rede. Angedeutete Konflikte sind absolut privater Natur. Wenn ein junger Zuschauer darauf angewiesen wäre, zeitgeschichtliche Kenntnisse aus Filmen dieser Art zu beziehen (und sie sind typisch für hundert andere), müßte er passen. Sein letztgültiger Eindruck wäre: Was für Teufelskerle waren doch die Deutschen in jenem sagenhaften Krieg. „Stern von Afrika" sollte, nach dem unerforschlichen Ratschluß seines Regisseurs, „eine Deutung der Tragödie, in die sich die deutsche Jugend verstrickt sah", sein. Zunächst Protest gegen den Begriff Tragödie. Mag man noch das häufig mißbrauchte Wort vom „Mißbrauch der Jugend", das hier ja auch anklingt, akzeptieren, so müßte es aber an einem ganz anderen Beispiel demonstriert werden. Der Jagdflieger Marseille — wie Regisseur und Buchautor ihn hier vorstellen — unterscheidet sich in nichts von den Luftwaffenhelden in dem Nazifilm „Stukas" und anderen des Genres. Marseille tummelt sich in der Arena des Luftkrieges mit sportlichem Ehrgeiz. Er ist ein Meisterkiller. Wo er auftaucht, fallen die Feinde (!) gleich dutzendweise vom Himmel. Ritterkreuz, Eichenlaub, Eichenlaub mit Schwertern... Als ich den Film vor vielen Jahren erstmals im Kino sah, verfolgten die zahlreichen jugendlichen Besucher die rapide ansteigende „Erfolgskurve" des jungen Helden mit wachsender Begeisterung. Und sicher beneideten sie ihn um seine Popularität, wenn Wochenschau- und Zeitungsreporter ihn umschwärmten. Der NS-Terror existiert in diesem Film nicht. In der Heimat ist alles in bester Ordnung. Totalitäres System? Wer glaubt schon an Märchen... Marseilles Jagdstaffel in der Wüste gleicht mehr einem Männerclub als einer militärischen Einheit. Und was diese in Afrika überhaupt zu tun hat, wird natürlich auch diskret verschwiegen. Der Kommandeur ist seinen „Söhnen" ein besorgter „Vater". Dann fällt Marseille vom Himmel, natürlich unbesiegt vom „Feind". Als er aus der brennenden Maschine aussteigt, verfängt sich der Fallschirm im Leitwerk. Dennoch faselt ein Sprecher vom Opfer eines sinnlosen Krieges. Es handelt sich um die von der FSK aufgepappte „Moral". Es ist einfach perfide. Wiewohl der Film noch aus der restaurativen Phase der bundesdeutschen Produktion stammt, fügt er sich auch jetzt wieder bestimmten Programmtendenzen im Fernsehen ein. Diese wollen wir doch einmal etwas beobachten.

E. H. Wahl

Die politische Satire

PROGNOSEN

Ich bin es leid. Immer diese Ungewißheit! Man möchte schließlich Klarheit haben, was so wird. Etwa: Wann muß ich mit dem Ernstfall rechnen? Seit letztem Jahr liegen nun schon unsere Luftschutzvorbereitungen unter dem Ehebett: zwei Literflaschen Bourbon und drei Bouteillen Beaujolais (meine Frau mag die scharfen Sachen leider nicht). Das Zeug liegt da. Was aber, wenn die Warnzeit zu kurz ist? Eine halbe Stunde brauche ich schon. Und man will ja schließlich etwas vom Ernstfall haben, Eichhörnchen, das man ist. Vielleicht gehen die Sirenen auch wieder im Straßenlärm unter, wie kürzlich beim Probealarm. Oder der Korkenzieher ist gerade wieder beim Nachbarn. Oder man hat gerade Gäste gehabt, woher so schnell Ersatz nehmen? Luftschutz kostet eben Geld.

Eine andere Frage: Wann kommt die Wiedervereinigung? Die Päckchen sind auch nicht gerade billig. Habe mir neuerdings ein Grundgesetz gekauft, zu 6,80 DM, und schneide jetzt entsprechend der Notstandgesetzgebung die jeweils entfallenden Grundrechte heraus. Schicke ich dann Onkel Kurt in Jena. So kann auch der kleine Bundesbürger schon der Zone die Freiheit bringen.

Also, wie gesagt, ich wollte endlich Klarheit haben. Freunde rieten mir zu Enno Spökenkieker, Handlesen, Astrologie, Graphologie, Zukunftsprognosen, 2954 Wiesmoor im Ostfriesischen. „Doller Mann! Hat neulich erst gesagt, an der sowjetischen Heimtücke würden wir noch einmal zugrundegehen. Und das drei Monate vor Wembley! Vor dem dritten Tor!! Merken Sie was? War das keine Heimtücke? Nicht im offenen Spiel — nein, Linienrichter!!! Ich sage Ihnen, der Spökenkieker ist gut."

Da sitze ich denn also bei Enno Spökenkieker. Vorkasse 50,— DM, und die Zukunft tut sich vor mir auf:

Dreiundsiebzig wird Springer Bundeskanzler und die Bild-Zeitung mit Zwei-Drittel-Mehrheit zum Grundgesetz erklärt. 1974 bittet die Bundesregierung flehentlich die SPD, von einer weiteren Anwendung der Hallstein-Doktrin absehen zu dürfen. Sie möchte auch mit anderen Staaten als den USA noch diplomatische Beziehungen pflegen. 1987 hat sich das Starfighter-Problem von selbst gelöst.

„Halt!" — unterbreche ich hier, „Geld zurück! Sie sollen hellsehen, nicht rechnen. Sagen Sie mir lieber, wie stehts mit der deutschen Einheit?"

Zwei Wege: Entweder 1989 übernehmen die Heimatverbände den Oberbefehl über die Bundeswehr und führen planmäßig die Wiedervereinigung durch. Oder: 1991 bricht der offene Konflikt zwischen der Sowjetunion und China aus. Moskau ruft in höchster Not Bonn zu Hilfe. Wen sonst? Die Bundeswehr besetzt China nach einem Blitzfeldzug, und die Sowjets geben uns dafür die Einheit, die Ostgebiete, Polen und die Ukraine.

„Das ist nicht von Ihnen", protestiere ich, „das ist von Gerstenmaier."

„Komisch", muffelt der Alte, „ich dachte, ich sei der letzte Spökenkieker." Steht auf und läßt mich allein.

Nun weiß ich immer noch nicht, wann Ernstfall ist. Ich trage jetzt stets eine Falsche bei mir und trinke häufig einen Schluck, um gewappnet zu sein. Vor dem Schlafengehen das doppelte Quantum. Ab und zu werde ich davon müde und ruhe mich auf Parkbänken oder Kirchenstufen aus. Ich habe keine Angst mehr vor dem Ernstfall.

Dafür bereitet mir ein anderer Termin Sorge: Man nennt mich jetzt einen Gammler. Wann werde ich ausgemerzt?

Dietrich Kittner

Bücher

Schlamms Elend

William S. Schlamm, Vom Elend der Literatur, Seewald-Verlag, Stuttgart 1966, 237 Seiten, Leinen 17,80 DM.

Was hat uns William S. Schlamm, der Exkommunist, der Moralist, der Ritter vom „rechten" Geist, „Vom Elend der Literatur" zu berichten? Der „Geist", so lauten seine Thesen, habe sich in diesem Jahrhundert „gräßlich blamiert" und alle Utopien „aufs elendste verbraucht"; den zeitgenössischen Intellektuellen kennzeichne eine einzige „Scheu vor der ‚Gesinnung'", und die Stelle der heillos kompromittierten sozialen Utopie vertrete die „sexuelle Revolution". Denn: „Den Literaten, die ihre eigene Gesinnung nicht mehr empfehlen können, bleibt nichts anderes übrig, als sich selbst unterhalb des eigenen Nabels zu betrachten" (S. 58). „Der (!) zeitgenössische Romancier bringt immerhin wenigstens eine Pornographie zustande" (S. 106). Der zeitgenössische Kritiker aber noch weniger. Kurz, es wird in der Literatur nicht mehr geträumt, nicht mehr gehofft, nicht mehr geglaubt, es wird nur noch zersetzt, verletzt, gehöhnt, gestottert und vor allem in einer Tour geschweinigelt. Das alles als Folge der kommunistischen Revolution in Rußland und, am Rande, auch ihrer „nazistischen Karikatur in Deutschland". Hoffnung ist allein auf der Rechten, auf der „in den letzten Jahrzehnten, und in allen westlichen Kulturen... origineller, mutiger und vor allem systematischer gedacht wird als auf der Linken", weshalb auch bald „zum ersten Mal in der Geschichte... die Avantgarde rechts" marschieren wird (S. 147 ff).

Zugegeben, in manchen dieser Schlamm-Gedanken steckt ein Korn Wahrheit. Daß die Entwicklung des Kommunismus Intellektuelle in aller Welt mehr oder weniger enttäuscht oder unsicher gemacht hat, ist ebenso unbestreitbar wie die auffallende Rolle, die heute die Sexualität in vielen Romanen spielt oder das Versagen zahlreicher bekannter Kritiker. Darüber hinaus trifft Schlamm eine Reihe von kaum bezweifelbaren Feststellungen, etwa daß die Literaturkritik der jüngsten Zeit im allgemeinen schlechter sei als die Literatur; daß die Kompetenz zum literarischen Urteil nur durch sich selbst erwiesen werde und nicht durch eine entsprechende fachliche Vorbildung; daß eine ästhetische Leistung eine geistige Absicht voraussetze und die politische Position eines Autors, neben seinem Schöpfungsvermögen und seiner Sprache, ein Wesensmerkmal sei; daß man aufhöre, ein (geistig autarker) Schriftsteller zu sein, wenn man Parteifunktionären seine Sprachregelung überläßt, und manches andere mehr.

Vor allem stimme ich mit vielem in Schlamms Kapitel „Das atomare Alibi" überein, wenn er auch hier mitunter mein Erstaunen, meinen Zweifel und Widerspruch erregt, beispielsweise mit der Behauptung, daß er „weder in Amerika noch in Deutschland auch nur einem einzigen anti-nuklearen Intellektuellen begegnet" sei, „der die Courage gehabt hätte, nukleare Waffen auch bei der Verteidigung von Berlin auszuschließen" (S. 177). Denn es gibt genug deutsche Intellektuelle, die nicht nur jeden Atomkrieg ablehnen, ganz gleich, was da „verteidigt" werden soll, sondern jeden Krieg überhaupt, selbst einen mit Vorderladern. Es gibt auch genug deutsche „Atomtodgegner", für die Kennedy nach der Kubakrise keinesfalls „das vergötterte Idol" (S. 180) geworden ist, sondern die, gleich mir, Chruschtschow für sein Einlenken dankbar waren und in ihm, nicht etwa in Kennedy, den Retter von vielleicht Hunderten von Millionen Menschen sahen und sehen. Doch den meisten grundsätzlichen Argumentationen dieses Kapitels stimme ich bei.

Daneben aber oder vielmehr darum herum gruppiert sich ein solch unglaublicher Wust von Verdrehtem, Halbwahrem, total Falschem, eklatant Widersprüchlichem, daß ich mich, ohne zu übertreiben, nicht erinnere, in den letzten Jahren ein so trostlos undifferenziertes — entweder borniertes oder verlogenes — Buch gelesen zu haben.

Schlamm ist dezidierter Ideologe, als Ideologe Systematiker, und als Systematiker bestätigt er in vernichtender Weise das

Nietzsche-Wort, wonach der Wille zum System ein Mangel an Rechtschaffenheit ist.

Er spricht über Literatur und über Literaturkritik. Über welche? Nun, über die moderne Literatur. Über die moderne Literaturkritik. Über den zeitgenössischen Schriftsteller und den zeitgenössischen Intellektuellen. Ein Autor aber, der derart unterschiedslos die gesamte Literatur zweier Kontinente aus mehreren Jahrzehnten über einen Kamm schert, wobei er allenfalls noch fähig ist, zwischen „links" und „rechts" zu unterscheiden, kann von vornherein nicht ernst genommen werden.

Das einzige Thema der gesamten westlichen Literatur seit zwanzig Jahren ist nach Schlamm, außer etwas Atomtodgezeter, die Sexualität (S. 170); gelinde gesagt, eine Übertreibung. Wer natürlich nur sexbeherrschte Romane haben will, erhält sie mühelos. Im Unterschied zu Herrn Schlamm aber habe beispielsweise ich weder Lolita noch Candy noch La Noia noch Die Clique noch Lady Chatterley gelesen. Denn was ich lesen will, lasse ich mir nicht von außen aufdrängen, am wenigsten durch Bestsellerrummel. Statt dessen las ich einige Bücher, in denen Sexualität überhaupt keine Rolle spielt, Bücher von Emil Barth, Emil Belzner, Ernst Kreuder, Hans Erich Nossack, um nur einige Autoren der jüngsten deutschen Literatur zu nennen, die leicht ergänzt werden könnten, aus dieser Literatur und erst recht aus allen anderen Nationalliteraturen. Gar nicht zu reden davon, daß es in der großen Mehrheit aller zeitgenössischen Romane noch andere ausführlich erörterte Themen gibt, vor allem solche zeitgeschichtlicher Art, Faschismus in Deutschland, Italien, Spanien, Kroatien, Antisemitismus, Konzentrationslager, Krieg und Nachkrieg, Rassendiskriminierung in den USA, weiter eine unendliche Fülle von Romanen mit sozialkritischem Charakter, um nur einige andere Hauptthemen zu nennen, die alle Schlamms Behauptung „Der (!) zeitgenössische Autor ... hat keine andere Vorstellung von der Möglichkeit des Lebens (sic) und dem Wesen des Glücks, als eine Verewigung des Triebaktes; keine andere Idee von Traum als die hemmungslose Erfüllung gehemmter Wünsche; und keine andere Konzeption von menschlichen Möglichkeiten als die von einer grotesk übersteigerten Potenz" (S. 50) als absurde Übertreibung bloßstellen, wenn es auch stimmt, daß die philosophische Reflexion im Roman bemerkenswert zurückgetreten ist.

Was hat Schlamm überhaupt gegen Sexualität? Nichts, wird er sagen. Doch warum entdeckt er dann nicht nur in „biologischen Banalitäten", wie dem lebensnotwendigen Stoffwechselprozeß, „ihre Lächerlichkeit", sondern findet Sexualität überhaupt „einfach komisch" (S. 61)? Offenbar ist Schlamm, der den „komischen" Sexualtrieb auch einen „der gewalttätigsten biologischen Triebe" nennt, obwohl er doch tatsächlich einer der angenehmsten ist und unendlich harmloser als beispielsweise der Freßtrieb, der Millionen Kreaturen Tag für Tag den Tod bringt, von Schlamm aber wegen seiner „sinnlichen Freuden" gerühmt und völlig falsch gegen den Sexualtrieb ausgespielt wird (S. 65), von gewissen christlichen Gedanken angekränkelt. Seine Sexualvorstellungen erinnern mich an ein zweites Nietzsche-Wort: Das Christentum gab dem Eros Gift zu trinken, er starb nicht daran, aber entartete zum Laster.

Gewiß, Schlamm ist tolerant. „Wer Pornographie kaufen will, soll Pornographie kaufen; aber man darf ihm nicht die Peinlichkeit der Anschaffung ersparen, indem man ihm gestattet, vermeintliche Literatur zu erwerben" (90). Doch warum Peinlichkeit? Hätte ich mehr Zeit, läse ich mit Vergnügen amüsante Pornographie. Und viele meiner Bekannten auch. Ich muß sogar vermuten, daß nicht nur zu meinem Bekanntenkreis so viele „Schweine" gehören. Denn nicht ich, sondern William S. Schlamm behauptet, daß „die Schweinerei... selbstverständlich der gierigen Bereitschaft des Publikums" entspringe. Wenn aber das Publikum ganz allgemein und, wie ich meine, natürlicherweise die Pornographie wünscht, warum sollte ihr Erwerb dann „peinlich" sein? Wem verdanken wir diese Wertung? Ganz offenbar wieder einer Kirche, die eher einen Atomkrieg sanktioniert als eine „Sünde" gegen das Fleisch.

Ich stimme mit Schlamm ganz darin überein, daß Poronographie nicht, wie heute häufig, als Kunst ausgegeben werden darf. Allerdings bin ich auch dafür, Kunst nicht als Pornographie zu diffamieren. Das nämlich tut Schlamm, der glaubt, daß Sexualität außerhalb der Sphäre der Deutung, also außerhalb der Literatur existiere, weshalb

er überall dort, wo der nackte Geschlechtstrieb Gegenstand der Gestaltung wird, Pornographie konstatiert und damit irrt. Denn da der Gegenstand der Literatur das Leben ist, und zwar in seiner Komplexität, ist absolut nichts davon ausgeschlossen, weder Verdauung noch Sexualität noch irgendwas. Die Entscheidung darüber, ob Pornographie oder Kunst, hängt im wesentlichen von der Beantwortung zweier Fragen ab, die genauso im Hinblick auf alle anderen Sujets der Literatur und der Kunst überhaupt gestellt werden müssen. Erstens nämlich: ist das, was erzählt wird, notwendig, wird es durch den Gesamtzusammenhang erfordert? Und zweitens: wie wird es erzählt?

Von der Bedeutung des Wie aber hat Schlamm keine Ahnung. Das zeigt nicht nur seine anscheinend völlig unterschiedslose Einstufung des künstlerisch oft gemeisterten Pansexualismus von Henry Miller, bei dem Schlamm nur „öde Banalität" bemerkt (S. 58), und des mehr oder weniger geglückten pornographischen Kunstgewerbes von Günter Grass, sondern auch Schlamms Ausgangspunkt, nach dem die „Überschätzung des Stils in der literarischen Kritik und im Publikum" erst der jüngsten Zeit angehöre, nämlich „die charakteristische Reaktion einer Konsumentengesellschaft" sei (S. 24). „Nun also", klagt der Verfasser und denkt an unser Jahrhundert, „triumphiert das ‚Wie' über das ‚Was', der Stil über die Aussage" (S. 151). Doch „das Wichtigste, das Ausschlaggebende", kann Schlamm bei Jakob Burckhardt lesen, „so hielt es schon die alte (!) Kunst, ist das ewig neue Wie". Und Friedrich Schiller schreibt: „In einem wahrhaft schönen Kunstwerk soll der Inhalt nichts, die Form aber alles tun; denn durch die Form allein wird auf das Ganze des Menschen, durch den Inhalt hingegen nur auf einzelne Kräfte gewirkt." Und derselben Auffassung sind Goethe, Hebbel, Schopenhauer und überhaupt alles, was zählt in der Literatur. Im strikten Gegensatz hierzu behauptet William S. Schlamm, es sei „der Leser", der sich in die „Form vergafft", während doch der „‚Inhalt' (wenn man darunter mehr versteht als ‚Thema') die wesentliche Qualität jeglichen Kunstwerkes bleibt; und daß die Neigung der zeitgenössischen Kritik, von ihm zugunsten der Formungselemente ... abzusehen, die Eigenart der künstlerischen Leistung mißversteht" (S. 26 ff).

Schlamm kann zwar ausnahmsweise Genie auch bei seinen Feinden anerkennen, doch nicht ohne lebhaft die „falsche" Weltanschauung zu bedauern. Weshalb Schlamm ganz der Mann ist, in Anlehnung an einen ironischen Stoßseufzer der „Xenien" auszurufen: Schade fürs schöne Genie des herrlichen Künstlers! O hätte Gott/Aus Bert Brecht doch Ernst Jünger gemacht!

Womit wir ein weiteres Hauptthema des Schlamm-Buches berühren. Es sieht nämlich die intellektuelle Welt der Gegenwart sauber in zwei Teile geschieden, auf der einen Pornographie und Kommunismus, auf der anderen Gesinnung, was an systematischer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, das muß man Schlamm konzedieren.

Mit dem Kommunismus und den westlichen Intellektuellen verhält es sich aber so: Das fünfzigjährige kommunistische Experiment hat alle westlichen linken Intellektuellen in einem permanenten geistigen Katzenjammer zurückgelassen, nicht nur alle sozialistischen Hoffnungen getötet, sondern auch den Begriff des Utopischen überhaupt. „Es ist für intelligente und witzige (?) Leute unmöglich geworden, Kommunisten zu sein" (S. 160). Und da einerseits die aufrichtigsten moralischen und ästhetischen Gründe dies verbieten, andererseits aber die intellektuelle Struktur den Kommunismus brauche, so werden solche Menschen, folgert Schlamm, Kritiker. Linke westliche Kritiker sind offenbar samt und sonders „verhinderte Kommunisten" (S. 160).

Es ist hier nicht der Raum, zu erörtern: erstens, ob der (östliche) Kommunismus die legitime Realisierung des Marxismus ist; und zweitens, ob man diese Realisierung als absolut gescheitert zu betrachten hat. Doch wird es nicht zuviel gesagt sein, daß die Sowjets der Masse des russischen Volkes ein sehr viel besseres Leben ermöglichen als vordem die Zaren, allerdings auf Kosten jener kleinen, brutal vernichteten Schicht, die früher das Volk ausgebeutet hat.

Doch selbst wenn man mit Schlamm annähme, der Kommunismus habe seit fünfzig Jahren kläglich versagt, spräche das

schon gegen die marxistische Ideologie? Ich meine, wenn man an das großkirchliche Christentum, das alle wesentlichen ethischen Forderungen des synoptischen Jesus seit nun eineinhalb Jahrtausenden in ungeheuerlicher Weise mißachtet hat — wie ich in dem soeben bei Desch von mir herausgegebenen Buch „Das Jahrhundert der Barbarei" systematisch zeige — noch irgendwelche humanitären Erwartungen knüpft, dann sollte man sie erst recht noch an den Kommunismus knüpfen dürfen.

Ich bin nie Kommunist und Marxist gewesen. Doch so sehr ich mich als erklärter Christengegner noch heute nach neunzehnhundert Jahren zu den entscheidenden ethischen Geboten des synoptischen Jesus bekenne, so sehr könnte ich mich auch noch in weiteren neunzehnhundert Jahren zu gewissen entscheidenden ethischen Forderungen von Marx bekennen. William S. Schlamm aber, der einstige Kommunist, der heute im großen Haufen ihrer Gegner läuft, schert sich vermutlich um das jesuanische Ethos so wenig wie um das von Marx, von dem er behauptet, daß es „einen rechtschaffenen Menschen... nicht mehr entzünden kann" (S. 98).

Das Wort Ethos kommt bei Schlamm, entsinne ich mich recht, freilich nicht vor. Er spricht bezeichnenderweise von Moral, Moralität oder auch von Gesinnung. „Pornographie und Gesinnung" lautet ja auch der Untertitel des Buches. Doch so häufig Schlamm auch von Pornographie spricht, von „Pornographie (oder Nazismus oder Kommunismus)", von „Pornographen, Nazis und Kommunisten" (S. 87), von Gesinnung ist nur selten und bloß andeutungsweise die Rede. Doch wird erkennbar: Gesinnung ist hier identisch mit dem „Glauben an Gott", der „Wiederkehr der Gläubigkeit" (S. 50). Schlamm feiert den „Stolz und die Stärke der christlichen Theologie", die gewaltige „Konzeption des Thomismus" (S. 117). Und einmal schreibt er den enthüllenden Satz: Ein Unbehagen an der zeitgenössischen Literatur tauche nur dann in der arrivierten Kritik auf, „wenn irgendwo die Stimme eines ‚Kreuzzüglers' laut wird, also eines Literaten, der Gesinnung, Intellekt, Ideologien ernst nimmt" (S. 107). Ein „Kreuzzügler" ist also ein Literat, der Gesinnung ernst nimmt. Wir wissen, was die Kreuzzüge waren, von denen vor einigen Jahren ein deutscher Bischof, der inzwischen zum Kardinal avancierte, erklärte, sie müßten in neuzeitlicher Form erfüllt werden. Das heißt Atomkrieg, der ja auch das moraltheologische placet der Jesuiten von Rom bis Washington erhielt, während auf protestantischer Seite etwa der Erlanger Theologe Künneth 13 Jahre nach Hiroshima lehrt: „Selbst Atombomben können in den Dienst der Nächstenliebe treten." Wie ja auch Schlamm „mit gutem Grund" nicht den Hinweis versäumt, „daß jeglicher Religion eine emotionelle Intensität eigen ist, die verwerfliche Handlungen moralisch erträglich macht" (S. 130).

Wenn aber Kreuzzugsgeist Beweis von Gesinnung ist, dann könnte ich nur rufen: Pfui Teufel vor Ihrer Gesinnung, Herr Schlamm. Ich sage: könnte, müßte ich mich nicht schämen, derart den Autor eines Buches ernstzunehmen, das von Undifferenziertheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten strotzt. Denn es stimmt nicht, wenn Schlamm behauptet, um abschließend nur ein paar Beispiele zu nennen, deutsche Literaturkritik sei Kritik nur noch nach „rechts", nach „links" aber bloß noch Konsumentenwerbung (S. 204). Beweis schon mein eigenes Buch „Talente, Dichter, Dilettanten", worin ich, wie ich gern bekenne, und Schlamm zum Trotz, der behauptet, „Der (!) zeitgenössische deutsche Literat" sei „über seine Identifizierung mit linker Politik empört" (S. 196), als „linker" Schriftsteller andere „linke" Schriftsteller kritisiere, präziser und härter, als es Schlamm jemals möglich wäre. Es stimmt nicht, wenn Schlamm nach dem richtigen Vordersatz, jedermann habe das Recht zur Kritik, fortfährt: „Und ein Urteilsspruch ist so gültig wie der andere" (S. 225). Denn dann wäre das Urteil: Shakespeare war der unfähigste Schmierfink seiner Zeit, ebenso gültig wie das andere: William S. Schlamm ist ein begabter Kritiker. Es ist lächerlich, wenn Schlamm behauptet, die zeitgenössische Avantgarde sei „seit vierzig Jahren... beispiellos steril" (S. 98). Denn in dieser Zeit schrieben Robert Musil, Joseph Roth, Hermann Broch, Bert Brecht, Alfred Döblin, Else Lasker-Schüler, Hans Henny Jahnn, Gottfried Benn, um von der überwältigenden Fülle bedeutender ausländischer Dichter dieser Zeit ganz zu schweigen. Und wenn Schlamm ohne Wimpernzucken erklärt, „die wahren Skandale einer Epoche ereignen sich nicht in der Politik, sondern in der Literatur" (S. 14), so widerlegt diese

Ungeheuerlichkeit schon die politische Geschichte unseres Jahrhunderts in einem Maße, dem nichts mehr hinzugefügt zu werden braucht.

Das einzige, was an Schlamms Buch „Vom Elend der Literatur" interessieren könnte, wäre die Frage: verdankt es seinen Ursprung der Borniertheit oder der Unwahrhaftigkeit seines Verfassers. Ich sagte: interessieren könnte, wäre William S. Schlamm dafür interessant genug.

Karlheinz Deschner

Vom „Bürgerpack" zur „Öffentlichen Meinung"

Franz Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848. Herausgegeben von Wilhelm Hennis und Hans Maier. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966, 350 S., Studienausgabe br. 19,80 DM, Ln. 32,— DM (Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 24).

Bisher hat eine zuverlässige und zugleich lesbare geistesgeschichtliche Darstellung der Entwicklung der Meinungsfreiheit in Deutschland gefehlt. Das für Juristen unentbehrliche Frühwerk zur Geschichte der Pressefreiheit von Albrecht Friedrich Berner „Lehrbuch des deutschen Presserechts" (Leipzig 1876) ist durch Martin Löfflers „Presserecht" (München-Berlin 1955; neue Auflage in Vorbereitung) abgelöst worden. Die ideengeschichtlichen Zusammenhänge indes werden durch Studien der genannten Art nicht restlos erhellt.

Franz Schneiders Buch „Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit — Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848" füllt jene Lücke für den genannten Zeitraum aus. Anhand der Entwicklung der Kommunikationsmittel und der für sie erkämpften Meinungsfreiheit zeigt Schneider das Entstehen jenes Bereiches für politisches Agieren und publizistisches Reagieren, den er als „politische Öffentlichkeit" bezeichnet.

Schneiders Forschung beruht auf einem geduldig, selbstlos und streng wissenschaftlich durchgeführten Sichten der Quellen. Diese Methode hat ihm geholfen, soziologisch, sozialpsychologisch und publizistisch neuartige Erkenntnisse ans Licht zu bringen. Ähnlich wie Fritz Valjavec in seiner bisher unausgeschöpften Studie „Die Entstehung der Politischen Strömungen in Deutschland, 1770—1815" (München 1951) hat Franz Schneider entdeckt, daß „bereits das 18. Jahrhundert die grundsätzlichen Positionen in der Problemstellung" kannte und besprach. Damit hat es erstens die Voraussetzungen für „die Idee der modernen Pressefreiheit geschaffen", zweitens aber „ihre Funktions- und Vollzugsformen vorgezeichnet". Aus solchen Erkenntnissen resultiert des Werkes Bedeutung für gegenwärtige Auseinandersetzungen über die unentbehrliche Pressefreiheit. Ihre Beschränkung bedeutet stets ein Gefährden demokratischer Ordnung.

Im ersten Kapitel spricht Schneider über die bisher älteste deutschgeschriebene Argumentation für die Pressefreiheit; er hat sie in der Bayerischen Staatsbibliothek entdeckt. Den Kampf um das Erreichen der neuzeitlichen Pressefreiheit stellt er als chronische Auseinandersetzung um die Freiheit der „Öffentlichen Meinung" dar. Im zweiten Kapitel entwickelt er die Probleme der Kommunikation in der Gesellschaft. Fesselnd schildert er, wie der absolutistische Hof vergebens versuchte, den politischen Raum durch Versiegelung der „arcana imperii" gegen die Fachkenntnis der Kameralisten und Statisten abzuschirmen. Aus den „Statisten" entstanden die Publizisten, welche durch ihre Zeitschriften das Sichbilden einer räsonierenden Öffentlichkeit inaugurierten. In Ergänzung zu dem verdienstvollen, aber schwierig zu verstehenden Buch von Jürgen Habermas „Strukturwandel der Öffentlichkeit" (Neuwied 1962) verlangt Schneider, daß dieser Bereich deutlicher als bisher auszuleuchten sei. Zu begrüßen wäre es, wenn Schneider die weitere, über die Wendemarken 1848, 1918, 1933 und 1945 hinausgehende Entwicklung selbst schilderte.

Seine vorerst bis 1848 führende kommunikationsgeschichtliche Darlegung klärt exakt

über jene Argumente auf, die während des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts für oder gegen die Pressefreiheit vorgebracht worden sind. Nicht minder kritisch behandelt er die Ansätze zu deren gesetzlicher Gewährung. Im IV. Kapitel analysiert Schneider die Gründe, welche von der seit 1819 — d. h. infolge des Erlasses der unsinnigen Karlsbader Beschlüsse — wachsenden Schar der Befürworter der Pressefreiheit angeführt wurden. Die allzu späte Legitimierung der Presse als einer „vierten Staatsgewalt" dürfte er zu einseitig Robert von Mohl (*1799, †1875) zugeschrieben haben. Neben Mohl wären aus Süddeutschland in erster Linie Karl von Rotteck, Karl Th. Welcker und Ludwig Uhland zu nennen. Ihre Gegner, Männer wie Franz Adam Löffler und Rühle von Lilienstern, waren im Norden zu Hause.

Im zweiten Teil seines Buches befaßt sich Schneider mit jenen Entwicklungszügen der Geistesfreiheit, welche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts jenseits der Parlamentsreden und der Broschüren der liberalen Intellektuellen sichtbar wurden. Unter dem Eindruck des Planes Napoleons, Europa zugleich agitatorisch zu erobern, entstand eine vernünftigere Einstellung zu publizistischer Macht und politischer Journalistik an Deutschlands Höfen. Des überalterten Absolutismus Vertreter lernten von Bonaparte, das Gelernte gegen ihn anzuwenden. An Hand sorgfältig ausgewählter Beispiele demonstriert Schneider, wie die deutschen Fürstlichkeiten während der Befreiungskriege die für sie erreichbare Öffentlichkeit kurzerhand für ihre egoistischen Zwecke (Vergeltung) zu interessieren suchten. Gegen ihren Willen gaben sie Raum für ein keineswegs uneingeschränkt freiheitliches Geistesleben. Dies war eher literarisch (Karl Theodor Körner) denn politisch (Karl Freiherr vom Stein) oder publizistisch (Joseph von Görres) geprägt. In weiteren Abschnitten interpretiert Schneider die Funktion der Presse nunmehr an Hand liberaler Theorien. Ferner geht er auf die juristischen Hintergründe und die allerdings von ihren Erfindern nicht erwarteten staatspolitischen „Früchte" der Karlsbader Beschlüsse ein. Jenen Erlassen ist das Ende der Zensur dreißig Jahre später — und dies allein dank der Revolution — gefolgt.

Als Beispiel für die Diffizilität der von Schneider reflektierten Argumente nehme man seine Passagen über die Auseinandersetzung zwischen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Franz Adam Löffler. Franz Adam Löffler hat Hegels Staatslehre unter dem Gesichtspunkt einer „höchstmöglichen Rechtsverfassung der Sprache im Staate" in seinem Werk „Über die Gesetzgebung der Presse" (1837) weitergeführt. Ungeachtet allen Zögerns Hegels und Löfflers sind beide in ihrer Kommunikations-Theorie über die bereits zu ihrer Zeit verkrusteten Vorstellungen des „Arkanmodells" des Absolutismus hinausgegangen. Der Absolutismus hat die sich dennoch gegen ihn bildende bürgerliche Öffentlichkeit so fern wie möglich von Staat und Politik gehalten. Das „Bürgerpack" war am bequemsten als indigestaque moles ruhig und unten zu halten. Bei Hegel wie bei Löffler hingegen ward dem Individuum bereits aufgegeben, die „gewollte und gewußte Einheit" (wie Hegel sagt) zum Staat herzustellen. „Zwar hat der Bürger den Willen des Staates nicht mitzubestimmen, wohl aber hat er ihn mitzuwollen."

Bei näherem Untersuchen stellt sich der Entwurf Franz Adam Löfflers als das erste deutsche Modell eines publizistischen Totalitarismus dar. Seine Preßgesetzgebung sollte „hervorrufend und schaffend" wirken und nicht „immer negativ und immer beschränkend" angelegt sein, wie Gentz formulierte. Während des Vormärz wirkten Liberalismus (gemeinsam mit der demokratischen Bewegung) und verfrühte Auftriebe eines späteren Totalitarismus — ungeachtet aller naszenten Gegnerschaft — gleichzeitig. Durch das Einschalten beider Denkweisen wurde versucht, das vom Absolutismus verewigte politische Vakuum der bürgerlichen Öffentlichkeit auf verschiedenartige Weise abzulösen.

Damit hat Franz Schneider die Wurzeln der drei bisher erkennbaren Kommunikationsmodelle freigelegt. Es handelt sich um die Kommunikationsmodelle des Absolutismus, des Liberalismus und des Totalitarismus. Er hat ein Standardwerk zur Geschichte der Pressefreiheit und der aus ihr entspringenden „Öffentlichen Meinung" geschaffen.

Staatslenker, Politiker, Historiker und Publizisten, denen die vorangegangenen Werke Wilhelm Bauers „Die öffentliche

Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. — Ein Versuch" (Tübingen 1914) und „Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte" (Potsdam 1929) nicht erreichbar sind, sollten Franz Schneiders leicht zu verstehende Arbeit aufmerksam lesen. Sie ist als Ergänzung zu Friedrich Lenz' „Wesen und Werden der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur politischen Soziologie" (München 1956) zu benutzen. Wer sie in diesem Sinne liest, ist von Miltons „Areopagitica" (London 1644) bis zu Alphons Silbermanns soziologischer Exegetik der „Öffentlichen Meinung", niedergelegt in dem Bande „Bildschirm und Wirklichkeit. Presse und Fernsehen in Gegenwart und Zukunft" (Berlin—Frankfurt—Wien 1966) über deren problemreichen Komplex im Bilde.

Wie notwendig es ist, in diesem Sinne durchaus parat zu sein, das erläutert eine Passage aus Robert Musils von Experten für den bisher bedeutendsten deutschsprachigen Roman des 20. Jahrhunderts gehaltenen, dreibändigem Epos „Der Mann ohne Eigenschaften" (Berlin 1930, S. 246 bis 247). Im 40. Kapitel „Ein Fürst des Geistes wird verhaftet" heißt es schlichterdings: „Nun hat der ständige Aufenthalt in einem wohlgeordneten Staate aber durchaus etwas Gespenstisches; man kann weder auf die Straße treten, noch ein Glas Wasser trinken oder die Elektrische besteigen, ohne die ausgewogenen Hebel eines riesigen Apparates von Gesetzen und Beziehungen zu berühren...; man kennt die wenigsten von ihnen, die tief ins Innere greifen, während sie auf der anderen Seite sich in ein Netzwerk verlieren, dessen ganze Zusammensetzung überhaupt noch kein Mensch entwirrt hat; — man leugnet sie deshalb, so wie der Staatsbürger die Luft leugnet und von ihr behauptet, daß sie die Leere sei...; es kann den Menschen zuweilen eine Panik erfassen wie im willenlosen Traum, ein Bewegungssturm tollen sich Umsichschlagens wie ein Tier, das in den Mechanismus eines Netzes geraten ist. Eine solche Wirkung übten die Knöpfe des Schutzmanns... aus, und in diesem Augenblick schritt das Staatsorgan, das sich nicht in der gebührenden Weise geachtet fühlte, zur Verhaftung."

Prof. Dr. Wilmont Haacke

Im Mittelpunkt: der Arabismus

Hans Henle, Der neue Nahe Osten. Holsten Verlag, Hamburg, 392 S., Ln. 22,80 DM.

Ich möchte ein ungewöhnliches Buch empfehlen, eines der selten gewordenen politischen Bücher, die lesbar sind. Es ist das „Der neue Nahe Osten" von Hans Henle.

Man darf mit nur geringer Übertreibung behaupten, daß es eine Literatur über den Nahen Osten in deutscher Sprache nicht gibt. Was vorhanden ist, sind Monographien über dieses und jenes Land, über gewisse wirtschaftliche oder religiöse Fragen, aber was fehlt, ist eine befriedigende zusammenfassende Darstellung des gesamten Gebiets von der Türkei bis Südarabien und von Ägypten bis Marokko. Wie dringend erforderlich eine solche Darstellung ist, ergibt sich aus dem Buch Henles, denn er zeigt, wie unmöglich es ist, die peripherische Position der Türkei, Israels und Persiens zu verstehen, ohne den Mittelpunkt zu kennen, um den sich der Nahe Osten heute dreht: den Arabismus, dessen Fahnenträger Ägyptens Nasser ist und der den Hebel für eine große Anzahl von Pro- und Kontrabewegungen im Nahen Osten hergegeben hat. Auf Grund eines sehr umfangreichen, ausschließlich englischen und arabischen Materials gibt Henle diesem geistigen Zentrum des neuen Nahen Ostens das bisher ignorierte historische Relief, und es gelingt ihm, von hier aus die Situation sämtlicher anderen Länder von der Türkei bis Persien und Marokko verständlich zu machen.

Es ist mir sonst nicht ein einziges Buch in deutscher Sprache bekannt, dem dies gelungen wäre. Abgesehen von der Schwierigkeit, die gemeinsamen Koordinaten für das gewaltige politische und soziale Geschehen in diesem immensen geographischen Raum des Nahen Ostens zu finden, ist auch eine Geschichtskenntnis erforderlich, die man bei unseren Historikern nur äußerst selten antrifft. Was weiß man über Ägypten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, was über die französische Politik in Algier oder die Vertrauensbrüche, die sich England den Arabern gegenüber nach dem Ersten Weltkrieg zuschulden kommen ließ? Wer weiß, daß die gesamte arabische Welt 1920 als das „Jahr der Bitterkeit" bezeichnet und daß dieses Jahr zugleich das

Geburtsjahr aller jener Bewegungen und Gegenbewegungen ist, die wir in Ägypten, in Syrien, im Irak, in Persien, in Arabien, in Algier und Marokko in den letzten dreißig und vierzig Jahren erlebt haben?

Henle zeigt, welche Zusammenhänge zwischen diesen historischen und den heutigen aktuellen Vorgängen bestehen. Auch besitzt er, trotz aller Einfühlungsfähigkeit in die Situation der verschiedenen Nationen, eine solche Distanz zu seinem Objekt, daß seine Urteile niemals durch Vorurteile getrübt werden. Es gilt das selbst für die schwierige Darstellung Israels, die als die adäquateste in deutscher Sprache bezeichnet werden darf.

Würde es in unserer Zeit nach Verdiensten gehen und nicht nach der politischen Gesinnung und dem Konformismus, so würde dieses Buch Dr. Hans Henles genügen, um diesem zu einem Lehrstuhl für die Politik und die Geschichte des Nahen Ostens zu verhelfen.

L. L. Matthias

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

C. Wright Mills, Klassik der Soziologie. Eine polemische Auslese. Übersetzungen von Gernot Gather. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 512 S., Paperback 19,80 DM (Fischer Paperbacks).

Dino Del Bo, Die Krise der politischen Führungsschicht. Aus dem Italienischen übersetzt von Adolf Kohler, Rombach Verlag, Freiburg, 217 S., Ln. 23,— DM.

Heinz Laufer, Die demokratische Ordnung. Eine Einführung. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 205 S., kart. 11,80 DM.

Udo Steiner, Verfassungsgebung und verfassungsgebende Gewalt des Volkes. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 244 S., br. 44,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 34).

Joachim Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften. Eine Untersuchung zur Autonomie sozialer Verbände in der modernen Verfassungsordnung. Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 238 S., Linsonbd. 28,— DM (Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik, Bd. II).

Franz v. Baader, Sätze aus der erotischen Philosophie und andere Schriften. Herausgegeben von Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Insel Verlag, Frankfurt, 208 S., 7,— DM (Sammlung Insel, Bd. 19). — Als Bd. 20 erschien: Georg Forster, Über die Beziehung der Staatskunst auf das Glück der Menschheit und andere Schriften. Herausgegeben von Wolfgang Rödel (192 S., Ln. 6,— DM).

Interpretationen I—IV. Herausgegeben von Jost Schillemeit. Fischer Bücherei, Frankfurt, kart. je Band 3,80 DM. / Bd. I: Deutsche Lyrik von Weckherlin bis Benn. 339 S./ Bd. II: Deutsche Dramen von Gryphius bis Brecht. 339 S. / Bd. III: Deutsche Romane von Grimmelshausen bis Musil. 320 S. / Bd. IV: Deutsche Erzählungen von Wieland bis Kafka. 341 S. (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 695, 699, 716, 721). — Eine vorzüglich getroffene Auswahl, anregend zu lesen und unentbehrlich für die Beschäftigung mit der deutschen Literaturgeschichte.

Geschichte und Zeitgeschichte

Enzyklopädisches Handbuch zur Ur- und Frühgeschichte Europas. Herausgegeben von Jan Filip unter Mitwirkung zahlreicher Fachgelehrter und wissenschaftlicher Institutionen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Band I, 664 S., Lexikonformat, Ln., ermäßigter Subskriptionspreis bis zum Erscheinen des zweiten Bandes 94,— DM, späterer Preis des Gesamtwerkes 228,— DM.

Gotthold Rhode, Geschichte Polens. Ein Überblick. Zweite, durchgesehene Auflage der „Kleinen Geschichte Polens". Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, XVI, 523 S., Plastikbd. 25,40 DM. — Im gleichen Verlag erschien in der Reihe „Grundzüge", Bd. 5: Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes (179 S., 2 Karten, kart. 13,50 DM).

Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Neue Folge: Die Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618—1651. Herausgegeben von der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Bd. I: 1618 bis 1620. Bearbeitet von Georg Franz. Oldenbourg Verlag, München/Wien, XX, 494 S., br. 120,— DM.

Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten. Herausgegeben und eingeleitet von Eckart Kleßmann. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 376 S. mit Kartenskizzen, Zeittafel, Chronisten- und Quellenverzeichnis, Ln. 19,80 DM.

Barbara W. Tuchman, August 1914. Die dramatischen Ereignisse bei Ausbruch des 1. Weltkrieges. Heyne Verlag, München, 430 S. mit 37 Abb. 4,80 DM (Heyne Sachbuch, Bd. 53).

Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914—1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Droste Verlag, Düsseldorf, 330 S., Ln. 48,— DM (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4).

Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924—1926. Ein Beitrag zur Außenpolitik der Weimarer Republik. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, 216 S., kart. 35,— DM. — Es handelt sich um die erste gründliche Untersuchung der „Völkerbundsfrage", bei deren Vorbereitung dem Verfasser bisher unveröffentlichtes Aktenmaterial aus verschiedenen Archiven zur Verfügung stand. Ausführlich wird auf die Entstehungsgeschichte des Locarno-Protokolls (1925), die Diskussionen um eine stärkere „Westorientierung" der deutschen Politik und auch auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen (so den Berliner Vertrag zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich von 1926) eingegangen.

Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg. Erster Teil: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 464 S., 1 Faltkarte, Ln. 43,— DM (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 12). — Im deutschsprachigen Schrifttum liegt bisher keine ausführliche Arbeit über Vorgeschichte und Auswirkungen des Waffenstillstandes vom 22. Juni 1940 vor. Von besonderem Interesse ist ein Kapitel, in dem sich der Autor mit den deutschen territorialen und wirtschaftlichen Kriegszielen gegenüber Frankreich und seinem damals ausgedehnten Kolonialbesitz befaßt. Die Arbeit soll in absehbarer Zeit mit einem weiteren Band fortgesetzt werden.

Arthur M. Schlesinger, Die 1000 Tage Kennedys. Scherz Verlag, München, 928 S., Großoktav, Register, Ln. 38,— DM.

Theodor C. Sorensen, Kennedy. Piper Verlag, München, 751 S., Ln. 34,— DM.

Aktuelle Themen

Mao Tse-tung, Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt. Einleitender Essay von Sebastian Haffner. Rowohlt Verlag, Reinbek, 204 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 886).

Fritz Gordian, Italien. Ein politischer Reiseführer. Fischer Bücherei, Frankfurt, 137 S., kart. 2,20 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 746).

Peter Schwanse, Beschäftigungsstruktur und Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik 1950 bis 1963. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 115 S., br. 26,60 DM (Sonderheft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 74).

Wolfgang Michalski, Infrastruktur im Engpaß. Alternativen der Planung öffentlicher Investitionen auf der Grundlage einer Berechnung der verfügbaren Finanzmasse von Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahre 1970. Verlag Weltarchiv, Hamburg, 129 S., br. 14,50 DM (Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs).

Walter Hesselbach, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Der Beitrag der Gewerkschaften zu einer verbraucherorientierten Wirtschaftspolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 136 S., kart. 6,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 48).

Harold Rasch, Deutsches Konzernrecht. Dritte Auflage. Carl Heymanns Verlag, Köln, XVI, 358 S., Ln. 60,— DM. — Mit Schrifttumsverzeichnis und Sachregister.

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (IV)

Zweite Sitzung der Konferenz der Oberhäupter der Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens

Teheran, 29. November 1943

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr — Ende der Sitzung: 19.40 Uhr

ROOSEVELT: Mir ist nicht bekannt, was heute morgen auf der Beratung der Militärvertreter[1]) besprochen wurde. Deshalb schlage ich vor, daß uns Marschall Woroschilow, General Brooke und General Marshall über ihre Arbeit berichten.

STALIN: Ich bin einverstanden. Aber die Militärvertreter haben ihre Beratung anscheinend noch nicht beendet.

CHURCHILL: Ich halte es dennoch für nützlich, die Militärvertreter anzuhören.

BROOKE: Unsere heutige Beratung ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben in erster Linie die möglichen Kampfoperationen und ihre Beziehungen zueinander behandelt. Wir sprachen über die Operation „Overlord" und alle sich daraus ergebenden Folgen. Außerdem befaßten wir uns mit dem bis zur Durchführung der Operation „Overlord" verbleibenden Zeitraum. Wir berücksichtigten die Tatsache, daß wir bis zur Durchführung der Operation „Overlord" aktive Operationen im Mittelmeer unternehmen müssen, um die Deutschen daran zu hindern, ihre Truppen an die sowjetisch-deutsche Front oder nach Westen zur Abwehr der Operation „Overlord" zu werfen. Wir erwogen die Möglichkeit, unsere Operationen in Italien fortzusetzen, wo wir starke Kräfte konzentriert haben und deutsche Divisionen binden. Dann wandten wir uns der Frage des Ostens zu und untersuchten, ob der Eintritt der Türkei in den Krieg wünschenswert wäre und welche Folgen sich daraus sowohl für die Unterstützung unserer Kriegführung und für die Eröffnung eines Seeweges durch die Dardanellen zur Versorgung der Sowjetunion, als auch für den Zugang zum Balkan ergeben würden. Wir erwogen die möglichen Operationen in Südfrankreich in Verbindung mit der Operation „Overlord". Der Stabschef der britischen Luftstreitkräfte gab einen Uberblick über die gegen Deutschland gerichteten Operationen der britisch-amerikanischen Luftstreitkräfte und erläuterte ihre Auswirkung auf den gesamten Kriegsverlauf. General Marshall gab Zahlen über die in England konzentrierten amerikanischen Kräfte bekannt und sprach über die Vorbereitungen, die die britischen Truppen treffen, um von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Auch die Frage der Operation „Overlord" wurde untersucht. Marschall Woroschilow stellte einige Fragen die zu beantworten wir uns bemühten. Dabei legte Marschall Woroschilow den Standpunkt dar, den Marschall Stalin gestern auf der Beratung zu den für das kommende Jahr vorgesehenen Operationen geäußert hatte. Das wäre ungefähr alles, was wir heute morgen im Verlaufe unserer Sitzung besprechen konnten.

Möchte vielleicht General Marshall meine Ausführungen noch ergänzen?

MARSHALL: Ich habe den Worten General Brookes nur noch einiges hinzuzufügen. Die Information General Brookes war sehr ausführlich. Für die Amerikaner besteht das Pro-

[1]) Zu den Besprechungen der Militärvertreter vgl. die Aufzeichnungen in „Blätter", Heft 7/1966, S. 649 ff.

blem nicht im Mangel an Truppen, sondern im Mangel an Transportraum, speziellen Landungsmitteln und an Luftstützpunkten in der Nähe des Operationsraumes. Wenn ich von Landungsmitteln spreche, meine ich spezielle Landungsboote, von denen ein jedes bis zu 40 Panzern oder Autos befördern kann. Gerade die Anzahl solcher Schiffe ist begrenzt. Die Beförderung amerikanischer Truppen, Ausrüstungen und Munition nach England verläuft planmäßig. Es sind bereits eine Million Tonnen Ausrüstungen jeder Art in England eingetroffen. Die Zahl der Landungsmittel ist jedoch nach wie vor begrenzt. Deshalb wurde unser Plan für die Produktion von Landungsmitteln sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in England erweitert. Die beschleunigte Produktion wird uns mehr Landungsmittel für die Invasion über den Kanal und für die Operationen im Mittelmeer zur Verfügung stellen. Kurz gesagt, die Vorbereitung der Operation „Overlord" verläuft planmäßig, da es uns ja nicht an Truppen und Versorgungsgütern mangelt. Das Problem besteht hauptsächlich im Mangel an Transportraum und in der Verteilung der Landungsmittel. Wie General Brooke erläuterte, wurden aus Italien bereits einige Divisionen abgezogen.

WOROSCHILOW: Die Informationen General Brookes und General Marshalls entsprechen unserer Unterredung von heute morgen. Meine Fragen betrafen die Präzisierung der technischen Vorbereitung für die Operation „Overlord". Sie wurden so beantwortet, wie General Marshall soeben ausführte. Genaue Termine für die Operation „Overlord" und alle damit zusammenhängenden Einzelheiten festzulegen, haben wir nicht versucht; denn wir waren der Meinung, daß man diese Fragen auf unserer nächsten Beratung, falls sie stattfinden sollte, berücksichtigen könne.

STALIN: Wenn es erlaubt ist, möchte ich um die Beantwortung der Frage bitten, wer die Operation „Overlord" befehligen wird.

ROOSEVELT: Diese Frage ist noch nicht entschieden.

STALIN: Dann wird aus der Operation „Overlord" nichts werden. Wer trägt denn die moralische und militärische Verantwortung für die Vorbereitung und die Durchführung der Operation „Overlord"? Wenn das nicht bekannt ist, ist die Operation „Overlord" nur Geschwätz.

ROOSEVELT: Für die Vorbereitung der Operation „Overlord" ist der englische General Morgan verantwortlich.

STALIN: Und wer trägt die Verantwortung für die Durchführung der Operation „Overlord"?

ROOSEVELT: Wir kennen alle, die an der Durchführung dieser Operation teilnehmen werden, mit Ausnahme des Oberbefehlshabers.

STALIN: Es kann also eintreten, daß General Morgan die Vorbereitung der Operation für abgeschlossen hält, während der Befehlshaber, der die Durchführung dieser Operation zu verantworten hat, nach seiner Ernennung dessen Meinung nicht teilt. Für die Vorbereitung und die Durchführung dieser Operation muß ein Mann verantwortlich sein.

CHURCHILL: Die vorher erforderlichen Vorbereitungen wurden General Morgan übertragen.

STALIN: Wer hat sie General Morgan übertragen?

CHURCHILL: General Morgan erhielt vor einigen Monaten von dem Vereinigten Britisch-Amerikanischen Stab unter Zustimmung des Präsidenten und mit meiner Einwilligung diesen Auftrag. Er wurde beauftragt, gemeinsam mit dem amerikanischen und dem britischen Stab die Operation „Overlord" vorzubereiten. Der Oberbefehlshaber wurde jedoch noch nicht ernannt. Die britische Regierung erklärte sich bereit, ihre Kräfte dem Kommando eines amerikanischen Oberbefehlshabers für die Operation „Overlord" zu unterstellen, da die Vereinigten Staaten die Verantwortung für die Konzentration und Ergänzung der Truppen tragen und die Anzahl ihrer Truppen überwiegt. Andererseits

schlug die britische Regierung vor, einen britischen Oberbefehlshaber für die Operationen im Mittelmeerraum zu benennen, weil hier die englischen Truppen überwiegen. Die Frage der Ernennung des Oberbefehlshabers kann man auf einer so ausgedehnten Besprechung wie der heutigen nicht entscheiden. Diese Frage müssen die drei Regierungsoberhäupter allein, im engen Kreis lösen. Wie mir der Präsident soeben gesagt hat, und ich unterstützte das, wird die Ernennung des Oberbefehlshabers von den Verhandlungen abhängen, die wir hier führen.

STALIN: Ich möchte richtig verstanden werden. Die Russen beanspruchen nicht, an der Ernennung des Oberbefehlshabers teilzuhaben, sie möchten jedoch wissen, wer Oberbefehlshaber sein wird. Die Russen wünschen, daß er möglichst schnell ernannt werden möge und sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung der Operation „Overlord" verantwortlich sein wird.

CHURCHILL: Wir stimmen dem, was Marschall Stalin sagte, voll und ganz zu. Und ich glaube, der Präsident wird meiner Meinung sein, daß wir den Oberbefehlshaber in zwei Wochen ernennen und seinen Namen bekanntgeben werden. Auch die Ernennung des Oberbefehlshabers ist Aufgabe der Konferenz.

STALIN: Zu den Ausführungen Brookes und Marshalls habe ich keine Fragen.

CHURCHILL: Die Anzahl und die Kompliziertheit der Probleme, die vor uns stehen, beunruhigen mich ein wenig. Diese Beratung ist einzig in ihrer Art. Millionen Menschen setzen ihre Hoffnungen und richten ihre Blicke auf diese Konferenz, und ich wünsche sehr, daß wir nicht eher auseinandergehen werden, bevor wir nicht in den uns zur Lösung übertragenen politischen und militärischen Fragen Übereinstimmung erzielt haben. Heute möchte ich auf einige Punkte verweisen, die in der Unterkommission geprüft werden müssen. Der britische Stab und ich haben uns lange Zeit mit der Lage im Mittelmeer befaßt, wo wir eine bedeutende Armee stationiert haben. Wir wollen, daß diese Armee während des ganzen Jahres aktiv kämpft und nicht durch irgendwelche Faktoren zur Untätigkeit gezwungen wird. Deshalb bitten wir unsere russischen Verbündeten, dieses gesamte Problem und die verschiedenen Alternativen zu prüfen, die wir ihnen hinsichtlich des besten Einsatzes unserer im Mittelmeer stationierten Truppen vorschlagen werden. Es handelt sich um drei Fragen, die im einzelnen untersucht werden müssen. Die erste dieser Fragen besteht natürlich darin, wie man die Operation „Overlord" unter Einsatz der im Mittelmeerraum stationierten Kräfte unterstützten kann. Gemeint ist, welchen Umfang die Operationen in Südfrankreich annehmen sollen, die von Norditalien aus geplant sind. Darüber habe ich mich gestern mit dem Präsidenten unterhalten. Ich glaube nicht, daß diese Frage erschöpfend genug behandelt wurde, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Ich würde eine Prüfung dieser Frage durch unsere Stäbe vom Standpunkt ihrer Dringlichkeit begrüßen. In diesem Zusammenhang hat Marschall Stalin die Wichtigkeit der Umgehungsoperation in Südfrankreich mit Recht betont. Der Zeitpunkt ist von Bedeutung. Wenn man an einer Stelle Operationen mit geringen Kräften unternimmt, an anderer Stelle jedoch Operationen mit stärkeren Kräften, so werden die ersteren zum Scheitern verurteilt sein. Unsere Stäbe müssen Operationen in größerem Rahmen erwägen. Ich wünsche mir nur eine ausreichende Anzahl von Landungsmitteln im Mittelmeer, um zwei Divisionen befördern zu können. Mit zwei Divisionen könnten wir eine Operation zur Unterstützung der entlang der Halbinsel Italien vorrückenden britisch-amerikanischen Truppen unternehmen, um die dort befindlichen Kräfte des Gegners zu vernichten. Es gibt noch eine zweite Möglichkeit, diese Kräfte einzusetzen. Sie würden zur Besetzung der Insel Rhodos ausreichen, falls die Türkei in den Krieg eintreten würde. Drittens ist die Möglichkeit gegeben, diese Kräfte, nach Abzug der Verluste, in sechs Monaten zur Unterstützung der Operation „Overlord" in Südfrankreich einzusetzen. Keine dieser Möglichkeiten ist ausgeschlossen. Wichtig ist jedoch die Frage des Zeitpunktes. Der Einsatz dieser beiden Divisionen, ganz gleich, für welche der drei von mir genannten Operationen im Mittelmeerraum sie Verwendung finden werden, muß eine Verzögerung der Operation „Overlord" oder den Abzug eines Teiles der Landungsmittel aus dem Bereich des Indischen Ozeans zur Folge haben. Darin besteht unser Dilemma. Um uns für einen Weg zu entscheiden, möchten wir den Standpunkt Marschall Stalins zur

allgemeinen strategischen Lage hören, denn die Kriegserfahrungen unserer russischen Verbündeten versetzen uns in Begeisterung. Ich würde vorschlagen, daß unsere Militärkommission die Prüfung meiner Fragen morgen fortsetzt.

Das nächste Problem, zu dem ich sprechen möchte, trägt eher politischen als militärischen Charakter, da die militärischen Kräfte, die wir für seine Lösung aufzubieten gedenken, unbedeutend sein werden. Es handelt sich um den Balkan. Auf dem Balkan stehen 21 deutsche Divisionen, nicht gerechnet die Garnisonstruppen. Von den 21 Divisionen haben die Deutschen 54 000 Mann auf den Ägäischen Inseln konzentriert. Außerdem befinden sich noch mindestens 12 bulgarische Divisionen auf dem Balkan. Insgesamt verfügt also der Gegner auf dem Balkan über 42 Divisionen. Falls die Türkei in den Krieg eintreten würde, müßten die Bulgaren ihre Truppen an die Front nach Thrakien gegen die Türkei werfen. Das würde die Gefahr für die deutschen Divisionen auf dem Balkan erhöhen. Ich habe diese Zahlen angeführt, um die große Bedeutung dieses Faktors auf dem Balkan zu zeigen; denn wir beabsichtigen nicht, unsere regulären Divisionen dorthin zu schicken. Wir wollen uns dort nur auf Angriffe kombinierter Truppen beschränken. Wir haben weder Interesse am Balkan noch ehrgeizige Bestrebungen. Wir wollen lediglich die 21 deutschen Divisionen auf dem Balkan binden und nach Möglichkeit vernichten. Deshalb schlage ich vor, daß die beiden Außenminister und der vom Präsidenten ernannte Vertreter zur Erörterung der politischen Seite dieser Frage heute zusammenkommen. Wir sind bestrebt, mit unseren russischen Verbündeten Hand in Hand zu arbeiten. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, dann wird man sie im engen Kreis klären können. Die militärischen Fragen können später erörtert werden.

Ich komme jetzt zur nächsten Frage — zur Türkei. Wir Engländer sind Verbündete der Türkei. Wir haben die Verantwortung übernommen, die Türkei bis Weihnachten zum Kriegseintritt zu bewegen. Wünscht der Präsident, sich uns anzuschließen, oder möchte er die führende Rolle übernehmen, werden wir einverstanden sein. Zur Realisierung des auf der Moskauer Konferenz gefaßten Beschlusses brauchen wir jedoch die volle Unterstützung Marschall Stalins. Im Namen der britischen Regierung kann ich erklären, daß sie bereit ist, die Türkei zu warnen, den Vorschlag über ihren Kriegseintritt nicht anzunehmen, weil das ernsthafte politische Folgen für sie haben und sich auf ihre Rechte hinsichtlich des Bosporus und der Dardanellen auswirken könnte. Heute morgen hat die aus unseren Generälen bestehende Militärkommission die militärische Seite des türkischen Problems behandelt, das eher ein politisches als ein militärisches Problem ist. Wir gedenken, bei Kriegseintritt der Türkei nicht mehr als zwei bis drei Divisionen für die Operation im türkischen Gebiet bereitzustellen, abgesehen von den Luftstreitkräften, die außerdem daran teilnehmen werden.

Ich habe einige Fragen gestellt, die hauptsächlich politischen Charakter tragen. Zum Beispiel die Frage: Wie steht die Sowjetregierung zu Bulgarien, ist sie geneigt, Bulgarien als ihren Feind zu betrachten, falls die Türkei Deutschland den Krieg erklären und Bulgarien in die Türkei einfallen würde? Das würde eine starke Wirkung auf Bulgarien haben. Es gibt noch andere politische Fragen. Ich schlage vor, daß die beiden Außenminister und der vom Präsidenten ernannte Vertreter diese Frage prüfen und uns die Antwort übermitteln, wie man die Türkei zum Kriegseintritt veranlassen könnte und welche Folgen sich daraus ergeben würden. Diese Folgen werden meiner Meinung nach ungeheuer und die Möglichkeiten entscheidend sein. Erklärt die Türkei Deutschland den Krieg, ist das als ein gewaltiger Schlag gegen das deutsche Volk zu werten. Wenn wir es dann verstehen werden, diesen Faktor richtig auszunutzen, wird die Neutralisierung Bulgariens perfekt sein. Was die anderen Balkanländer angeht, so sucht Rumänien schon jetzt ein Land, vor dem es kapitulieren könnte. In Ungarn herrscht ebenfalls Verwirrung. Für uns ist es Zeit, zu ernten. Wir müssen jetzt den Preis für diese Ernte zahlen, falls wir es für zweckmäßig erachten. Ich schlage vor, daß diese Fragen von den drei Vertretern unserer Länder erörtert werden. Sie können uns nach erfolgter Prüfung sagen, was zur Entlastung Rußlands und zur Sicherung des Erfolges der Operation „Overlord" zu tun ist.

STALIN: Was die beiden Divisionen anbetrifft, die Herr Churchill zur Unterstützung der Türkei und der Partisanen einsetzen will, gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenhei-

ten in dieser Frage. Die Bewilligung der beiden Divisionen und die Unterstützung der Partisanen sind nach unserer Meinung sehr wichtig. Wenn wir hier jedoch militärische Probleme behandeln wollen, halten wir die Operation „Overlord" für die wichtigste und entscheidende Frage.

Mein Wunsch geht dahin, daß der Militärkommission eine bestimmte Aufgabe übertragen wird. Ich schlage deshalb vor, ihr ganz bestimmte Direktiven zu geben, in deren Rahmen sie arbeiten könnte. Natürlich benötigen die Russen Unterstützung. Ich möchte erklären, daß wir, was unsere Unterstützung anbetrifft, von denen Hilfe erwarten, die verpflichtet sind, vorgesehene Operationen durchzuführen. Und wir hoffen auf wirkliche Unterstützung.

Wie sollen nun die Direktiven für die Militärkommission aussehen? Sie müssen solche Bedingungen vorsehen, daß der Zeitpunkt der Operation „Overlord" nicht hinausgeschoben wird und der Monat Mai als äußerster Termin für die Durchführung dieser Operation gewahrt bleibt. Die zweite Direktive muß, dem Wunsche der Russen entsprechend, die Unterstützung der Operation „Overlord" durch eine Landung in Südfrankreich vorsehen. Sollte es nicht möglich sein, zwei bis drei Monate vor Beginn der Operation „Overlord" Truppen in Südfrankreich zu landen, dann müßte es vielleicht gleichzeitig mit der Operation „Overlord" geschehen. Falls Transportschwierigkeiten eine Landung in Südfrankreich zur Zeit der Operation „Overlord" nicht zulassen sollten, müßte man diese Operation in Südfrankreich einige Zeit nach Beginn der Operation „Overlord" durchführen. Ich bin der Meinung, daß die Landung in Südfrankreich eine Hilfsoperation für „Overlord" darstellen würde. Diese Operation würde den Erfolg „Overlords" garantieren, während die Operation zur Einnahme Roms ein Ablenkungsmanöver wäre. Die dritte Direktive würde der Kommission vorschreiben, schnellstens den Oberbefehlshaber für die Operation „Overlord" zu ernennen. Es wäre besser, diese Fragen während unseres jetzigen Aufenthaltes in Teheran zu lösen. Ich sehe auch keinen Grund, weshalb das nicht möglich sein sollte. Solange der Oberbefehlshaber nicht ernannt ist, verspricht die Operation „Overlord" unserer Meinung nach keinen Erfolg. Die Ernennung des Oberbefehlshabers ist Aufgabe der Engländer und Amerikaner. Aber wir Russen möchten wissen, wer es sein wird. Das wären die drei Direktiven für die Militärkommission. Wenn die Kommission im Rahmen dieser Direktiven arbeiten würde, könnte ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein und schneller abgeschlossen werden. Ich bitte die Konferenz, diese meine Erwägungen zu berücksichtigen.

ROOSEVELT: Es war für mich interessant zu hören, was hier, beginnend mit der Operation „Overlord" bis zur Frage der Türkei, gesagt wurde. Ich messe den Terminen große Bedeutung bei. Falls über die Operation „Overlord" Einstimmigkeit herrscht, müssen wir uns über den Termin dieser Operation einigen.

Man könnte die Operation „Overlord" in der ersten Maiwoche oder etwas später durchführen. Eine Verzögerung der Operation „Overlord" würde eintreten, wenn wir ein oder zwei Operationen im Mittelmeer durchführen würden, bei denen wir Landungsmittel und Flugzeuge einsetzen müßten. Sollte eine Expedition im östlichen Teil des Mittelmeeres stattfinden und erfolglos verlaufen, müßten wir zusätzliche Versorgungsgüter und Truppen dorthin schicken. Dann könnten wir mit der Operation „Overlord" nicht zum festgesetzten Termin beginnen.

STALIN: Die Deutschen haben acht Divisionen gegen Jugoslawien eingesetzt, von denen fünf in Griechenland stehen. In Bulgarien befinden sich drei bis vier deutsche Divisionen und in Italien neun.

CHURCHILL: Unsere Zahlen unterscheiden sich von diesen Angaben.

STALIN: Ihre Zahlen stimmen nicht. In Frankreich verfügen die Deutschen über 25 Divisionen.

ROOSEVELT: Unsere Stäbe müssen Pläne zur Bindung der deutschen Truppen auf dem Balkan ausarbeiten. Diese Pläne müssen so aussehen, daß die Operationen, die wir zu diesem Zweck unternehmen werden, der Operation „Overlord" nicht schaden.

STALIN: Richtig.

CHURCHILL: Als ich von den Maßnahmen gegen den Balkan sprach, meinte ich nicht den Einsatz starker Kräfte für diese Zwecke.

STALIN: Es wäre gut, könnte die Operation „Overlord" im Mai, sagen wir am 10., 15. oder 20. Mai durchgeführt werden.

CHURCHILL: Diese Verpflichtung kann ich nicht eingehen.

STALIN: Sollte die Operation „Overlord" erst im August stattfinden, wie Churchill gestern bemerkte, wird sie infolge des in dieser Zeit herrschenden ungünstigen Wetters scheitern. Die geeignetsten Monate für „Overlord" wären April und Mai.

CHURCHILL: Offenbar gehen unsere Ansichten gar nicht so sehr auseinander, wie es scheinen mag. Ich bin bereit, alles in der Macht der britischen Regierung Stehende zu tun, um die Operation „Overlord" möglichst bald durchführen zu können. Ich glaube jedoch nicht, daß man die vielen Möglichkeiten im Mittelmeer so völlig ungenutzt verstreichen lassen sollte, als hätten sie keine Bedeutung, nur weil ihre Wahrnehmung die Realisierung der Operation „Overlord" zwei bis drei Monate hinauszögern würde.

STALIN: Die Operationen im Mittelmeer, von denen Churchill sprach, sind nur Ablenkungsmanöver. Ich negiere die Bedeutung dieser Angriffe keinesfalls.

CHURCHILL: Die zahlenmäßig starken britischen Truppen dürfen unserer Meinung nach nicht sechs Monate lang untätig sein. Sie müssen gegen den Feind eingesetzt werden. Mit Unterstützung der amerikanischen Verbündeten hoffen wir, die deutschen Divisionen in Italien zu vernichten. Wir können in Italien nicht länger abwarten. Das würde unseren ganzen Feldzug zum Scheitern verurteilen. Wir müssen unseren russischen Freunden zu Hilfe kommen.

STALIN: Nach Churchills Worten zu urteilen, würden die Russen von den Engländern fordern, untätig zu sein.

CHURCHILL: Schiffe aus dem Mittelmeerraum abzuziehen hieße, den Umfang der Operationen in diesem Bereich erheblich einschränken. Marschall Stalin erinnert daran, daß auf der Moskauer Konferenz Voraussetzungen festgelegt wurden, unter denen die Operation „Overlord" gelingen könnte. Diese Voraussetzungen ziehen in Betracht, daß sich bei Beginn der Invasion höchstens 12 deutsche bewegliche Divisionen in Frankreich befinden und die Deutschen innerhalb von 60 Tagen nicht in der Lage sein werden, mehr als 15 Divisionen zur Auffüllung ihrer Truppen nach Frankreich zu werfen. Hier liegt kein Fehler vor, denn diese Voraussetzungen sind die Grundlage, auf der die Operation „Overlord" basiert. Wir müssen in Italien, auf dem Balkan und in der Türkei, falls sie in den Krieg eintritt, soviel deutsche Divisionen wie nur möglich binden. An der italienischen Front stehen uns aus Frankreich abgezogene deutsche Divisionen gegenüber. Sind wir an der italienischen Front passiv, können die Deutschen ihre Divisionen wieder nach Frankreich bringen. Das würde der Operation „Overlord" schaden. Um hier eine genügende Anzahl deutscher Divisionen zu binden, müssen wir den Gegner in Kämpfe verwickeln und unsere Front in Italien in einem aktiven Zustand halten.

Was die Türkei betrifft, bestehe auch ich auf ihrem Kriegseintritt. Wenn sie nicht einwilligen wird, ist nichts zu machen. Sollte sie aber einverstanden sein, werden wir die

türkischen Luftstützpunkte in Anatolien benutzen und die Insel Rhodos besetzen. Für diese Operation würde eine Angriffsdivision ausreichen. Später können wir die Garnison auf der Insel belassen. Sobald wir Rhodos besetzt und die türkischen Stützpunkte erhalten haben, können wir die deutschen Garnisonen von den anderen Inseln des Ägäischen Meeres vertreiben und den Seeweg durch die Dardanellen freimachen. Diese Operation wird begrenzt sein, und sie wird keine große Anzahl von Truppen erfordern. Falls die Türkei in den Krieg eintreten und die Insel Rhodos von uns besetzt würde, wäre unsere Überlegenheit in diesem Raum gesichert. Alle Inseln im Ägäischen Meer würden von nun an uns gehören. Tritt die Türkei jedoch nicht in den Krieg ein, soll uns das nicht traurig stimmen. Ich werde dann nicht um die Bereitstellung von Truppen zur Eroberung der Insel Rhodos und der anderen im Ägäischen Meer gelegenen Inseln nachsuchen. Allerdings würde das auch Deutschland keinen Kummer bereiten, denn es könnte diesen Raum weiterhin beherrschen. Bei Kriegseintritt der Türkei könnten unsere zur Verteidigung in Ägypten stationierten Truppen und Luftstreitkräfte vorgeschoben werden. Nach der Eroberung der Ägäischen Inseln könnten wir die erwähnten Kräfte im Raum nördlich von Ägypten einsetzen. Ich schlage vor, diese Frage gründlich zu untersuchen. Die eventuelle Weigerung der Türkei, in den Krieg einzutreten, wäre für uns ein Nachteil, da Deutschland nach wie vor Herr in diesem Raume sein würde. Ich wünsche, daß wir bei Kriegseintritt der Türkei so schnell wie möglich die untätigen Truppen und Flugzeuge, die in Ägypten stehen, einsetzen. Es hängt natürlich alles von den Landungsmitteln ab. Schwierigkeiten ergeben sich bei der Beförderung der Truppen übers Meer. Ich bin jederzeit bereit, alle Einzelheiten mit den Alliierten zu erwägen. Ausschlaggebend ist jedoch die Anzahl der Landungsmittel. Wenn die Landungsmittel zum Schaden der Operation „Overlord" im Mittelmeer oder im Indischen Ozean verbleiben, ist der Erfolg der Operation „Overlord" und der Operation in Südfrankreich in Frage gestellt. Für die Operation in Südfrankreich werden wir eine größere Anzahl von Landungsmitteln benötigen. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Schließlich halte ich es für annehmbar und stimme im Namen der britischen Regierung zu, Direktiven für die Militärkommission auszuarbeiten. Ich schlage vor, daß wir gemeinsam mit den Amerikanern eigene Vorschläge über die Direktiven der Kommission aufstellen. Ich glaube, unsere Ansichten dürften mehr oder weniger übereinstimmen.

STALIN: Wie lange wollen wir in Teheran bleiben?

CHURCHILL: Ich bin bereit, nicht zu essen, solange die Direktiven nicht vorliegen werden.

STALIN: Ich meine, wann wir unsere Konferenz zu beenden gedenken.

ROOSEVELT: Solange Marschall Stalin in Teheran sein wird, werde auch ich bleiben.

CHURCHILL: Wenn es notwendig wäre, würde ich immer in Teheran bleiben.

STALIN: Ich möchte gern erfahren, wieviel französische Divisionen es zur Zeit gibt?

ROOSEVELT: Es sollen elf französische Divisionen ausgerüstet werden. Davon wurden gegenwärtig erst fünf aufgestellt, aber in Kürze werden vier weitere folgen.

STALIN: Befinden sich diese französischen Divisionen im Einsatz oder nicht?

ROOSEVELT: Eine Division kämpft in Italien, eine oder zwei befinden sich auf Korsika und Sardinien.

STALIN: Wie gedenkt das Kommando, diese französischen Divisionen einzusetzen?

MARSHALL: Das französische Korps soll in die fünfte Armee eingegliedert werden, die an der linken Flanke in Italien kämpft. Eine Division wird gegenwärtig an die italienische Front gebracht, wo sie ihre Feuertaufe erhalten wird. Die Frage des zweckmäßigsten Einsatzes der französischen Divisionen wird später gelöst werden. Von der für die Ausbildung dieser Divisionen erforderlichen Zeit wird es abhängen, wann die vier weiteren französischen Divisionen ausgerüstet sein werden.

STALIN: Handelt es sich hier um Divisionen nach französischem Muster?

MARSHALL: Es sind Divisionen nach amerikanischem Muster, sie bestehen aus je 15 000 Mann. Die Mehrheit der Soldaten sind keine Franzosen. Die Mannschaften der Panzerdivisionen bestehen zu Dreivierteln aus Franzosen, der Rest sind Afrikaner.

ROOSEVELT: Ich möchte einige Worte sagen. Wenn wir drei unserer Militärkommission Direktiven erteilen, müßte sie nach meinem Dafürhalten alle Fragen erörtern können.

STALIN: Eine Militärkommission ist nicht notwendig. Wir können alle Fragen hier auf der Konferenz lösen. Notwendig ist, die Frage des Zeitpunktes, des Oberbefehlshabers und der Notwendigkeit einer Hilfsoperation in Südfrankreich zu klären. Für uns Russen ist die Zeit des Aufenthaltes in Teheran begrenzt. Wir könnten bis zum 1. Dezember hierbleiben, müßten aber am 2. Dezember abreisen. Der Präsident wird sich erinnern, daß wir uns auf drei bis vier Tage geeinigt hatten.

ROOSEVELT: Ich glaube, daß mein Vorschlag die Arbeit des Stabes vereinfachen wird. Die Militärkommission sollte die Operation „Overlord" zur Grundlage nehmen. Sie müßte ihre Vorschläge für die Hilfsoperationen im Mittelmeer unterbreiten und dabei beachten, daß diese Operationen die Durchführung der Operation „Overlord" hinauszögern könnten.

STALIN: Die Russen möchten den Termin für den Beginn der Operation „Overlord" erfahren, um ihren Schlag gegen die Deutschen vorbereiten zu können.

ROOSEVELT: Der Zeitpunkt für die Operation „Overlord" ist in Quebec[2]) festgelegt worden. Nur sehr wesentliche Veränderungen der Situation würden eine Veränderung des festgelegten Termins für diese Operation rechtfertigen.

CHURCHILL: Ich habe soeben die Direktiven zur Kenntnis genommen, die auf Vorschlag des Präsidenten der Kommission übergeben werden sollen. Diesen Vorschlag des Präsidenten bitte ich, durchdenken zu dürfen. Obwohl ich keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage sehe, möchte ich doch den Vorschlag des Präsidenten in Ruhe erwägen. Ich freue mich sehr, bis zum 1. Dezember in Teheran sein zu dürfen und am 2. Dezember abzureisen. Mir ist jedoch nicht klar, ob der Präsident vorschlägt, eine Militärkommission zu bilden, oder ob er sie nicht für notwendig hält. Denn Marschall Stalin hat beantragt, ohne Kommission auszukommen. Ich persönlich wäre für diese Kommission.

Zur Festlegung des Termins für die Operation „Overlord" möchte ich sagen: Sollte entschieden werden, die strategischen Fragen in der Militärkommission zu untersuchen...

STALIN: Wir fordern keine Untersuchung.

ROOSEVELT: Wir wissen alle, daß zwischen uns und den Engländern keine großen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich bin gegen eine Verzögerung der Operation „Over-

---

[2]) In Quebec (Kanada) berieten Roosevelt und Churchill vom 14. bis 24. August 1943 die militärische Lage.

lord", während Herr Churchill mehr die Wichtigkeit der Operationen im Mittelmeer hervorhebt. In diesen Fragen dürfte sich die Militärkommission auskennen.

STALIN: Wir können diese Fragen selbst entscheiden, denn wir besitzen mehr Rechte als die Militärkommission. Wenn ich eine unvorsichtige Frage stellen dürfte, dann möchte ich gern von den Engländern erfahren, ob sie an die Operation „Overlord" glauben oder nur davon reden, um die Russen zu beruhigen.

CHURCHILL: Sobald die auf der Moskauer Konferenz festgelegten Voraussetzungen gegeben sind, werden wir uns, davon bin ich fest überzeugt, bei Beginn der Operation „Overlord" verpflichtet fühlen, alle nur möglichen Kräfte gegen die Deutschen einzusetzen.

ROOSEVELT: Wir verspüren bereits großen Hunger. Deshalb würde ich vorschlagen, unsere Sitzung zu unterbrechen, um an dem Essen teilzunehmen, das Marschall Stalin uns zu Ehren gibt. Ich schlage vor, daß unsere Militärkommission ihre Beratung morgen früh fortsetzt.

STALIN: Die Beratung der Militärkommission ist nicht notwendig. Sie ist nutzlos. Nicht die Beratung der Militärfachleute kann unsere Arbeit beschleunigen, sondern nur wir selbst.

CHURCHILL: Wäre es nicht besser, wenn wir, der Präsident und ich, unsere Standpunkte miteinander abstimmen und Ihnen dann unseren gemeinsamen Standpunkt mitteilen würden?

STALIN: Das würde unsere Arbeit beschleunigen.

CHURCHILL: Und wie verbleiben wir mit der Kommission, die sich aus Hopkins und den beiden Außenministern zusammensetzen soll?

STALIN: Auch diese Kommission brauchen wir nicht. Wenn aber Herr Churchill darauf bestehen sollte, sind wir mit ihrer Bildung einverstanden.

ROOSEVELT: Morgen könnten Hopkins, Molotow und Eden während des Frühstücks eine Unterredung haben.

STALIN: Wie wird unsere morgige Arbeit aussehen? Werden die Vorschläge Churchills und Roosevelts fertig vorliegen?

ROOSEVELT: Die Vorschläge werden fertig sein, und ich möchte vorschlagen, daß ich, Churchill und Marschall Stalin morgen um halb zwei das Frühstück einnehmen und alle Fragen diskutieren werden.

CHURCHILL: Das wäre also unser Programm für morgen.

STALIN: Einverstanden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Genfer Predigt Dr. Martin Luther Kings

Die nachfolgend abgedruckte Predigt wollte Dr. Martin Luther King am 17. Juli 1966 in der Genfer Saint-Pierre-Kathedrale halten. Zu dem ökumenischen Gottesdienst waren so viele Menschen gekommen, die den bekannten Negerpfarrer hören wollten, daß die Kathedrale nicht genügend Platz bot. Aber Dr. Martin Luther King erschien nicht; die Predigt wurde vom Band gespielt. In den Negervierteln von Chicago war es zu Rassenkrawallen gekommen, bei denen Menschen getötet, verletzt, Häuser in Brand gesteckt und geplündert wurden. Deshalb war der Pfarrer in Chicago geblieben. In seinem Absagetelegramm nannte er als Grund „seine vordringlichen Verantwortlichkeiten gegenüber der Gesellschaft in diesen revolutionären Zeiten".

D. Red.

> Welcher ist unter euch, der einen Freund hat und ginge zu ihm um Mitternacht und spräche zu ihm: „Lieber Freund, leihe mir drei Brote; denn es ist mein Freund zu mir gekommen auf der Reise, und ich habe nichts, was ich ihm vorlege"?
>
> Lukas 11, 5—6 (Luth. Bibel)

Obwohl es in diesem Gleichnis um die Macht des beharrlichen Gebets geht, kann es uns auch als Grundlage dafür dienen, über viele Probleme der heutigen Zeit und die Rolle, die der Kirche in der Auseinandersetzung mit ihnen zufällt, nachzudenken. Es ist Mitternacht im Gleichnis; es ist auch Mitternacht in unserer Welt, und die Dunkelheit ist so tief, daß wir kaum den Weg, den wir einschlagen sollen, erkennen können.

Es ist Mitternacht in gesellschaftlicher Hinsicht. Auf internationaler Ebene sehen wir Völker in einem riesenhaften und erbitterten Ringen um die Vorherrschaft verwickelt. Zwei Weltkriege sind in einer Generation ausgefochten worden, und die Wolken eines weiteren Krieges hängen gefährlich tief. Der Mensch hat jetzt eine atomare und nukleare Waffe, die innerhalb Sekunden die größeren Städte der Welt vollständig zerstören könnte. Doch das Wettrüsten geht weiter, und Kernwaffenversuche finden noch immer in der Atmosphäre statt, mit der düsteren Aussicht, daß die Luft, die wir atmen, durch den radioaktiven Niederschlag vergiftet werden wird. Werden diese Umstände und diese Waffen die Vernichtung der menschlichen Rasse mit sich bringen?

Als die Mitternacht uns in gesellschaftlicher Hinsicht umgab, haben wir uns in der Vergangenheit um Hilfe an die Wissenschaft gewandt. Und es geschah ein kleines Wunder! Bei so vielen Gelegenheiten hat uns die Wissenschaft geholfen. Als wir in die Mitternacht der physischen Grenze und der materiellen Schwierigkeiten geraten waren, hob uns die Wissenschaft an den hellen Morgen der körperlichen und materiellen Annehmlichkeiten empor. Als wir in die Mitternacht lähmender Unwissenheit und des Aberglaubens geraten waren, brachte uns die Wissenschaft den Tagesanbruch des freien und aufgeschlossenen Geistes. Als wir in die Mitternacht fürchterlicher Plagen und Krankheiten geraten waren, führte die Wissenschaft durch Chirurgie, Hygiene und Wundermittel den hellen Tag körperlicher Gesundheit herauf, verlängerte unser Leben, schuf größere Sicherheit und körperliches Wohlbefinden. Wie selbstverständlich wenden wir uns an die Wissenschaft, wenn die Probleme der Welt furchterregend und unheilvoll sind.

Aber leider kann uns heute die Wissenschaft nicht mehr retten, denn selbst der Wissenschaftler ist in der schrecklichen Mitternacht unserer Zeit verloren. Es war die Wissenschaft, die uns die Instrumente gab, die uns mit der Möglichkeit eines universalen Selbstmordes bedrohen. So sieht sich in gesellschaftlicher Hinsicht der moderne Mensch einer düsteren und erschreckenden Mitternacht gegenüber.

Dieser Mitternacht im äußeren gemeinschaftlichen Leben des Menschen entspricht eine Mitternacht in seinem inneren persönlichen Leben. Es ist Mitternacht in psychologischer Hinsicht. Überall werden Menschen Tag und Nacht von lähmender Angst verfolgt. Große Wolken der Furcht und Niedergeschlagenheit verdunkeln unseren geistigen Himmel. Heute haben mehr Menschen ihr seelisches Gleichgewicht verloren als zu irgendeiner anderen Zeit der Menschheitsgeschichte. Die psychiatrischen Stationen unserer Krankenhäuser sind überfüllt, und die begehrtesten Psychologen heutzutage sind die Psychoanalytiker.

Es ist auch Mitternacht in moralischer Hinsicht. Um Mitternacht verlieren Farben ihre Deutlichkeit und werden zu einem finsteren Grau. Moralische Prinzipien haben ihre Bestimmtheit verloren. Der moderne Mensch hält das für absolut richtig und absolut falsch, was die Mehrzahl tut. Was richtig und was falsch ist, hängt von den Neigungen und Abneigungen und den Gewohnheiten der einzelnen Gemeinschaft ab. Wir haben unbewußt Einsteins Relativitätstheorie, die eigentlich das physikalische Universum beschreibt, auf den moralischen und ethischen Bereich angewendet.

Mitternacht ist die Stunde, in der der Mensch verzweifelt das elfte Gebot zu halten versucht: „Du sollst dich nicht erwischen lassen." Nach der Moral um Mitternacht ist die Kardinalsünde, ertappt zu werden, und die Kardinaltugend, davonzukommen. Es ist durchaus recht zu lügen, aber man muß gekonnt lügen. Es ist durchaus recht zu stehlen, wenn man es so vornehm tut, daß die Anklage für den Fall des Ertapptwerdens auf Veruntreuung, nicht auf Raub lautet. Es ist sogar erlaubt zu hassen, sofern man seinen Haß in den Mantel der Liebe hüllt, so daß Haß als Liebe erscheint. Die Darwinsche Lehre vom Überbleiben der Lebenskräftigsten wurde durch eine Philosophie vom Überbleiben der Raffiniertesten ergänzt. Diese Gesinnung verursacht einen tragischen Zusammenbruch moralischer Werte, und die Mitternacht moralischen Niedergangs wird immer tiefer...

Wie in dem Gleichnis wird auch in unserer Welt heute die tiefe Dunkelheit der Mitternacht durch das Geräusch eines Klopfens unterbrochen. An die Tür der Kirche klopfen Millionen von Menschen.

Sie fühlen noch immer, daß die Kirche eine Antwort auf die tiefe Verworrenheit, die sie in ihrem Leben umfängt, bereithält. Sie ist immer noch der eine vertraute Ort, an den der erschöpfte Wanderer um Mitternacht gelangt. Sie ist das eine Haus, das dort steht, wo es schon immer gestanden hat, das Haus, zu dem der Reisende um Mitternacht entweder kommt oder es ablehnt zu kommen. Einige entscheiden sich, nicht zu kommen. Aber die vielen, die kommen und klopfen, suchen verzweifelt eine kleine Chance, um sich über Wasser zu halten.

Der Wanderer bittet um drei Laib Brot. Er wünscht das Brot des Glaubens. In einer Generation, die so ungeheure Enttäuschungen erfahren hat, haben die Menschen den Glauben an Gott, den Glauben an den Menschen und den Glauben an die Zukunft verloren. Viele denken ähnlich wie William Wilberforce, der im Jahre 1801 sagte: „Ich wage nicht zu heiraten — die Zukunft ist zu unsicher", oder wie William Pitt, der 1806 sagte: „Wir sind von wenig anderem als von Untergang und Verzweiflung umgeben." Inmitten der niederschmetternden Ernüchterung schreien viele nach dem Brot des Glaubens.

Es gibt auch eine tiefe Sehnsucht nach dem Brot der Hoffnung. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts hungerten nicht viele Menschen nach diesem Brot. Die Tage der ersten Telephone, Automobile und Flugzeuge weckten in ihnen einen strahlenden Optimismus. Sie

huldigten dem Altar des unaufhaltsamen Fortschritts. Sie glaubten, daß jede neue wissenschaftliche Errungenschaft den Menschen auf eine höhere Stufe der Perfektion heben würde. Aber dann verdeutlichte eine Reihe von tragischen Entwicklungen, die die Selbstsucht und die Verderbtheit des Menschen enthüllten, mit erschreckender Klarheit die Wahrheit eines Ausspruches von Lord Acton: „Macht verdirbt leicht, und unumschränkte Macht verdirbt vollkommen." Diese schreckliche Entdeckung führte zu einem der ungeheuerlichsten Zusammenbrüche des Optimismus in der Geschichte. Für so viele junge und alte Leute verlosch das Licht der Hoffnung, und sie irrten traurig zwischen den dunklen Wänden des Pessimismus umher. Viele gelangten zu der Meinung, daß das Leben keinen Sinn habe. Einige stimmten dem Philosophen Schopenhauer zu, daß das Leben ein endloser Schmerz mit einem schmerzlichen Ende sei und daß das Leben eine Tragikomödie sei, die immer wieder von neuem gespielt werde, nur mit leichten Änderungen in den Kostümen und der Szenerie. Andere riefen in den Worten von Shakespeares Macbeth aus:

das Leben
ist eine Geschichte,
die ein Narr erzählt
voller Laute und Ungestüm,
die nichts bedeuten.

Aber selbst in den unausweichlichen Augenblicken, in denen alles hoffnungslos erscheint, wissen die Menschen, daß sie ohne Hoffnung nicht wirklich leben können, und „im Todeskampf der Verzweiflung schreien sie nach dem Brot der Hoffnung".

Und es gibt eine tiefe Sehnsucht nach dem Brot der Liebe. Jeder will lieben und geliebt werden. Wer fühlt, daß er nicht geliebt wird, fühlt, daß er nichts bedeutet. Vieles ist in der modernen Welt geschehen, das den Menschen das Gefühl verleiht, sie würden nicht hierher gehören. Weil sie in einer Welt leben, die erdrückend unpersönlich geworden ist, haben viele von uns erkannt, daß wir nichts weiter als Nummern sind. Ralph Borsodi schreibt in einem fesselnden Bild von einer Welt, in der Nummern den Menschen ersetzt haben, daß die heutige Mutter oft als Fall Nr. 8434 bezeichnet wird und ihr Kind, nachdem man von ihm Finger- und Fußabdrück gemacht hat, die Nummer 8003 erhält und daß ein Begräbnis in einer großen Stadt ein Fall B ist mit Blumen und Dekorationen der Klasse B und einem Gottesdienst des Geistlichen Nr. 14, bei dem der Musiker Nr. 84 das Stück Nr. 174 singt. Der Mensch, der bestürzt ist über diese Tendenz, den Menschen auf eine Karte in einem ungeheuren Register zu reduzieren, sucht verzweifelt nach dem Brot der Liebe.

Als der Mann im Gleichnis an die Tür seines Freundes klopfte und um drei Laib Brot bat, erhielt er die ungeduldige Antwort: „Mach mir keine Unruhe! Die Tür ist schon zugeschlossen, und meine Kinder sind bei mir in der Kammer; ich kann nicht aufstehen und dir geben." Wie oft haben Menschen eine ähnliche Enttäuschung erlebt, als sie um Mitternacht an die Tür der Kirche klopften. Millionen von Afrikanern, die geduldig an die Tür der christlichen Kirche klopften, um das Brot der sozialen Gerechtigkeit zu erbitten, sind entweder überhaupt übersehen oder auf später vertröstet worden, was fast immer bedeutete: auf niemals. Millionen von amerikanischen Farbigen, die nach dem Brot der Freiheit hungerten, haben immer wieder an die Tür der sogenannten weißen Kirchen geklopft, aber sie sind gewöhnlich mit kalter Gleichgültigkeit oder dreister Heuchelei begrüßt worden. Selbst die weißen religiösen Führer, die eine tiefempfundene Sehnsucht haben, die Tür zu öffnen und Brot zu geben, sind oft vorsichtiger als mutig und schlagen lieber den für sie vorteilhafteren als den moralisch notwendigen Weg ein. Es ist eine der beschämenden Tragödien der Geschichte, daß gerade die Institutionen, die den Menschen aus der Mitternacht der Rassentrennung herausführen sollten, an der Schaffung und Verewigung der Mitternacht teilgenommen haben. In der schrecklichen Mitternacht des Krieges haben Menschen an die Tür der Kirche um Brot des Friedens geklopft, aber die Kirche hat sie oft enttäuscht. Was enthüllt die Belanglosigkeit der Kirche im gegenwärti-

gen Weltgeschehen erbärmlicher als ihr Zeugnis gegenüber dem Krieg? In einer Welt, die mit ihren Aufrüstungen, chauvinistischen Leidenschaften und imperialistischer Ausbeutung alle Kennzeichen des Wahnsinns trägt, hat die Kirche diese Handlungen entweder gutgeheißen oder verhielt sich erschreckend still. Während der letzten beiden Weltkriege haben Nationalkirchen sogar bereitwillig für den Staat Lakaiendienste ausgeübt; sie sprengten heiliges Wasser über die Schlachtschiffe und verbanden sich mit den mächtigen Armeen in dem „Lobe den Herrn und reich die Munition". Eine müde Welt, die verzweifelt um Frieden bat, fand oft eine Kirche vor, die den Krieg sanktionierte.

Und diejenigen, die sich an die Kirche um das Brot der wirtschaftlichen Gerechtigkeit wandten, wurden im mitternächtlichen Dunkel wirtschaftlicher Verarmung gelassen. In vielen Fällen hat sich die Kirche mit den privilegierten Klassen verbunden und den Status quo so verteidigt, daß sie nicht mehr bereit war, auf das Klopfen um Mitternacht zu hören. Die Kirche in Rußland ging ein Bündnis ein mit dem Status quo und wurde an das despotische zaristische Regime so hoffnungslos gekettet, daß es unmöglich wurde, sich von dem korrupten politischen und sozialen System zu befreien, ohne zugleich gegen die Kirche zu kämpfen. Das ist das Schicksal jeder kirchlichen Organisation, die sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen verbündet.

Die Kirche muß sich daran erinnern, daß sie nicht Herr oder Diener des Staates ist, sondern vielmehr das Gewissen des Staates. Sie muß Wegweiser und Kritiker des Staates und niemals sein Werkzeug sein. Wenn die Kirche ihren prophetischen Eifer nicht wiedererlangt, wird sie ein unbedeutender sozialer Klub ohne moralische oder geistliche Autorität werden. Wenn die Kirche nicht aktiv an dem Kampf für Frieden und wirtschaftliche und rassische Gerechtigkeit teilnimmt, wird sie die Gefolgschaft von Millionen verlieren und überall zu der Meinung Anlaß geben, sie hätte ihren Geist aufgegeben. Aber wenn sich die Kirche von den Fesseln eines tödlichen Status quo befreit und, eingedenk ihrer großen geschichtlichen Aufgabe, ohne Furcht und Unterlaß für Gerechtigkeit und Frieden spricht und handelt, wird sie die Phantasie der Menschen beflügeln und die Seelen der Menschen entflammen und sie dabei mit einer glühenden und brennenden Liebe für Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden erfüllen. Menschen werden nah und fern die Kirche als eine große Gemeinschaft der Liebe, die um Mitternacht Licht und Brot für einen einsamen Wanderer spendet, entdecken.

In dem Gleichnis sehen wir, daß der Mann nach anfänglicher Enttäuschung nicht aufhört, an die Tür seines Freundes zu klopfen. Durch seine Aufdringlichkeit, seine Hartnäckigkeit bringt er schließlich seinen Freund dazu, die Tür zu öffnen. Viele Menschen hören nicht auf, um Mitternacht an die Tür der Kirche zu klopfen, selbst wenn die Kirche sie so bitter enttäuscht hat, weil sie wissen, daß hier das Brot des Lebens zu finden ist. Die Kirche hat heute die Aufgabe, Gottes Sohn, Jesus Christus, als die Hoffnung der Menschen in allen ihren vielfältigen persönlichen und sozialen Nöten zu verkünden. Viele werden weiter kommen, um Antworten auf ihre Lebensprobleme zu suchen. Viele junge Leute, die an die Tür klopfen, sind durch die Unsicherheiten des Lebens beunruhigt, durch die täglichen Enttäuschungen verwirrt und durch die Mehrdeutigkeit der Geschichte ernüchtert. Einige, die kommen, sind aus ihrer Ausbildung und ihrem Beruf herausgerissen und zu Soldaten gemacht worden. Wir müssen sie mit dem frischen Brot der Hoffnung ausrüsten und sie mit der Überzeugung erfüllen, daß Gott die Macht besitzt, aus Bösem etwas Gutes zu machen. Einige, die kommen, werden durch Schuldgefühle gequält, die aus ihrem Umherirren in der Mitternacht ethischen Relativismus und ihrer Preisgabe an die Lehre der Selbstverwirklichung herrühren. Wir müssen sie zu Christus, der ihnen das frische Brot der Vergebung anbietet, führen. Einige, die kommen, werden von der Todesangst gepeinigt, wenn sie an den Abend ihres Lebens gelangen. Wir müssen ihnen das Brot des Glaubens an die Unsterblichkeit reichen, so daß sie erkennen, daß dies irdische Leben nur ein unvollkommenes Vorspiel zu einem neuen Erwachen ist.

Mitternacht ist eine beängstigende Stunde, in der es schwer ist, gläubig zu sein. Das beste Wort, das die Kirche sprechen kann, ist, daß die Mitternacht nicht lange anhält. Der müde Wanderer um Mitternacht, der um Brot bittet, sehnt sich wirklich nach dem Morgen-

grauen. Unsere ewige Botschaft der Hoffnung ist, daß das Morgengrauen kommen wird. Unsere Voreltern, die noch Sklaven waren, wußten dies. Sie vergaßen niemals die Tatsache, daß es Mitternacht war, denn es gab immer die Reitpeitsche des Aufsehers und den Versteigerungsblock, an dem Familien mitten auseinandergerissen wurden, um sie an die Wirklichkeit zu erinnern. Als sie an die qualvolle Dunkelheit der Mitternacht dachten, sangen sie:

Niemand kennt das Leid, das ich gesehn hab';
Gloria Halleluja!
Manchmal geht's mir gut, manchmal geht's mir schlecht,
O, ja, Herr,
Manchmal lieg' ich fast am Boden,
O, ja, Herr,
O, niemand kennt das Leid, das ich gesehn hab'
Gloria, Halleluja!

Umgeben von einer niederschmetternden Mitternacht, aber im Glauben, daß der Morgen kommen wird, sangen sie:

Ich bin so froh, daß das Leid nicht ewig ist,
O mein Herr, o mein Herr, was soll ich tun?

Ihr fester Glaube an das Morgengrauen war das wachsende Stückchen Hoffnung, das die Sklaven veranlaßte, inmitten der traurigsten und tragischsten äußeren Umstände treu auszuharren.

Der Glaube an das Morgengrauen erwächst aus dem Glauben, daß Gott gut und gerecht ist. Wer das glaubt, weiß, daß die Widersprüche des Lebens weder endgültig noch letztlich sind. Er kann durch die Dunkelheit der Nacht schreiten mit der klaren Überzeugung, daß alle Dinge zum Guten führen bei denen, die Gott lieben. Selbst eine völlig sternenlose Mitternacht kann das Morgengrauen einer großen Erfüllung ankündigen. Amen.

Stimmen zur Zeit

PACEM IN TERRIS

Zweite erweiterte Auflage

Enzyklika PACEM IN TERRIS von Papst Johannes XXIII. – Rede vor der Generalversammlung der UNO von Papst Paul VI. – Geleitwort zur Enzyklika von Prof. Dr. Anton Neuhäusler – Geleitwort zur UNO-Ansprache von D. Martin Niemöller

96 S., glanzkart. DM 4,20

Helmut Ridder

Notstand '66

Überarbeitete und erweiterte Fassung des Artikels ‚Neujahrspanorama der Notstandsgesetzgebung' aus Heft 1/1966 der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik'

47 S., glanzkart. DM 2,70

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom Verlag

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Kommentar des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer zum „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges . . ."

„Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen" [1]):

Dieses Gesetz sieht die weitestgehende Einschränkung der Grundrechte vor, die überhaupt möglich ist. Der § 19 (Einschränkung von Grundrechten) lautet: „Die in Artikel 2, Abs. 2, Satz 1 und 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland geschützten Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt." Wer das Recht auf Leben „einschränkt", gibt zu, daß er sich für ganz spezifische Situationen zum Töten ermächtigt, und wir haben nachzuweisen, daß dieses Gesetz Angehörige der Bundeswehr zum Mord befugt, des weiteren, wie es möglich sein konnte, daß es ohne Aussprache im Bundestag gelesen (zum ersten Mal am 15. 5. 1963) und einstimmig bei nur einer Enthaltung verabschiedet wurde. Hierfür ziehen wir den schriftlichen Bericht zu diesem Gesetz vom 6. 5. 1965, der vom Abgeordneten Adorno erstellt wurde, zu Rat. In ihm heißt es: „Der Entwurf regelt die Maßnahmen für eine wirksame Abwehr von Angriffen Einzelner gegen die Bundeswehr." Er stellt demnach den Versuch dar, Terrorakte gegen die Bundeswehr durch Gegenterror zu brechen. Aus der 10jährigen Geschichte der Bundeswehr ergibt sich kein einziger Anhalt für eine so weitgehende „Vorsorge"; Bundeswehreinheiten sind noch nie gewaltsam angegriffen worden. Trotzdem befinden sich die Bundeswehrangehörigen seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im Zustand permanent zu vollführender Gewaltakte, obwohl sich nicht das geringste Anzeichen ausmachen läßt, das ihn zu präjudizieren vermöchte.

Der eigentliche Anwendungsbereich des Gesetzes läßt sich nur im Zusammenhang mit militärtaktischen Erwägungen abgrenzen. Adorno schreibt hierzu: „Der Entwurf hat... weder die Abwehr kriegerischer Handlungen noch den Einsatz der Bundeswehr zur Beseitigung eines inneren Notstandes zum Inhalt. Dies ist allein Sache des Bundesministers der Verteidigung."

Sehen wir uns diesen Satz etwas genauer an. Im Sinne des klassischen Kriegsrechtes können kriegerisch legitime Handlungen nur von gegnerischen Kombattanten vollführt werden, die einer regulären Armee angehören. Wie sich das in praxi auswirkt, zeigt uns der Vietnamkrieg. Die amerikanischen Militärs sehen die Angehörigen der Nationalen Vietnamesischen Befreiungsfront offensichtlich als Nicht-Kombattanten an, weil sie mit 200 000 Soldaten gegen sie kämpfen, ohne ihnen je den Krieg erklärt zu haben. Das hat bis jetzt lediglich (im Jahre 1965) die Südvietnamesische Militärjunta getan. Das Verhalten der USA widerspricht demnach der Genfer Konvention von 1949, nach der auch solche Kämpfer Kombattantenstatus haben, die mit einer Armbinde (statt Uniform) gekennzeichnet sind und ihre Waffen offen tragen. Die Amerikaner zogen sich also bewußt auf die Version des „gehegten" Krieges zurück, wie er vor 1949 noch gegolten hat.

Damit gerät das Argument Adorno's, das „Zwangsgesetz" sei einerseits gar nicht für kriegerische Handlungen, zum anderen aber auch nicht für den „inneren Notstand" gedacht, in einen spektakulären Zusammenhang, der den primären Eindruck, es könne an eine Anwendung des Gesetzes und damit legalen Terrors überhaupt nicht gedacht werden, rasch verdrängt. Er wird durch die Ereignisse der letzten Wochen nur belegt: Das

---

[1]) Um die Übersichtlichkeit zu wahren, wurde darauf verzichtet, die Zitate im einzelnen zu belegen. Sie können in folgenden Publikationen nachgelesen werden:
Bundesdrucksache IV, 891: Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes.
Deutscher Bundestag, 193. Sitzung, Bonn, den 25. VI. 1965.
Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 42, Bonn, 27. VIII. 65.
Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 50, Bonn, 15. IX. 65.
Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 38, Bonn, 17. VIII. 65.
Bundesdrucksache, IV/3390, schriftlicher Bericht des Verteidigungsausschusses über den Gesetzentwurf „zur Anwendung unmittelbaren Zwangs".

Gesetz legalisiert die Anwendung „unmittelbaren Zwangs" bei einer Entsendung bundesdeutscher Streitkräfte nach Vietnam. Der entsprechende Terminus, der ein solches Vorgehen vom „Verteidigungsfall" separiert, wurde von Benda im Bericht des Rechtsausschusses mit dem Schlagwort des „äußeren Notstands" rechtzeitig geliefert. Im ersten Augenblick klingt dies ungeheuerlich. Daß das Gesetz den militärischen Prinzipien der von Kahn erfundenen „escalation" folgt, läßt sich durch die Tatsache belegen, daß die Truppen der USA bis in die Mitte des vergangenen Jahres zu Offensivoperationen offiziell nicht autorisiert waren; in der Version des State Departement weilten sie in Vietnam bis dahin lediglich, um sich in den von der südvietnamesischen Junta zugewiesenen Basen gegen die Soldaten der FNL „zu schützen". Sie wandten „unmittelbaren Zwang" also nur an, um sich gegen „Verbrechen", „Vergehen" und „Angriffe auf Leib und Leben" (s. unten) „zur Wehr zu setzen". Alle mobilen US-Soldaten waren deshalb in der südvietnamesischen Armee scheinintegriert oder trieben Partisanenkrieg. Der Satz Adorno's, „durch diesen Entwurf" solle „lediglich die bisherige Unsicherheit der Rechtslage beseitigt werden, unter der der einzelne Wachtposten leidet", mag seinerzeit dazu beigetragen haben, die Bedenken vieler Abgeordneter zu zerstreuen. Hier fungiert er als optimale Bestätigung. Unsere Interpretation wird durch den Widerstand einiger — inzwischen gemaßregelter — hoher Militärs noch bekräftigt. Kehren wir zur Deutung des Anwendungsbereiches des „Zwangsgesetzes" zurück, nach der weder an kriegerische Aktionen noch an einen inneren Notstand zu denken sei. Innere Notstände sind bekanntlich noch nicht möglich, weil die sie provozierende Notstandsverfassung über das Stadium der interfraktionellen Beratung noch nicht hinausgelangt ist. Sind sie aber deshalb „allein", wie Adorno schreibt, „Sache des Bundesministers der Verteidigung"? Wir dachten jedenfalls bis jetzt, daß sie, wenn überhaupt, Sache der Innenminister der Länder seien, die gemäß Artikel 91, 2 GG. auch die Polizeikräfte der anderen Bundesländer einsetzen können, um den Notstand zu beheben. Wir wissen nicht, auf welches Schubladengesetz sich Adorno hier beruft, seine Deutung ist freilich in jedem Fall mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Zum Gesetz selbst. Es berechtigt Bundeswehrsoldaten und „zivile Wachpersonen" — ab 1. 1. 1968 sind dies sicher Angehörige des „Zivilschutzkorps" — innerhalb „militärischer Bereiche und Sicherheitsbereiche" (s. unten)

— Personen anzuhalten und zu überprüfen (§ 4)

— Personen zum Wachvorgesetzten oder zur nächsten Dienststelle der Bundeswehr zu bringen, wenn u. a. ihre „Person oder Aufenthaltsberechtigung nicht sofort festgestellt werden kann" (§ 5, 1)

— Personen vorläufig festzunehmen (was durch den Wachvorgesetzten oder Dienststellenleiter zu geschehen hat). Sie können unter Ausschluß der Polizei dem Amtsrichter direkt vorgeführt werden (§ 6, 1)

— Personen zu durchsuchen, von ihnen mitgeführte Gegenstände zu beschlagnahmen und sie binnen 3 Tagen der Polizei oder Staatsanwaltschaft zu überstellen (§ 7, 1—3), oder sie zu fesseln (§ 14)

— „unmittelbaren Zwang", das ist „die Einwirkung auf Personen oder Sachen durch körperliche Gewalt, ihre Hilfsmittel und durch Waffen" (§ 10,1) auszuüben, und zwar

a) durch folgende „Hilfsmittel": „insbesondere Fesseln, techn. Sperren und Dienstfahrzeuge" (§ 10, 3)

b) durch folgende Waffen: „die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schußwaffen, Reizstoffe und Explosivmittel" (§ 10, 4)

Vereinigte Bekleidungswerke

R. und A. Becker

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stuttgart

Tochtergesellschaften

Fourman Bekleidungsfabrik G. m. b. H.
Viernheim

Bekleidungsfabrik Bernhausen G. m. b. H.
Stuttgart-Bernhausen

R. und A. Becker G. m. b. H.
Deggingen

R. und A. Becker G. m. b. H.
Saarbrücken

R. und A. Becker G. m. b. H.
St. Ingbert

Wann dürfen die Bundeswehrsoldaten schießen? Die Definition ist außerordentlich dehnbar, wobei die Auslegung des Bindewortes im folgenden Satz von besonderer Bedeutung ist: zunächst einmal darf geschossen werden:

„wenn dies den Umständen nach erforderlich ist und geschieht, wenn"

a) Verbrechen,

b) Vergehen,

c) tätliche Angriffe „gegen Leib oder Leben von Angehörigen der Bundeswehr, zivile Wachpersonen oder Angehörige der verbündeten Streitkräfte"

d) „vorsätzlich unbefugte Zerstörung, Beschädigung, Veränderung, Unbrauchbarmachung oder Beseitigung eines Wehrmittels" abgewehrt werden müssen.

Bis hierher sind die Umstände von der möglichen Isolierung, von den Punkten a—d abgesehen, den Erfordernissen des Schutzes „militärischer Bereiche" angepaßt und, vom militärischen Standpunkt aus gedeutet, durchaus akzeptabel. Sie werden bedrohlich, und alles Vorherige zur raffinierten Tarnung, wenn wir den zweiten Anwendungsfall, den in „militärischen Sicherheitsbereichen", untersuchen. Es sind das neben den „militärischen Bereichen sonstige Örtlichkeiten, die der Bundesminister der Verteidigung oder eine von ihm bestimmte Stelle vorübergehend gesperrt hat" (§ 2, 2). Die heikelste Befugnis dieses Gesetzes ist somit am weitesten dehnbar; sie garantiert neben der möglichen Legitimation zu Eskalationsübungen im fernen Osten auch eine zweite, bundesdeutsche Realität. Wie wir wissen, ist es Aufgabe der neu kreierten „Heimatschutztruppe", im „Spannungs-" und „Kriegsfall" strategisch wichtige Punkte im Hinterland gegen feindliche Luftlandetruppen zu schützen und gegen Saboteure, also die potentielle Widerstandsbewegung, vorzugehen. Ihren Einsatz vermag der Verteidigungsminister zu dirigieren, wann und wie er will: Der größtmögliche „Sicherheitsbereich" ist nämlich das Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Das „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs" ist ein Ermächtigungsgesetz für die Bundeswehr und ihre Führung, garantiert ihr einen latenten und unbefristeten Ausnahmezustand und macht sie vom eigentlichen Notstand unabhängig. Ein solches Gesetz konnte selbst in der Bundesrepublik Deutschland nur erschlichen werden, wie man den Notstand zu erschleichen sich bemüht. Es sichert den Militärs alle nur denkbare Brutalität gegen panisch fliehende Massen im Fall eines Krieges, aber auch gegen eine Bevölkerung, die sich gegen die Besetzung oder Isolierung ihrer Städte, z. B. durch Verminung der Ausfallstraßen durch Bundeswehrpioniere zur Wehr setzen will. Nur so kann § 15, 2 verstanden werden:

„Schußwaffen dürfen gegen eine Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Straftaten gegen die Bundeswehr unter Gewaltanwendung begangen werden oder unmittelbar bevorstehen" (Wer vermag das zu beurteilen!) „und Zwangsmaßnahmen gegen Einzelne offensichtlich keinen Erfolg versprechen."

In diesem Absatz kulminiert die ganze brutale Inhumanität der Notstandsgesetzgebung: Selbst die in der Vergangenheit mit einem Schein von Legalität vermäntelte Standgerichtsbarkeit wird radikalisiert. Jeder Zugführer der Heimatschutztruppe wird zum Henker, wenn er diesen Passus angesichts einer gegen seine Machinationen auch nur protestierende Menschenmenge verwirklicht. Und an Zugführern, die den Zeilen des Gesetzes im entscheidenden Augenblick auch noch ein wenig eigene Initiative hinzuzufügen verstanden, hat es in Deutschland nie gemangelt.

Die außerparlamentarische Opposition sollte endlich erkennen, daß die „Frage" der Todesstrafe längst und auf besonders praktische Art erledigt ist. Es ist nackter Zynismus, wenn wir im folgenden (§ 16, 2) noch lesen:

„Es ist verboten, zu schießen, wenn durch den Schußwaffengebrauch für den Handelnden erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden, außer, wenn es sich beim Einschreiten gegen eine Menschenmenge nicht vermeiden läßt."

Bemerkungen

Prof. Dr. Grigori Tunkin, Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht an der juristischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität, gehört seit vielen Jahren der Völkerrechtskommission der UNO an.

Dr. Robert M. W. Kempner hat schon 1933 als Justitiar der Polizeiabteilung des Preussischen Innenministeriums Anklage und Ausweisungsbefehl gegen Hitler empfohlen. Nach Verhaftung und Ausbürgerung emigrierte er in die USA, wurde dort Universitätslehrer und Sonderberater des Justiz- und des Kriegsministeriums. Nachdem er schon vor Kriegsende den ersten Anklageentwurf gegen Göring wegen Mord fertiggestellt hatte, war er von 1945 bis 1949 US-Hauptankläger im Prozeß gegen Hitlers Reichsminister und Diplomaten. Er lebt jetzt als Rechtsanwalt in Frankfurt/Main.

Dr. Peter Meier, geboren 1938 in Zürich, studierte in Zürich Germanistik und Geschichte und ist seit 1963 Redakteur am „Zürcher Tages-Anzeiger", der auflagenstärksten Tageszeitung in der Schweiz, die er seit Januar 1966 in Bonn vertritt.

Dr. Karlheinz Deschner, geboren 1924 in Bamberg, lebt als Schriftsteller in Tretzendorf bei Bamberg. Buchveröffentlichungen: Die Nacht steht um mein Haus, 1956; Kitsch, Konvention und Kunst, 1957; Florenz ohne Sonne, 1958; Schach dem Vatikan, Kirchengeschichte eines Ketzers, 1962; Abermals krähte der Hahn, Eine kritische Kirchengeschichte, 1962; Mit Gott und den Faschisten, 1966.

In den in Heft 8/1966, Seite 672 ff., veröffentlichten Aufsatz von Prof. Dr. Harold Rasch „Um Deutschlands Zukunft" haben sich zwei sinnentstellende Fehler eingeschlichen: 1) Auf Seite 673 muß es im letzten Absatz richtig heißen „. . . über die zeitweise Befreiung Deutscher mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik von unserer Gerichtsbarkeit . . ."; 2) auf Seite 678 muß es statt „31. Dezember 1938" „31. Dezember 1937" heißen.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Heinrich Hannover erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von 1,50 DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags Philipp Reclam jun., Stuttgart, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Boguslav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Farrk
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmuth Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seisi Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Wennigsen Frau Loschke, Pfingstanger 8

Bemerkungen

Prof. Dr. Grigori Tunkin, Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht an der juristischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität, gehört seit vielen Jahren der Völkerrechtskommission der UNO an.

Dr. Robert M. W. Kempner hat schon 1933 als Justitiar der Polizeiabteilung des Preussischen Innenministeriums Anklage und Ausweisungsbefehl gegen Hitler empfohlen. Nach Verhaftung und Ausbürgerung emigrierte er in die USA, wurde dort Universitätslehrer und Sonderberater des Justiz- und des Kriegsministeriums. Nachdem er schon vor Kriegsende den ersten Anklageentwurf gegen Göring wegen Mord fertiggestellt hatte, war er von 1945 bis 1949 US-Hauptankläger im Prozeß gegen Hitlers Reichsminister und Diplomaten. Er lebt jetzt als Rechtsanwalt in Frankfurt/Main.

Dr. Peter Meier, geboren 1938 in Zürich, studierte in Zürich Germanistik und Geschichte und ist seit 1963 Redakteur am „Zürcher Tages-Anzeiger", der auflagenstärksten Tageszeitung in der Schweiz, die er seit Januar 1966 in Bonn vertritt.

Dr. Karlheinz Deschner, geboren 1924 in Bamberg, lebt als Schriftsteller in Tretzendorf bei Bamberg. Buchveröffentlichungen: Die Nacht steht um mein Haus, 1956; Kitsch, Konvention und Kunst, 1957; Florenz ohne Sonne, 1958; Schach dem Vatikan, Kirchengeschichte eines Ketzers, 1962; Abermals krähte der Hahn, Eine kritische Kirchengeschichte, 1962; Mit Gott und den Faschisten, 1966.

In den in Heft 8/1966, Seite 672 ff., veröffentlichten Aufsatz von Prof. Dr. Harold Rasch „Um Deutschlands Zukunft" haben sich zwei sinnentstellende Fehler eingeschlichen: 1) Auf Seite 673 muß es im letzten Absatz richtig heißen „. . . über die zeitweise Befreiung Deutscher mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik von unserer Gerichtsbarkeit . . ."; 2) auf Seite 678 muß es statt „31. Dezember 1938" „31. Dezember 1937" heißen.

Die in diesem Heft veröffentlichte Arbeit von Heinrich Hannover erscheint in diesen Tagen als Sonderdruck in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preise von 1,50 DM.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags Philipp Reclam jun., Stuttgart, bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.